
Impressum

Redaktion / Editors

Freia Anders, Jens Beckmann, Peter Birke, Thomas Funk, Sarah Graber,
Norbert Meder, Christiane Mende, Gottfried Oy, Hartmut Rübner,
Lars Stubbe, Rhena Stürmer

Anschrift der Redaktion / Contact Address

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e. V.
z. Hd. Redaktion Sozial.Geschichte Online
Cuvrystraße 20a, Briefkasten 30
D-10997 Berlin

sgo@sozialgeschichte-online.de

Webseite / Website

<https://sozialgeschichte-online.org>

Erscheinungsort / Place of Publication

DuEPublico 2, Duisburg-Essen Publications online
Universität Duisburg-Essen
<https://duepublico2.uni-due.de/>

Satz / Typesetter

Jens Beckmann, Berlin

Sozial.Geschichte Online

Social History Online /
Histoire sociale en ligne

37 (2024)

ISSN 1869-4748

Inhalt / Contents

Editorial	5
Forschung / Research	11
<i>Lisa Gmeiner</i> Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus: der Verein „Lebensborn“	11
<i>Engelbert Tacke</i> Die Barmer Ersatzkasse und der National- sozialismus. Öffentliche Äußerungen vor und nach 1945. Erste Archivbefunde	33
<i>Christiane Mende</i> Den Betrieb übernehmen. Belegschaftsinitiativen in der Mundglasbranche nach „1968“	65
Diskussion / Discussion	153
<i>John Holloway</i> Freiheit, eine Reflexion	153
Rezensionsessay / Review Essay	159
<i>Urs Lindner</i> Dringlicher denn je: Was ist Antisemitismus?	159
<i>Gerhard Hanloser</i> Ideologische Leinwand? Die Präsentation jüdischer Erfahrung mit dem Nationalsozialismus im DEFA-Spielfilm	173
<i>Kolja Lindner</i> Rassismus und Hegemonie. Die lange Norma- lisierung der extremen Rechten in Frankreich	199

Rezensionen / Book Reviews	209
<i>Reiner Möckelmann</i> Transit Istanbul – Palästina. Juden auf der Flucht aus Südosteuropa (Julia Fröhlich)	209
Nachrufe	221
<i>Sergio Fontegher Bologna</i> Für Toni Negri	221
<i>Emiliana Armano / Raffaele Sciortino</i> In Memory of Loren Goldner (1947–2024)	231
<i>Detlef Siegfried</i> Gerd Callesen (1940–2023)	245
Abstracts	251
Autor:innen / Contributors	255

Editorial

Vor 100 Jahren, im Februar 1924, wurde erstmalig in einem deutschen Landtag in Thüringen eine Minderheitenregierung gebildet, die von der Duldung einer völkisch-nationalen Fraktion – der „Vereinigten Völkischen Liste“ (VVL) – abhängig war.¹ Aufgrund des in Thüringen seit 1922 geltenden NSDAP-Verbots hatten sich die Faschisten in anderen Parteien organisiert und konnten damit erfolgreich in den Landtag einziehen. Bei allen Unzulänglichkeiten von historischen Vergleichen mit der Gegenwart – es kriecht angesichts des heutigen Wissens um die auf diese Wahl folgende Entwicklung, gepaart mit den gerade stattfindenden rassistischen Debatten in der Öffentlichkeit, das nackte Grauen in einem hoch.

Was ist zu tun? Der Journalist und Autor Georg Diez schreibt in einem kürzlich erschienen Essay, dass die ständige Klage über die Polarisierung und die Spaltung der Gesellschaft die Probleme verdecke anstatt sie zu benennen.² Die Analyse der Verhältnisse verbliebe damit auf dem Level der Tautologie. Dies sei auch durchaus beabsichtigt, denn es sei leichter die Polarisierung zu bejammern, als die dafür womöglich verantwortlichen Ursachen anzugehen. Probleme die insbesondere, aber nicht nur, in den peripheren Regionen besonders gut sichtbar sind: mangelnde technische und soziale Infrastruktur – angefangen von den zu geringen Ressourcen in Schulen und Bildungseinrichtungen bis hin zu privatisierten und dem Profit verschriebenen Alten- und Pflegeheimen. Oder ein über Jahrzehnte rückgebautes öf-

¹ Der sogenannte Ordnungsbund – eine Wahlkoalition, die sowohl liberale als auch konservative und rechte Parteien versammelte – erreichte bei der Landtagswahl 48 Prozent, die SPD 23 Prozent und die KPD 18 Prozent. Mit den Stimmen des Ordnungsbundes und der Völkischen Liste – entgegen parlamentarischer Gepflogenheiten wurde statt des SPD-Kandidaten, des Kandidaten der stärksten Fraktion, der Kandidat des Ordnungsbundes als Ministerpräsident gewählt, siehe Benjamin-Immanuel Hoff, Vor 100 Jahren: Der erste Tabubruch in Thüringen, siehe [<https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/zeitgeschichte-vor-100-jahren-der-erste-tabubruch-in-thueringen>].

² Georg Diez, Gegen die grosse Konsenssaure, in: WOZ, 12. September 2024 [<https://www.woz.ch/2437/essay/gegen-die-grosse-konsenssaure/!52GQXF08H2Z>].

fentliches Verkehrsnetz. Oder die wachsende Ungleichheit. Oder die erschütternden Folgen des Klimawandels. All dies führt zu verstärkter Konkurrenz um vorhandene soziale und materielle Güter.

Und der Kampf um diese wird, wie im Rezessionsessay von Kolja Lindner über Félicien Faurys Studie zur Normalisierung der extremen Rechten in Frankreich in diesem Heft aufgezeigt wird, nicht zuletzt über rassifizierte Ausschlussmechanismen geführt, solange diesem Kampf keine solidarische Alternative entgegengesetzt wird. Wenn also über die Gefahren für die Demokratie gesprochen wird, so müssen die dahinterliegenden Konflikte verstanden werden. Konflikte, die ausgetragen werden müssen, weil sich sonst, wie Georg Dietz weiter schreibt, immer die Seite durchsetze, die über mehr Macht oder Geld verfüge oder einfach mit herzloser Brutalität ausgestattet sei.³ Es ist also, mit anderen Worten, nicht der bloße Appell an klassenübergreifenden „Zusammenhalt“, sondern die Möglichkeit soziale Konflikte auszutragen, d.h. soziale Gerechtigkeit und Demokratie zu verbinden, die im Kampf gegen die neue Rechte entscheidend ist.

Mehr denn je erscheint mithin wichtig, sich öffentlichen Raum (wieder) anzueignen, sei es auf Straßen und Plätzen, sei es in digitalen Foren, in wissenschaftlichen Debatten, Medien oder tagtäglichen Diskussionszusammenhängen. Eine gesellschaftliche Emanzipation wird ohne Konflikte nicht zu erreichen sein, dies lehrt uns nicht zuletzt die Geschichte. In diesem Sinne mischen wir uns auch in diesem Heft mit kritischen Beiträgen in die Diskussion ein; auf dass der jetzige Kampf anders ausgeht als in den 1930er Jahren.

Die Beiträge in diesem Heft

Im vorliegenden Heft beleuchten gleich zwei Artikel in der Rubrik Forschung im weitesten Sinne gesundheitspolitische Aspekte der NS-Zeit sowie deren Folgen in der Nachkriegszeit. Lisa Gmeiner analysiert im ersten Beitrag die Rolle des Lebensborn e.V., einer von Heinrich

³ Ebd.

Himmler 1935 gegründeten Institution des Dritten Reiches, die der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik diente. Ziel war die Förderung „rassisch wertvoller“ Nachkommenschaft. Dabei untersucht der Aufsatz die Auswirkungen des Lebensborn e. V. auf die Akteur:innen, die mit ihm in Verbindung standen, in drei Hauptkategorien: Vergemeinschaftung, Kinderraub und Auslösen von nicht erwünschtem Erbgut. Durch Auswertung von Quellenmaterial aus den Arolsen Archives und dem Archiv des Bezirks Oberbayern wird die Praxis des Lebensborn e. V. und die Reaktionen der betroffenen Personen analysiert.

Im zweiten Beitrag geht der Journalist Engelbert Tacke der Rolle der Barmer Ersatzkasse im Nationalsozialismus nach und fragt, wie diese Rolle nach 1945 beschrieben bzw. beschwiegen wurde. Es ist über die Geschichte der Barmer Ersatzkasse bisher jenseits interessegeleiteter Festschriften nichts bekannt. Eine erste Auswertung der Quellen zeigt, wie sehr die Krankenkasse in die nationalsozialistischen Ziele der Zwangssterilisation und in die Verfolgung von „Staatsfeinden“, Juden und Jüdinnen sowie unliebsamen Mitgliedern eingebunden war. Die aktive Unterstützung des NS durch die Barmer Ersatzkasse wurde seit der Nachkriegszeit bis heute mehr oder weniger kaschiert. Tacke fordert deswegen dazu auf, diese Geschichte gründlich aufzuarbeiten.

Im dritten Forschungsartikel arbeitet unser Redaktionsmitglied Christiane Mende anhand von fünf Fallbeispielen aus der Mundglasbranche die Gründe heraus, weshalb Belegschaftsübernahmen im bundesdeutschen Kontext keine häufige Praxis waren und auch selten erfolgreich endeten. Sie zeigt, dass die Übernahmen und die Selbstverwaltung von Betrieben durch die darin Arbeitenden in der Regel vor allem in Krisenzeiten stattfanden. Dies war auch im Zuge der wirtschaftlichen Krisenentwicklung seit den 1970er Jahren in allen westeuropäischen Staaten der Fall, wenngleich in der Bundesrepublik weit weniger ausgeprägt als in Italien, Frankreich oder Spanien. Der Artikel betrachtet diese Belegschaftsinitiativen jedoch nicht allein als Krisen-

phänomene, sondern auch als Ausläufer des basisdemokratischen Aufbruchs in der Arbeitswelt um „1968“. Gängige Annahmen über die wohlstandsgesättigte oder strukturell fremdbestimmte Passivität der Arbeitenden bürest Mende dabei gegen den Strich. Die Autorin zeigt auf, was sich aus diesen historischen Erfahrungen für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen ableiten lässt: Können Belegschaftsübernahmen auch in Zukunft ein emanzipatorisches Mittel des Arbeitskampfes sein?

In der Rubrik Diskussion veröffentlichen wir einen, wie wir finden, sehr lesenswerten Text von John Holloway über die Freiheit.⁴ In diesem skizziert Holloway die These, dass der Terror der Ökonomie, der den Fortschritt kapitalistischer Entwicklung als unausweichlich ansieht, eine Art Totalität herstelle. Während der *orthodoxe* Marxismus lediglich dem eine andere Totalität entgegenstellen wolle, setze der *autonomen* Marxismus wiederum darauf, die Totalität selbst zu negieren. Diese Befreiung von Totalität sei verbunden mit dem Aufbau einer anderen Gesellschaft. Holloway argumentiert, dass Freiheit nur in der Enttotalisierung und der Schaffung einer Welt, in der viele Welten Platz haben, wirklich existieren könne.

In dieser Heftnummer finden sich gleich drei Rezensionssessays. Urs Lindner rezensiert in seinem Beitrag den Band „Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft“ (herausgegeben von Peter Ullrich u. a.). Das angesichts der aktuellen Antisemitismusdebatte sehr aktuelle Buch wird für seine Innovationskraft und seinen Umfang gelobt: Es sei der erste deutsche Band zur Epistemologie und Politik der Definition von Antisemitismus. Es umfasst grundlegende Konzepte, Problemstellungen und Ansätze zur Konzeptualisierung von Judenfeindschaft, gefolgt von einer eingehenden Theoretisierung. Obwohl der Band im Großen und Ganzen eine klare

⁴ Der Text ist auf Spanisch in der neu gegründeten Zeitschrift *Crítica Anticapitalista* erschienen und wurde von unserem Redaktionsmitglied Lars Stubbe übersetzt. Wir danken dem Autor und der Zeitschrift für die Genehmigung zum Abdruck.

Tendenz zur Definition in der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus aufweise, zeige er auch deren blinden Flecke auf.

In einer zweiten längeren Rezension nimmt unser langjähriger Autor Gerhard Hanloser die Ergebnisse einer Monografie von Lisa Schoß zur Darstellung von Jüdischsein, Antisemitismus und Holocaust in DEFA-Filmen unter die Lupe. Anhand einer Auswahl bekannter und unbekannter DDR-Filme zum Thema komme die Autorin des Buches zu dem Ergebnis, dass Antisemitismus, Judenverfolgung im Dritten Reich und jüdische Lebens- und Existenzweisen in verschiedenen DEFA-Filmen auf bemerkenswerte Weise dargestellt und gewürdigt wurden, so Hanloser. Einige negative Darstellungen und Interpretationen der Erzählabsicht von Schoß werden von Hanloser kritisiert, ebenso wie die Behauptung, die DEFA-Filme würden einer antisemitischen Grammatik folgen.

Im bereits erwähnten Rezensionssessay über die Studie des Soziologen Félicien Faury zur Normalisierung der extremen Rechten in Frankreich vermittelt Kolja Lindner der deutschen Leser:innenschaft die Thesen des bisher nur in französischer Sprache erschienen und jenseits des Rheins vieldiskutierten Buches „Des électeurs ordinaires“ (dt.: Einfache Wähler). In diesem taucht der Autor in die sozialen Repräsentationen rechter Wähler:innen ein und stellt die Komplexität des Themas dar: Ethnie sei die Modalität, in der eine umfassende Krise der kapitalistischen Gesellschaft gelebt werde. Daraus ergebe sich die Bedeutung des Antirassismus im Kampf gegen die extreme Rechte, eine Schlussfolgerung, die, so der Autor der Rezension, auch für die aktuelle Situation in Deutschland gelte.

Eine Rezension von Julia Fröhlich zu „Möckelmann, Transit Istanbul–Palästina. Juden auf der Flucht aus Südosteuropa“ rundet die Buchbesprechungen dieser Ausgabe ab.

*

Leider müssen wir uns in diesem Heft von drei wichtigen Intellektuellen verabschieden:

Sergio Bologna würdigt in einem sehr persönlichen Beitrag seinen Weggefährten und Freund, den italienischen Philosophen und Politikwissenschaftler Antonio Negri (1933–2023). Im letzten Jahr ist zudem unser Autor, der Historiker und Sozialist Gerd Callesen (1940–2023) verstorben, dessen Wirken und Leben in einem Nachruf von Detlef Siegfried gewürdigt wird. In Erinnerung an unseren Autor Loren Goldner (1947–2024), der im April dieses Jahres verstarb, veröffentlichen wir ein Interview, das Emiliana Armano und Raffaele Sciortino 2018 mit ihm geführt haben.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht

die Redaktion

Lisa Gmeiner

Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus: der Verein „Lebensborn“

Die Frage, welche Rolle der Verein „Lebensborn“ im NS spielte, wurde 1947 in einem der Nürnberger Prozesse verhandelt, mit folgendem Resultat: „Aus dem Beweismaterial geht klar hervor, dass der Verein [...], der bereits lange vor dem Krieg bestand, eine Wohlfahrtseinrichtung und in erster Linie ein Entbindungsheim war. Von Anfang an galt seine Fürsorge den Müttern, den verheirateten sowohl wie den unverheirateten, sowie den ehelichen und unehelichen Kindern.“¹ Diese Einschätzung ist nach einer Analyse der zum „Lebensborn“ vorliegenden Quellen zu hinterfragen. Meine These, der ich im Folgenden nachgehen werde, ist, dass es sich bei der zitierten Aussage um eine klare Fehlauffassung handelt.

Der Verein „Lebensborn“ wurde zwei Jahre nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, im Jahr 1935, von Heinrich Himmler gegründet. Er bot schwangeren Frauen die Möglichkeit, ihre Kinder in sogenannten Entbindungsheimen auf die Welt zu bringen und diese Kinder dann in die Obhut und Vormundschaft des Vereines zu übergeben oder für einige Monate in den vereinseigenen Kinderheimen betreuen zu lassen. Auch materielle Unterstützung wurde durch den Verein gewährt. Hintergrund war dabei jedoch weniger ein allgemeiner Wohlfahrtsgedanke. Der „Lebensborn e. V.“ war vielmehr ein wichtiger Bestandteil der aktiven Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten. In seiner Satzung bekannte sich der Verein namentlich unter anderem dazu, „rassisch und erbbiologisch wertvolle, werdende Mütter unterzubringen und zu betreuen, bei denen nach sorgfältiger Prüfung der

¹ Zitiert nach Volker Koop, *Dem Führer ein Kind schenken. Die SS-Organisation „Lebensborn e.V.“*, Köln 2007, S. 226.

eigenen Familie und der Familie des Erzeugers durch das Rasse- und Siedlungshauptamt anzunehmen ist, dass gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen [...]“.²

Bis Kriegsende unterhielt der Verein auf deutschem Reichsgebiet acht Mütterheime und zwei Kinderheime sowie weitere sechzehn Einrichtungen in den besetzten Gebieten, die meisten davon in Norwegen. Zu den Zahlen der Entbindungen variieren die Angaben, Volker Koop schreibt von insgesamt 11.000 Geburten auf Reichsgebiet und von 5.500 Vormundschaften, die der Verein innehatte.³ Das heißt, dass circa die Hälfte der Schwangerschaften unehelich waren. Dazu kamen weitere 7.600 Kinder, die in Norwegen beim „Lebensborn“ registriert waren, der Großteil davon ebenfalls unehelich.⁴ Die Entstigmatisierung unehelicher Schwangerschaften und die Unterstützung lediger Frauen durch den Verein war Teil einer geburtenfördernden Politik, mit der die Nationalsozialisten zugleich versuchten, völkische Ideen im Alltagsleben zu implementieren. Die Gründung des Vereins ging auf den am 1. Januar 1932 in Kraft getretenen, sogenannten „Verlobungs- und Heiratsbefehl“ Himmlers zurück, der später durch den „Lebensborn“ als Institution umgesetzt und kontrolliert wurde.⁵ Dieser Befehl beinhaltete für alle SS-Angehörige die obligatorische Einholung einer Heiratserlaubnis bei Heinrich Himmler persönlich. Dabei mussten sich die Antragsteller einem „rassischen Ausleseverfahren“ unterziehen.

Das Prozedere folgte der NS-Formel der uneingeschränkten Zugehörigkeit des „Volksgenossen“ zum auf den Nürnberger Rassegeset-

² Georg Lilienthal, *Der „Lebensborn“ – ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik*, Frankfurt a. M. 2008, S. 43. Es handelt sich um Artikel 2 der Satzung des Vereins.

³ Koop, *Dem Führer ein Kind schenken* (wie Anm. 1), S. IX.

⁴ Kåre Olsen, *Schicksal „Lebensborn“*. Die Kinder der Schande und ihre Mütter, München 2004, S. 45.

⁵ Weiterführend zum „Verlobungs- und Heiratsbefehl“ bei Isabel Heinemann, *„Rasse, Siedlung, deutsches Blut“*. Das Rasse- & Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 50 und Gudrun Schwarz, *Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der „SS-Sippengemeinschaft“*, Berlin 1997, S. 24.

zen⁶ basierenden „gesunden Volkskörper“.⁷ Ziel war die Schaffung einer als möglichst homogen wahrgenommenen Gemeinschaft nach den Vorstellungen der führenden Nationalsozialisten. Dabei wurde auch eine Ablehnung gegenüber Abtreibungen formuliert, wozu gehörte, eine als überholt dargestellte christlich-bürgerliche Ablehnung unehelicher Schwangerschaft zu überwinden. Der Verein förderte in der Konsequenz gezielt auch ledige schwangere Frauen.

Die Arbeit des „Lebensborn“ reihte sich insofern ein in eine Kombination ex- und inkludierender Praktiken: Auf der einen Seite Kontrolle, Gewalt bis hin zu Vernichtung und Institutionalisierung von „unerwünschten Menschen“, auf der anderen Seite wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Förderung ins „rassische Schema“ passender Personen.⁸ Insofern entschied die selektive Aufnahme von Frauen, die der Verein als geeignet und würdig erachtete, zugleich über die Zugehörigkeit beziehungsweise den Status von Personen innerhalb der „Volksgemeinschaft“. So entschieden die Verantwortlichen des Vereins implizit auch, welche Kinder als „lebenswert“ befunden wurden und welche in eine sogenannte „Kinderfachabteilung“ überstellt wurden. In diesem Kontext betrieb der Verein auch vorsätzlichen Kinderraub in den sogenannten „Ostgebieten“, dessen Opfer darauffolgend gewaltsam „eingedeutscht“ wurden.⁹

Im Folgenden werde ich zeigen, wie der Verein die Alltagswelt von Menschen im Dritten Reich beeinflusste. Dabei diskutiere ich erstens

⁶ Magnus Brechtken (Hg.), *Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen*, Göttingen 2017.

⁷ Martina Steber / Bernhard Gotto, „Volksgemeinschaft“ – ein analytischer Schlüssel, in: Uwe Danker / Astrid Schwabe (Hg.), *Die NS-„Volksgemeinschaft“. Zeitgenössische Verheißung, analytisches Konzept und ein Schlüssel zum historischen Lernen?*, Göttingen 2017, S. 37–48, hier S. 41. Siehe dazu auch den Beitrag von Armin Nolzen, *The NSDAP's Operational Codes after 1933*, in: Bernhard Gotto / Martina Steber (Hg.), *Visions of Community. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014, S. 87–100.

⁸ Martina Steber / Bernhard Gotto, „Volksgemeinschaft“ im NS-Regime: Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 62 (2014), 3, S. 433–445, hier S. 437.

⁹ Ines Hopper, *Geraubte Identität. Gewaltsame „Eindeutschung“ von polnischen Kindern in der NS-Zeit*, Wien / Köln / Weimar 2010.

die Praxis der „Vergemeinschaftung“, zweitens jene des Kinderraubes und drittens jene der „Ausmerze“. Zudem werde ich zeigen, wie sich einerseits die Institution und andererseits die Menschen im Falle der Geburt eines Kindes mit Behinderung in einem „Lebensbornheim“ verhielten. Und was geschah, wenn Menschen ein „geraubtes Kind“ in Pflege genommen hatten und dies dann zurückgeben mussten. Grundlage meiner Ausführungen sind Recherchen in den Arolsen Archives und im Archiv des Bezirks Oberbayern.¹⁰ Diese werden ergänzt durch die umfangreichen Forschungsarbeiten von Dorothee Neumaier und Dorothee Schmitz-Köster zum Alltagsgeschehen in den Lebensbornheimen sowie durch das Grundlagenwerk zum „Lebensborn“ von Georg Lilienthal.¹¹

Mein Aufsatz folgt dabei einem mentalitäts- und alltagsgeschichtlichen Ansatz, in dem neben der Charakterisierung von sich verändernden gesellschaftlichen Machtverhältnissen eruiert wird, wie sich die Inklusionsangebote und Exklusionspraktiken des „Lebensborn e. V.“ auf die Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen auswirkten, berücksichtigend, dass der „eigene Sinn“ ihres Handelns erschlossen werden muss.¹² Der Fokus dieses Texts liegt insofern in mikrogeschichtlicher Perspektive auf den direkt durch die Alltagspraxis des „Lebensborn“ berührten Menschen.

Arbeitsweise des „Lebensborn“

Der „Lebensborn“ war mit seinen Entbindungs- und Kinderheimen in erster Linie Anlaufstelle für ledige schwangere Frauen. Er ermöglichte durch die Verwendung von heimeigenen Meldestellen und Stan-

¹⁰ Bestand „Lebensborn“, DE ITS 4.1 [<https://collections.arolsen-archives.org/de/archive/4-1>] sowie die Bestand der Patientenakten im Archiv des Bezirks Oberbayern [<https://www.bezirk-oberbayern.de/Gesundheit/Patientenakten-im-Bezirksarchiv-/Patientenakten/>].

¹¹ Dorothee Neumaier, *Das „Lebensbornheim“ Schwarzwald in Nordrach, Baden-Baden 2017*; Dorothee Schmitz-Köster, *„Deutsche Mutter bist du bereit...“*. Der „Lebensborn“ und seine Kinder, Berlin 2010; Georg Lilienthal, *Der Lebensborn e. V.* (wie Anm. 2).

¹² Vgl. Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Münster 2015. Siehe ebenfalls Alf Lüdtke, *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M. 1989.

desämtern sowie Deckadressen eine vollständige Geheimhaltung der unehelichen Geburt. Nach der Entbindung konnte die Frau noch während einer Stillphase von bis zu zwei Monaten im Heim bleiben, bei finanziell schwierigen Situationen wurden die Heimkosten vom Verein getragen. Bei zufriedenstellendem Verhalten wie Pünktlichkeit, Sauberkeit, einer gefestigten nationalsozialistischen Weltanschauung und so weiter konnte sich nach dem Aufenthalt eine Anstellung in einem der Heime oder als Schreibkraft in der Lebensbornzentrale ergeben.

Dabei reihte sich die Unterstützung der Frauen in bevölkerungspolitische Praktiken des Regimes ein, zu denen auch durch das „Hilfswerk Mutter und Kind“ und die „NS-Volkswohlfahrt“ (NSV) durchgeführte Schwangerschaftsberatungen, Mütterschulungen sowie durch den Staat gewährte Kredite gehörten.¹³ Der Nachweis einer einwandfreien sogenannten Ahnentafel, das Ausfüllen eines „Erbgesundheitsbogens“ und die Bereitschaft, sich einer ärztlichen Untersuchung zur Sicherstellung der Gesundheit und der „rassischen Eignung“ zu unterziehen, waren Voraussetzungen für eine Heimaufnahme.¹⁴ Dazu kamen noch ein Fragebogen über die eigene Person und abschließend eine eidesstattliche Versicherung über die Richtigkeit der Angaben zur Vaterschaft. Die Überprüfung, ob aufzunehmende Frauen den „Rassekriterien der SS“ entsprachen, wurde von Mitarbeitenden des „Lebensborn“ durchgeführt. Um die Mitarbeitenden für ihre Aufgabe zu qualifizieren, wurden Schulungen durchgeführt, die Fragebögen aber auch regelmäßig vom „Reichsführer-SS“ selbst durchgesehen.¹⁵ Über das Ergebnis der jeweiligen Prüfung vor der Heimaufnahme, aber auch der Abschlussprüfungen nach Beobachtung der Frauen im Heim, wurden statistische Aufzeichnungen geführt.¹⁶

¹³ Ebd., S. 42.

¹⁴ Lilienthal, *Der „Lebensborn“* (wie Anm. 2), S. 90.

¹⁵ Ebd. S. 96. Zu den Schulungen siehe Heinemann, *„Rasse, Siedlung, deutsches Blut“* (wie Anm. 5), S. 105.

¹⁶ Schmitz-Köster (wie Anm. 11), S. 223.

Das Ergebnis der Untersuchung hatte weitreichende Folgen für Mutter und Kind. So wurden zum Beispiel als Schreibkräfte für die SS nur Frauen vermittelt, die als „charakterlich, weltanschaulich, erbgesundheitlich und gesundheitlich in Ordnung“¹⁷ befunden wurden beziehungsweise die genannten Kriterien erfüllten, jedoch gewisse noch akzeptable „Mängel“ in einem Bereich aufwiesen (Kategorien 1 und 2). Hierbei handelt es sich um die gleiche aktive Praxis des Filterns von Menschen, die als Arbeitskräfte für die „Volksgemeinschaft“ in Frage kamen, wie sie auch in den besetzten Gebieten bei der sogenannten „Deutschen Volksliste“ (DVL) stattfand. Umgekehrt konnte die Einteilung in Kategorie 3 bis 4 dazu führen, dass der Frau eine weitere Schwangerschaft untersagt wurde, sie die finanzielle Unterstützung durch den „Lebensborn“ verlor oder sogar die Kosten für die Unterbringung im Heim zurückerstatten musste.¹⁸ Wie Detlef Schmiechen-Ackermann am Beispiel der Ortsgruppenführer und Blockwarte herausgearbeitet hat, war die ständige Beobachtung des Verhaltens, hier der Frauen innerhalb des Heimes, ein Teil der sozialen Praxis des Regimes.¹⁹ Dies diente zur Bestimmung des Charakters, der ergänzend zu der ärztlichen körperlichen Untersuchung bei der Aufnahme, das Bild über die zukünftige Mutter eines „arischen“ Kindes vervollständigen sollte.²⁰

Koordiniert wurden diese Vorgänge in der Praxis durch den medizinischen Leiter des „Lebensborn“, Gregor Ebner. Die Person Gregor Ebner zieht sich durch alle Teilbereiche, in denen der „Lebensborn e. V.“ tätig war. Als ärztlicher Leiter des „Lebensborn“ war er nicht nur über alle Vorgänge in den Heimen informiert, er reiste auch in Heime die nicht im „Altreich“ lagen und besiegelte Kinderschick-

¹⁷ Lilienthal, Der „Lebensborn“ (wie Anm. 2), S. 96.

¹⁸ Siehe dazu beispielhaft der Fall der Margot B., die nach unerwünschtem Verhalten im Heim eine negative „rassische“ Abschlussbewertung bekam und die ihr zuvor angebotene Stelle als Schneiderin für den „Lebensborn“ nicht antreten durfte. Vgl. Schmitz-Köster, Deutsche Mutter (wie Anm. 11), S. 211.

¹⁹ Vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann, Social Control and the Making of the „Volksgemeinschaft“, in: Gotto / Steber, Visions of Community (wie Anm. 7), S. 240–253, hier S. 246.

²⁰ Lilienthal, Der „Lebensborn“ (wie Anm. 2), S. 96.

sale, indem er über eine Weitervermittlung in eine Pflegefamilie, Sterilisation oder Überstellung in eine der „Kinderfachabteilungen“ entschied.

Vergemeinschaftung in den Heimen

Der „Lebensborn“ bemühte sich zwar in erster Linie um ledige Frauen, stand aber auch Frauen offen, die durch Heirat oder Verlobung mit einem SS-Mann der „Sippengemeinschaft“ bereits angehörten. Im Zuge dessen kam es dazu, dass der Status lediger Frauen eine Aufwertung erfuhr. Auf dem Papier waren diese im „Lebensbornheim“ den verheirateten Frauen gleichgestellt. „Analog zur Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ sollte in den ‚Lebensborn-Heimen‘ eine Müttergemeinschaft verwirklicht werden – eine Kameradschaft zwischen Gleichen, die sich zu einem Zweck zusammenfanden und als Individuen im Ganzen aufgingen“.²¹ Dies betraf auch die im Heimalltag eingegangenen Verpflichtungen. Zwar wurden die Frauen entsprechend ihren Fähigkeiten eingesetzt, es konnte sich jedoch keine einer ungeliebten Aufgabe entziehen.²² So mussten auch „SS-Ehefrauen“ zum Dienst antreten sowie an den gemeinsamen Mahlzeiten teilnehmen.²³ Ein Wunsch nach Befreiung von vergemeinschaftenden Maßnahmen wurde mit Argwohn betrachtet und als „in ihrer Tendenz nicht dem nationalsozialistischen Gemeinschaftsgedanken“ entsprechend angesehen.²⁴ Ähnlich verhielt es sich in Bezug auf Freizeitgestaltungen wie das gemeinsame Nähen von Säuglingsbekleidung im Aufenthaltsraum sowie Kinoabende.²⁵ In den Heimen wurden zudem Schulungen welt-

²¹ Schmitz-Köster, *Deutsche Mutter* (wie Anm. 11), S. 148. Siehe dazu auch Rudolf Oswald, *Den Opfern verpflichtet. Katholische Jugendfürsorge, Caritas und die SS-Organisation „Lebensborn“ nach 1945*, München 2020, S. 41 f.

²² Lilienthal, *Der „Lebensborn“* (wie Anm. 2), S. 64. Siehe dazu auch Schmitz-Köster, *Deutsche Mutter* (wie Anm. 11), S. 208 f. und S. 150.

²³ Vgl. ebd. Ebenfalls dazu Lilienthal, *Der „Lebensborn“* (wie Anm. 2), S. 64. Auch SS-Frauen konnte die Aufnahme in ein Heim verweigert werden. Ein Beispiel dafür findet sich ebenfalls bei Lilienthal, *Der „Lebensborn“* (wie Anm. 2), S. 95.

²⁴ Ebd., S. 65. Ebenfalls zitiert bei Schmitz-Köster, *Deutsche Mutter* (wie Anm. 11), S. 210.

²⁵ Gerda Schmidt, *Es webten die Nornen. Die Geschichte einer Mutter*, Berlin 2000, S. 49.

anschaulicher Natur („Das deutsche Volk“, „Der Führer“, „Nationalsozialistische Gesetzgebung“, „Grundgesetze der SS“, „Vererbungsgesetze und bevölkerungspolitische Fragen“), aber auch zur Kindererziehung angeboten.²⁶

Wie wichtig gerade der Aspekt der Vergemeinschaftung dem „Reichsführer-SS“ war, zeigt ein Briefwechsel zwischen der Gestapo und dem „Lebensborn e. V.“ vom April 1943, in dem es um die Aufklärung einer Beschwerde über das Heim Wienerwald und seinen Leiter Dr. Schwab geht. Dort hätten angeblich „in der Leitung, Behandlung der dort untergebrachten Mütter und in der Führung [...] Mängel [bestanden], die einer Abstellung bedürfen“.²⁷ Hervorgehoben wurde, dass der „Gemeinschaftsgedanke“ nicht gepflegt werde. So heißt es seitens des Beschwerdeführers:

Wohl die meisten der dort ankommenden Frauen glauben, die Abende gemeinsam verbringen zu dürfen, dass aber schliesslich [sic!] auch tagsüber eine gewisse Gemeinschaftspflege geübt und ein kameradschaftliches Verhalten gepflegt wird. Dies sei aber nicht der Fall.²⁸

Die Aussage zeigt zugleich, dass den Frauen gewisse Erwartungen an das Heim unterstellt wurden, die es zu erfüllen galt. Dass es diesbezüglich Konflikte geben konnte, deutet sich in einer weiteren Passage derselben Korrespondenz an:

Es sei wiederholt vorgekommen, dass werdende Mütter am ersten Tag ihres Aufenthaltes wieder abreisten mit dem Bemerken, sie gingen lieber in ein Spital, wo sie wüssten, unter Fremden zu sein und keine Gemeinschaft erwarten würden.²⁹

²⁶ Lilienthal, *Der „Lebensborn“* (wie Anm. 2), S. 66. Siehe zu Mütterschulungen auch Neumaier, *Das „Lebensbornheim Schwarzwald“* (wie Anm. 11), S. 276. Der Schulungsplan für das Heim Hohehorst ist bei Dorothee Schmitz-Köster abgedruckt, Schmitz-Köster, *Deutsche Mutter* (wie Anm. 11), S. 157.

²⁷ Korrespondenz betr. Gelegentlicher Kritik an der „Lebensborn“-Einrichtung in SS-Kreisen, unter „Lebensborn“-Müttern, sowie unter der Bevölkerung in der Nachbarschaft von „Lebensborn“-Heimen, 1938–1943, 4.1.0/82448933/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

Schwab bemühte sich gegenüber dieser Kritik neun Tage später um eine ausführliche Stellungnahme, die er an den Leiter der Hauptabteilung A des „Lebensborn e. V.“, „SS-Oberführer“ Gregor Ebner, adressierte. Dabei argumentierte Schwab, dass dem „Gemeinschaftsgedanken“ und dessen Förderung sehr wohl eine zentrale Rolle im Heim Wienerwald zukomme.³⁰ Allein für den August 1942 seien dreizehn Abendveranstaltungen angesetzt gewesen, deren Abhaltung dokumentiert und mit den monatlichen Berichten an die Hauptabteilung versendet worden seien.³¹

Die Vergemeinschaftungsabsicht traf freilich auf zahlreiche Spannungen und Konflikte: So beschreibt etwa Dorothee Schmitz-Köster in ihrer Studie zum „Lebensborn“, dass die verheirateten Frauen immer wieder dafür Sorge trugen, dass allen im Heim ihr Status bekannt war.³² Offenbar wurde die Gleichbehandlung lediger Frauen keineswegs als selbstverständlich angesehen. So geht aus dem soeben zitierten Briefwechsel Gestapo / Schwab hervor, dass jede verheiratete Frau bei der ärztlichen Erstuntersuchung gesondert auf den Umstand aufmerksam gemacht wurde, dass sich auch ledige Frauen im Heim aufhielten, „[...] um sie auf den nötigen Takt gegenüber ledigen Müttern hinzuweisen“.³³ Da die Hausordnung in allen Heimen gleich war, lässt sich annehmen, dass die Beschreibung von Schwab auch für die übrigen Heime im Reichsgebiet zutrifft.

In vielen weiteren Fällen führte das Prinzip der Gleichbehandlung, so zum Beispiel die Anrede aller Bewohnerinnen mit Frau und dem jeweiligen Vornamen, wodurch das entlarvende „Fräulein“ bei Unehelichkeit wegfiel, zu Spannungen. Beschwerdebriefe der Heimbewoh-

³⁰ Korrespondenz betr. Gelegentlicher Kritik an der „Lebensborn“-Einrichtung in SS-Kreisen, unter „Lebensborn“-Müttern, sowie unter der Bevölkerung in der Nachbarschaft von „Lebensborn“-Heimen, 1938-1943, 4.1.0/82448937/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

³¹ Ebd.

³² Schmitz-Köster, *Deutsche Mutter* (wie Anm. 11), S. 209.

³³ Korrespondenz betr. Gelegentlicher Kritik an der „Lebensborn“-Einrichtung in SS-Kreisen, unter „Lebensborn“-Müttern, sowie unter der Bevölkerung in der Nachbarschaft von „Lebensborn“-Heimen, 1938-1943, 4.1.0/82448939/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

nerinnen gingen teils sogar direkt an Himmler.³⁴ Aber nicht nur die Bewohnerinnen der Heime waren in dieser Hinsicht gefordert, sondern auch die Mitarbeitenden. So hätten, wie Ebner ausführte, „die meisten Oberschwestern und Schwestern [...] die außereheliche Mutterschaft [abgelehnt]. Sie verhielten sich gegenüber ledigen Müttern distanziert“.³⁵ Ebner bemängelte auch allgemein die fehlende Unterstützung für die „Lebensborn-Idee“ und somit die Verhinderung eines „kameradschaftlichen Zusammenleben[s]“ zwischen Bewohnerinnen und Personal.³⁶ Eine Folge scheint gewesen zu sein, dass viele Schwestern kurz nach der Einarbeitung die Heime wieder verließen.

Die Konflikte änderten nichts daran, dass es im „Lebensborn“ höchste Priorität hatte, ledigen Frauen eine Entbindung und den Aufenthalt zu ermöglichen, auch wenn dies mit der Verheimlichung von Schwangerschaft und Geburt gegenüber der eigenen Familie oder der Familie der Väter verbunden war.³⁷ Zu diesem Zweck wurden in den Heimen polizeiliche Meldestellen gegründet und jedem Heim ein eigenes Standesamt angegliedert, um offizielle Meldebehörden zu umgehen. Die Anwendung von Deckadressen diente dem gleichen Zweck. Mitarbeitende bis hin zum ärztlichen Leiter stellten hierfür ihre Adressen zur Verfügung.³⁸ So konnten zum Beispiel Frauen, die sich unter dem Vorwand der Annahme einer Arbeitsstelle in einer anderen Stadt aufhielten, weiterhin Kontakt zu ihrer Familie halten und dieser somit die Schwangerschaft und Geburt eines unehelichen Kindes verheimlichen.

Ein Brief der Violinlehrerin Irma M.-S. aus Erfurt an Ebner zeigt, dass diese Praxis als Teil von familiären Lösungsstrategien genutzt werden konnte. In dem Brief bittet Irma M.-S. um Hilfe, um ein Kind

³⁴ Ebd.

³⁵ Lilienthal, *Der „Lebensborn“ e. V.* (wie Anm. 2), S. 62.

³⁶ Ebd.

³⁷ Besonderer Wert wurde darauf gelegt, Frauen, die vom gleichen Mann ein Kind bekamen, nicht im gleichen Lebensbornheim unterzubringen. Mehrfache Vaterschaften und auch die außereheliche Vaterschaft wurden im NS nicht nur toleriert, sondern begrüßt.

³⁸ Ebd., S. 183 f. Siehe auch Thomas Bryant, *Himmlers Kinder. Zur Geschichte der SS-Organisation „Lebensborn e. V.“ 1935–1945*, Wiesbaden 2011, S. 90.

von einem Mann auf die Welt zu bringen, der bereits verheiratet war und drei Kinder hatte.³⁹ Da eine Scheidung offenbar keine Option für den Mann darstellte und die Lehrerin befürchtete, durch eine uneheliche Schwangerschaft ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wandte sie sich hoffnungsvoll an den „Lebensborn“. Den Kontakt hatte sie über private Beziehungen zu einem Oberscharführer der SS erhalten.⁴⁰ Eine Krankheit vortäuschend, um ihre lange Abwesenheit von der Schule zu erklären, wolle sie das Kind im „Lebensbornheim“ entbinden und dort betreuen lassen. Sie gibt an, einen starken Kinderwunsch zu haben, möchte aber gleichzeitig auf keinen Fall ihren Beruf aufgeben. Sie befand sich somit in einem Dilemma zwischen Kinderwunsch und Berufstätigkeit, aus dem sie sich auf unkonventionellem Wege zu befreien versuchte, indem sie den „Lebensborn“ in ihre Pläne einbezog. Offenbar wollte sie dem immer noch weit verbreiteten Stigma der Unehelichkeit entgehen, aber dennoch den Mann ihrer Wahl zum Vater ihrer Kinder haben. Indem die Briefschreiberin die Möglichkeit in Betracht zog, über eine SS-Institution ein Kind ohne Ehemann zu bekommen und gleichzeitig ihre Arbeitsstelle zu behalten, wurde sie Teil einer Handlungsgemeinschaft. Sie war bereit, die nazistischen Strukturen zum eigenen Vorteil einzusetzen, ohne dass sich daraus eine Überzeugung von der dahinterliegenden Ideologie ableiten ließe. Die detaillierte Schilderung ihrer vermeintlich ausweglosen Situation beendete sie, indem sie sich auf die vom NS-Regime geforderte Bekämpfung der Kinderlosigkeit berief und damit ihr Anliegen legitimierte.⁴¹ Die Institution „Lebensborn“ wurde hier Mittel zum Zweck.

Die Praxis des Kinderraubes

Ein weiterer Wirkungsbereich des „Lebensborn“ war das Einsammeln und Begutachten von Kindern in den besetzten Gebieten Polens und

³⁹ Dokumente betr. Unverheiratete Mütter und die Einstellung von „Lebensborn“ zu diesen Problemen 1938–1944, 4.1.0/82450987/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

die darauffolgende sogenannte „Germanisierung“ dieser, den meist noch lebenden Eltern beziehungsweise Großeltern, geraubten Kinder. Hierbei handelte es sich entweder um Eltern, die sich weigerten, sich in die „Deutsche Volksliste“ (DVL) einschreiben zu lassen, um Zwangsarbeiterinnen oder KZ-Häftlinge.⁴² Kinder, die als „eindeutschungsfähig“ galten, sprich: ein „arisches“ Erscheinungsbild hatten, wurden – nachdem sie ihrem Elternhaus entrissen worden waren – dem „Lebensborn“ übergeben, der diese dann zur Adoption an NS-treue Familien vermitteln sollte.⁴³ Vorher durchliefen die Kinder ein „Rasseprüfungsverfahren“ inklusive ärztlicher Untersuchung und bekamen einen deutsch klingenden Namen. Ziel des Unterfangens war es, auf Himmlers Geheiß als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ der „Volksgemeinschaft“ „rassisch wertvolle“ Kinder einzuverleiben und somit Kriegsverluste zu ersetzen.⁴⁴ War das Alter des Kindes nicht aus etwaigen Unterlagen ersichtlich, wurde es von Ebner neu bestimmt beziehungsweise alle Unterlagen wie Röntgenaufnahmen der Handwurzelknochen an seinen Kollegen Dr. Josef Becker weitergeleitet.⁴⁵ Bei seinen Visiten im Heim Alpenland war Ebner dafür zuständig, die gesundheitliche und geistige Entwicklung sowie den Ernährungszustand der Heimkinder zu begutachten und zu beurteilen.⁴⁶ Aus den Quellen, die Ines Hopfer für ihre Dissertation zum Lebensbornheim Alpenland in Österreich ausgewertet hat, geht hervor, dass fünfzig Prozent aller Kinder, die während der Betriebszeit von September 1943 bis April 1945 in diesem Heim betreut wurden, noch lebende Verwandte in Polen hatten und trotzdem an Pflegefamilien übermittelt werden sollten.⁴⁷

Ein Beispiel für die Vermittlung von Kindern an deutsche Pflegeeltern durch den „Lebensborn“ ist der Fall von Herrn und Frau J. aus

⁴² Hopfer, *Geraubte Identität* (wie Anm. 9), S. 27.

⁴³ Ebd., S. 11 und S. 46.

⁴⁴ Ebd., S. 19f.

⁴⁵ Ebd., S. 67–69.

⁴⁶ Ebd., S. 69.

⁴⁷ Ebd., S. 173.

Regensburg. Diese hatten ein Kind über das Heim Alpenland bekommen. Die Quellen enthalten unterschiedliche Angaben zur Herkunft dieses Kindes. Während Frau J. nach dem Krieg den Mitarbeitenden der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) gegenüber aussagte, das Kind sei österreichisch gewesen, geht aus einem Brief der Adoptionsstelle des „Lebensborn“ hervor, dass es sich um ein südosteuropäisches Kind gehandelt habe.⁴⁸ Als südosteuropäisch galten die Kinder aus Jugoslawien, die innerhalb des „Lebensborn“ auch als „Banditenkinder“ umschrieben wurden, weil sie Eltern geraubt wurden, die als Partisanen galten.⁴⁹ In einem Schreiben vom 21. Dezember 1944 an Frau J. gibt die zuständige Mitarbeiterin der Adoptionsstelle, Emilie Edelman, an, vom Heim Alpenland erfahren zu haben, dass Frau J. ihr dort vermitteltes süd-osteuropä-isches Kind wieder zurückgeben musste und bedauert die erfolgte Rückgabe an den im Nachhinein aufgetauchten leiblichen Vater. Sie bot Frau J. ersatzweise ein norwegisches Kind aus dem Heim Sonnenwiese an, um – wie sie sagt – „help you forget about this separation as soon as possible“.⁵⁰ Sie betonte dabei, dass alle Kinder, aus denen sie einen Ersatz wählen könnte, blond und blauäugig seien und versicherte ihre Überzeugung, dass „[...] one of these Norwegian boys will be able to replace your first foster child“.⁵¹ Des Weiteren versicherte sie Frau J., dass es im Falle des norwegischen Jungen keine Verwandten gebe, die Anspruch auf das Kind erheben könnten, um ihr die Angst zu nehmen, dass sie auch dieses Kind womöglich wieder verlieren würde.⁵²

⁴⁸ Lebensborn institutions: Sonnenwiese and Frohburg, 4.1.2/81796103/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁴⁹ Report on the Lebensborn compiled by ITS Child search Branch (1948), 4.1.2/81794821/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁵⁰ Lebensborn institutions: Sonnenwiese and Frohburg, 4.1.2/81796492/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives. Abschrift des Originalbriefes von E. Edelman an Frau J. durch die UNRRA-Mitarbeiterin Z. Butryn, Administration Assistant, UNRRA Area Team 1048 vom 14. Januar 1947. Der Brief im Original wurde der UNRRA-Mitarbeitenden von Frau J. übergeben.

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd.

Das Heim Sonnenwiese galt als Zwischenstation für „eindeutschungsfähige“ Kinder aus dem Ausland, in dem sich nach Angaben von Frau J. zum Zeitpunkt ihres Besuches über hundert norwegische Kinder aufhielten. Aus diesem Heim wurden dann von der „Lebensborn“-Zentrale in München, wie im vorliegenden Fall J., die Kinder in Pflegefamilien vermittelt.⁵³ Beachtenswert ist hier, dass nicht die Pflegemutter auf den Verein zukamen und sich um ein weiteres Kind bemühen mussten, sondern die Adoptionsstelle es von sich aus als Aufgabe ansah, einen Ersatz für das verlorene Kind anzubieten. Eventuell kann dies damit erklärt werden, dass „Lebensborn“ bis zur endgültigen Vermittlung die Vormundschaft innehatte und somit auch alle Kosten für das Kind trug, zugleich aber Funktionäre des „Lebensborn“ betonten, dass ein Aufwachsen des Kindes in einer Familie beziehungsweise in mütterlicher Pflege einer Heimpflege vorzuziehen sei.⁵⁴ Im Januar 1945 wurde Frau J. dann der zweijährige Ragnar B. H. angeboten, den sie letztendlich auch zu sich nahm. Dabei war diese fragwürdige inklusive Praxis Teil eines Systems, das auch Exklusion vorsah. Ein Beispiel ist die Überstellung eines mit einer Behinderung geborenen Kindes in eine „Kinderfachabteilung“.

Die Praxis der „Ausmerze“

Als Grundlage für die „negative Auslese“ galt in der Ärzteschaft des Dritten Reiches nach 1933 das sogenannte „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.⁵⁵ Da „erbbiologisch unerwünschter“ Nachwuchs, beziehungsweise ein zu schwaches oder mit einer Behinderung geborenes Kind, unerwünscht waren, wurde penibel darauf geachtet, Frauen, die die „Rassekriterien“ nicht erfüllten, gar nicht erst in ein „Lebensbornheim“ aufzunehmen. Kam es wider Erwarten dazu, dass

⁵³ Susanne Hahn, Georg Lilienthal, Totentanz und „Lebensborn“. Zur Geschichte des Alters- und Pflegeheimes in Kohren-Salis bei Leipzig (1939–1945), in: *Medizinhistorisches Journal*, 27 (1992), 3, S. 340–358, hier S. 348.

⁵⁴ Zumindest ist unter den Briefen und Berichten keiner überliefert, der vermuten lässt, dass Frau J. als Erste die Adoptionsvermittlung bezüglich eines neuen Pflegekindes kontaktierte.

⁵⁵ Vgl. Reichsgesetzblatt I, 1933, Nr. 86, S. 529–531.

ein Kind mit einer Erbkrankheit oder Behinderung in einem der Heime zur Welt kam, wusste man sich des Kindes zu entledigen. So wurde etwa in der psychiatrischen Klinik Großschweidnitz in der Oberlausitz im Dezember 1943 eine sogenannte Kinderfachabteilung eingerichtet, die zu einem Netz von mehreren „Kinderfachabteilungen“ im gesamten Reichsgebiet gehörte.⁵⁶ Zu diesem zählten auch die psychiatrischen Anstalten in Brandenburg-Görden, Am Spiegelgrund in Wien und die Einrichtung Eglfing-Haar bei München.⁵⁷

In diese „Kinderfachabteilung“ wurde am 14. März 1940 die am 22. Januar 1938 geborene Gabriele K. eingeliefert.⁵⁸ Nachdem sie als Frühgeburt im Heim Wernigerode/Harz auf die Welt gekommen war, hatte die Kindsmutter, die sich während der Schwangerschaft schon vom Kindsvater, dem SS-Sturmbannführer Alfred Naujocks,⁵⁹ getrennt hatte, das Kind in das Heim Hochland in Steinhöring gegeben. Hier stellte die Heimärztin fest, das Kind mache „[...] körperlich als auch geistig einen durchaus zurückgebliebenen Eindruck“.⁶⁰ Das Kind befände sich mit knapp zwei Jahren auf dem geistigen Stand eines sechs bis neun Monate alten Säuglings. Das begründete sie mit folgender Aussage: „Häufig findet man es im Bett liegend, stupide längere Zeit die gleiche Handbewegung ausführend oder den Kopf hin-

⁵⁶ Christoph Hanzig, Von der provisorischen Unterbringung zur professionellen Ermordung. Kinder und Jugendliche während des Zweiten Weltkriegs in der Landesanstalt Großschweidnitz, in: Neues lausitzisches Magazin, 140 (2018), S. 9–30, hier S. 11.

⁵⁷ Götz Aly, Die Belasteten. Euthanasie 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte, Frankfurt a. M. 2014, S. 110. Eine umfassende Auswertung von Patientenakten der „Kinderfachabteilung“ der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar hat 2017 Julia Katzur in ihrer Dissertation vorgenommen, vgl. Julia Katzur, Die „Kinderfachabteilung“ in der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar und die nationalsozialistische „Kindereuthanasie“ zwischen 1940–1945, Leipzig 2017. Weitere Einrichtungen sind bei Friedlander angeführt, vgl. Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997, S. 95.

⁵⁸ Abnormale Kinder und Krüppel 1937–1944, 4.1.0/82460696/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁵⁹ Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 428. Naujocks war derjenige, der den Vorwand für den Überfall auf Polen im September 1939 lieferte und ist im Personenlexikon beschrieben als „derjenige, der den Zweiten Weltkrieg auslöste“, vgl. ebd.

⁶⁰ Abnormale Kinder und Krüppel (wie Anm. 58).

und herwerfend.“⁶¹ Sie übersandte das Kind schließlich im Oktober 1939 an die Universitäts-Kinderklinik in München. Dort wurde eine dreitägige Beobachtung durchgeführt, die eine „mäßige Rachitis“ und einen Milieuschaden durch Aufwachsen in sogenannter „Massenpflege“ zum Ergebnis hatte. Die Empfehlung der Klinikärztin lautete, das Kind einer intensiven Einzelbetreuung zukommen zu lassen, wodurch sich der Zustand verbessern sollte. Die Kosten für den Transport, Aufenthalt und die Diagnostik zahlte der „Lebensborn“ als Vormund des Kindes.⁶² Das Heim stellte daraufhin eine Schwester für das Kind ab.

Am 12. Januar 1940 schrieb Ebner der Kindsmutter jedoch, „dass [...] aufgrund all dieser Beobachtungen ich mir nun persönlich darüber klar geworden [bin], dass es sich bei Gabriele um eine geistige Störung handelt, die sie vermutlich mit auf die Welt gebracht hat“.⁶³ Da der „Lebensborn“ keine Vormundschaften für geistig und körperlich beeinträchtigte oder an erblich bedingten Krankheiten leidenden Kindern annahm oder behielt,⁶⁴ schrieb Ebner weiter:

Es wird auch notwendig sein, zu überlegen, wohin das Kind verbracht werden soll. Wir können es aus verständlichen Gründen nicht mehr allzulange [sic!] im Heim haben [...].⁶⁵

Zu diesem Zeitpunkt konnte das zweijährige Kind weder laufen noch sprechen, reagierte auf keine Spielangebote durch die Schwestern und gab immer wieder „brummende Laute von sich wie ein Tier“.⁶⁶ Diese für die Übergabe nach Egelfing-Haar im „Fragebogen zur Vorgeschichte“ vermerkte Information wurde vom ausfüllenden in Stein-

⁶¹ Ebd.

⁶² Abnormale Kinder und Krüppel (wie Anm. 58).

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Dorothee Neumaier, Dr. Hildegard Feith: Ärztin im Lebensbornkinderheim Sonnenwiese. Forschungsbericht an der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften der FernUniversität in Hagen, ohne Ort und Jahr, S. 1.

⁶⁵ Abnormale Kinder und Krüppel (wie Anm. 58).

⁶⁶ Archiv des Bezirks Oberbayern, Bestand Bezirkskrankenhaus Haar, Patientenakte 8635.

hörung noch durch Angabe des Charaktermerkmals „bösaartig“ ergänzt.⁶⁷

Die Spur des Kindes verliert sich in den Akten des International Tracing Service (ITS) nach der Übergabe in die Pflegeanstalt, die Patientenakte des Kindes ist allerdings im Archiv des Bezirks Oberbayern in München noch vorhanden und zeigt, dass Gabriele K. letztlich überlebte. Sie verbrachte insgesamt neun Jahre im Kinderhaus der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar, bevor sie 1949 in ein Pflegeheim in Neuötting verlegt wurde.⁶⁸

Anders erging es Ingemar Mack. In Steinhörung geboren, wurde er am 29. Mai 1941 im Alter von zwei Jahren in die „Kinderfachabteilung“ in Eglfing eingeliefert und starb dort am 27. Oktober 1941 nach fünf Monaten an einer Lungenentzündung.⁶⁹ Er ist einer von 332 Minderjährigen, die dort der Euthanasie zum Opfer fielen, da Eglfing-Haar eine der Stationen war, die einen erheblichen Teil der dort eingewiesenen Kinder ermordete.⁷⁰ In den meisten Fällen wurde den Kindern dabei das Barbiturat Luminal verabreicht, wodurch es zu letalen Lungenentzündungen kam, die häufigste Todesursache in psychiatrischen Anstalten des Dritten Reiches.⁷¹ Das Vorgehen verschleierte die Praktiken in den Fachabteilungen und sollte potenziell aufgebrachte Eltern abwehren. Es sind allerdings auch Fälle dokumentiert, in denen die Eltern förmlich darum bettelten, man möge ihr Kind töten, um entweder das Kind selbst von seinen Qualen oder die Eltern von ihrer Scham und Belastung zu erlösen.⁷² Anfragen solcher Art an

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Archiv des Bezirks Oberbayern, Bestand Pflegeanstalt Eglfing-Haar, Patientenakte 3076.

⁷⁰ Vgl. Aly, *Die Belasteten* (wie Anm. 57), S. 110. Julia Katzur gibt an, dass in der „Kinderfachabteilung“ von Eglfing-Haar zwischen 1940 und 1945 332 Minderjährige getötet wurden, siehe Katzur, „Die Kinderfachabteilung“ (wie Anm. 57), S. 48.

⁷¹ Edith Sheffer, *Aspergers Kinder. Die Geburt des Autismus im „Dritten Reich“*, Frankfurt a. M. 2018, S. 115. Siehe zum Einsatz von Luminal auch Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid* (wie Anm. 57), S. 105.

⁷² Sheffer, *Aspergers Kinder* (wie Anm. 71), S. 164 f.

die Kliniken wurden stets negativ beantwortet, das Kind verstarb freiwillig meist trotzdem innerhalb kürzester Zeit.⁷³

Auch wenn kein expliziter Hinweis auf das Heim Hochland vorliegt, weisen sowohl der Geburtsort von Ingemar Mack ebenso wie der Umstand, dass das Kind unehelich war und zudem laut Aussagen der Kindsmutter, außer ihrer Mutter und ihrer Freundin und deren Mann niemand von dem Kind wisse, Merkmale auf, die zur Arbeitsweise des „Lebensborn“ passen. Die Mutter schreibt in einem Brief im Mai 1941 an die Heil- und Pflegeanstalt, dass sie das Kind sehr gerne besuchen würde, aber leider aus Zeitgründen verhindert sei. Sie bittet weiterhin um Geheimhaltung des Aufenthaltes des Kindes, da sie sehr darunter leide, „einem kranken und unnormalen Kind das Leben geschenkt zu haben“.⁷⁴ Möglicherweise wurde ihr aber auch die Aufnahme in ein „Lebensbornheim“ verweigert, denn als letzter Aufenthaltsort vor der Einweisung in die „Kinderfachabteilung“ wird das Säuglingsheim Prinzessin Arnulfhaus angegeben. Dieses während der Weimarer Republik gegründete Heim, war ab 1939 ein Säuglingskrankenhaus unter Führung der – der NSDAP nahestehenden – Organisation „Mutter und Kind“.⁷⁵

Handlungsspielräume oder Willkür? - ein Resümee

Der individuelle Handlungsspielraum innerhalb der nationalsozialistischen Gesellschaft wird im Fall von Gabriele K. besonders im Hinblick auf den medizinischen Leiter von „Lebensborn“, Ebner ersichtlich. Dieser folgte den Konventionen bezüglich des Verbleibs des Kindes im Heim nach gestellter Diagnose „geistige Störung“, bemühte sich darüber hinaus jedoch noch mehrere Monate darum, das Kind aus der Heil- und Pflegeanstalt herauszubekommen. Noch im

⁷³ Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid (wie Anm. 57), S. 85.

⁷⁴ Archiv des Bezirks Oberbayern, Bestand Pflegeanstalt Eglfing-Haar, Patientenakte 3076.

⁷⁵ Dominik S. Rahamer, Die öffentliche Säuglings- und Schwangerenfürsorge sowie Mütterberatung in München während der Weimarer Republik, Dissertation, München 2009.

August 1940 erkundigte er sich bei Medizinalrat Hölzel⁷⁶ in Eglfing über den Zustand des Kindes.⁷⁷ Nachdem er von diesem die günstige Prognose bekommt, das Kind sei „[...] jetzt in einem Zustand, dass es leicht in Familienpflege gegeben werden könnte“,⁷⁸ bittet Ebner im September 1940 die Mutter sowie die Großmutter, das Kind zu sich zu nehmen.⁷⁹ Es ist bemerkenswert, dass sich Ebner noch ein halbes Jahr nachdem das Kind das „Lebensbornheim“ verlassen musste, intensiv um dessen Verbleib bemüht, obwohl es nach den Kriterien des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ als „unerwünschter Nachwuchs“ galt. Zudem sind in Verbindung mit Ebner auch andere Fälle bekannt, in denen er ganz anders handelte.

So beschreibt Anna Bräsel in einem Übersichtswerk zu „Lebensborn“ in München Ebner als „Verfechter der NS-Rassenideologie“,⁸⁰ der den Befehl gab, zwei von ihm als „schwachsinnig“ bewertete Kinder sterilisieren zu lassen.⁸¹ Dazu gehörte der Junge George K., in dessen Fall Ebner im August 1941 „immediate sterilization [...] due to the fact that his skull looks degenerated, his ears are staying off and his shoulders are hanging“ empfiehlt.⁸² Auch im Falle der Begutachtung ausländischer Kinder, die in Pflegefamilien vermittelt werden sollten, ließ er Kinder, die bereits eine Pflegestelle hatten, bei unzureichender „rassischer Wertigkeit“ rigoros in ihre Heimat zurückschicken.

Handlungsspielräume und Willkür der für das NS-Regime arbeitenden und wirkenden Menschen müssen als Zusammenhang begriffen werden. Es ist allerdings ironischerweise genau diese Willkür, die

⁷⁶ Klee, *Personenlexikon* (wie Anm. 59), S. 262. Friedrich Hölzel war von Oktober 1940 bis April 1941 Leiter der „Kinderfachabteilung“ in Eglfing-Haar.

⁷⁷ *Abnormale Kinder und Krüppel* (wie Anm. 58).

⁷⁸ Ebd., 4.1.0./82460705/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁷⁹ Ebd., 4.1.0./82460714/ und 4.1.0./82460712 / ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁸⁰ Anna Bräsel, *Orte und Akteure, Leitung und Mitarbeiter des „Lebensborn“*, in: Angelika Baumann / Andreas Heusler, *Kinder für den „Führer“*. Der „Lebensborn“ in München, München 2013, S. 66–154, hier S. 112.

⁸¹ Ebd.

⁸² War crimes report, 4.1.2./81794936/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

schließlich Ebner und weitere Angeklagte vor harten Strafen in den Nachkriegsprozessen bewahrte. Zwar wurde er in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, hier im sogenannten Rasse- und Sicherheitshauptamt-Prozess, 1948 wegen Kindesentführung und Verschleppung von Kindern zur „Eindeutschung“ angeklagt. Am Ende wurde er aber lediglich für seine Mitgliedschaft in der SS verurteilt, der er schon 1931 beigetreten war. Zu einer Inhaftierung kam es nicht, da die Internierungshaft angerechnet wurde.⁸³ In einem zweiten Prozess vor der Münchener Hauptspruchkammer im Februar 1950 beriefen sich Ebner und die anderen Angeklagten immer wieder auf den Freispruch in Nürnberg als Verteidigungsstrategie, die ihnen hier jedoch nicht so leichtfertig abgenommen wurde. Ebner wurde hier verurteilt und verlor zunächst seine Approbation, erhielt diese – wie so viele Täter – jedoch nach Abschluss der Entnazifizierungsverfahren durch ein Gnadengesuch bereits 1951 wieder zurück.⁸⁴

Anhand der drei betrachteten Kategorien Vergemeinschaftung, Kinderraub und „Ausmerze“ konnte ich zeigen, wo sich innerhalb der Gesellschaft des Dritten Reiches Handlungsspielräume für dessen Mitglieder auftraten und diese auch genutzt wurden. So konnten Frauen – Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen –, die bereits mit einer bestimmten Erwartung an ein „Lebensbornheim“ herantraten beziehungsweise ihnen auferlegte Erwartungen nicht teilten, dieses auch wieder verlassen. Gleichzeitig zeigt der Fall der Violinlehrerin, dass der „Lebensborn“ auch für die eigenen Wünsche und Ziele genutzt wurde, ein Beispiel für die affektive Aneignung neuer Moralvorstellungen, die vom NS-Regime propagiert wurden. Insgesamt klafften die ideologischen Vorstellungen und die Umsetzung in den Heimen jedoch weit auseinander.

Im Falle des Kinderraubes und der Praxis der „Germanisierung“ konnte gezeigt werden, dass sich Paare daran bereitwillig beteiligten

⁸³ Anna Bräsel, Das justizielle Nachspiel – die Prozesse gegen die Mitarbeiter des „Lebensborn“ e. V., in: Baumann / Heusler, Kinder für den „Führer“ (wie Anm. 80), S. 162–173, hier S. 162.

⁸⁴ Ebd., S. 174.

und sich über den Verlust eines Kindes durch Rückgabe an die leiblichen Eltern mit einem Ersatz zufriedenstellen ließen. Auch der Fall Gabriele K. beleuchtet die Handlungsräume aller beteiligten Parteien, denen mehrfach die Möglichkeit geboten wurde, das geistig beeinträchtigte Kind zu sich zu nehmen, dem jedoch mit Ausflüchten und vagen Antworten begegnet wurde.⁸⁵ Dass Beteiligte ahnten, was den Kindern und Jugendlichen in einer psychiatrischen Anstalt drohte, geht mittlerweile aus der Forschung hervor.⁸⁶ Auf der anderen Seite zeigt sich darin die allgemeine Verankerung des „Volksgemeinschaftsgedankens“ innerhalb der Gesellschaft, in der für Kranke und Schwache kein Platz war. Und zu guter Letzt zeigt auch das Beispiel des ärztlichen Leiters Ebner, dass auch Täter einen Handlungsspielraum besaßen und willkürlich Entscheidungen über Leben und Tod trafen. Umso erschreckender ist, dass er trotz eindeutiger Quellenlage bereits in den 1960er Jahren wieder in eigener Praxis als Arzt praktizierte.

⁸⁵ Abnormale Kinder und Krüppel 1937–1944, 4.1.0/82460711 und 4.1.0/82460715/ITS Digital Archive, Arolsen Archives.

⁸⁶ Siehe dazu sehr eindrucksvoll bei Katzur, „Die Kinderfachabteilung“ (wie Anm. 57), S. 105 f.



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie (proletarische) Frauenbewegung und Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

Schwerpunkt der Ausgabe 2024/III:

100 Jahre Rote Hilfe • Praktiken der Solidarität.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropal Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropal Verlag: veitl@metropal-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de • www.metropal-verlag.de

Engelbert Tacke

Die Barmer Ersatzkasse und der Nationalsozialismus. Öffentliche Äußerungen vor und nach 1945. Erste Archivbefunde

Dieser Aufsatz basiert auf meiner Recherche als Betroffener zur Rolle der Barmer Ersatzkasse (BEK) in der Kinderverschickung der 1950er bis 1980er Jahre. Mein Wissensdrang stieß allerdings auf eine Krankenkasse, die nur zögerlich Interesse zeigte und es vorzog, zu für sie problematischen Sachverhalten zu schweigen. Gleichzeitig legten einzelne Inhalte einer von der Barmer 2020 in Auftrag gegebenen Studie zur Kinderverschickung eine mangelnde Distanz der Barmer zu im Nationalsozialismus einflussreichen Personen nahe, ohne diese Nähe zu thematisieren.¹ Hieraus entstand mein Impuls, historische Fakten über das Handeln der Barmer Ersatzkasse zwischen 1933 und 1945 zusammenzutragen, zu analysieren und zu bewerten. Ausgewertet habe ich die Mitgliederzeitschriften, die die Barmer bereits in den 1930er Jahren herausgab, sowie die Aktenbestände, die bis Sommer 2023 im Archiv der Dokumentations- und Forschungsstelle der Sozialversicherungsträger (sv:dok) einsehbar waren.²

¹ Die 2021 veröffentlichte Studie behandelt zum Beispiel Ernst Wentzler, Pädiater, sogenannter T4-Gutachter und in den 1950er Jahren Autor der Barmer-Mitgliederzeitschrift, ohne seine Rolle im Tötungsapparat des Nationalsozialismus zu benennen. Siehe Susanne Herold, *Verschickungskinder. Die Barmer Ersatzkasse und die Kinderverschickungen 1945–1990*, [https://verschickungsheime.de/wp-content/uploads/2022/05/220411_Bericht_Quellenlage_Verschickungskinder.pdf].

² Die Dokumentations- und Forschungsstelle der Sozialversicherungsträger e. V. Bochum(sv:dok) war seit Sommer 2023 „vorübergehend geschlossen“. Seit Ende 2023 ist sie geschlossen und aufgelöst. Nach Auskunft der Barmer wurden die Akten dem Bundesarchiv angeboten und dort auch angenommen. Das Anbietungsverfahren sollte im Januar 2024 abgeschlossen werden. Inzwischen hat das Bundesarchiv per E-Mail mitgeteilt, dass es die „archivwürdigen Unterlagen“ an die Deutsche Nationalbibliothek zur Nutzung weitergereicht hat.

Die Quellenlage zur Geschichte der Barmer stellt sich auf den ersten Blick üppig dar. Bei sv:dok hatte die Barmer etwa 2.100 Verzeichniseinheiten, weitgehend Akten, als Depositum hinterlegt. Nach dem einordnenden Text des Bestandes kam das Archivgesetz Nordrhein-Westfalens zur Anwendung, wonach allgemeine Akten 30 Jahre nach der Schließung und Personalakten 10 Jahre nach Todesdatum eingesehen werden dürfen.³ Trotz einfacher Sachlage war die Barmer langsam und zögerlich in der Freigabe – mit Hinweis auf „schützenswerte Daten“.⁴ Die Akten geben dabei keinen umfassenden Einblick in das Handeln der Barmer vor 1945. Sie scheinen nicht im Vorstand oder Verwaltungsrat der Barmer geführt worden zu sein, sondern eher in einer untergeordneten Hauptabteilung oder Abteilung. Im besten Fall vermitteln sie, was in den entscheidenden Gremien, Vorstand und Aufsichtsrat, beschlossen wurde, nicht aber, wie die Entscheidungen zustande kamen. Die Dokumente geben einen ersten Einblick, wie die Barmer Ersatzkasse ab 1933 mit den neuen Machthabern umging, aber kein auch nur annähernd vollständiges Bild. Insofern kommt die Arbeit nicht ohne Spekulationen und Vermutungen aus, die im Text allerdings immer deutlich erkennbar sind. So soll die Arbeit als Anregung zu einer professionellen Aufarbeitung der Geschichte der Barmer sowie ihrer Rezeptionsgeschichte verstanden werden.

Die Barmer – Kasse mit großer Vergangenheit

Die Barmer ist eine der größten Krankenkassen Deutschlands mit langer Geschichte.⁵ In der alten Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung, auf die sich die in dieser Arbeit angestoßenen offenen Fragen

³ Sv:dok, Barmer. Erläuterung zum Bestand auf der nicht mehr abrufbaren Website. Siehe dazu Anmerkung 2.

⁴ E-Mail des Unternehmensprechers an den Autor vom 18. Januar 2023.

⁵ Die Barmer ist je nach Lesart 1884 oder 1904 gegründet worden. So gab es 1934 und 1954 Veröffentlichungen zum 30. und 50. Jubiläum sowie 1984 eine zum 100. Jubiläum, auf die in der oben erwähnten Archivistudie verwiesen wird. Siehe Herold, Verschickungskinder (wie Anm. 1). Heute wird auch 1912 als Gründungsjahr genannt. Siehe [<https://www.barmer.de/ueberuns/barmer/unternehmen-1056674>].

der Kinderverschickung beziehen, hatte es die BEK gar auf den ersten Rang unter den Kassen geschafft. Einen Zuwachs an Mitgliedern hat sie auch und besonders in den 1930er Jahren feiern können und gefeiert. Zwischen 1934 und 1944 stieg die Anzahl der Mitglieder von 560.000 auf 1,3 Millionen. Durch den Mitgliederverlust im Saarland und in der Sowjetischen Besatzungszone fiel die Zahl auf 635.000, um in der Bundesrepublik bis zum 60-jährigen Jubiläum auf 2,5 Millionen anzusteigen.⁶ Trotz mehrerer Fusionen mit anderen Kassen hat sie inzwischen nicht mehr diese herausragende Bedeutung, die sie hatte, als sie sich noch stolz als „Barmer Ersatzkasse“ präsentierte – heute nennt sie sich Marketing gesteuert nur noch „Barmer“.⁷ Fühlt man sich in die „Seele“ dieser „kämpfenden“ Krankenkasse ein, so wird vielleicht deutlich, dass die große historische Bedeutung in den Jahren des Aufstiegs zur größten Kasse Deutschlands durch nichts geschmälert werden durfte und darf.⁸

Im Gegensatz zu dem Archivbestand ist die Menge der Veröffentlichungen zur Barmer und ihrer Geschichte äußerst dürftig. Den zeitlich umfassendsten Überblick bis in die Gegenwart bietet ein Wikipedia-Eintrag. Dieser beschränkt sich aber fast ausschließlich auf die Gründungen der historischen Vorläufer der BEK, die Ausgründung einer privaten Krankenversicherung, der Barmenia, und die Aufzählung der jeweiligen Haupt- und Verwaltungssitze. Die dortige Schilderung der Geschichte der Barmer in der Zeit von der nationalsozialistischen

⁶ BEK-Brücke, Monatsschrift für die Vertrauensleute der Barmer Ersatzkasse, 14 (1964), 1, S. 6. Bis zu neun Millionen Menschen will die Barmer in Spitzenzeiten betreut haben, so der Text zum Archivbestand bei sv:dok.

⁷ Fusionsprozesse gab es vor allem in der Frühphase des Hilfsvereins, des Vorläufers der Ersatzkasse bis 1913, schließlich weitere im Nachgang des Gesundheitsreformgesetzes von 1996 mit den Fusionen von 2010 und 2017 aufgrund des verschärften Wettbewerbs der Kassen, so der Text zum Archivbestand bei sv:dok. Die diesem Text zugrunde liegenden Recherchen beziehen sich auf die Barmer Ersatzkasse zwischen Weimarer Republik und deutscher Wiedervereinigung bzw. deren Rechtsnachfolgerin, die heutige Barmer, nicht auf die fusionierten Ersatz- oder Betriebskrankenkassen.

⁸ Im Jahr 1964 feierte man sogar anlässlich des Jubiläums die autoritäre wilhelminische Zeit: „Glanz und Gloria des alten Kaiserreichs (nahmen) nur einen gedrängten Raum ein“, BEK-Brücke, 1 (1964), S. 7.

Machtergreifung bis in die 1950er Jahre bleibt rudimentär und allein organisationsgeschichtlich:

1932 wurde der Sitz der Hauptverwaltung nach Berlin in die Lindenstraße (heute Axel-Springer-Straße) verlegt. Nachdem die Gebäude durch Kriegseinwirkungen stark beschädigt worden waren, siedelte sich die Hauptverwaltung der Barmer zunächst im ostwestfälischen Nieheim und Bad Hermannsborn an, kehrte jedoch 1956 nach Wuppertal-Barmen zurück.⁹

Als Quellen zur Geschichte sind ausschließlich die offizielle Website und die historischen Pressearchive der ZBW angegeben, also des Leibniz-Informationszentrums Wirtschaft, der größten wirtschaftswissenschaftlichen Spezialbibliothek Deutschlands. Einen Beitrag zur Organisationsgeschichte, zu den Wechselfällen der Anforderungen und Zumutungen, schließlich zu Programm, Strategie oder Führungspersonal leistet der Artikel nicht. Ein Wikipedia-Eintrag gehört nun nicht zwingend in das Aufgaben-Portfolio einer Unternehmenskommunikation, wiewohl ein ausgeprägtes Engagement auf den vier relevantesten Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram, Tiktok und X als Indiz für ein professionelles Interesse an der Darstellung und Erreichbarkeit im Internet spricht. Über andere Kassen von vergleichbarer Größe und vergleichbarer Geschichte: die DAK-Gesundheit oder die Techniker Krankenkasse, ist auf Wikipedia zumindest zu lesen, dass und zum Teil wie die Arbeit der Kassen dem NS-Staat untergeordnet wurde.¹⁰ Und auch der Verband der Ersatzkassen hat 2012 und 2016 deutlich gemacht, dass man 1933 schnell unter nationalsozialistischen Einfluss geraten ist. Die Reaktion auf die braune Machtergreifung wird als „bürokratisch“ umschrieben.¹¹ Den Vorsitz des Verbands übernahm 1933 der Gauleiter von Danzig, Albert Forster,

⁹ Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Barmer_Ersatzkasse].

¹⁰ So bekundet zum Beispiel die DAK-Gesundheit in einem Jubiläumsband, dass ihre Kinderfürsorge in die nationalsozialistische „Gesundheitsführung“ eingebunden war und dass die Leitungsebene der Kasse einen fanatischen Antisemitismus vertrat. Siehe dazu Volker Böge / Hartwig Stein, 225 Jahre DAK. Gesundheit und soziale Verantwortung, (Hg.) Deutsche Angestellten Krankenkasse, Hamburg 1999, S. 200 ff.

eine externe Besetzung. Im Jahr 1936 wurde er durch Walter Semmler abgelöst. Nicht erwähnt wird hier, dass Semmler Vorstand der Barmer war.¹² So ist es nicht verwunderlich, dass 2019 ein Wikipedia-Nutzer auf der Wikipedia-Diskussionsseite zum Barmer-Eintrag fragt: „Und was war von 1933–1945? Interessiert das niemanden? Weiß man etwa nichts darüber oder was?“¹³

Das Unternehmen selbst hat sich seit 1934 (damals zum 30. Jubiläum) immer wieder zur Unternehmensgeschichte geäußert, in veröffentlichten Festvorträgen wie 1954, in kurzen Mitteilungen in den Mitglieder- oder Vertrauensleutezeitschriften wie 1964 (60 Jahre) oder 2009 (125 Jahre).¹⁴ Umfänglich befasste man sich 1995 mit der Entwicklung der Selbstverwaltung seit 1950.¹⁵ Den Bogen durch die gesamte Geschichte schlug einzig Günter Ringleb mit einem schmalen Band im Jubiläumsjahr 1984,¹⁶ fast 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland. Doch gehen wir erst zurück in das Jahr 1933.

1933 – Den Nazis in den Schoß gefallen

Bereits im Juni 1933, drei Monate nach der Verabschiedung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes, das die demokratischen Institutionen der Weimarer Republik aushebelte, stand die Barmer Ersatzkasse ge-

¹¹ Siehe [https://www.vdek.com/ueber_uns/verband-jubilaemum/zeitstrahl/zeitstrahl_1912-1945.html] sowie [https://www.vdek.com/content/dam/vdeksite/magazin/sonderausgabe-100-jahre/sonderausgabe_100_jahre_magazin_klein.pdf], S. 12.

¹² Ebd.

¹³ Siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:Barmer_Ersatzkasse].

¹⁴ Walter Semmler, Die Deutsche Angestellten-Krankenkasse. Jubiläumsbetrachtung 1934, in: Die Angestellten-Krankenkasse. Mitteilungsblatt der Barmer Ersatzkasse, 7 (1934), 1, S. 3; ders., 50 Jahre Barmer Ersatzkasse. Festschrift zum Jubiläum, in: Die Barmer Ersatzkasse. Zeitschrift der Barmer Ersatzkasse, 18 (1954) 1, S. 20–35; Unsere „Barmer“ – 60 Jahre jung, in: BEK-Brücke, 10 (1964), 1, S. 11; Günter Ringleb, Erfolg einer Idee. 100 Jahre Barmer Ersatzkasse, Düsseldorf 1984; Barmer Ersatzkasse, 45 Jahre Selbstverwaltung bei der Barmer Ersatzkasse. Vom Zentralen Beirat 1950 zum Verwaltungsrat 1995, Wuppertal 1995; Gesundheit feiert Geburtstag, in: Die Barmer. Zeitschrift der Barmer Ersatzkasse, 38 (2009) 1, S. 18.

¹⁵ Barmer Ersatzkasse, 45 Jahre Selbstverwaltung (wie Anm. 14).

¹⁶ Ringleb, Erfolg einer Idee, (wie Anm. 14).

genüber ihren Mitgliedern in deutlichen Worten für die nationalsozialistische Idee ein – allerdings ohne dort schon zu benennen, was dies für eine Krankenkasse inhaltlich bedeuten sollte:

Wir brauchen nicht zu verhehlen, in welchem Maße uns Genugtuung und Befriedigung erfüllt, daß die grandiose nationalsozialistische Revolution des Jahres 1933 in ihrem geistigen Gehalt mit solchen Zuständen und mit der ihr zugrunde liegenden Gesinnung gründlich aufräumt, daß sie auch uns befreit von allen solchen Widerständen und nutzlosen Kämpfen, und daß sie uns damit unsererer eigentlichen Aufgabe restlos wiedergeben wird. Berlin, Juni 1933. Der Hauptvorstand Kallmeyer Dr. Semmler.¹⁷

Völlig offen ist dabei die Frage, welche Kräfte in Vorstand und Selbstverwaltung diesen öffentlichen Kotau vor Hitler und den Nationalsozialisten forcierten, welche ihn möglicherweise zu verhindern oder zu verlangsamten versuchten. Nicht auszuschließen ist, dass es sich zu diesem Zeitpunkt möglicherweise nur um eine sicherlich naive öffentliche Bekundung handelte, um „in Ruhe weiterarbeiten“ zu können für die Gesundheit ihrer Mitglieder. Wenn dem so gewesen wäre, dann hätte dieser und den später folgenden Erklärungen aber eine falsche Analyse der Situation zugrunde gelegen: Aus welchen Gründen auch immer gingen die Unterzeichner wohl davon aus, dass sie unter dem nationalsozialistischen Regime „befreit von Widerständen“ ihre Selbstverwaltung konsolidieren könnten, denn das war offenbar auch ihr Ziel. Dafür spricht, dass man im April 1933 in der Barmer davon ausging, dass „die nationale Regierung Adolf Hitler in einer berufsständischen Krankenversicherung, die den Versicherten eine für die gesunde Entwicklung erforderliche Mitwirkung sicherstellt, die geeignete Grundlage für eine Reform [...] sieht“.¹⁸ Ein Irrtum, der allerdings nicht korrigiert wurde und das Tun der Krankenkasse für die nationalsozialistische Idee in den folgenden Jahren nicht bremste.

Eine andere Interpretation der öffentlichen Äußerung für den Nationalsozialismus: Die Verantwortlichen könnten den Hinweis auf die

¹⁷ Barmer Ersatzkasse, 19. Jahresbericht über das Jahr 1932, Berlin, Juni 1933.

¹⁸ Die Barmer Ersatzkasse, 6 (1933), 4, S. 49.

Befreiung von Widerständen gegen ihre ständische Ausrichtung vor allem seitens der Arbeiter*innenbewegung und das Ende der politischen Kämpfe als beschwörendes politisches Signal gesehen haben. Denn auch im Nationalsozialismus gab es eine starke Strömung, die eine Vereinheitlichung und Zentralisierung der Krankenkassen anstrebte. Insofern sind die Bekenntnisse zum Nationalsozialismus gleichzeitig auch als Positionierung im Kampf gegen eine Vereinheitlichung zu verstehen. Zumindest stellte sich die Organisation schon im April 1933, also wenige Wochen nach der Verabschiedung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes am 24. März 1933, in den Dienst des Nationalsozialismus: „Unsere [...] Fach- und Sachkenntnis stellen wir der nationalen Regierung Adolf Hitler pflichtbewußt zur Verfügung.“¹⁹ Dabei glaubte sie sich „eins mit der Auffassung unserer 520.000 Mitglieder“.²⁰ Dass es trotz der sicherlich starken Unterstützung des Nationalsozialismus unter den Angestellten in einer so großen Organisation nicht auch andere Ansichten gab, kann unterstellt werden. Ebenso sicher allerdings auch, dass die „nationalsozialistische Revolution“ auch ihre Opfer unter den Mitgliedern der Barmer Ersatzkasse finden sollte: Jüdische Bürgerinnen und Bürger genauso wie Menschen mit Handicap oder Beeinträchtigungen – alle, die den Gedanken der „Volksgeundheit“ und „Rassenreinheit“ im Wege standen.

Tatsächlich schrieb der damalige Vorsitzende des Hauptvorstands der Barmer Ersatzkasse, Paul Walz, im Mai 1933 unter der Überschrift „Die große Zeit!“, dass die Barmer „parteilpolitisch neutral“ sei. Die ganze Widersprüchlichkeit dieser Aussage wird in seinem Aufsatz deutlich: Einerseits sollte der „Gesunde [...] für den Kranken, der Starke für den Schwachen und der Glückliche für den Unglücklichen eintreten“. Zum anderen bekundete die Kasse „in aller Deutlichkeit [...], daß sie gewillt ist, sich der großen Idee des Nationalsozialismus dienstbar zu machen und daß sie sich vorbehaltlos zum Dienst bei der Deutschen Arbeitsfront meldet, zu der sie ge-

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

hört“.²¹ Was diese Idee ausmachte, wird in der Mitgliederzeitung erst nach und nach dargelegt. Jener Paul Walz ging in der Septemбераusgabe von 1933 einen Schritt weiter: „Die Maßnahmen, um die seelische und rassische Wiedergeburt unseres Volkes und die bevölkerungspolitischen Fragen sind so tausendfältig, daß für die Krankenkassen, welche die Aufgaben der Zeit erkannt haben, unzählige Möglichkeiten einer segensreichen Mitwirkung an diesem großen Werk bestehen.“²² Dies stellte die Barmer kurz danach unter Beweis.

Im Oktober 1933 beschloss der Aufsichtsrat einstimmig, dem „PG [Parteigenossen, Anm. E. T.] Alfred Anders das Amt des Vorstandsvorsitzenden zu übertragen“. Anders war Abteilungsleiter für Sozialversicherung in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und verkündete: „Bevölkerungs- und rassenhygienische Ziele gehören [...] unbedingt in mein Arbeitsprogramm.“²³ Und in der Jubiläumsbetrachtung der Kasse zum 30. Jahrestag der Gründung 1934 sekundiert Walter Semmler, seit 1920 in verantwortlichen Positionen der Barmer, die Aufgaben der Kasse hätten „von der Individual- zur Rassenhygiene fortzuschreiten“.²⁴ Das ist nicht dahingesagt, sondern wird in mehreren Abschnitten ausgeführt. Wie weiter unten gezeigt wird, ist es derselbe Walter Semmler, der 1954 in seiner Jubiläumsschrift das Handeln nach 1933 verschwiegen und verzerrte.²⁵

²¹ Die Barmer Ersatzkasse, 6 (1933), 5, S. 66.

²² Die Barmer Ersatzkasse, 6 (1933), 9, S. 130.

²³ Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 2, S. 18. Der Titel war neu, die Herausgeberin blieb dieselbe. Von August 1933 bis 1936 kam es zu einem Namenswechsel der Barmer Ersatzkasse: Für drei Jahre hieß sie nun „Krankenkasse der Deutschen Angestellten“. Über Sinn und Zweck der Namensänderung kann derzeit ohne weitere Öffnung der Archive nur spekuliert werden. Da der neue Name programmatisch auf Mitgliedschaft aller Angestellten zielte, ist zu vermuten, dass man sich durch die frühe Zuwendung zur „nationalsozialistischen Revolution“ eine besondere Rolle im „Tausendjährigen Reich“ versprach. Für diese Interpretation spricht das folgende Zitat aus dem Mitteilungsblatt: „Der in der alten Barmer Ersatzkasse gepflogene Geist der Gemeinschaftsarbeit an der deutschen Angestelltenschaft verpflichtet uns zu stärkster Aktivität und noch größeren Leistungen in der Zukunft.“ Paul Walz, Der neue Name!, in: Die Barmer Ersatzkasse, 6 (1933), 10, S. 146.

²⁴ Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 1, S. 7.

²⁵ 50 Jahre Barmer Ersatzkasse, BEK-Brücke, 4 (1954), 1, S. 20–37.

Die BEK sah sich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in ihrem Bestreben nach Eigenständigkeit gestärkt. In ihrem historischen Selbstverständnis war sie damals nämlich weniger Sozialversicherung als Hilfsverein auf Gegenseitigkeit: Angestellte für Angestellte, die sich deutlich von den Arbeiter*innen abgrenzten. Letztere waren in den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) organisiert und um eine größere Gerechtigkeit zwischen den Kassentypen bemüht, da die arbeitende Klasse höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt war. Die Sozialdemokratie war die führende Strömung in der Selbstverwaltung der AOK, die politisch-strategisch auf eine Einheitskasse aller Arbeiter*innen setzte. Spätestens mit den Ereignissen um den 1. Mai 1933 wurde der Einfluss der Sozialdemokratie in der Verwaltung der Krankenkassen ausgelöscht und den Bedingungen der nationalsozialistisch bestimmten DAF untergeordnet.²⁶

Volkserziehung zur „Rassenhygiene“ und Zwangssterilisationen

Zumindest bekundete die Barmer deutlich und öffentlich, dass sie eine aktive Rolle spielen wollte. In der historischen Forschung werden die Jahre 1933/34 sowie 1936 und 1938 als „Radikalisierungsschübe“ der nationalsozialistischen Bewegung beschrieben.²⁷ Während die Barmer Ersatzkasse etwa ab 1936 ihr Mitteilungsblatt erkennbar weniger dazu nutzte, das Gedankengut des Nationalsozialismus zu verbreiten, begleitete sie die „Revolution“ und Konsolidierung des Regimes insbesondere 1934 intensiv mit den „Argumenten“ der Nazi-Ideologie. Dabei überließ der Vorstand die Infiltration nicht dem Zufall der örtlichen Bedingungen, sondern bestand auf ein zentrales und einheitliches Vorgehen: Statt auf lokaler Ebene Broschüren des Reichs-

²⁶ Marc von Miquel, Sozialversicherung in Diktatur und Demokratie. Lernen und Forschen, Begleitbroschüre zur Wanderausstellung der Arbeitsgemeinschaft „Erinnerung und Verantwortung“ der Sozialversicherungsträger in NRW, Münster 2008.

²⁷ Michael von Prollius, Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933–1939. Steuerung durch emergente Organisation und politische Prozesse, Paderborn / München u. a. 2003, S. 346.

arbeitsministeriums anzukaufen, wurde auf die überragende Wirkung der eigenen Publikation mit einer Auflage von 600.000 Exemplaren verwiesen, um die Absichten der Reichsregierung zu unterstützen und die Menschen mit dem bevölkerungspolitischen Gedankengut der Nazis zu durchdringen:

In engster Abstimmung mit dem Aufklärungsamt für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege, das uns durch seine sachverständigen Mitarbeiter leichtverständliche Abhandlungen und statistisches Material zur Verfügung stellt, bringen wir in monatlicher Folge laufend aufklärende Artikel.²⁸

Damit glaubte der Vorstand, „die Absichten der Reichsregierung in einer Weise verwirklicht zu haben, deren Wirkung in ihrer Vollständigkeit und Eindringlichkeit kaum übertroffen werden kann“.²⁹ Folgerichtig ist in der Mitgliederzeitung ausführlich über die „Segnungen“ des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zu lesen. Umfänglich und bebildert war auch die Berichterstattung über die Ausstellung „Deutsches Volk, deutsche Arbeit. Die erste Schau über Erb- und Rassenpflege.“³⁰ Artikel zu Themen wie „Rasse und Wirtschaft“ und „Vom Krieg und Geburtenkampf“ wurden begleitet von Karten, die den „Bevölkerungsdruck auf Deutschland“ dokumentieren sollten und nichts anderes waren als ideologische Vorbereitung des Angriffskrieges, um den später offen so genannten „Lebensraum im Osten“ zu eröffnen.³¹ Wohlgemerkt: Dies alles in der Publikation einer Krankenkasse, die sich kurz zuvor noch politischer Neutralität verpflichtet sah und diese bis 1932 wohl auch gelebt hatte.

Doch was war der Inhalt des „rassenhygienischen“ Gestaltungswillens? Bereits am 14. Juli 1933 wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ verabschiedet, dass die Zwangssterilisation aller „Schwachsinnigen“ vorsah. Das Mitteilungsblatt der Barmer be-

²⁸ Rundschreiben des Hauptvorstandes der Krankenkasse der Deutschen Angestellten vom 31. Januar 1934, Nr. G 5, sv:dok, Barmer Nr. 7/2046.

²⁹ Ebd.

³⁰ Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 2, S. 52.

³¹ Ebd., S. 20 ff.

teiligte sich an der Begründung des Gesetzes. In einem Artikel wird die Unbedenklichkeit des Eingriffes beim Mann wie bei der Frau hervorgehoben, der bei der Frau „zwar etwas schwieriger“, aber ebenfalls ungefährlich sei, soweit von einem „chirurgisch geschulten Arzt ausgeführt“.³² Dies kann heute als historisch widerlegt gelten: An den Sterilisationsoperationen starben ab Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1934 etwa 4.500 Frauen und rund 500 Männer.³³ In der Einschätzung dieser monströsen Zahlen, die angesichts der folgenden noch größerer Vergehen und Verbrechen nicht als klein angesehen werden dürfen, ist die Frage bis heute unbeantwortet, ob diese Operationen tatsächlich ungefährlich waren, aber massenweise mangelhaft ausgeführt wurden oder ob sie in den 1930er Jahren grundsätzlich nicht risikolos durchgeführt werden konnten. Im letzteren Fall wäre die Barmer in großer Verantwortung, weil sie wissentlich Beihilfe betrieben hätte.

Die Notwendigkeit des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ wurde mit zwei Argumenten begründet: Zum einen würden „erblich Minderwertige“ drei bis vier Geburten pro Ehe aufweisen, während die „wertvollen Gruppen“, gesunde Deutsche, besonders die gebildeten Schichten, nur zwei Geburten aufweisen würden. Über Generationen führe dies zu einem „Aussterben der hochwertigen Familien“.³⁴ Zum anderen wurde konstatiert, dass „Geistesschwache, Hilfsschüler, Geisteskranke und Asoziale jährlich Millionenwerte“ verbrauchen, die „kinderfrohen Familien“ entzogen werden würden.³⁵ Begleitend zu diesem Artikel wurden als eine Spitze des Zynismus „Erbkranke“ für das Gesetz in Stellung gebracht. So fragte etwa eine – in heutiger Ausdrucksweise würde man sagen – Betroffene: „Und wieviel unendlich viel nutzlose Opfer, Herzeleid, Sorgen und

³² Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 2, S. 23.

³³ Hans-Walter Schmuhl, Zwangssterilisation, in: Robert Jütte in Verbindung mit Wolfgang Uwe Eckart / ders. / Winfried Süß, *Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2011, S. 201–213, hier S. 203.

³⁴ Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 2, S. 23.

³⁵ Ebd.

Unfrieden hätten vermieden werden können, wenn ein verantwortungsführender Mensch uns eindringlich gewarnt und beraten hätte!“³⁶

Beraten selbstverständlich zur Sterilisation oder zur Abtreibung, in jedem Fall zur Anerkennung der eigenen „Minderwertigkeit“. Derlei Texte wurden begleitet von einem Emblem, das ein Baby zeigt, versehen mit dem Slogan „Denk an Deutschlands Zukunft, gib Deine Gesundheit weiter.“³⁷ Was die „Minderwertigen“ kosten, wurde in einem weiteren Artikel vorgerechnet.³⁸ Von großer, allerdings perfider Schlichtheit war ein fiktives Gespräch zwischen „Volksfreund“, „Erbforscher“, „Besserwisser“, Arzt und weiteren (erdachten) Rollen-Typen. Natürlich zeigten sich die Gegner des Gesetzes hier als naiv und unwissend, während Arzt und „Erbforscher“ stichhaltige „Argumente“ ins Feld führten. So wurde zum Beispiel das Klischee bedient, im Weltkrieg wären „die Besten“, die „Scharen herrlichsten rassischen Geblüts“, gefallen. Während der „Besserwisser“ mit Verweis auf die große Zahl von 65 Millionen Deutschen die „Wunde“ als „verheilt“ ansah, „erläutert“ der Erbforscher, die Wunde „brenne schmerzlicher denn je. Millionen Kinder der Besten und Edelsten wurden nicht geboren!“ In dieser Weise reihte sich „Argument“ an „Argument“.³⁹

Es ist davon auszugehen, dass die Barmer damit auch einen Teil der eigenen Mitgliedschaft getroffen hat, denn dazu dürften nicht nur „Rassegesunde“ und „Volksdeutsche“ gehört haben. Konnten sich die Nationalsozialisten mit ihrem Gesetz 1933 auf ähnliche Diskussionen und Tendenzen beispielsweise in den USA oder in Schweden berufen, so war dieses doch deutlich gegen die humanistischen Denktraditionen gerichtet. Doch das nationalsozialistische Projekt war noch deutlich monströser. Es ging, so beschreibt es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, „um die möglichst ‚lückenlose Reinigung‘ des deutschen ‚Volkskörpers‘ von all jenen Elementen, die aufgrund ihrer ‚anlagebedingten‘ und daher nicht ‚besserungsfähigen Minderwer-

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd., S. 20.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd., S. 23.

tigkeit‘ einer ‚rassehygienischen Sonderbehandlung‘ zugeführt werden sollten, da sie als ‚gemeinschaftsunfähige Individuen‘ den ‚Mindestanforderungen der Volksgemeinschaft‘ nicht genügten“. ⁴⁰ Nach Wehler gehörten zum „Katalog von Schädlingen“ „Geisteskranke, Debile, Schwerbehinderte, Alkoholiker, Asoziale, Arbeitsscheue, Prostituierte, Zuhälter, Homosexuelle, Kriminelle, Zigeuner, Farbige und Systemgegner aller Art“. ⁴¹ Auffällig ist, dass es dabei nicht nur um die angeblich erkenn- und identifizierbaren „Erbkranken“ ging, sondern auch um einen Teil der Bevölkerung, der einfach durch ethnische oder sexuelle „Abweichung“ oder schlicht durch abweichendes Verhalten auffiel.

Unterstützt eine Krankenversicherung diese Ideologie, so kehrt sich ihr Anspruch – die Starken für die Schwachen – gegen sich selbst. Denn Medizin und Sozialgesetze ermöglichen es ja gerade den „weniger Starken“, ihren Platz in einer menschlichen Gesellschaft zu finden. Doch neben den heilungsbedürftigen Menschen trat nach der Ideologie der Eugenik der „heilungsbedürftige ‚soziale Körper‘“. ⁴² Die Umsetzung der Ideen vom gesunden „Volkskörper“ traf dabei laut Wehler auf diffuse Bestätigung, denn „mit desinteressierter Sympathie begleiteten nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung das Vorgehen gegen Debile und Deviante“. ⁴³ Insgesamt wurden nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ 360.000 Menschen, zumeist Frauen, zwangssterilisiert. Das war rund ein Prozent der gebärfähigen Frauen. Wohl etwa 30 Prozent der Frauen galten aus den beschriebenen Gründen als „unerwünscht“. ⁴⁴

Ab 1940 kam der Krankenkörper systematisch in Gang. Die „Aktion T4“ geschah im Stillen, ja im Geheimen, und unter konsolidierten

⁴⁰ Hans-Ulrich Wehler, *Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerherrschaft, Verbrechen 1919–1945*, München 2009, S. 145.

⁴¹ Ebd. Wehler reiht die Begriffe in dieser Weise, ohne Quellenbegriffe mit Anführungszeichen oder ähnlich zu kennzeichnen.

⁴² Ebd., S. 147.

⁴³ Ebd., S. 153.

⁴⁴ Ebd., S. 154.

Machtverhältnissen der Nazis. Die Tötung beeinträchtigter Kinder bedurfte ab 1940 nicht der kommunikativen Begleitung wie das Gesetz von 1934, für das die Barmer kräftig getrommelt hatte. 70.300 Menschen wurde bis 1941 das Leben genommen. An diesen Verbrechen war auch der spätere freie Mitarbeiter und Autor der Barmer-Mitgliederzeitschrift, Ernst Wentzler, an maßgeblicher Stelle beteiligt, was später noch ausgeführt wird. Im August 1941 wurde die Aktion abgebrochen, nachdem sie der Bischof von Münster, Kardinal Graf von Galen, von der Kanzel und zusammen mit allen katholischen Bischöfen Deutschlands in Hirtenbriefen angeprangert hatte. Nach Wehler wollte Hitler sich nicht mit den Katholiken anlegen, was ihm als Beleg dafür dient, dass es auch unter nationalsozialistischer Herrschaft eine Positionierung gab, die zumindest die aktive Mitwirkung unterließ. Allerdings mündete der Abbruch der „Aktion T4“ in einer „Neuorientierung“ des Mordens im nationalsozialistischen Machtapparat.⁴⁵ Der Krankenmord ging stillschweigend weiter, wenn auch nicht mehr zentral organisiert.

Der Antisemitismus der Barmer

Die Beteiligung der Barmer an der „Volkserziehung“ zu Rassismus und Herrenideologie beinhaltete auch antisemitische Elemente: Schon früh machte die Kasse klar, dass die Behandlung durch jüdische Ärzte für Barmer-Mitglieder nicht erwünscht sei. Im September 1933 bekannte die Kasse mit einer „Bekanntmachung!“ erstmals im Gleichschritt mit anderen Kassen im Verband Farbe im Umgang mit der jüdischen Bevölkerung:

Wir machen darauf aufmerksam, daß eine Reihe nichtarischer Ärzte nach dem Vertrage zwischen dem Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen und dem Verband der Ärzte Deutschland (Hartmannbund)

⁴⁵ Vgl. Wolfgang Uwe Eckart, Verbrecherische Humanexperimente, in: Robert Jütte (wie Anm. 33), S. 124–148, hier S. 136 und 138.

zum 1. August 1933 aus der Vertragstätigkeit ausgeschieden und nicht mehr berechtigt ist, unsere Mitglieder zu behandeln.⁴⁶

Ein Dokument aus dem Jahre 1934 macht deutlich, dass die Barmer nicht nur „mit den Wölfen heulte“, sondern tatsächlich in der nationalsozialistischen Bewegung ganz vorne spielte. Zwar ist der Verwaltungsvorgang in den vorliegenden Akten nicht vollständig abgebildet, er wird aber aus dem einzelnen Dokument verständlich. Es geht um eine Liste der „nichtarischen“ und „staatsfeindlichen“ Ärztinnen und Ärzte, die die Barmer nicht mehr als behandlungsberechtigt für ihre Mitglieder einordnete. Eine entsprechende Liste war den anspruchsberechtigten Mitgliedern bereits zugegangen, als der Vorstand einige Wochen oder Monate später – in einem Schreiben, das keinen Hinweis auf das Datum der ersten Liste enthält, seinem Aufsichtsrat erklärte, dass diese Liste aufgrund einer Vielzahl von Einsprüchen, Beschwerden und Prozessen gegen die Einordnung von Ärztinnen und Ärzte als „staatsfeindlich“ überarbeitet werden müsse. Um Schaden von der Kasse abzuwenden, müsse die Kennzeichnung als „nichtarisch“ und „staatsfeindlich“ herausgenommen werden. Die abgelehnten Ärztinnen und Ärzte sollten allerdings weiter abgelehnt bleiben. „Lediglich das Motiv der Ausschaltung soll nicht mehr in Erscheinung treten [...]“⁴⁷ Dem Aufsichtsrat berichtete der Vorstand in diesem Schreiben, vor Gericht ließe man sich von einem Anwalt der Gauleitung Berlin vertreten. Der Quelle ist zu entnehmen, dass der Stand im Verfahren als „ungünstig“ oder gar „aussichtslos“ betrachtet wurde. Mit Bedauern stellte man fest, dass sich die Prozesse nicht „politisch aufziehen“ ließen, und sah es als „verhängnisvoll“ an,

dass es im Rechtsleben heute noch als nicht zulässig gilt, einen Verbrecher, selbst wenn er einer ist, als Verbrecher öffentlich zu brandmarken

⁴⁶ Die Barmer Ersatzkasse, 6 (1933), 9, S. 134.

⁴⁷ An die Mitglieder des Aufsichtsrats!, undatiertes Schreiben des Vorstands (September 1934), sv:dok, Barmer Nr. 27/2046.

und unter Hinweis auf diesen strafbaren und deformierenden Tatbestand wirtschaftlich zu boykottieren.⁴⁸

Im Folgenden bekannte der Vorstand, dass die Barmer die einzige Kasse sei,

die solche Verzeichnisse an die gesamte Mitgliedschaft der betroffenen Gruppe zur Verteilung gebracht und auf diese Weise die beabsichtigte Ausschaltung wirklich radikal und mit sofortiger Wirkung durchgeführt hat. Daraus erklärt sich, dass bis jetzt auch nur wir von den Schwierigkeiten betroffen sind.⁴⁹

Dies ist ein deutlicher Beleg, dass die Barmer in der Umsetzung des Ausschlusses jüdischer und politisch links orientierter Ärztinnen und Ärzte eine Führungsrolle einnahm und sich sogar in einem zu dieser Zeit noch herrschenden Rechtssystem zu einer erkennbaren Unrechtsposition bekannte.

Im Jahr 1935 erhöhte die Kasse den Druck auf ihre Mitglieder deutlich: „Deutsche Volksgenossen gehen nicht zu jüdischen Ärzten.“⁵⁰ Diese Forderung wurde mit der Rassenideologie begründet und diente dem Ziel, „den jüdischen Fremdkörper vom deutschen Volk zu lösen“. Denn „die Juden“ hätten keine Zurückhaltung als „Gastvolk“ geübt und strebten die Herrschaft über das deutsche Volk an.

Jeder deutsche Volksgenosse hat sich dieser Tatsache bewußt zu sein und hat die Pflicht überall im Alltag in diesem notwendigen Kampf gegen jüdische Unverschämtheit an der Seite seines Volkes zu stehen. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß deutsche Menschen ihre Gesundheit auch nur deutschen Ärzten und nicht jüdischen anvertrauen.⁵¹

Die Barmer Ersatzkasse unterstützte nicht nur explizit die Rassenideologie, sondern drohte auch unverhohlen jenen, die sich an dieser zu widersetzen gedachten:

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Die Angestellten-Krankenkasse, 8 (1935), 10, S. 147.

⁵¹ Die Angestellten-Krankenkasse, 8 (1935), 8, S. 116.

Wer daher als Deutscher das Judentum unterstützt, fällt damit dem deutschen Volk in den Rücken und darf sich nicht wundern, wenn er als Feind des nationalsozialistischen Staats betrachtet wird.⁵²

Schließlich traf es auch jüdische Bürger und Bürgerinnen, die Mitglied der Kasse waren oder sein wollten. In der Versicherungsbedingungen von 1937 heißt es unter § 2 lapidar: „Juden nimmt die Kasse nicht auf.“⁵³ Zumindest in einem Fall nutzte die Barmer auch Gelegenheiten, den rechtliche Rahmen maximal gegen jüdische Mitglieder auszuschöpfen. Im Zusammenhang mit dem „Gesetz über jüdische Kultusvereinigungen“, die ihren öffentlich-rechtlichen Status verlieren sollten, legte der Vorsitzende des Vorstands in einem Schreiben selbst dieses Gesetz aus und den Verwaltungsvorgang dar. Er kommt zu dem Schluss: „Es ergibt sich bei dieser Gelegenheit vielleicht die Möglichkeit, weitere jüdische Mitglieder loszuwerden.“ Auch Solidarierungen von Mitgliedern mit der jüdischen Bevölkerung schob die Kasse einen entschiedenen Riegel vor. Austrittserklärungen „arischer“ Mitglieder sei „mit sofortiger Wirkung zu entsprechen, wenn der Austritt mit der Ausschaltung der jüdischen Ärzte begründet wird, [weil man] auf solche Mitglieder keinen Wert“ lege. Dem Kassenleiter, für den eine untergeordnete Person „Heil Hitler! Barmer Ersatzkasse i. A.“ unterschrieb,⁵⁴ mussten diese Austrittserklärungen zugesandt werden. Dies lässt vermuten, dass solche Austrittserklärungen vom Vorstand an andere Institutionen des NS-Staats weitergegeben worden sind.⁵⁵

⁵² Ebd.

⁵³ Barmer Ersatzkasse, Versicherungsbedingungen in der ab 1. März 1937 geltenden Fassung, gültig ab 1. August 1940, im Besitz des Autors. Es wäre ein interessanter Forschungsgegenstand, wie die Barmer Ersatzkasse mit ihren jüdischen Mitgliedern umgegangen ist, die vor der Machtergreifung oder zumindest vor 1937 in die Kasse gelangt waren. Dies gilt natürlich auch für alle Fragen, die mit der Anwendung des Erbgesundheitsgesetzes zusammenhängen. Hat auch die Barmer beispielsweise die Zwangssterilisation von Mitgliedern bezahlt, bezahlen müssen? Eine solche Forschung setzt allerdings voraus, dass die Barmer heute interne Akten zur Verfügung stellen kann, stellen will und stellt.

⁵⁴ Vermutlich unterschrieb hier der Abteilungsleiter Albert Perret für den Vorstandsvorsitzenden Alfred Anders.

⁵⁵ Schreiben der Barmer-Abteilung VIII vom 12. Januar 1938, sv:dok, Barmer Nr. 27/2050.

Unterstützung des Nationalsozialismus von innen

Diese Vorgänge untermauern die Vermutung, dass die Barmer Ersatzkasse in der Umgestaltung des Gesundheitswesens im nationalsozialistischen Staat eine führende Rolle eingenommen hat. Doch wie wurde aus der „unpolitischen“ Barmer eine Organisation mit deutlich nationalsozialistischer Prägung? Sehr wahrscheinlich gab es 1933/34 eine radikale Umwälzung innerhalb der Kasse, weil die inneren Widerstände doch so gering waren, dass einer schnellen Transformation nichts im Wege stand. Eine genauere Analyse der Vorgänge bedarf allerdings einer Sichtung bis dato noch nicht aufgefundener oder nicht zugänglicher Akten.

Ein Dokument vom 1. Februar 1935 gibt Auskunft über die Stärke der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation der NSDAP (NSBO) in der Krankenkasse der Deutschen Angestellten, wie sich die BEK zu diesem Zeitpunkt nannte. Auf der Liste stehen knapp 90 Namen von NS-Aktivisten, 50 aus der Hauptverwaltung, der Rest aus der Regionalverwaltung Berlins und Brandenburgs.⁵⁶ Mit dabei auch die vier Vorstände, die „Betriebsführer“ Alfred Anders, Berthold Hansen, Wilhelm Kallmeyer und Walter Semmler. Hinter allen Namen auf der Liste stehen jeweils ein oder zwei sechs- bis siebenstellige Zahlen, getrennt durch einen Querstrich. Bei einigen Namen lässt sich anhand der NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde nachweisen, dass es sich bei der ersten Zahl um die NSDAP-Mitgliedsnummern des jeweiligen „Pg.“, also Parteigenossen, handelt.⁵⁷ Für andere lässt sich dieser Nachweis nicht führen, da die Mitgliederkartei nicht vollständig erhalten ist. Rätsel gibt die zweite Nummer auf: Möglicherweise handelt es sich um die Mitgliedsnummern

⁵⁶ Organisation der Betriebszelle der Krankenkasse der Deutschen Angestellten, Papier vom 1. Februar 1935, sv:dok, Barmer Nr. 27/2046.

⁵⁷ Bundesarchiv, Kartei der NSDAP-Mitgliedschaften. Alfred Anders: NSDAP-Mitglied seit 1. Oktober 1932; Berthold Hansen: NSDAP-Mitglied seit 1. November 1931, Wilhelm Kallmeyer: einen Parteiausweis gibt es in der Kartei nicht mehr. Seine Mitgliedsnummer 2584274 deutet auf eine Aufnahme um den 1. Mai 1933 herum hin. Die Wartezeit konnte zu diesem Zeitpunkt mehrere Monate betragen.

einer NS-Massen- oder Kampforganisation wie der Deutschen Arbeitsfront. Weitere Forschungen sind hier noch notwendig.

Die damalige Rolle des „Barmer-Urgesteins“ Walter Semmler bleibt ungeklärt. Mit einem vergleichsweise späten Eintrittsdatum in die NSDAP am 1. Mai 1937 gehörte er möglicherweise zu denen, die zunächst durch Mitmachen Schlimmeres verhindern wollten, dann aber 1937 zu den ersten Neumitgliedern gehörte.⁵⁸ Im Juli 1933 nannte der Aufsichtsratschef Walther Schulze-Wechsungen in einem Brief die Mitglieder des Vorstands. Neben Walz, Kallmeyer und Hansen wird auch Semmler aufgeführt, letzterer allerdings nur „mit beratendem Recht“.⁵⁹ Vermutlich drückte sich da Misstrauen aus gegenüber einem hochrangigen und qualifizierten Mitarbeiter, den man politisch für unzuverlässig hielt. Später war allerdings von dieser Einschränkung nicht mehr die Rede.

Noch unerforscht sind auch die Machtkämpfe innerhalb der BEK in den Jahren 1933 und 1934. Im September 1933 wurde eine Hauptversammlung dokumentiert, auf der fanatische Nationalsozialisten das Wort führten. Sitzungsleiter war der Vorstandschef Paul Walz, auf dessen Eingangsrede laut Protokoll „mit einem dreifachen ‚Sieg Heil‘“ reagiert wurde.⁶⁰ Nach knapp zwei Stunden wurde laut Protokoll das Horst-Wessel-Lied angestimmt. Aufsichtsratsvorsitzender war zu dieser Zeit Leonhard Hoffmann, der bereits Ende Juli 1933 den NSDAP-Landtagsabgeordneten Schulze-Wechsungen ersetzt hatte. In einem Rundschreiben berichtete der Vorstand am 8. August stolz, dass alle Aufsichtsräte Nationalsozialisten seien.⁶¹ Wenig später wurde

⁵⁸ Der Zeitpunkt von Semmlers Eintritt in die NSDAP steht offenbar im Zusammenhang mit der Lockerung der Aufnahmesperre für Neumitglieder, die die Partei am 19. April 1933 verhängt hatte. Am 20. April 1937 wurde diese Aufnahmesperre erstmals gelockert und zwar für jene Antragsteller und -stellerinnen, die sich in der Zwischenzeit nachweislich aktiv in den NS-Vorfelddorganisationen engagiert hatten.

⁵⁹ Schreiben des Vorsitzenden des Aufsichtsrats „An die Herren Geschäftsführer!“ vom 24. Juli 1933, sv:dok, Barmer Nr. 27/2045.

⁶⁰ Verhandlungsschrift über die Sitzung der Hauptversammlung der Barmer Ersatzkasse vom 16. Juli 1933, sv:dok, Barmer Nr. 27/2045.

⁶¹ Rundschreiben des Hauptvorstandes der Krankenkasse der Deutschen Angestellten vom 8. August 1933, Nr. G 46, sv:dok, Barmer Nr. 27/2045.

der Vorstandsvorsitzende Paul Walz durch den DAF-Abteilungsleiter Alfred Anders ersetzt, der dann über knapp ein Jahrzehnt an der Spitze der BEK stand.⁶²

Im Unternehmen selbst gaben Schreiben Hinweise darauf, dass der „Betriebsfrieden“ gestört war. Wegen „Verleumdung und schweren Verstoßes gegen die Gefolgschaftstreue“ wurde beispielsweise der Betriebsführer Clemens Walter Grunert im September 1934 aus der „Betriebsgemeinschaft“ ausgeschlossen und mit Hausverbot belegt. „Fühlungnahme“ mit Grunert wurde allen Betriebsangehörigen untersagt.⁶³ Ob sich der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Grunert als Opfer einer politischen Intrige oder der politischen Gleichschaltung sehen durfte, ist nicht bekannt.

Offensichtlich setzte die Barmer Ersatzkasse auch nach innen den totalitären Anspruch des Staates um. Dies wird insbesondere in der frühen Phase der „nationalsozialistischen Revolution“ deutlich. Aufforderungen, die Reden Hitlers anzuhören, gehörten zur Vorstandspolitik. Zum Beispiel erging im März 1934 eine zentrale Anweisung an die Geschäftsstellen, den Gemeinschaftsempfang einer Rede zu ermöglichen.⁶⁴ Eine ähnliche Aufforderung von Robert Ley, Leiter der Deutschen Arbeitsfront, zum zweiten Jahrestag der „nationalsozialistischen Revolution“ wurde seitens des Vorstands unmittelbar in den Betrieb gegeben.⁶⁵

Mit Walter Semmler in die Bundesrepublik

Es ist heute ein Allgemeinplatz, dass es zwischen der Zeit des Nationalsozialismus und den frühen Jahren der Bundesrepublik strukturelle

⁶² Kassenleitung / Geschäftsführung, undatierte Liste der Geschäftsleitungen (nach 1956), sv:dok, Barmer Nr. 27/1991. Interessanterweise ist dort der zwischenzeitliche Kassenleiter 1933, Paul Walz, nicht aufgeführt.

⁶³ Rundschreiben des Hauptvorstandes der Krankenkasse der Deutschen Angestellten vom 20. September 1934, Nr. G 72, sv:dok, Barmer Nr. 27/2046.

⁶⁴ Rundschreiben des Hauptvorstandes der Krankenkasse der Deutschen Angestellten vom 16. März 1934, Nr. G 23, sv:dok, Barmer Nr. 27/2046.

⁶⁵ Rundschreiben des Hauptvorstandes der Krankenkasse der Deutschen Angestellten vom 26. Januar 1935, Nr. G 3, sv:dok, Barmer Nr. 27/2047.

Brüche, aber auch viele personelle Kontinuitäten in den Führungsebenen und Strukturen von Unternehmen, Verwaltungen und politischen Institutionen gab. Für eine politische Kontinuität bei der BEK steht Walter Semmler. Seit 1920 im Unternehmen war er von 1921 bis 1956 in führender Position, ab 1925 im Vorstand tätig. In der „revolutionären Umbruchphase“ der Barmer des Jahres 1933 wurde er zwischenzeitlich durch den Aufsichtsrat auf den Status eines beratenden Mitglieds heruntergestuft. 1945 überführte er als vermutlich ranghöchstes übriggebliebenes Vorstandsmitglied das Berliner Unternehmen im zusammenbrechenden Reich mit seiner zerbombten Hauptstadt in die westfälische Provinz, nach Nieheim und Bad Hermannsborn (1924/1925 von der BEK errichtetes Kurbad in Bad Driburg), und von dort an den langjährigen Standort, nach Wuppertal.

Aufsätze der Kasse zum 30. und 50. Jubiläum in den Jahren 1934 und 1954 stammen aus der Feder dieses Vorstandmitglieds und späteren Geschäftsführers Walter Semmler.⁶⁶ Im Jahr 1934 voller Enthusiasmus die nationalsozialistische Ideologie begrüßend, zwanzig Jahre später ohne jegliche Erinnerung an diese. Im Tenor seiner Jubiläumsschriften zeigt er sich als konservativer Bildungsbürger, einmal – 1934 – mit einer rassistisch-nationalsozialistischen Ausprägung, das andere Mal – 1954 – gepaart mit ausgeprägter Vergesslichkeit. In seiner Jubiläumsbetrachtung 1934 bekannte er, dass die „neue Zeit und ihr Führer“ den Blick weite und lehre umzudenken,

die Blickrichtung zu ändern, von der Individualhygiene zur Rassenhygiene fortzuschreiten, die Gesundheitsfürsorge umzugestalten und in eine Gesundheitsführung und alle Maßnahmen und Einrichtungen auf ihren Wert zu überprüfen an den Maßnahmen einer gesunden und zielbewußten Bevölkerungspolitik.⁶⁷

Die Erreichung der bevölkerungspolitischen und „rassenpflegerischen“ Ziele müssten auch von Seiten der Sozialversicherung umgesetzt, die

⁶⁶ Walter Semmler, Die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (wie Anm. 14).

⁶⁷ Ebd., S. 6.

Aufklärung auch in der eigenen Publikation geleistet werden, in großer Erwartung an Mitglieder und Lesenden, weil es

der Führer so will, daß sie sich führen lassen, daß sie sich dahineinver-tiefen in diese herrlichen Gedanken und danach handeln und leben entgegen einer glücklichen Zukunft unseres Volkes! Der einzelne ist nichts und muß untergehen, wenn das Volk keinen Bestand hat. [...] Und sollte es so kommen können, daß die produktiven Kräfte, die unserer Sache aus der Vergangenheit innewohnen, der Neugestaltung des zukünftigen Reichs nutzbar gemacht werden, dann schließen wir mit besonderer Befriedigung unsere Vergangenheit ab und gehen reich an Erfahrung an das Neue heran, unter nationalsozialistischer Führung und im Vertrauen auf Adolf Hitler vorwärts ins vierte Jahrzehnt!⁶⁸

Man kann vermuten, dass Semmler 1933 den radikalen Mitgliedern im Vorstand als „unsicherer Kantonist“ galt. Auf seinen Sachverstand und seine Erfahrung konnte man aber offenkundig nicht verzichten. Wahrscheinlich auch nicht, was die Erzählung der damals dreißigjährigen Unternehmensgeschichte betrifft. Der im Oktober 1933 gerade als Vorstandsvorsitzender inthronisierte Alfred Anders wird genau gelesen haben, was der Vorstandskollege zum Jubiläum schrieb und dieser wusste das natürlich auch. Und so lobte Semmler – möglicherweise gegen die eigene Überzeugung – Hitler und seine Erweckungskumpanen über den grünen Klee. Was blieb ihm anderes übrig, wenn er auch unter Nazi-Herrschaft im Geschäft bleiben wollte – und nicht nur als kleiner Abteilungsleiter für Nebensächliches.

Wie eine Verlängerung seines Jubiläumsartikels und wie ein Vollzug der Ankündigung, „die Spalten der Kassenzeitschrift [zu] öffnen“, schließt sich der Artikel eines Prof. Staemmler⁶⁹ unmittelbar auf Seite acht an.⁷⁰ Staemmler wird deutlicher:

⁶⁸ Ebd., S. 7.

⁶⁹ Vermutlich handelt es sich um den Mediziner, Pathologen und Honorarprofessor für Rassenpflege, Martin Staemmler.

⁷⁰ Staemmler (Prof. Dr., Chemnitz), Aufgaben und Ziele der Rassenpflege, in: Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 1, S. 8–9.

Wir sind stolz darauf, ein Volk überwiegend nordischer Seele zu sein, denn die Geschichte der Völker zeigt uns, daß überall dort, wo neue Kulturen entstanden, der arisch-nordische Mensch eine führende Rolle gespielt hat. [...] Die Rasse des Volkes ist die Summe der Rassenanlagen seiner einzelnen Volksgenossen. [...] Wir müssen uns vollkommen im klaren sein, daß Geburtenrückgang und Rassenniedergang die Zukunft unseres Volkes entscheiden. [...] Es wird der tüchtige und lebensgesunde Deutsche nicht mehr gezwungen werden brauchen, ins Ausland zu gehen, denn es wird ihm durch die Ausschaltung der Minderwertigen der nötige Lebensraum entstehen.

Bekanntlich ist es anders gekommen mit der „Neugestaltung“, so dass Semmler in seiner Jubiläumsschrift von 1954 auf alte Stereotype zurückgreift, ohne dabei den nationalsozialistischen Inhalt der Kasernenpolitik auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Es wäre eine Gelegenheit gewesen, sich dieser Vergangenheit zu stellen. Ungenutzt verstrich sie – wie auch in vielen anderen deutschen Unternehmen. Stattdessen strickte Semmler hier weiter an der mythologischen Fährte des Abwehrkampfes gegen die Gegner der freiheitlich orientierten Ersatzkassen. Gegenüber der NSDAP sah er jetzt „die Ersatzkassen [...] schon in einer ungünstigen Situation“. ⁷¹ Wohlgermerkt: Zu einer Zeit, 1934, als Semmler vom Fortschreiten zur Rassenhygiene schwadronierte und die vormals sozialdemokratisch dominierten Ortskrankenkassen gleichgeschaltet und deren Protagonisten zum Teil abgesetzt, zum Teil eingekerkert waren, sah er die Barmer im Abwehrkampf gegen Vereinheitlichungstendenzen. „Widerstand aber gegen die damaligen Machthaber konnte nur erwägen, wer die damit verbundene Gefahr für die eigene Person um der Sache wegen in Kauf zu nehmen bereit war.“

Dies schrieb ein Mann, an dessen Seite zu diesem Zeitpunkt mit Anders und Hansen zwei Männer waren, die man angesichts der Eintrittsdaten in die NSDAP als „alte Kämpfer“ ansehen konnte oder, wie im Fall Kallmeyer, unmittelbar nach der Machtergreifung ihren

⁷¹ Semmler 1954 (wie Anmerkung 14), S. 26

Mitgliedsantrag gestellt haben dürfte.⁷² Und der in einem Unternehmen als Vorstandsmitglied tätig war, dessen Aufsichtsrat nach der damaligen Eigendarstellung ausschließlich aus Parteimitgliedern bestand. Die in den 1950er Jahre gepflegte Selbstdarstellung der Barmer als antinazistische Organisation sollte noch weiter Bestand haben. Es wird noch darauf zu kommen sein, dass diese bis heute nicht korrigiert ist.

„Erfolg einer Idee“ oder Geschichtsschreibung Barmer Art

Ohne Zweifel blickt die Barmer Ersatzkasse auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Um zu verstehen, wie die Barmer im Jahr 1984 ihre Geschichte während des Nationalsozialismus einordnete, muss man wissen, dass die Ersatzkassen jenseits des politischen Protests des ausgehenden 19. Jahrhunderts durch die Arbeiter*innenbewegung und die Sozialdemokratie entstanden waren. Sie verstanden sich nicht als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Sicherungssystems. Auch wenn sie heute in der öffentlichen Wahrnehmung wie selbstverständlich neben AOK und privater Krankenversicherung als ein Pfeiler dieses Systems verstanden werden, sahen sie sich lange einem hohen politischen Druck ausgesetzt, als Teil eines übergeordneten Gesundheitssystems ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Insofern sah sich die Barmer in ihrer Jubiläumsschrift auf einem Weg – „von einer Selbsthilfegemeinschaft [...] zur größten deutschen Krankenversicherung“.⁷³ Ihre Gestaltungs- und Expansionskraft habe die Kasse dabei „aus der Kraft der ihr innewohnenden Idee und der Unerschrockenheit und Deutlichkeit [bezogen], mit der sich die Barmer von jeher Gehör verschafft hat“.⁷⁴ Der Einzelne, das Individuum, stehe im Mittelpunkt der Überlegungen, so die Botschaft der Schrift.

⁷² Organisation der Betriebszelle der Krankenkasse der Deutschen Angestellten, Papier vom 1. Februar 1935 wie Anmerkung 56, Bundesarchiv, Kartei der NSDAP-Mitgliedschaften.

⁷³ Ringleb, Erfolg einer Idee (wie Anm. 14), S. 7.

⁷⁴ Ebd.

Sich in die Nöte des Einzelnen hineindenken, den Krankenschutz vervollkommen, die gesundheitsfürsorgerische Betreuung fördern – das alles hat die Barmer schon vor dem Krieg auf ihr Schild geschrieben und nach dem Krieg bis in die Gegenwart fortgeschrieben.⁷⁵

Tatsächlich legte die Barmer besonderen Wert auf die Gesundheitsfürsorge, bei der sie ihre Mitglieder in der Selbstverantwortung sieht, die sie dabei tatkräftig unterstützte: „Vorsorge und Vorbeugung, in dem nicht genau umgrenzten Feld von ‚noch nicht krank‘ bis ‚nicht mehr ganz gesund‘.“⁷⁶ Im Kampf um diese Qualität sah der Autor Günter Ringleb die Kasse in ihrer Geschichte von Gegnern und Kontrahenten gleichsam umstellt:

100 Jahre Ersatzkasse zeigen, daß die Probleme sich im Grundsatz wenig geändert haben. Die Gegner der Ersatzkassen haben nicht einmal andere Argumente in ihrem Kampf gefunden. Vereinheitlichung, Gemeinschaftsaufgaben, Finanzausgleich, Regionalkassen – alles in 100 Jahren schon einmal dagewesen.⁷⁷

Das war das Narrativ, dem die Erzählung der Geschichte der Barmer Krankenversicherung folgte, von den Anfängen im Kaiserreich über die Zeit in der Weimarer Republik und im NS-Staat bis in die des Wiederaufbaus und der Bundesrepublik bis 1984.⁷⁸

Was die Interpretation der Rolle der Kasse zwischen 1933 und 1945 betrifft, so stellte der Jubiläumsband zu Beginn des schmalen, zweiseitigen Kapitels „Die Gefährdung im NS-Staat“ fest: „Die Barmer Ersatzkasse war und ist keine weltanschaulich geprägte Krankenkasse“, um gleich darauf die Rechtfertigung für weiteres Handeln zu begründen: „Dabei sei nicht verkannt, dass der Mensch von seiner Zeit ge-

⁷⁵ Ebd., S. 72.

⁷⁶ Ebd., S. 76.

⁷⁷ Ebd., S. 83.

⁷⁸ Später wird dieses Narrativ durchbrochen, als man sich selbst durch eine verschlechterte Altersstruktur auf die Seite der Befürworter des Finanzausgleichs schlug. Siehe: Die Risiken sind nicht mehr fair verteilt. Warum der Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen eine Reform braucht, in: Die Barmer. Die Zeitschrift für die Mitglieder der Barmer Ersatzkasse, 32 (2003), 2, ohne Seitenangabe.

prägt wird wie auch die Institutionen.“⁷⁹ Dem 1933 zum „Führer“ berufenen Alfred Anders, Parteigenosse und nach eigener Aussage angetreten mit einem rassenpolitischen Programm,⁸⁰ wurde ein Persilschein ausgestellt:

Alfred Anders war so ein Mann, der in die schicksalhaften Verstrickungen, Verwirrungen seiner Zeit als ‚Führer‘ der Kasse hineingestellt wurde.⁸¹

Das, was „geschah“, „spiegelt unmißverständlich den Zeitgeist wider“, „war auch vielen so unbegreiflich, dass es selbst für den ‚Führer‘ Anders nicht möglich war, sich damit zu identifizieren“.⁸² Und:

Wie fast immer in düsteren Zeiten der Menschheitsgeschichte fehlte es nicht an Männern und Frauen, die nach einer Formel suchten, mit deren Hilfe sie das unheilvolle Geschehen irgendwie zu steuern hofften.⁸³

Worum es bei dieser Steuerung gegangen sein soll, wird dann auch klar: Nicht etwa darum, der menschenverachtenden rassistischen Neuausrichtung der Kasse etwas entgegenzusetzen. Es ging um die Eigenständigkeit und die Selbstverwaltung der Kasse. Der Jubiläumsband zitierte dabei den „Führer“ Anders, der sich dafür stark gemacht habe, dem Beirat der Barmer eine größere Verantwortlichkeit zuzugestehen als einem „Führerrat“.

Möglichkeiten der Einflussnahme im Rahmen des totalen Staates wurden angeblich gesucht „trotz nach außen angepaßter Gesinnung“. Der „Mut dieser Männer“, die sich einer Einheitskrankenkasse widersetzen, sei „bemerkenswert“ gewesen. „Es gehörte schon eine mutige Persönlichkeit dazu, den Machthabern des NS-Staats die Stirn zu bieten.“⁸⁴ „Mit Anders stand die Kasse mitten in den Auseinandersetzungen“.

⁷⁹ Ringleb, Erfolg einer Idee (wie Anm. 14), S. 48.

⁸⁰ Die Angestellten-Krankenkasse, 7 (1934), 2, S. 18.

⁸¹ Ebd.

⁸² Ebd.

⁸³ Ringleb, Erfolg einer Idee (wie Anm. 14), S. 48.

⁸⁴ Ebd., S. 49.

zungen mit dem Staat, mitten in der Abwehr von Staatseingriffen, und kämpfte um den Erhalt von Eigenbestimmung.⁸⁵ Es geht also nicht etwa um die Gefährdungen, denen „abweichende Personen“, also auch zahlende Mitglieder der Barmer oder ihre Familien, ausgesetzt waren, sondern um eine mutmaßliche Gefährdung, der die Barmer als selbstverwaltete Institution ausgesetzt war. Tatsächlich gab es in der Deutschen Arbeitsfront Bestrebungen, die Ersatzkassen aufzulösen und deren Mitglieder in eine „sozialistische“ Einheitsversicherung zu überführen. Im Auftrag des Reichsorganisationsleiters der NSDAP und Führers der DAF, Robert Ley, soll, so Ringleb, der Gauleiter Albert Forster versucht haben, dies in einer Konferenz der Ersatzkrankenkassen durchzusetzen. Doch einzelne Kassen erschienen nicht zu diesem Treffen, ließen die DAF mit ihrem Vorhaben auflaufen.⁸⁶

Auf den ersten Blick scheint diese Darstellung der Ereignisse konsistent zu sein, im Lichte der historischen Forschung war dies aber weder Husarenstück noch Heldentat, sondern schlicht Ausfluss eines Machtkampfs verschiedener Strömungen im nationalsozialistischen Staat. Wenn Ringleb schrieb, dass „die Machthaber des NS-Staates [...] nach 1933 keine Gelegenheit vorübergehen [ließen], den gegliederten Aufbau der deutschen Sozialversicherung zu zerstören“, ⁸⁷ so ist dies schlicht verkürzend und konstruiert eine Gegnerschaft der Barmer zum NS-Staat. Ringleb werden als Jubiläumsschreiber andere und mehr Unterlagen und Akten zur Verfügung gestanden haben. Und der NS-Staat ist auch 1984 schon intensiv beforscht gewesen, so dass diese Darstellung als mutwillig falsch und bagatellisierend bezeichnet werden kann. Denn bekannt war und ist, dass es im NS-Staat unterhalb des „Führerwillens“ eine Vielzahl von Strömungen gab, die zwischen Ministerien, Bürokratien und Sonderbeauftragten als Partikularinteressen aufeinandertrafen. Gerade das hatte sich Hitler immer wieder im Sinne von *divide et impera* – teile und herrsche – zu-

⁸⁵ Ebd., S. 50.

⁸⁶ Ebd., S. 49.

⁸⁷ Ebd.

nutze gemacht und sich Letztentscheidungen vorbehalten. Laut der Historikerin Christiane Kuller, griff er oft „in Streitigkeiten solange nicht ein, bis sich ein Ergebnis abzeichnete, um sich dann am Ende auf die Seite der Gewinner der Ämterivalitäten zu schlagen“.⁸⁸ So schreibt auch der Wirtschaftshistoriker Michael von Prollius 2003:

Dabei hütete Hitler sich davor, als Mitspieler in emergente Entwicklungen mit offenem Ausgang verwickelt zu werden. Vielmehr traf er allein endgültige Entscheidungen, gegen seinen Willen ist in den zentralen Politikbereichen keine Entscheidung von Bedeutung zustande gekommen.⁸⁹

Der NS-Staat war geprägt von einem „Dualismus zwischen NSDAP und staatlichen Institutionen [...]“.⁹⁰ Und: „Die Beobachtung dieser Ambivalenz von polykratischen und monokratischen Elementen ist fundamental für eine Beschreibung der nationalsozialistischen Herrschaft.“⁹¹ Von Prollius weist auf dieses Phänomen sowie gerade und besonders auf die Konflikte in der Arbeits- und Sozialpolitik hin: „Konkurrenz zwischen NSDAP und DAF war vorprogrammiert und entlud sich [...] in zahlreichen Auseinandersetzungen.“⁹² Diese hatten einen Grund auch darin, dass der nationalsozialistischen Bewegung die fachliche Kompetenz für die Lösung komplexer Probleme abging. Hitler war auf die Mitwirkung der Wirtschafts- und Organisationsfachleute und der Juristen angewiesen, um die mörderischen Ziele verfolgen zu können. Salopp ließe sich formulieren, dass es für Hitler völlig ohne Belang war, ob die Krankenversicherung eine Einheits- oder eine gestaffelte Kassenstruktur hatte, solange diese die Rasse-Ideologie – „Rassenhygiene“, „Euthanasie“, Volksmythos, Geburtenideologie und schließlich die daraus abgeleitete Aggression - mit Rat

⁸⁸ Christiane Kuller, „Kämpfende Verwaltung“. Bürokratie im NS-Staat, in: Dietmar Süß / / Winfried Süß (Hg.), Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 227–245, S. 232.

⁸⁹ Prollius, Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten (wie Anm. 27), S. 357.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Ebd., S. 233.

⁹² Ebd., S. 347.

und Tat unterstützten. Davon lassen sich die „mutigen Männer“ der Barmer nicht freisprechen, nicht 1954 – hier hatte sich Walter Semmler zum 50. Jubiläum einen Persilschein ausgestellt - nicht 1984 und nicht heute. Im Gegenteil: Wenn es stimmt, dass „wer Einfluss nehmen wollte, [...] Zugang zum Führer suchen [...] und ihn persönlich von seinem Vorhaben überzeugen [musste]“, ⁹³ dann ist die Frage unbeantwortet, welche dieser „mutigen Männer“ in der Barmer möglicherweise den direkten Draht zum „Führer“ hatte, um dem „Erfolg einer Idee“ zum Durchbruch auch im NS-Staat zu verhelfen. Der Gedanke, dass sich die Idee gegen Hitler durchsetzen ließ, scheint angesichts der Erkenntnisse der historischen Forschung absurd. Anders als Ringleb schreibt, war die Barmer Teil des NS-Systems.

Fazit

Es gibt heute immer noch Unternehmen, die ihre NS-Geschichte beschönigend behandeln und damit ohne einen öffentlichen Aufschrei durchkommen. ⁹⁴ In vielen großen deutschen Unternehmen hat sich allerdings eine kritische Behandlung Bahn gebrochen. ⁹⁵ Zuletzt hat die Bayer AG mit der Gründung einer Stiftung, mit der die Erinnerungskultur im Unternehmen geschärft werden soll, Farbe bekannt. Die Erkenntnis ist gewachsen, dass ein offener und ehrlicher Umgang eher

⁹³ Kuller, „Kämpfende Verwaltung“ (wie Anm. 88), S. 230.

⁹⁴ Ein Negativbeispiel aus jüngster Vergangenheit: Die Henkel AG Düsseldorf schustert ihre Firmengeschichte noch wie einen Bilderbogen zusammen. Erwähnenswertes Ereignis des Jahres 1938: Die dritte Generation der Familie Henkel tritt in die Firma ein. 1940: Errichtung des ersten Werkskindergartens. Immerhin wird erwähnt, dass 1945 fünf Mitglieder der Familie und sieben aus Geschäftsführung und Aufsichtsrat interniert wurden. Erläuterung? Fehlanzeige. In der aufwändig bebilderten „Henkel-Timeline“, die wohl das Lebensgefühl der jeweiligen Zeit einfangen soll, steht Marika Röck für das Jahr 1941 und Hans Albers als Lügenbaron Münchenhausen für 1944. Siehe [<https://www.zeitreise.henkel.de/>].

⁹⁵ Eine erste Analyse des Umgangs deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit bietet Sebastian Brünger, *Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit*, Göttingen 2017. Eine Befassung mit eigener Verstricktheit wird in den späten 1980er Jahren erkennbar, also wenige Jahre nach Erscheinen von „Erfolg einer Idee“ zum 100. Jahrestag der Barmer. Siehe auch die entsprechenden Jahrgänge der Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. Positiv ist unlängst die Krupp-Stiftung aufgefallen, die mit einem Forschungsprojekt die Rolle von Alfred Krupp völlig neu einschätzt.

einen Imagegewinn der Unternehmensmarke bewirkt als eine aufgezwungene negative Diskussion – solange man sich an die Spitze der Aufarbeitung stellt. Einem Shitstorm gilt es tunlichst zuvorkommen.

Auch unter den Krankenkassen gibt es inzwischen Ansätze einer Erinnerungskultur. Im Jahr 2023 hat die DAK Gesundheit eine substanzielle Studie zur Kinderverschickung der Kasse in der alten Bundesrepublik vorgelegt, die auch klare historische Bezüge zum Nationalsozialismus aufzeigt. Zwar bekannte sich der DAK-Vorstandsvorsitzende bei der Vorstellung der Studie nicht zu einer personellen Verantwortung von ehemaligen Vorständen oder anderen „Säulenheiligen“ der Organisation, sondern nur zu einer institutionell-strukturellen Verantwortung. Aber immerhin bietet diese Position Ansätze zu einer Diskussion.

Diese bietet die Barmer nicht, obwohl sie – bei aller noch zu leistenden Klärung im Detail – eine führende Rolle im Gesundheitswesen des Nationalsozialismus nicht bestreiten kann. Natürlich kann der Streit um Details, Tendenzen und Nuancen geführt werden. Grundsätzlich leugnen kann die Barmer die Beteiligung nicht. Was die propagandistische Beteiligung angeht, ist die Beweislage hinreichend, denn die benannten Zeitschriften sind damals wie heute öffentlich, die Äußerungen insofern damals unmittelbar wirksam.

Deutsche Traditionsunternehmen, die ihre eigene Verstrickung in den nationalsozialistischen Unrechtsstaat in den Blick genommen haben, mussten sich implizit immer mit der Frage auseinandersetzen, ob ein Eingeständnis von Fehlverhalten oder Schuld auch den Ruf nach Entschädigung der Opfer evozieren könnte. Das betrifft natürlich besonders die Industrieunternehmen, die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen beschäftigten, Allianzen mit Konzentrationslagern unterhielten und daraus einen Extra-Profit zogen. Von solchen oder ähnlichen schuldhaften Handlungen kann im Zusammenhang mit der Barmer wohl nicht die Rede sein. Reduziert sich der Vorwurf des Fehlverhaltens also allenfalls auf moralische Defizite? Weitere Forschung ist dringend nötig. Denn augenfällig ist, dass die Barmer

nicht nur Teil des Apparats war, jüdische Ärztinnen und Ärzte drangsalierte und sich daran beteiligte, diese von ihrem Beruf und ihrem Lebensunterhalt abzuschneiden. Für die Mitglieder, die dem Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses unterworfen waren, stand sie nicht ein. Unerforscht ist die Umsetzung der Zwangssterilisationen und als Folge der Tod von rund 5.000 Menschen auf den OP-Tischen der ausführenden Krankenhäuser. Wie viele davon waren Barmer-Mitglieder? Hatte die Barmer die Mittel für die Operationen bereitgestellt? Wie viele Mitglieder der Barmer, Frauen und Männer, konnten ihren Kinderwunsch nicht mehr erfüllen, weil der Staatsapparat auf die Unterstützung der Krankenkasse setzen konnte? Was wurde überhaupt mit den vermutlich tausenden jüdischen Mitgliedern der Barmer?

Die Barmer schweigt dazu, unter der neuen Verwaltungsratsvorsitzenden Sylvi Krisch (Ver.di) genauso wie unter dem alten Vorsitzenden Bernd Heinemann (SPD). Auch nach den ersten Veröffentlichungen zum Thema im Zusammenhang mit den Recherchen zur Kinderverschickung ist kein Signal erkennbar.⁹⁶ Die Forderung nach Öffnung des Unternehmensarchivs ist müßig, solange die Barmer die Existenz weiterer Akten, die zur Aufklärung beitragen könnten, bestreitet und Fragen zur Zeit vor 1945 schlicht ignoriert. Sie unterminiert damit ihre Glaubwürdigkeit.

Warum die Barmer sich in dieser Art und Weise bis heute versteckt, ist nicht erklärlich. Die „Seele“ einer um ihre Existenz und Rolle „kämpfenden Krankenversicherung“ mag das Selbstbild in der langen Geschichte bis 1984 und wohl darüber hinaus geprägt haben. Mit einer professionellen Unternehmensführung ist sie heute nicht vereinbar, ein Wandel des Geschichtsbildes muss aktiv angegangen

⁹⁶ „Schweigen statt Antworten“. Interview von Sabine Seifert mit Engelbert Tacke, in: taz, 17. Januar 2024, [<https://taz.de/Betroffener-ueber-Kinderkur!/5983001/>]; Kinderverschickungen in Brilon. Opfer berichten von Mißbrauch, in: Westfalenpost, 16. Februar 2024; Engelbert Tacke, Das Kinderheim Dr. Selter, die Kinderverschickung, die Barmer Ersatzkasse und der Nationalsozialismus. Eine dokumentarische Spurensuche, November 2023, siehe [<https://verschickungsheime.de/das-kinderheim-dr-selter-die-kinderverschickung-die-barmer-ersatzkasse-und-der-nationalsozialismus-eine-recherche/>].

werden. Dass die Vergangenheit nicht vergeht, hat im 21. Jahrhundert fast jedes große Unternehmen in Deutschland verstanden. Und in den richtigen Schlussfolgerungen dürfte es immer ein Gewinn für das Unternehmen sein, der von Kund*innen beziehungsweise Mitgliedern und Öffentlichkeit mit Respekt aufgenommen wird.

Alle hier aufgezeigten Befunde sind für sich nicht überraschend: Das Mitwirken der Barmer im NS-Staat und die Ignoranz gegenüber den dunklen Zeiten der eigenen Geschichte bis 1984 – dies alles lässt sich in einer ersten Annäherung als die verschiedenen Seiten ein und derselben Medaille ansehen. Eine Medaille, die vielen anderen aus diesen Phasen deutscher Geschichte ähnlich sieht, so ähnlich, dass deren Beschreibung manche impulsive Aversion auslöst – nämlich die, „es“ nicht mehr hören zu wollen. Doch sobald man sich auf den eigentlichen Kern des „immer Gleichen“ einlässt, genau hinschaut, geht es um die Enthumanisierung menschlicher Beziehungen in verschiedenen Facetten, die keinen Verantwortlichen und kein Unternehmen kalt lassen darf. Das ist der Grund, warum Vergangenheit nicht vergeht, solange Menschen wie Menschen denken.

Die Barmer ist dabei, ohne Not ein Stück ihrer Reputation zu verspielen, dies sogar unter einem links-liberal geführten Verwaltungsrat. Wissenschaft und Öffentlichkeit dürfen die beschriebenen Defizite nicht hinnehmen, nicht die Defizite im historischen Forschungsstand, nicht die Defizite in der Wahrnehmung der ignoranten Haltung. Die Aufarbeitung fliegt der sich demokratisch und liberal verstehenden Gesellschaft nicht zu. Sie muss im Großen und im Kleinen immer wieder erstritten werden.

Christiane Mende

Den Betrieb übernehmen

Belegschaftsinitiativen in der Mundglasbranche nach „1968“

Im Frühjahr 1970 übernahm die Belegschaft der Glashütte Süßmuth im nordhessischen Immenhausen ihren Betrieb und fand damit eine kollektive Antwort auf den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze.¹ Dieser für die Bundesrepublik ungewöhnliche Vorgang war damals – allen voran für die parteipolitische und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeitenden – ein Politikum und zugleich ein Vorbild für Belegschaften, die in ähnliche Situationen gerieten. Hierzu gehörten die Beschäftigten der Mundglashütten Hirschberg in Stadtallendorf bei Marburg und Buder im niedersächsischen Volpriehausen bei Uslar, die im Sommer 1974 mit Übernahmeversuchen jeweils Konkurs und Betriebsschließung abzuwenden suchten. Auch von Belegschaften aus anderen Branchen – wie jene der Beton- und Kunststeinfirma Beku in Thüngersheim bei Würzburg, der Fromme GmbH in Wetzlar, des Recenia-Textilwerks in Raunheim bei Frankfurt am Main oder der Regler- und Messgerätefabrik C. O. Mangels KG in Wilhelmshaven – ist überliefert, dass sie sich in ihren Übernahmeverhandlungen auf Süßmuth bezogen.² Nur ein Bruchteil dieser

¹ Dieser Artikel entstand im Zusammenhang mit der 2023 veröffentlichten Dissertation der Autorin, in der die Analyse der hier vorgestellten Belegschaftsinitiativen keinen Platz mehr fand. Christiane Mende, *Spur der Scherben. Die Selbstverwaltung der Glashütte Süßmuth und der Niedergang der bundesdeutschen Mundglasbranche 1969–1989*, Bielefeld 2023.

² Maximilian H. Petersen, Eine Notlösung wurde zum Vorbild. Die Belegschaft rettete in Immenhausen einen Namen. Süßmuth-Modell macht Schule, in: *Westfälische Rundschau*, 30. Juni 1972, Archiv im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets (AHGR) Bochum, Bestand IG Chemie; Bald neue Produktion auf Admira-Maschinen. Jusos: Süßmuth-Modell für die Fromme GmbH, in: *Frankfurter Rundschau* (FR), 1. August 1973, Archiv Glasmuseum Immenhausen (AGI); Glashütte Süßmuth – Exempel für Recenia, in: FR, 13. März 1974, AGI; Betriebsübernahme gescheitert, in: *Wilhelmshavener Zeitung*, 4. November 1974, Fritz-Hüser-Institut (FHI) Dortmund, Schöf-1198.

Belegschaftsinitiativen schrieb sich in die Überlieferung ein. Viele von ihnen reichten, so wie in der Josephinenhütte im baden-württembergischen Schwäbisch-Gmünd, über den Status von Überlegungen im Kreise der Beschäftigten nicht hinaus, blieben somit einer außerbetrieblichen Öffentlichkeit unbekannt.³ Für ein Gelingen fehlten in der Regel die finanziellen Ressourcen oder die Unterstützung von Außen. Im Gegensatz zur erfolgreichen Belegschaftsübernahme von Süßmuth scheiterten hieran letztlich auch die Übernahmeveruche bei Hirschberg und Buder.

Der historische Rückblick verdeutlicht: Übernahmen und Selbstverwaltung von Betrieben durch die darin Arbeitenden fanden in der Regel vor allem in Krisenzeiten statt.⁴ Von den ersten Genossenschaftsgründungswellen im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die Verelendung im Zuge der Industrialisierung über die Rätebewegung in der Russischen Revolution von 1917 bis hin zu den *Empresas Recuperadas por sus Trabajadores*⁵ als Antwort auf die Staats- und Finanzkrise in Argentinien zu Beginn des 21. Jahrhunderts, der im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2007 erstarkenden Selbstorganisationsbewegung im Mittelmeerraum oder der Entstehung einer Vielzahl von Kooperativen nach der Revolution von 2012 in Rojava (Nord- und Ostsyrien) lässt sich aufzeigen, dass eine Praxis der Arbeiter*innen-selbstverwaltung vor allem in Zeiten wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Notlagen und Umbrüche an Bedeutung gewann. In der Geschichte der Bundesrepublik sind solche Entwicklungen dagegen (jen-

³ Dies traf auf die meisten der erfolglosen Übernahmeveruche zu, laut Rainer Duhm könnte die „schwer einschätzbare Dunkelziffer [...] vor allem im Bereich von Klein- und Kleinstbetrieben relativ groß sein“. Siehe Übersicht Belegschaftsübernahmen (1969–1988) in Rainer Duhm, Wenn Belegschaften ihre Betriebe übernehmen. Probleme und Chancen selbstverwalteter Fortführung von Krisenbetrieben, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 5 u. 235–239.

⁴ Dario Azzellini / Immanuel Ness (Hg.), Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute, Köln 2012; Asef Bayat, Work, Politics and Power. An International Perspective on Workers' Control and Self-Management, London 1991. Wenn im Folgenden allgemein von Betrieben die Rede ist, so sind damit nicht nur Industriebetriebe gemeint, sondern alle Orte abhängiger Beschäftigungsverhältnisse.

⁵ Dt. Übersetzung: durch die Belegschaften übernommene Betriebe. Siehe Juan Pablo Hudson, Wir übernehmen. Selbstverwaltete Betriebe in Argentinien. Eine militante Untersuchung, Wien 2014.

seits des links-alternativen Milieus) nur selten zu beobachten. Die Betriebsbesetzung und selbstverwaltete Produktion in der Bike Systems GmbH im thüringischen Nordhausen 2007 war in jüngster Vergangenheit eine der Ausnahmen, die diese Regel zu bestätigen schien, wie seinerzeit der Fall Süßmuth.⁶

Die hier untersuchten Belegschaftsinitiativen in der Mundglasbranche sollen im Folgenden allerdings nicht allein als Krisenphänomene betrachtet werden. Vielmehr verweisen sie auf das Zeitfenster Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, als aus zeitgenössischer Perspektive die Verwirklichung der alten Forderung der Arbeiter*innenbewegung nach einer Demokratisierung oder Sozialisierung der Wirtschaft und Kollektivierung der Produktionsmittel zugunsten derjenigen, die damit arbeiten, (als grundlegende Bedingung für eine demokratische Gesellschaft) in greifbare Nähe gerückt zu sein schien. Nachdem diese Forderung – mit den Skandalen der Gemeinwirtschaft, dem Zusammenbruch des planwirtschaftlich organisierten Ostblocks sowie dem weltweiten Siegeszug des Neoliberalismus – im (partei-)politischen Raum seit den 1980er Jahren nachhaltig diskreditiert war, gewinnt sie in der Vielfachkrise der Gegenwart wieder an Relevanz.⁷ Das Spektrum der Vorstellungen über die Formen und die Reichweite von Demokratie in der Wirtschaft ist dabei breit gefächert: Es reicht von sozialreformerischen und auf den Arbeitsplatz bezogenen Konzeptionen, die die Eigentumsverhältnisse unberührt lassen, bis hin zu Forderungen nach Enteignung und Vergesellschaftung.⁸ Den einzel-

⁶ Folkert Mohrhof, *Strike Bike. Eine Belegschaft schreibt Geschichte*, 2010, [<https://syndikalismus.files.wordpress.com/2010/12/strikebike-broschc3bcre.pdf>]; Hans-Gerd Öfinger, *Was bleibt vom Strike Bike?*, in: nd, 26. Oktober 2017, [<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1068187.selbstverwaltung-was-bleibt-vom-strike-bike.html>].

⁷ Zum Begriff siehe Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker, u. a. (Hg.), *Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg 2011.

⁸ Siehe u. a. Generalversammlung der Vereinten Nationen, Resolution 64/136: *Cooperatives in Social Development*, 18. Dezember 2009, [<https://undocs.org/A/RES/64/136>]; Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, *Mitbestimmung und Demokratisierung in der Arbeitswelt*, Onlineveranstaltung, Februar 2022, [<https://willy-brandt.de/ausstellungen/veranstaltungen/mitbestimmung-und-demokratisierung-in-der-arbeitswelt/>]; Initiative #DemocratizingWork, [<https://democratizingwork.org/>]; Deutsche Wohnen & Co enteignen, [<https://dwenteignen.de/>].

ten Initiativen, die auf Betriebsbesetzungen und -übernahmen durch Arbeiter*innen als mögliche Strategien gegen (die beispielsweise zuletzt infolge der Coronakrise zu befürchtenden) Entlassungen und Betriebsschließungen hinwies, kam im deutschsprachigen Raum nur am Rande Aufmerksamkeit zu.⁹ So führten Stilllegungsbeschlüsse des GKN-Konzerns im Florenzer Zweigwerk zur seit Sommer 2021 anhaltenden Betriebsbesetzung durch die Arbeitenden, während jene des Zwickauer Standorts Forderungen nach der Suche neuer Investoren und nach staatlicher Unterstützung in den Vordergrund stellten und mit der IG Metall im Frühjahr 2023 für einen Sozialtarifvertrag streikten, der im Falle der Betriebsschließung angemessene Abfindungen vorsieht.¹⁰

Dieser Artikel fragt nach den Gründen, weshalb Belegschaftsübernahmen im bundesdeutschen Kontext so selten und so selten erfolgreich waren und inwiefern die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Vergangenheit für die gegenwärtige Diskussion interessant sein kann. Gemeint sind hiermit jene Erfahrungen, die in den Kämpfen gegen die sozialen Verwerfungen im Zuge der wirtschaftlichen Krisenentwicklung seit den 1970er Jahren gesammelt wurden. In allen westeuropäischen Staaten – und eben auch in Westdeutschland – kam es damals zu Besetzungen und Übernahmen von konkursbedrohten Industrieunternehmen durch ihre Belegschaften.¹¹ Diese sogenannten

⁹ Siehe Rosa-Luxemburg-Stiftung, Wir können auch anders. Betriebsbesetzung und Produktion in Selbstverwaltung als Antwort auf Krise und Arbeitslosigkeit – Seminarreihe mit Dario Azzellini, Mai 2020, [www.rosalux.de/news/id/42045]; Aktion gegen Arbeitsunrecht e. V., Workers' Buy-out: Betriebe übernehmen statt schließen!, Juni 2020, [<https://arbeitsunrecht.de/workers-buy-out-betriebe-uebernehmen-statt-schliessen/>].

¹⁰ Siehe Dossier Labournet, Autozulieferer GKN schließt Florentiner Werk und setzt 450 Familien auf die Strasse – nun besetzt für Eigenproduktion, 16. Juli 2024, [<https://www.labournet.de/interventionen/solidaritaet/autozulieferer-gkn-schliesst-florentiner-werk-campi-bisenzio-und-setzt-450-familien-auf-die-strasse-per-e-mail/>]; Dossier Labournet, GKN Driveline will das Werk Mosel in Zwickau schließen und die Fertigung in neues Werk in Ungarn verlagern, 7. Mai 2023, [www.labournet.de/branchen/auto/auto-zulieferer/gkn-driveline-will-das-werk-mosel-in-zwickau-schliessen-und-die-fertigung-in-neues-werk-in-ungarn-verlagern/].

¹¹ Siehe die Länderfallstudien in Rob Paton, *Reluctant Entrepreneurs. The Extent, Achievements and Significance of Worker Takeovers in Europe*, Milton Keynes 1989. Für Frankreich:

Worker Takeovers sind zu einem großen Teil in Vergessenheit geraten oder werden höchstens als defensive Verzweiflungstaten beschrieben. Aus einer Perspektive von unten können sie indes als Ausläufer des basisdemokratischen Aufbruchs in der Arbeitswelt um „1968“ verstanden werden. Gegen den Strich gebürstet werden müssen hierfür gängige Annahmen über die wohlstandsgesättigte oder strukturell fremdbestimmte Passivität der Arbeitenden.¹² Es gilt die Unzulänglichkeit medialer Darstellungen wie auch der Repräsentation von Vergangenheit zu beachten, die häufig von Vorurteilen – seien sie konservativ diffamierend (Verlust der Arbeitsmoral) oder voluntaristisch moralisierend (Verlust des Klassenbewusstseins) – geprägt sind und die Perspektive von Arbeitenden marginalisiert. Letztere hatten offensichtlich die wenigsten Ressourcen, ihre Sicht der Dinge in die Überlieferung und Geschichtsschreibung einzubringen. Um sich dem „1968“ in der Arbeitswelt zu nähern, gilt es also die sozialen Bedingungen politischer Praxis für abhängig Beschäftigte im Blick zu behalten und in der Analyse auch die spezifischen Verhältnisse in den Betrieben und die Arbeitsprozesse mit zu berücksichtigen.¹³ Dies soll hier am Beispiel

Jens Beckmann, Selbstverwaltung zwischen Management und „Communauté“. Arbeitskampf und Unternehmensentwicklung bei LIP in Besançon 1973–1987, Bielefeld 2019. Für Großbritannien: Peter Löw-Beer / Alfred Sohn-Rethel, Industrie und Glück. Der Alternativ-Plan von Lucas Aerospace, Berlin 1981. Die Praxis oder Forderung nach Arbeiter*innenselbstverwaltung prägte in den (nominal-)sozialistischen Gesellschaften – wie allen voran in Jugoslawien und Polen – bereits seit den 1940er Jahren die (betriebs-)politischen Auseinandersetzungen. Siehe bspw. Ulrike Schult, Zwischen Stechuhr und Selbstverwaltung. Eine Mikrogeschichte sozialer Konflikte in der jugoslawischen Fahrzeugindustrie 1965–1985, Münster 2017; Kamil Majchrzak / Sarah Graber Majchrzak, Arbeiterselbstverwaltung und Betriebsdemokratie in der Volksrepublik Polen. Ansprüche und Widersprüche, in: Axel Weipert (Hg.), Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Berlin 2014, S. 141–169.

¹² Zu dieser Perspektive: Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, Berlin 2010 [1940].

¹³ Siehe Thomas Welskopp, Produktion als soziale Praxis. Praxeologische Perspektiven auf die Geschichte betrieblicher Arbeitsbeziehungen, in: Knud Andresen / Michaela Kuhnhenne / Jürgen Mittag, u. a. (Hg.), Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts, Bonn 2015, S. 29–52; Thomas Welskopp, Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, 22 (1996), S. 118–142.

der Mundglasbranche geschehen, die eine weit zurückreichende Tradition des kollektiven Wirtschaftens aufweist.¹⁴

Nach einem kurzen Überblick über Geschichte und Charakteristika der Branche werden im Folgenden die Hintergründe der Übernahmeveruche und -überlegungen der Beschäftigten von fünf Mundglashütten (Süßmuth, Hirschberg, Buder, Josephinenhütte, Jola-/Ingridhütte) jeweils einzeln dargestellt. Anschließend werden die allgemeinen Rahmenbedingungen für derartige Belegschaftsinitiativen in der Bundesrepublik zusammengefasst sowie die Bedeutung dieser Erfahrungen für den zeitgenössischen Kontext und für unsere Gegenwart diskutiert.

Kollektives Wirtschaften in der Mundglasbranche

Die „genossenschaftliche Produktionsweise“ im Sinne „des gemeinsamen Betreibens einer Glashütte durch mehrere Glasmachermeister“ war bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die vorherrschende Eigentumsform im Glashüttenwesen.¹⁵ Die 1856 in Altare (Provinz Savona) gegründete Glasmachergenossenschaft war eine der ersten Produktivgenossenschaften Italiens.¹⁶ Im Deutschen Reich experimentierte der Verband der Glasarbeiter 1896/97 mit der Gründung einer solchen, scheiterte jedoch an der zu geringen Kapitalausstattung.¹⁷

¹⁴ Mit Mundglasbranche wird hier jener Teilbereich der sehr heterogenen Glasbranche bezeichnet, in dem – trotz Maschinisierung der Fertigung in anderen Teilbereichen – weiterhin im manuellen Mundblasverfahren hochwertiges Gebrauchsglas produziert wurde. Bis zum Niedergang der bundesdeutschen Mundglasbranche im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts stand ein maschinelles Äquivalent, das die Qualität und Flexibilität des manuellen Verfahrens zu gleichen oder gar geringeren Kosten gewährte, nicht zur Verfügung. Die Entwicklung eines solchen war unter den damaligen Bedingungen nicht rentabel. Siehe Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 39–41 u. 615–636.

¹⁵ Rolf-Jürgen Gleitsmann, Zur Interdependenz von technischer Entwicklung und Arbeitszeitregelung im Glashüttenwesen des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Technikgeschichte, 47 (1980), 3, S. 233.

¹⁶ Patrizia Battilani, The Creation of New Entities. Stakeholders and Shareholders in Nineteenth-Century Italian Co-operatives, in: Anthony Webster / Linda Shaw / John K. Walton (Hg.), The Hidden Alternative. Co-operative Values, Past, Present and Future, Manchester 2011, S. 163 u. 167.

¹⁷ Hermann Weber, Hundert Jahre Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Von den Verbänden der ungelerten Fabrikarbeiter, der Glas- und Porzellanarbeiter zur modernen

Als langlebiger erwies sich die 1899 im bayrischen Warmensteinach im Fichtelgebirge gegründete Glasperlenmachergenossenschaft.¹⁸ In den 1920er Jahren aufgebaut, gehörte die Mataró-Glashütte in den 1980er Jahren zu den ältesten Produktivgenossenschaften Spaniens.¹⁹ Die 1952 von dreißig Glasmachern gegründete Genossenschaft *Industria Vetraria Valdarnese* in Valdarno bei Florenz produziert bis heute mundgeblasenes Wirtschaftsglas.²⁰ Zur Abwendung eines Konkurses wurden die belgische *Cristalleries du Val Saint-Lambert* im Februar 1975 und die Glasfabrik *ELSA* im katalanischen Cornella im Jahr 1980 von ihren Belegschaften fortgeführt.²¹ In Portugal gingen nach Ende der Diktatur Mitte der 1970er Jahre einige Glashütten in das Eigentum und die Selbstverwaltung der Arbeiter*innen über.²² Ein jüngeres Beispiel ist die seit Anfang der 2000er Jahre selbstverwaltete Glashütte *Vitrofin* im argentinischen Rosario.²³

Die Verbreitung kollektiver Wirtschaftsformen in der Geschichte des Glasmachens lässt sich auf eine Reihe von branchenspezifischen Besonderheiten zurückführen. Eine Mundglashütte war für eine demokratische Verwaltung durch die Beschäftigten auf besondere Weise geeignet und zwar aus folgenden zwei Gründen:

Gewerkschaftsorganisation (1890–1990), Köln 1990, S. 94.

¹⁸ Diese Genossenschaft wurde von 33 Glasmachern gegründet, die sich damit gegen schlechte Arbeitsbedingungen in anderen Hütten zur Wehr setzten – in einer Region, in der die Glasindustrie traditionell einen wichtigen Wirtschaftszweig darstellte. Im Jahr 1974 feierte sie das 75. Betriebsjubiläum. Touristinformation Warmensteinach, Glaswanderweg Warmensteinach Fichtelgebirge/Bayern, undatiert, S. 55, [https://warmensteinach.de/wp-content/uploads/2021/01/Glaswanderweg_-Glaswanderweg-Warmensteinach.pdf]; Vorstand der SPD (Hg.), *Selbstbestimmt arbeiten. Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltungswirtschaft*, Bonn 1985, S. 59–64.

¹⁹ Paton, *Reluctant Entrepreneurs* (wie Anm. 11), S. 19.

²⁰ Selbstdarstellung *Genossenschaft Industria Vetraria Valdarnese*, [<http://www.ivvnet.it>].

²¹ Ernst Kobbert, *Kristallschleifer und Glasbläser geben nicht auf. Verlustreicher Staatsbetrieb besetzt. Arbeit geht weiter*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 17. Februar 1975, S. 6; Paton, *Reluctant Entrepreneurs* (wie Anm. 11), S. 5–7.

²² Siehe *Handglas-Kongreß '76 in Istanbul*, [in: *Die Schaulade*, 1976], AGI.

²³ *Vitrofin* ist einer der von Juan Pablo Hudson untersuchten Selbstverwaltungsbetriebe. Hudson, *Wir übernehmen* (wie Anm. 5).

Erstens war der Fertigungsprozess von einem hohen Anteil an Handarbeit geprägt. Die Produktionstechnik bestand überwiegend aus Hand-Werkzeug-Technik.²⁴ Das periodisch verlaufende und von vielen unvorhersehbaren Unregelmäßigkeiten geprägte Verfahren der Glasschmelze in Hafenoßen,²⁵ das weder von Hand noch per Maschine von zentraler Stelle aus präzise zu kontrollieren war (sondern dezentral an den einzelnen Öfen gesteuert und permanent überwacht werden musste) und das der Formung des Glases zeitlich unmittelbar vorgelagert war, wirkte sich in seinen Schwankungen auf alle anderen Arbeitsschritte im Betrieb und auf sämtliche Unternehmensbereiche aus. Die Produktion in einer Mundglashütte war ein sozialer Prozess, der die Tätigkeiten aller Beschäftigten in den verschiedenen Abteilungen eng aufeinander bezog und diese – in unterschiedlicher Ausprägung – voneinander abhängig machte. Angesichts der Fragilität des Werkstoffs und der Werkstücke sowie der angestrebten hohen Qualität der Produkte war die Fertigung im Mundglasverfahren in entscheidendem Maße von den Fähigkeiten und dem Erfahrungswissen, der Aufmerksamkeit wie Reaktionsgeschwindigkeit der Beschäftigten abhängig. Arbeit gehörte hier folglich (ähnlich wie zum Beispiel in der Werftin-

²⁴ Der Begriff Hand-Werkzeug-Technik geht auf Akoš Paulinyi zurück, der hiermit technische Vorrichtungen zum Halten oder Führen des Werkstoffs bzw. Werkstücks bezeichnet, die vom Willen des Menschen abhängig sind. Von Mechanisierung spricht er, wenn einer dieser Vorgänge von einer technischen Vorrichtung abgenommen wird. Erst wenn „der Ablauf des Fertigungsprozesses nach dem Inangasetzen dieser Einrichtung ohne Inanspruchnahme der Fähigkeit der Willensäußerung des Menschen abläuft“, verwendet Paulinyi die Begriffe Maschinen-Werkzeug-Technik und Maschinisierung. Akoš Paulinyi, Kraftmaschinen oder Arbeitsmaschinen. Zum Problem der Basisinnovationen in der Industriellen Revolution, in: Technikgeschichte, 45 (1978), 2, S. 173–188, hier S. 182 u. 185. Paulinyis Terminologie ist sowohl für eine Historisierung der Fortschrittsannahmen, die in den Erzählungen über die industrielle Moderne eingeschrieben sind, als auch für das Aufzeigen von Handlungsspielräumen der Arbeitenden und die Analyse von Machtverhältnissen im Betrieb hilfreich.

²⁵ Der Name dieser Öfen leitet sich von den Ton- bzw. Schamottgefäßen (den sogenannten Häfen) ab, die über Ofenlöcher in das Innere des Ofens eingeführt und hier täglich mit dem Rohstoffgemenge für die Glasschmelze befüllt wurden. An einem Zehn-Hafenoßen konnten bspw. bis zu zehn verschiedene Glassorten gleichzeitig gefertigt werden. Hierin lag der grundlegende Unterschied und entscheidende Vorteil von Hafenoßen gegenüber den bei der maschinellen Glasfertigung angewendeten Wannenöfen, in denen nur eine Sorte Glas auf einmal geschmolzen werden konnte.

dustrie)²⁶ zum wichtigsten Produktionsfaktor, über den die Arbeitenden – allein vom Standpunkt der Mechanik aus und jenseits der Machtverhältnisse betrachtet – selbst verfügen konnten. Hieraus ergaben sich für sie – je nach Position im Fertigungsprozess – eine relative Autonomie gegenüber dem Leitungspersonal und gewisse Handlungsspielräume im Betrieb. Aus den in jeweils unterschiedlicher Intensität im Arbeitsprozess erforderlichen Kooperationsformen unter den Beschäftigten und insbesondere unter den Glasmachern²⁷ resultierten darüber hinaus Erfahrungen, ihre Interessen auch in den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen kollektiv gegenüber der Unternehmensleitung zur Geltung zu bringen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war in der Glasbranche überdurchschnittlich hoch.²⁸

Zweitens war in Mundglashütten in der Regel der komplette Fertigungsprozess – von der Herstellung über die Weiterverarbeitung bis hin zur Veredelung – integriert. An dessen Ende stand (anders als in der Werftindustrie) ein Produkt für den alltäglichen Gebrauch, das über den Handel, aber auch direkt an die Endverbraucher*innen verkauft werden konnte. Sich aus Zuliefer- und Absatzbeziehungen ergebende Abhängigkeiten stellten hier ein geringeres Hindernis für eine

²⁶ Vgl. Sarah Graber Majchrzak, *Arbeit – Produktion – Protest. Die Gdanker Leninwerft und Bremer AG „Weser“ im Vergleich (1968–1983)*, Köln 2020, S. 167–175.

²⁷ Der Beruf des Glasmachers wurde bis in die 1980er Jahre nahezu ausschließlich von Männern ausgeübt, was mit einer entsprechenden Rechtslage zusammenhing – Frauen war es lange Zeit verboten, in diesem Beruf tätig zu sein. In den hier betrachteten Mundglashütten stellten Frauen knapp ein Drittel der Belegschaft, sie führten vorrangig Tätigkeiten aus, die keine formale Ausbildung erforderten.

²⁸ In der Glashütte Süßmuth lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad zwischen Ende der 1940er und Ende der 1960er Jahre bei 64 bis 68 Prozent, stieg 1975 auf 84 Prozent und 1985 auf 87 Prozent, innerhalb der Facharbeiterschaft betrug er durchweg nahezu 100 Prozent. Diese Zahlen lassen sich auch in vielen anderen Mundglashütten nachweisen. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad aller abhängig Erwerbstätigen von 38,6 Prozent (1951) auf 31,4 Prozent (1960), stieg Ende der 1960er wieder an und lag Mitte der 1980er bei ungefähr 35 Prozent. IG Chemie-Papier-Keramik Kassel (Hg.), *Von 1945 bis 1985. 40 Jahre Aufbau, Entwicklung und Bestand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik Verwaltungsstelle Kassel, 1988, AHGR, Bestand IG Chemie*; Klaus Armingeon, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1985. Mitglieder, Organisation und Außenbeziehungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 28 (1987), 1, S. 14.

Belegschaftsübernahme dar, als zum Beispiel in dem von den Arbeiterinnen im Jahr 1972 übernommenen britischen Unternehmen Fakenham Enterprise (vormals Sexton's Shoe Factory).²⁹ Wurden hier zuvor Halbprodukte für den Mutterkonzern gefertigt, war die Belegschaftsübernahme und Selbstverwaltung angesichts abrupt abbrechender Absatzbeziehungen zugleich mit der Notwendigkeit der Entwicklung neuer Produkte sowie des Aufbaus neuer Vertriebswege verbunden.³⁰ Die belegschaftseigene Mundglashütte Süßmuth konnte hingegen in beiderlei Hinsicht an die vorherigen Strukturen anknüpfen.

Die hier betrachteten Belegschaftsinitiativen standen im Kontext einer krisenhaften Entwicklung der Mundglasbranche, die in der Bundesrepublik im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nahezu vollständig zum Erliegen kam. Seit Anfang der 1970er Jahre häuften sich die Betriebsschließungen.³¹ Als Gründe führten die Unternehmer in der Regel folgende Faktoren an: die fortschreitende Maschinisierung der Hohlglasproduktion, die Konkurrenz aus dem Ausland, der Anstieg der Kosten, insbesondere der Personalkosten, sowie veränderte Konsumgewohnheiten. Diese zeitgenössischen Darstellungen wurden von weiten Teilen der Branchenliteratur unhinterfragt übernommen. Die Schwerkraft der Geschichte schien die Lesart von der Unausweichlichkeit des Branchenniedergangs, der nur wenigen Unternehmen das ökonomische Überleben in der Nische ermöglicht hat, bestätigt zu haben. Doch auch hier gilt es, die Geschichte gegen den Strich zu bürsten. Die obige Argumentation erfüllte vor allem legitimierende Funktionen beziehungsweise – wie weiter unten noch zu zeigen ist – ideologische.

²⁹ Vgl. Judy Wajcman, *Women in Control. Dilemmas of a Workers' Co-operative*, New York 1983.

³⁰ Dies war auch bei dem von der Belegschaft 2011 übernommenen Unternehmen Vio.Me der Fall, wo zuvor hauptsächlich Fliesen und Fliesenkleber für einen Großauftraggeber gefertigt wurden. Elisabeth Voss, *Selbstorganisation in Griechenland in Zeiten der Krise*, in: *Contraste*, 1 (2015), S. 5.

³¹ Der ersten Welle von Produktionsstilllegungen Mitte der 1970er folgte eine zweite Anfang der 1980er Jahre und schließlich eine dritte nach dem Fall der Mauer. Helmut A. Schaeffer / Roland Langfeld / Margareta Benz-Zauner (Hg.), *Werkstoff Glas*, München 2012, S. 33 f.

Für die Mundglasbranche traf zu, was Ingo Köhler generell für die Erklärungen von Firmenzusammenbrüchen in den 1970er Jahren herausstellt: Im Zuge einer diffundierenden Trennlinie zwischen Ursachen und Symptomen der Krise wurden „externe Struktur- und Umfeldveränderungen“ als „unabwendbare Heimsuchung“ überinterpretiert, der gegenüber endogene Faktoren „kaum mehr eine Rolle“ spielten.³² Während die Krise in den Darstellungen der Unternehmensleitungen als eine kaum vermeidliche Naturgewalt erschien, wurde das eigene Handeln nicht problematisiert. Zweifellos wirkten sich die genannten Faktoren in veränderten Wettbewerbsverhältnissen aus. Doch wurden Krise und Niedergang der Mundglasbranche vor allem dadurch beschleunigt, dass die Unternehmen hierauf keine angemessenen Antworten fanden oder in vielen Fällen aus sachlicher Perspektive Fehlentscheidungen trafen. Hinzu kam, dass mit dem branchenweiten Arbeitskräfte- und Nachwuchsmangel in der öffentlichen Darstellung der Unternehmer ein sehr dringliches Problem ausgeklammert wurde, das für Mundglashütten angesichts der Arbeitskräfteintensität ihrer Fertigung und aufgrund der nur begrenzt sinnvollen Anwendung einer Personal ersetzenden Maschinen-Werkzeug-Technik von besonderer Brisanz war. Viele „Managementfehler“ jener Zeit können vor diesem Hintergrund als politisch motiviert betrachtet werden: Die Unternehmensführungen wollten mit den letztlich oftmals fehlgeschlagenen Neuerungen auch – sei es direkt oder indirekt – ihre im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts einmal mehr gestiegene Abhängigkeit von den Beschäftigten reduzieren.³³

³² Ingo Köhler, Havarie der „Schönwetterkapitäne“? Die Wirtschaftswunder-Unternehmer in den 1970er Jahren, in: Ders. / Roman Rossfeld (Hg.), Pleitiers und Bankrotteure. Geschichte des ökonomischen Scheiterns vom 18. bis 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. u. a. 2012, S. 265 f.

³³ Zur empirischen Widerlegung der zeitgenössischen Krisendeutungen und demgegenüber historisierenden Analyse der Branchenkrise siehe ausführlich: Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 50–57 u. 563–675.

Glashütte Süßmuth

Alle der hier betrachteten Mundglashütten hatten vor dem Zweiten Weltkrieg ihren Standort in den schlesischen oder böhmischen Glaszentren und beschäftigten nach 1945 mehrheitlich Menschen, die ebenfalls aus diesen Regionen nach Westdeutschland gekommen waren.³⁴ Der Glasschleifer und -künstler Richard Süßmuth hatte 1924 im schlesischen Penzig (Pieńsk) bei Görlitz einen glasveredelnden Betrieb gegründet und 1946 die stillgelegte Glashütte in Immenhausen bei Kassel übernommen. Zügig knüpfte Süßmuth an frühere Erfolge vor und während des Nationalsozialismus (NS) an. Sein Unternehmen expandierte rasant – arbeiteten hier 1946 rund 50 Personen, waren es zehn Jahre später bereits über 400. Sein charismatisch-paternalistischer Führungsstil sicherte ihm sowohl innerhalb als auch außerhalb des Betriebs eine hohe Reputation. Doch in den 1960er Jahren verdichteten sich Anzeichen einer krisenhaften Unternehmensentwicklung, die auf branchenübergreifende Veränderungen und auf Fehlentscheidungen des geschäftsführenden Firmeninhabers gleichermaßen zurückzuführen waren. Die betrieblichen Arbeitsbeziehungen waren zunehmend angespannt. Als eine der ersten bekannteren Mundglashütten der Bundesrepublik stand Süßmuth Ende der 1960er Jahre kurz vor dem Aus.

Der drohende Konkurs traf die damals knapp 300 Beschäftigten völlig unerwartet. Sie waren bis dahin von einer zukünftig stabilen Branchen- und Unternehmensentwicklung ausgegangen und hatten ihre persönliche Lebensplanung hierauf ausgerichtet. Die im Laufe der 1960er Jahre zunehmend im Arbeitsalltag spürbaren Probleme nahmen sie nicht als Zeichen einer Branchenkrise wahr, sondern kritisierten sie vielmehr als Folgen von Fehlentscheidungen und der Ignoranz des Leitungspersonals sowie die Krisenrhetorik des Unternehmers als strategisches Mittel der Lohndrückerei in den Tarifauseinandersetzungen. Denn Süßmuth hatte großen Wert auf eine repräsentative Außendarstellung seiner Firma gelegt und in den Ausbau eines impo-

³⁴ Zur Analyse der Entwicklung der Mundglasbranche und der Glashütte Süßmuth bis 1969 siehe ausführlich: ebd., S. 39–148.

santen Werkskomplexes (mit vielen nicht-produktionsrelevanten Gebäuden wie einer Betriebsvilla, einer Ausstellungshalle und einem Hotel) investiert. Dabei hatte er es versäumt, Investitionsmittel für die Produktionsanlage und vor allem für die regelmäßig anstehende Erneuerung der Glasschmelzöfen anzusparen, weshalb er diese in den 1960er Jahren nur notdürftig reparieren konnte, was wiederum zur Folge hatte, dass Qualitätsmängel zunahmen und sich die verlustträchtige Ausschussproduktion erhöhte.

Als die Beschäftigten im Frühjahr 1969 vom Ernst der Lage erfuhren und mit dem Szenario eines unmittelbar bevorstehenden Arbeitsplatzverlusts konfrontiert waren, entstand unter den betriebs- und gewerkschaftspolitisch sehr aktiven Facharbeitern die Idee, den Betrieb in Eigenregie zu übernehmen – ein Vorhaben, das von der Mehrheit der (in sozialer wie politischer Hinsicht) heterogenen Belegschaft getragen und seitens der IG-Chemie-Funktionäre der Verwaltungsstelle Kassel und des Bezirks Hessen unterstützt wurde.³⁵ Richard Süßmuth konnten sie im Juli 1969 das Versprechen abringen, dass er einer Überführung der Glashütte in Belegschaftshand zustimmen wird – für den Fall, dass „er selbst keine besser[e] Lösung bieten kann, [...] die Fortführung der Firma und die Erhaltung der Arbeitsplätze [zu] sichern“.³⁶ Diese Erklärung gab Süßmuth nicht freiwillig ab, sondern unter der Drohung der Glasmacher, dass sie andernfalls den Betrieb sofort geschlossen verlassen würden. Letztere setzten sich also als Druckmittel und Faustpfand für den Erhalt des Unternehmens ein, im Bewusstsein, dass sie – wie es Süßmuth selbst formulierte – „schließlich eines der Haupt-Aktiva“ waren.³⁷

Eine entscheidende Rolle bei der letztlich erfolgreichen Betriebsübernahme spielte, dass die Beschäftigten bereits seit Frühsommer 1969 – also fast ein Jahr vor der eigentlichen Übernahme – die Kon-

³⁵ Die folgenden Ausführungen zur Belegschaftsübernahme der Glashütte Süßmuth sind mit Belegen detailliert nachzulesen in: ebd., S. 149–189.

³⁶ Erklärung Richard Süßmuth, 9. Juli 1969, FHI, Schöf-1222.

³⁷ Richard Süßmuth an das hessische Wirtschaftsministerium, 29. Mai 1969, FHI, Schöf-1222, S. 2.

trolle über die Produktion übernommen hatten. Dies war damals möglich und nötig geworden, als nahezu das gesamte technische Leitungspersonal den Betrieb verlassen hatte. Sowohl der Betriebsleiter als auch die Hüttenmeister sahen sich im Zuge der zunehmenden Kritik seitens der Glasmacher an ihrer Arbeit und den Diskussionen über eine mögliche Belegschaftsübernahme in ihrer Autorität infrage gestellt. An ihre Stelle traten provisorisch gebildete thematische Ausschüsse, die sich aus den Facharbeitern der einzelnen Abteilungen – hierunter vor allem die gewerkschaftlichen Vertrauensleute – zusammensetzten und in denen kollektiv Entscheidungen über die Produktion getroffen wurden. Der damalige Betriebsratsvorsitzende wurde von seinen Glasmacherkollegen zum Hüttenmeister ernannt. Fortan begannen die Beschäftigten ihre vormals von der Leitung ignorierten Vorschläge umzusetzen, die darauf abzielten, bestehende Probleme in der Produktion zu beseitigen oder zu reduzieren und Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten. Zugleich begann eine Phase der gestalterischen Experimente, in der neue Produkte – zum Teil auch von den Beschäftigten – entworfen und produziert wurden. Darüber hinaus bemühten sich Angehörige der Belegschaft zusammen mit den Gewerkschaftsfunktionären verstärkt darum, neue Kund*innen zu gewinnen, indem sie den Weg des solidarischen Direktvertriebs einschlugen. Vor dem Hintergrund, dass in der Glashütte Süßmuth bis dahin für die Beschäftigten kaum Möglichkeiten der Mitsprache vorhanden waren und vorrangig die vom Eigentümer gestalteten Produkte über den Fachhandel vertrieben wurden, waren diese Neuerungen innovativ und sie zeitigten bald Erfolg. Infolge der kollektiven Anstrengungen konnten die Ausschussproduktion und hierüber die Verluste reduziert und über die intensivierten Verkaufsbemühungen die Umsatzzahlen erhöht werden. Erstmals seit sieben Jahren war am Ende des Jahres 1969 ein kleiner Gewinn in Höhe von 7.000 D-Mark zu verzeichnen.

Diese kollektive Erfahrung war in mehrfacher Hinsicht von zentraler Bedeutung. Zum einen gewann die Belegschaftsinitiative hier-

durch an Kreditwürdigkeit – im Gegensatz zu Richard Süßmuth erhielten die Belegschaftsvertreter in den Verhandlungen mit dem Land Hessen und den Banken Ende 1969 erste, gleichwohl unverbindliche Zusagen hinsichtlich möglicher Finanzierungshilfen. Zum anderen untermauerte die positive Erfahrung mit den neuen kollektiven Praktiken in der Belegschaft die selbstbewusste Zuversicht, den Betrieb aus der Krise und künftig besser als der geschäftsführende Eigentümer verwalten zu können. Auch stärkte sie den Zusammenhalt unter den Beschäftigten, von denen nicht alle die radikal anmutende Forderung und das zunehmend konfrontative Auftreten der Betriebsaktivisten guthießen. Dieser Zusammenhalt war also nicht allein auf die drohende Betriebsstilllegung an sich zurückzuführen, die Reinhard Hedden, Wolfgang Hindrichs und Claus Mäulen als „eine der wenigen Ausnahmesituationen“ beschreiben, „in denen sich eine Belegschaft auch subjektiv als soziale Einheit konstituiert und [...] handlungsfähig wird“;³⁸ zumal im Fall Süßmuth (anders als in den Beispielen von Hedden et al.) der Eigentümer gar keine Betriebschließung angekündigt hatte, sondern nach wie vor der festen Überzeugung war, dass sein Unternehmen auch weiterhin erfolgreich existieren könne. Gerade die leichte Aufwärtsentwicklung zum Ende des Jahres 1969 bestärkte Süßmuth in der verfehlten Annahme, dass es um das Unternehmen gar nicht so schlecht stehe und dass die Probleme gelöst werden könnten, wenn sich nur alle ordentlich anstrengen würden. Obwohl Süßmuth kein tragfähiges Sanierungskonzept vorweisen konnte und die Belegschaftsübernahme als einzige realistische Option übrig geblieben war, das Unternehmen mit allen Arbeitsplätzen zu erhalten, hielt er sich nicht an sein im Sommer 1969 gegebenes Versprechen und nahm es Anfang März 1970 schließlich vor versammelter Belegschaft zurück. Daraufhin erklärte der hessische IG-Chemie-Bezirksleiter Franz Fabian den Übernahmeversuch als gescheitert und den offiziellen Rückzug der Gewerkschaft.

³⁸ Reinhard Hedden / Wolfgang Hindrichs / Claus Mäulen, Widerstand gegen Betriebsstilllegungen. Aktionen, Erfahrungen und Lernprozesse von Belegschaften, Bremen 1993, S. 22.

Dass knapp zwei Wochen später dann doch das eintrat, worum die Belegschaft mit Vehemenz gekämpft hatte, war Folge einer zunehmenden Politisierung der betrieblichen Auseinandersetzung. Die IG-Chemie-Bezirksleitung Hessen hatte bis dahin mäßigenden Einfluss auf die Belegschaft ausgeübt und befürwortete den Weg interner, nicht öffentlicher Verhandlungen, um Richard Süßmuth zum Rücktritt und zur Betriebsübergabe zu bewegen. Ein entsprechender Appell richtete sich vor allem an die gewerkschaftlich Aktiven als dem sich radikalisierenden Teil der Belegschaft, die bereits Ende September 1969 mit einer für die Kleinstadt Immenhausen spektakulären Protestaktion für Aufsehen gesorgt hatten. In der Nacht vom 25. auf den 26. September 1969 wurde auf dem Betriebsgelände eine schwarze Fahne gehisst und in der Bevölkerung ein Flugblatt verteilt. Unter der Überschrift „Karten auf den Tisch!“ machte eine anonym gebliebene „Aktivgruppe Süßmuth“ sowohl die „Mitbürger“ als auch die „Kolleginnen und Kollegen“ auf die problematische Situation in der Glashütte aufmerksam und beklagte die fehlende Transparenz in den Rettungsverhandlungen.³⁹ Nicht nur Richard Süßmuth, sondern auch die SPD-geführte Landesregierung Hessens und die Gewerkschaft standen hierbei in der Kritik. In einer Zeit, als kurz vor den Bundestagswahlen mit den sogenannten Septemberstreiks eine Welle „wilder“ Streiks die Bundesrepublik überzog,⁴⁰ veranlasste eben diese Protestaktion das Land Hessen dazu, Anfang Oktober 1969 ernsthafte Verhandlungen mit den Belegschaftsvertretern aufzunehmen, um die Situation in Immenhausen zu befrieden.

³⁹ Flugblatt „Karten auf den Tisch“, gez. Aktivgruppe Süßmuth, 25. September 1969, FHI, Schöf-1222. Der Leiter des IG-Chemie-Bezirks Hessen Franz Fabian machte betriebsexterne Akteure für diese Aktion verantwortlich, um sowohl die hessische Landesregierung als auch Richard Süßmuth zu beschwichtigen – sehr wahrscheinlich lag die Autorenschaft des Flugblattes jedoch bei den Vertrauensleuten. Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 159 f.

⁴⁰ Zwischen dem 2. und 19. September 1969 legten mindestens 140.000 Beschäftigte v. a. in Betrieben der nordrhein-westfälischen Montanindustrie ohne Beteiligung der Gewerkschaft die Arbeit nieder. Siehe Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 218–243.

An diese Erfahrung knüpften die Betriebsaktivisten Anfang März 1970 an. Sie wollten das Scheitern des Übernahmeplans nicht akzeptieren und sich weiterhin „auf Biegen und Brechen“ hierfür einsetzen und sie waren motiviert, „wenn es sein muss“, auch „auf die Barrikaden“ zu gehen.⁴¹ Unter größter Geheimhaltung auch vor dem Rest der Belegschaft begannen sie für den 17. März 1970 die Besetzung des Betriebs vorzubereiten. Zu diesem Zwecke gründeten sie einen Presse- und Informationsausschuss, deren Mitglieder Kontakt zu engagierten Journalist*innen aufnahmen, darunter beispielsweise Ulrich Happel vom Fernsehmagazin Panorama oder der investigativ arbeitende Günter Wallraff, die sie über die anstehenden Aktionen informierten. Gerade weil die geplante Betriebsbesetzung den Bereich des Legalen überschritten hätte, schien es den Betriebsaktivisten notwendig, Legitimation für das Anliegen der Belegschaft durch eine gezielte und auf Politisierung setzende Öffentlichkeitsarbeit herzustellen. Nach dem offiziellen Ausstieg der Gewerkschaft vollzogen sie somit einen grundlegenden Strategiewechsel mit dem Ziel, Richard Süßmuth durch Druck von außen zum Einlenken zu bewegen.

Den Auftakt machte am 6. März 1970 eine in der Geschichte der 4.500-Einwohner*innen-Stadt beispiellose Protestaktion: Unmittelbar nach der Betriebsversammlung, auf der Richard Süßmuth erklärte, dass er den Betrieb entgegen seiner Zusage nicht an die Belegschaft abtreten werde, demonstrierten rund 300 Belegschaftsmitglieder und Angehörige vom Betriebsgelände zum knapp 1,5 Kilometer entfernten Rathaus von Immenhausen. Mit Transparenten, schwarzen Fahnen und einem Sarg mit der Aufschrift „Wir tragen unsere Hoffnungen zu Grabe“ brachten sie ihre Enttäuschung über den Wortbruch des Unternehmers zum Ausdruck.

⁴¹ Transkript Interview von Erasmus Schöfer mit [Paul Nowak] am 18. April 1973, im Besitz der Autorin, S. 1. Bei Namen in eckigen Klammern handelt es sich um Aliasnamen; die Anonymisierung erfolgte aufgrund des Schutzes der Persönlichkeitsrechte.



Abb. 1: Demonstration der Süßmuth-Belegschaft durch Immenhausen (6. März 1970). Quelle: Archiv Glasmuseum Immenhausen (AGI)

Diese Demonstration richtete sich ebenso wie ein einige Tage später in Immenhausen verteiltes Flugblatt vor allem an die lokale Bevölkerung, in der Süßmuth hohes Ansehen genoss und die bislang kaum Kenntnis von den wirtschaftlichen Problemen der Glashütte hatte. Die Bevölkerung Immenhausens wurde um Solidarität gebeten, denn auch sie seien – angesichts des Wirtschaftsfaktors, den die Glashütte mit ihren Beschäftigten für die Kleinstadt in der strukturschwachen Region Nordhessen darstellte – die „Leidtragenden“ einer Betriebsschließung.⁴² Mit einem weiteren Flugblatt wandten sich die

⁴² Demonstrationsaufruf „Wer ist Richard Süßmuth?“, gezeichnet von Franz Fabian für IG Chemie Hessen, 6. März 1970, FHI, Schöf-1221; Flugblatt an die „Mitbürger“, gezeichnet von Vertrauensleute-Leitung der Glashütte Süßmuth (GHS), undatiert [10. März 1970], FHI, Schöf-1221. Die Anmeldung und Übernahme der Verantwortung für die Demonstration in Immenhausen sei ein Versprechen von Franz Fabian gewesen, das er den Vertrauensleuten kurz vor seinem Rückzug noch gegeben hatte. [Nowak], 18. April 1973 (wie Anm. 41), S. 1.

Süßmuth-Vertrauensleute an Belegschaften anderer Betriebe. Unter dem Titel „Hammer oder Amboss?“ wurde die Situation in der Glashütte Süßmuth in den Kontext einer Reihe vorangegangener Betriebs-schließungen gestellt. Anstatt sich weiterhin der „Unternehmerwillkür [zu] beugen“, wolle man das gemeinsame „Schicksal selbst in die Hand nehmen“ und „nicht länger Amboss sein“. An das überbetriebliche Kollektiv der Lohnabhängigen wurde appelliert, der Belegschaft der Glashütte Süßmuth dabei zu helfen, „den Hammer [zu] schwingen“.⁴³ Mit einer Auflage von 10.000 Stück wurde dieses Flugblatt einen Tag vor der geplanten Betriebsbesetzung in den Kasseler Großbetrieben verteilt sowie bundesweit an alle Vertrauensleute der Glasindustrie versandt.

Richard Süßmuth reagierte hierauf mit öffentlichen Stellungnahmen und Rundschreiben, in denen er die wirtschaftlichen Probleme seines Unternehmens abstritt. Zudem suchte er weiterhin über seine persönlichen Netzwerke und insbesondere beim Arbeitgeberverband Unterstützung.⁴⁴ Am 11. März 1970 traf er sich in Frankfurt am Main mit Vertretern des Vereins der Glasindustrie, wobei er von „Genossen“ der Immenhausener Betriebsaktivisten beschattet wurde.⁴⁵ Dabei erfuhren sie, dass einige Verbandsmitglieder Süßmuth eine finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt hatten, solange er nicht auf die Forderungen der Belegschaft eingehe. Am darauffolgenden Tag versammelten sich etliche Beschäftigte vor dem Fenster seines Büros und forderten von ihm hierzu eine Stellungnahme. War angesichts der Verhärtung der Fronten ein Einlenken von Süßmuth nicht zu erwarten, gelang es den Vertrauensleuten mit dieser Protestaktion, das Vorgehen des Unternehmers und das des Arbeitgeberverbandes zu skandalisieren. In einer

⁴³ Flugblatt „Hammer oder Amboss?“, gezeichnet von [Paul Nowak] für die Vertrauensleute der GHS, undatiert [10. März 1970], FHI, Schöf-1222.

⁴⁴ Siehe hierzu ausführlich: Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 221–228.

⁴⁵ Notizen Erasmus Schöfer, undatiert [1973/1974], FHI, Schöf-1196; Rudolf Ritter, „Genossenschaftshütte“ Süßmuth. Zehn Tage, die einen Fabrikanten erschütterten, in: *express international*, 3. April 1970, Privataarchiv Siebert. Es handelte sich hier um einen Kreis von linken bzw. linkssozialistischen Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Intellektuellen und Aktivisten aus anderen Betrieben. Siehe Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 214 f.

in diesem Zusammenhang veröffentlichten Pressemitteilung stellten sie die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in einen unmittelbaren Zusammenhang mit Süßmuths Weigerung, seinem Versprechen nachzukommen und den Betrieb zu übergeben. Süßmuth sei „nur noch der Hampelmann des Vereins der Glasindustrie“ und „missbraucht seit neun Monaten das ehrliche Bemühen der Arbeiter“, die „um den Erhalt von 280 Arbeitsplätzen im nordhessischen Raum“ kämpften. Mit dem Verweis auf den „Missbrauch von Privateigentum“ aktualisierten die Vertrauensleute in ihrer Argumentation den Sozialisierungsartikel der hessischen Verfassung, der in diesen Fällen eine Überführung in Gemeineigentum vorsah. Sie forderten „den hessischen Landtag auf, die Ausführgesetze zum Artikel 39 der hessischen Verfassung [...] zu verabschieden“.⁴⁶ Damit adressierten die Betriebsaktivisten ihre Forderungen nicht mehr an Richard Süßmuth, dem sie faktisch die Entscheidungsfähigkeit abgesprochen hatten. Vielmehr riefen sie den hessischen Staat auf, seine Schutzpflicht wahrzunehmen. Dieser solle die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, die Belegschaftsübernahme durch eine Enteignung Süßmuths realisieren zu können.

Zur Legitimierung ihres ungewöhnlichen Anliegens bedienten sich die Beschäftigten unterschiedlicher Mittel. Zum einen griffen sie Süßmuths eigenes Selbstverständnis und seine öffentliche Reputation auf. Sie appellierten an sein Verantwortungsgefühl gegenüber den schlesischen „Leidensgenossen“ und der „Werksfamilie“, an sein menschliches Mit- sowie Ehrgefühl, ein auf gegenseitiger Vertrauensbasis gegebenes Versprechen einzuhalten, an sein „Herz“ ebenso wie an seine „Vernunft“. Dem damals in der außerbetrieblichen Öffentlichkeit noch ungebrochenen Bild des erfolgreichen und fürsorglichen Unternehmers stellten sie das eines unverantwortlich agierenden gegenüber, der keine tragfähigen Lösungskonzepte für die zunehmenden Probleme vorzuweisen hatte und durch seine Weigerung die Existenz-

⁴⁶ Pressemitteilung Vertrauensleute der GHS, 12. März 1970, FHI, Schöf-1221. Zur hessischen Sozialisierungspolitik siehe Detlev Heiden, Sozialisierungspolitik in Hessen 1946–1967. Vom doppelten Scheitern deutscher Traditionssozialisten und amerikanischer Industriereformer, Münster 1997; Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 191–199.

grundlage von hunderten Menschen gefährde. Zum anderen lassen sich im Protest der Süßmuth-Beschäftigten auch vielfältige symbolische Anleihen aus zeitgenössischen politischen Auseinandersetzungen nachzeichnen. Der Titel „Wer ist Richard Süßmuth?“ des Demonstrationsaufrufs war angelehnt an die von CSU und CDU 1961 publizierten Wahlkampfbroschüren im Rahmen ihrer Anti-Brandt-Kampagne. Die schwarzen Fahnen auf dem Betriebsgelände und während der Demonstration nahmen implizit Bezug auf die Proteste gegen die Grubenschließungen während der Kohlekrise. Demonstrationen und Flugblätter waren die wichtigsten Protestmittel der Studierenden. Auf kreative Weise synchronisierten die Betriebsaktivisten diese verschiedenen symbolischen Referenzen und Praktiken in eigenen Ausdrucksformen, die sich an Belegschaften anderer Betriebe ebenso richteten wie an Angehörige der 68er-Bewegung sowie an die lokale und bundesweite Bevölkerung.

Diese unkonventionellen Protestformen fanden zunehmend mediale Resonanz und bewirkten vor allem in überregionalen Medien ein tendenziell sympathisierendes Echo.⁴⁷ Die lokale Öffentlichkeit blieb indes skeptisch. Viele aus der Bevölkerung, die nicht in der Glashütte arbeiteten, hatten kein Verständnis für die Forderungen der Belegschaft und insbesondere ältere Leute, von denen wiederum viele wie Süßmuth aus dem Osten zugewandert waren, hätten „nur geschimpft gegen die Arbeiter“. In Gesprächen beim „Metzger oder Krämer“ trugen insbesondere die Arbeiterinnen und Ehefrauen der Beschäftigten maßgeblich zur Aufklärung über die prekäre Lage im Unternehmen und zu einem besseren Verständnis für die Forderungen der Belegschaft bei.⁴⁸

⁴⁷ Ab Anfang März 1970 berichtete Rolf Fischer als Redakteur der Frankfurter Rundschau fast täglich über die Ereignisse in Immenhausen, er positionierte sich – ebenso wie die Artikel in der Deutschen Volkszeitung oder der DKP-Parteizeitung *Unsere Zeit* – klar auf Seiten der Belegschaft. Siehe Pressemappen von AGI und FHI (Schöf-1199).

⁴⁸ Transkript Gruppeninterview von Erasmus Schöfer mit [Helga Wermke], [Ria Ulrich], [Monika Weber], [Rosa Schrödter] und namentlich unbekanntem Kollegen, 2. September 1973, im Besitz der Autorin, S. 16 f.; Transkript Gruppeninterview von Erasmus Schöfer mit [Manfred Hübner], [Frank Weber], [Anna Thiele] und namentlich unbekanntem Betriebsratsmitglied, 26. August 1973, im Besitz der Autorin, S. 19 f.

Anders als es von außen also den Anschein hatte: Auch Frauen waren – zusätzlich zur Übernahme aller Reproduktionsarbeiten, ohne die das hohe Engagement der Männer gar nicht möglich gewesen wäre – in genuin politischen, das heißt Öffentlichkeit herstellenden und Partei ergreifenden, Formen aktiver Teil dieser Auseinandersetzung.⁴⁹ „Alle haben mitgemacht“, so der Glasmacher [Manfred Hübner], weil es „ja alle an[ging]“, so die Kühlbandabnehmerin [Monika Weber].⁵⁰

In dem um „1968“ spezifisch konfigurierten gesellschaftlichen Resonanzraum war es der Belegschaft der Glashütte Süßmuth gelungen, eine bundesweite Öffentlichkeit für ihre Situation und ihre Forderungen herzustellen. Im Zusammenwirken der verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen konnte der Druck auf Richard Süßmuth so weit erhöht werden, dass er am Abend des 16. März 1970 den Verzicht auf sein Unternehmen erklärte. Statt zur geplanten Betriebsbesetzung kam es am Tag darauf in Anwesenheit einer großen Anzahl an Journalist*innen zu einer feierlichen Betriebsübergabe. Die Information von der symbolischen Übergabe des Betriebs durch den Firmeninhaber an die Belegschaft wurde unmittelbar vom Hessischen Rundfunk in der Sendung Hessenschau verbreitet und in den darauf folgenden Tagen und Wochen beispielsweise durch einen Beitrag in der ARD-Sendung Panorama sowie einer Vielzahl von Artikeln in links-liberalen wie auch konservativen Zeitungen und Zeitschriften bundesweit bekannt.⁵¹ Betriebsräte und Vertrauensleute anderer Betriebe – wie zum Beispiel des Kristallglaswerks Hirschberg, der Glas-

⁴⁹ Zum Arbeitsalltag in der Glashütte Süßmuth vor und während der Selbstverwaltung aus Perspektive der Arbeiterinnen siehe ausführlich: Christiane Mende, Arbeiterinnenselbstverwaltung? Normalität und Aufbruch im Arbeitsalltag der belegschaftseigenen Glashütte Süßmuth, in: Maria Bühner / Maren Möhring (Hg.), Europäische Geschlechtergeschichte, Stuttgart 2018, S. 171–188, [www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1703].

⁵⁰ [Hübner] et al., 26. August 1973 (wie Anm. 48), S. 15; [Wermke] et al., 2. September 1973 (wie Anm. 48), S. 16. Bei Namen in eckigen Klammern handelt es sich um Aliasnamen; die Anonymisierung erfolgte aufgrund des Schutzes der Persönlichkeitsrechte.

⁵¹ Typoskript „Eigentum verpflichtet“, Ulrich Happel für Panorama (ARD), 6. April 1970, Privatarchiv Siebert. Unmittelbar nach dem 17. März 1970 berichteten u. a. Die Zeit, Der Spiegel, Das Parlament, Neue Revue, Quick, Konkret, Die Welt und Handelsblatt über die Ereignisse in Immenhausen. Siehe Pressemappen in AGI, FHI (Schöf-1199) und Privatarchiv Siebert.

hütten Schwäbisch-Gmünds oder der Kasseler Henschel-Werke –, aber auch interessierte Einzelpersonen und Gruppen richteten in den folgenden Wochen persönlich oder schriftlich Solidaritätsadressen und Glückwünsche an die Belegschaft der Glashütte Süßmuth. Obwohl eine rechtsverbindliche Form der Übereignung und der künftigen Finanzierung weiterhin ausstand, war die Belegschaftsübernahme hierdurch faktisch zu einem Tatbestand geworden, hinter den weder der vormalige Hüttenbesitzer noch das Land Hessen bezüglich der in Aussicht gestellten Finanzierungshilfen ohne Weiteres zurückstehen konnten.

Erst nach weiteren monatelangen und mehrfach fast gescheiterten Verhandlungen mit dem Eigentümer, mit Geldgebern und Bürgen sowie mit den Behörden, die nun wieder maßgeblich von der IG-Chemie-Bezirksleitung Hessens moderiert und im nicht öffentlichen Rahmen geführt wurden, konnte im Herbst 1970 – kurz vor der hessischen Landtagswahl – der Übernahmeprozess abgeschlossen werden. Das Land Hessen gewährte dem Belegschaftsunternehmen einen verlorenen Zuschuss in Höhe von 225.000 D-Mark und erklärte sich zur Übernahme einer 50-prozentigen Ausfallbürgschaft für einen Investitionskredit in Höhe von insgesamt 1.275.000 D-Mark bereit.⁵² Mit einer Gesamtsumme von 1,5 Millionen D-Mark bewegten sich die dem Belegschaftsunternehmen zur Verfügung gestellten Mittel angesichts des Sanierungsbedarfs am absoluten Minimum. Anders als seitens der Betriebsaktivisten geplant, wurde weder eine neue Firma gegründet noch fiel die Wahl auf die Rechtsform der Genossenschaft. Infolge der Blockadehaltung der Hausbank gegenüber einem Schuldenschnitt, der (weiter unten thematisierten) Vorbehalte der Ministerialbeamten und Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber der Gründung einer Genossenschaft sowie des hohen Zeitdrucks sah sich die Belegschaft als neue kollektive Eigentümerin dazu gezwungen, in Rechtsnachfolge

⁵² Ein verlorener Zuschuss ist eine zweckgebundene staatliche Transferleistung, die bei ordnungsgemäßer Verwendung nicht zurückgezahlt werden muss.

die Verpflichtungen des Vorgängerunternehmens als Altlasten zu übernehmen.⁵³

Die frühere Kommanditgesellschaft wurde in eine GmbH umfirmiert, der ein neu gegründeter Belegschaftsverein an die Seite gestellt wurde. In dieser von gewerkschaftsnahen Juristen ausgearbeiteten und als „Modell Süßmuth“ bezeichneten GmbH-Verein-Doppelkonstruktion sollte künftig – nach den Vorstellungen der Funktionäre des IG-Chemie-Bezirks Hessen – die Selbstverwaltung praktiziert werden.⁵⁴ Diese Rechtsform war zum damaligen Zeitpunkt in der Bundesrepublik ein Novum und blieb in juristischer Hinsicht bis zuletzt umstritten. Das zuständige Amtsgericht lehnte die Eintragung des Belegschaftsvereins in das Vereinsregister ab, sodass es an einer rechtskräftigen und einklagbaren Verankerung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten fehlte.⁵⁵ Zudem resultierten hieraus erhebliche haftungs- und steuerrechtliche Unsicherheiten. Bis zum Ende der Selbstverwaltung drohte den Beschäftigten der Glashütte Süßmuth in ihrer Doppelrolle als „Arbeitnehmer“ und „Mitunternehmer“ eine Doppelbesteuerung durch Einkommens- und Gewerbesteuer.⁵⁶

Die Bedingungen, unter denen die Belegschaft der Glashütte Süßmuth ihren Betrieb übernahm, waren also von Anfang an so widersprüchlich wie prekär. Bereits die Formalisierung der zukünftigen Praxis der Selbstverwaltung gestaltete sich als ein exklusiver Vorgang,

⁵³ Die Höhe der Schulden lag bei mindestens 623.000 D-Mark. Dieser Betrag war zwar teils durch Pfandrechte an den Betriebs- und Wohngrundstücken abgesichert, deren Verkaufswert im Zuge der Unternehmenskrise indes erheblich gesunken war.

⁵⁴ Siehe Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 248–250.

⁵⁵ Aufgrund der engen Verflechtung mit einem Wirtschaftsunternehmen habe der Verein der Beschäftigten nicht „dem vom Gesetzgeber geforderten Bild eines Idealvereins“ entsprochen, der vorwiegend ideelle Zwecke verfolgen sollte. Zudem habe die Mitgliedsregelung durch „eine enge Bindung [der Vereinsmitgliedschaft] an das Beschäftigungsverhältnis“ der Bestimmung über den freiwilligen Austritt nach BGB § 39 widersprochen. Beschluss Amtsgericht Hofgeismar, 7. Januar 1971, FHI, Schöf-1228.

⁵⁶ Zu dieser generellen Problematik für Belegschaftsunternehmen: Alexander von Hoffmann, *Partnerschaftsmodelle*, „Da werden ungeahnte Kräfte frei“, in: *manager magazin*, 6 (1972), Privatarchiv See S. 97 u. 101; Burghard Flieger, *Kritisches Plädoyer für die genossenschaftliche Rechtsform*, in: ders. (Hg.), *Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung*, München 1984, S. 255.

der maßgeblich von den Gewerkschaftsfunktionären und Vertretern des Landes Hessen, von den Gläubigern und Bürgen beeinflusst wurde und an dem die Beschäftigten kaum noch partizipieren konnten. Zudem fing das belegschaftseigene Unternehmen – mit Blick auf die geringe Kapitalausstattung, die Übernahme der Schulden sowie eine Produktionsanlage, in die seit Jahren nur in Form notdürftiger Reparaturen investiert worden war – nicht bei null, sondern im Minus an.

Trotz dieser Widrigkeiten: Für die Beschäftigten der Glashütte Süßmuth stellte die Übernahme ihres Betriebs einen Aufbruch dar – sie verbanden hiermit vielfältige Hoffnungen auf gute Arbeit, gerechte Löhne und demokratische Teilhabe. Gerade weil die Initiative der Belegschaft nicht allein eine Reaktion auf eine Notsituation war, sondern zugleich auch Ausdruck einer Selbstermächtigung, war sie in den Jahren 1969 und 1970 von enormer politischer Brisanz. Eben hierin lag das Novum der betrieblichen Auseinandersetzungen jener Zeit: Es waren die Arbeitenden selbst und nicht mehr nur ihre Interessenvertreter, die ihren Ansprüchen und Vorstellungen Gehör verschafften und dadurch sowohl die Unternehmensleitungen als auch Repräsentanten in der Gewerkschaft und der SPD herausforderten und sie zum Handeln zwangen. Während Richard Süßmuth – wenige Tage vor dem historischen Treffen von Willy Brandt und Willy Stoph in Erfurt⁵⁷ – befürchtete, zum Präzedenzfall einer in der Bundesrepublik anstehenden Enteignungswelle zu werden, sorgten sich Gewerkschaft wie SPD darum, die Kontrolle über ihre zunehmend eigenmächtig auftretende Basis zu verlieren.

Kristallglaswerk Hirschberg

Das Kristallglaswerk Hirschberg wurde 1923 im schlesischen Hirschberg (Jelenia Góra) als Aktiengesellschaft gegründet, in deren Aufsichtsrat unter anderem der Industrielle Hugo Stinnes und dessen Sohn

⁵⁷ Beim Erfurter Gipfeltreffen vom 19. März 1970 trafen erstmals die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten aufeinander; es stellte den Auftakt der Annäherung im Rahmen von Brandts Ostpolitik dar.

Hugo Hermann Stinnes saßen.⁵⁸ Im Dezember 1937 übernahmen die Glaswerke Ruhr (Ruhrglas) der Mathias Stinnes AG das Unternehmen, das seitdem als GmbH firmierte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Hirschberg am Standort des Mutterkonzerns in Essen-Karnap neu angesiedelt, 1950 ging hier der erste Ofen in Betrieb. Aus Expansionsgründen, vom Land Hessen großzügig subventioniert, erfolgte 1958 der Umzug nach Stadt Allendorf (Kreis Marburg), wo Hirschberg eine 1945 neugegründete und 1956 in Konkurs gegangene Glashütte wieder in Betrieb nahm.⁵⁹

Der neue Standort befand sich auf dem vormaligen Gelände der Munitionsfabrik der Montan-Industriewerke GmbH.⁶⁰ Nach 1945 entstand hier eine staatlich verwaltete Industriesiedlung, Allendorf wuchs zu einer der größten „Vertriebenensiedlungen“ der Bundesrepublik an.⁶¹ Für die Standortverlagerung des Zweigwerks Hirschberg gewährte das Land Hessen dem Essener Konzern „einen Barkredit [in Höhe] von 1,7 Millionen D-Mark“ aus Mitteln des Hessenplans zu günstigen Konditionen sowie einen verlorenen (d. h. nicht zurückzuzahlenden) Zuschuss in Höhe von 500.000 D-Mark.⁶² Im Gegen-

⁵⁸ Folgende Ausführungen aus: Skizze Entwicklung des Kristallglaswerks Hirschberg, 3. Oktober 1958, Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Stadtallendorf, Bestand 206. R 106/1; Exposé Glaswerke Ruhr der Steinkohlenbergwerk Mathias Stinnes AG, 11. März 1957, DIZ, Bestand 206. R 106/2; Werbebroschüre Kristallglaswerk Hirschberg, undatiert [1960er Jahre], DIZ, Bestand Kleiner.

⁵⁹ Es handelt sich hier um die Glashütte des schlesischen Unternehmers Adolf Stubbe. Friedrich Brinkmann-Frisch / Heinrich Wegener, Ausstellungskatalog Dokumentations- und Informationszentrum Stadtmuseum Allendorf, Marburg 2011, S. 108 f.

⁶⁰ Seit Ende der 1930er Jahre ließ die Wehrmacht neben dem damaligen 1.500-Einwohner*innen-Ort Allendorf ein über 500 Hektar großes Areal für die Rüstungsproduktion erschließen. Bis 1945 mussten hier Zwangsarbeiter*innen, KZ-Inhaftierte und Kriegsgefangene in mehr als 400 Produktionsgebäuden Waffen und Munition für die Sprengstofffirmen Dynamit Nobel AG und die Westfälisch-Anhaltinische Sprengstoff AG produzieren. Ebd., S. 26–63.

⁶¹ Mit mehr als 10.000 Einwohner*innen erhielt Allendorf 1960 das Stadtrecht und hieß seitdem Stadt Allendorf, 1977 erfolgte die Umbenennung in Stadtallendorf. Von den 15.000 Einwohner*innen im Jahr 1966 war ungefähr die Hälfte nach 1945 aus dem Osten zugewandert. Wolfgang Eckart, Neuanfang in Hessen. Die Gründung und Entwicklung von Flüchtlingsbetrieben im nordhessischen Raum 1945–1965, Wiesbaden 1993, S. 101–105.

⁶² Darüber hinaus machte das Land Hessen weitere Zugeständnisse an Ruhrglas, wie bspw. ein günstiger Kaufpreis für Betriebsgrundstücke und -gebäude in Höhe von insgesamt 400.000 D-

zug sicherte Ruhrglas zunächst die Beschäftigung von 250 Personen zu, in einer zweiten Ausbaustufe, die aber letztlich nicht realisiert wurde, sollte die Schaffung von weiteren 250 Arbeitsplätzen folgen.⁶³

Obwohl die Allendorfer Produktionsstätte bei der Inbetriebnahme 1958 grundlegend erneuert worden war und auch danach weitere umfassende Investitionen in Millionenhöhe getätigt wurden, hatte Hirschberg seit Ende der 1960er Jahre zunehmend Verluste zu verzeichnen.⁶⁴ Die Leitung des seit 1969 als Veba-Glas AG firmierenden Konzerns beschloss deshalb Ende 1971, das Zweigwerk zum 30. Juni 1972 stillzulegen – die Arbeitsplätze von über 300 Menschen waren von dieser Entscheidung bedroht.⁶⁵ Seitens der Beschäftigten regte sich heftiger Widerspruch – einerseits weil sie bereits zuvor Missstände in der Produktion als Folgen von Fehlentscheidungen des Leitungspersonals kritisiert hatten; andererseits weil sie eben deshalb um Alternativen wussten und die Ansicht der Konzernleitung nicht teilten, dass es aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse im Unternehmen und mit Blick auf die Branchenentwicklung für mundgeblasenes Glas keine Zukunftsaussichten gebe.

Auch Politiker von Land, Kreis und Stadt – insbesondere aus der SPD – missbilligten den Stilllegungsbeschluss und verwiesen auf die aus den staatlichen Förderungen resultierende Verpflichtung des Konzerns,

Mark oder die „Durchführung von Entrümmungsarbeiten“ auf dem Betriebsgelände, deren Kosten auf 400.000 D-Mark geschätzt wurden. Rahmenvertrag Ruhrglas und Land Hessen, Oktober 1957, DIZ, Bestand 206. R 106/1.

⁶³ Ebd., S. 1. Ruhrglas ließ sich nicht darauf verpflichten, die Ansiedlung des Zweigwerks so vorzunehmen, dass dieses am neuen Standort in Hessen voll Körperschaftssteuern zahlte. Vermerk Hessische Treuhandverwaltung, 30. September 1957, DIZ, Bestand 206. R 106/1, S. 2 f.; Ruhrglas an Hessische Treuhandverwaltung, 9. Oktober 1957, DIZ, Bestand 206. R 106/1.

⁶⁴ Zwischen 1959 und 1971 hatte der Mutterkonzern ungefähr fünf Millionen D-Mark in das Zweigwerk Hirschberg investiert. Den ersten drei verlustträchtigen Jahre nach der Inbetriebnahme folgten einige Jahre mit Gewinnen, seit 1968 stiegen die Verluste wieder an. Protokoll Besprechung zwischen VEBA-Glas-Vorstand und Betriebsrat des Kristallglaswerks Hirschberg, 22. November 1971, DIZ, Bestand Kleiner, S. 6; Aktenvermerk Magistrat Stadt Allendorf, 16. Dezember 1971, DIZ, Bestand Kleiner.

⁶⁵ Protokoll Besprechung Hirschberg, 22. November 1971 (wie Anm. 64). Die Abkürzung Veba steht für Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerksgesellschaft AG Düsseldorf.

den Standort in Stadt Allendorf zu erhalten.⁶⁶ Mitunter versuchten sie über den Bund als Anteilseigner den Konzern dazu zu bewegen, die Ankündigung der Standortschließung zurückzunehmen.⁶⁷ Bewirken konnten sie jedoch lediglich, dass Veba sich auf staatlich moderierte Verkaufsverhandlungen einließ. Unter den Kaufinteressenten befand sich auch Kurt Wokan – der in der gesamten Branche wegen seines extrem autoritären Führungsstils berüchtigte Inhaber der Ingridhütte.⁶⁸ Einer Übernahme durch Wokan stellte sich die Hirschberg-Belegschaft mit einem Streik entgegen, da in der Ingridhütte „ausgesprochen unsoziale Zustände herrschten und insbesondere die ausländischen Gastarbeiter rücksichtslos ausgebeutet wurden“.⁶⁹ Den Zuschlag erhielt im Frühjahr 1972 stattdessen der Schweizer Unternehmer Carl Josef Haefeli, die drohende Schließung war zunächst abgewendet.

⁶⁶ Kurz nach Bekanntwerden des Schließungsbeschlusses trafen sich auf Initiative des SPD-Landrats des Kreises Marburg Vertreter des Landes Hessens und der Kommune mit Vertretern der Veba und forderten sie zum Erhalt bzw. zur Alternativnutzung des Zweigwerks auf. Magistrat Stadt Allendorf, 16. Dezember 1971 (wie Anm. 64); SPD-Fraktion Stadt Allendorf Resolutionsantrag, 16. Dezember 1971, DIZ, Bestand Kleiner.

⁶⁷ So richtete der damalige Bundesjustizminister Gerhard Jahn als für den Wahlkreis Marburg-Biedenkopf zuständiger SPD-Bundestagsabgeordneter einen offenen Brief an Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, in welchem er ihn aufforderte, „bei der Veba darauf hinzuwirken, dass [die] Möglichkeiten einer Ansiedlung anderer Unternehmen ihres Konzernbereichs“ in Stadt Allendorf geprüft werde. Gerhard Jahn an Karl Schiller, 7. Dezember 1971, DIZ, Bestand Kleiner; Gerhard Jahn an Prof. Schiller: Schwerwiegende soziale Unruhe und wirtschaftliche Belastung, in: Oberhessische Presse, 10. Dezember 1971, DIZ, Bestand Kleiner. Zum damaligen Zeitpunkt habe sich der Veba-Konzern „zu fast 40 Prozent“ im Eigentum der „öffentlichen Hand“ befunden. Landrat: Arbeitsplätze erhalten!, in: Oberhessische Presse, 16. Dezember 1971, DIZ, Bestand Kleiner.

⁶⁸ Siehe Korrespondenz zwischen Landes- und Bundesministerien sowie Veba über die Verhandlung mit diversen Übernahmeinteressenten, Januar bis März 1972, Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 102/208321. Zu den Verhältnissen in der Ingridhütte siehe weiter unten.

⁶⁹ Die Beschäftigten des Kristallglaswerks Hirschberg waren „einstimmig“ gegen die Übernahme durch Kurt Wokan. Sie würden „lieber stempeln“ gehen, als für diesen „Halsabschneider“ zu „schufteln“. Werner Mascos, Arbeitsplätze gesichert. Kristallglaswerk Hirschberg wird voll weiterarbeiten, in: FR, 4. Mai 1972, AGI; Bericht von Michael Müller, in: markt intern Elektro GPK, 21. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie, S. 4; „Halsabschneider“ beleidigt, in: FR, 14. April 1977, AGI; Fritz Seibert, Arbeiter wollen Glashütte in eigene Hände nehmen, in: Unsere Zeit, undatiert [Sommer 1974], FHI, Schöf-1198.

Der neue Eigentümer, der bereits im schweizerischen Sarnen eine Glashütte betrieb, trat mit großer Zuversicht ins Unternehmen ein. Er versprach großangelegte Reformen – Rationalisierung durch neueste Technik und neue Absatzmöglichkeiten durch ein „modernes“ Marketing,⁷⁰ was ihm seitens des Staates honoriert wurde: Vom Land Hessen erhielt er eine 100-prozentige Staatsbürgerschaft für ein Darlehen in Höhe von zwei Millionen D-Mark und einen Investitionszuschuss in Höhe von 200.000 D-Mark. Diese „weit über das Übliche hinaus[gehenden]“ Unterstützungsleistungen des Landes Hessen waren allein mit der Auflage verbunden, „in Stadt Allendorf mindestens 150 Dauerarbeitsplätze aufrechtzuerhalten“, das hieß lediglich knapp die Hälfte der Belegschaft weiter zu beschäftigen.⁷¹

Die Unternehmensentwicklung nach dem Eigentümerwechsel gab der Belegschaft keinerlei Anlass zum Optimismus, im Gegenteil: Statt des versprochenen Aufschwungs stellten sich bald ernsthafte Schwierigkeiten ein. Haefeli hatte bereits im Zuge der Firmenübernahme die Belegschaftsgröße reduziert, nahm auch in den folgenden zwei Jahren sukzessive Entlassungen vor und veranlasste seit Dezember 1972 in immer kürzeren Abständen Kurzarbeit.⁷² Hinzu kamen Lohnkonflikte.⁷³ Bereits im Januar 1974 schien der „Zusammenbruch des Betrie-

⁷⁰ Glas. Ein faszinierender Stoff für künstlerisch begabte Hände. Kristallglaswerk Hirschberg in Stadt Allendorf lebt weiter, in: Oberhessische Presse, 13. Mai 1972, DIZ, Bestand Kleiner.

⁷¹ Hessischer Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry an Veba-Vorstandsvorsitzenden Rudolf von Bennigsen-Foerder, 1. Februar 1972, BArch B 102/208321, S. 2; Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH an Carl Haefeli, 3. Juli 1972, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW) 502–1987, S. 2. Entscheidend für die großzügige Förderung des Landes Hessen dürfte gewesen sein, dass sich in der kommunal verwalteten Industriesiedlung bereits in den vorangegangenen Jahren Betriebsschließungen und Entlassungswellen häuften, woraufhin die lokalen Autoritäten mehr Strukturhilfen forderten. Bürgermeister der Stadt Allendorf an den hessischen Wirtschaftsminister, 19. Juli 1971, DIZ, Bestand Kleiner.

⁷² Die Beschäftigtenzahl im Bereich der Produktion sank von über 300 Ende 1971 auf 220 im Mai 1972, 176 im Mai 1973 und 151 im Juli 1974. Aktenvermerk Carl Josef Haefeli, 17. November 1972, DIZ, Bestand Kleiner; Bericht Betriebsrat Hirschberg, Juli 1973, DIZ, Bestand Kleiner; Carl Josef Haefeli an Arbeitsamt Marburg, 30. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁷³ Es kam zu Unregelmäßigkeiten bei der Lohnabrechnung. Zudem weigerte sich die Geschäftsleitung, die tariflichen Lohnerhöhungen umzusetzen. Betriebsrat Hirschberg an Geschäftsleitung, 16. November 1973, DIZ, Bestand Kleiner; Bericht Betriebsrat Hirschberg, Dezember

bes [unmittelbar bevorzustehen]⁶.⁷⁴ Seitdem bangten die Beschäftigten Monat für Monat um die Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter. Nachdem diese im Mai 1974 mit Verzögerung und jene des darauffolgenden Monats nur zum Teil ausbezahlt wurden, meldete Haefeli Ende Juli 1974 den Konkurs der inzwischen mit über vier Millionen D-Mark verschuldeten Firma an – Löhne und Gehälter für Juli wurden nicht mehr ausbezahlt.⁷⁵

Anders als für die Süßmuth-Belegschaft kam der Konkurs für die Hirschberg-Belegschaft keineswegs überraschend. Bereits im Jahr zuvor hatte die Belegschaftsvertretung ihre Bemühungen verstärkt, einen solchen abzuwenden. Im Mai 1973 initiierte der Betriebsrat die Gründung eines Wirtschaftsausschusses, nachdem Haefeli – ungeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei Hirschberg – im April 1973 mit den Vereinigten Driburger Glaswerken im nordrhein-westfälischen Bad Driburg eine weitere von Schließung betroffene Glashütte erneut mit staatlicher Förderung übernahm und den Hirschberg-Betriebsrat erst zwei Tage zuvor hiervon in Kenntnis setzte.⁷⁶

1973, DIZ, Bestand Kleiner.

⁷⁴ Vorstand der Veba-Glas AG an IG-Chemie-Verwaltungsstelle Gießen, 26. Februar 1974, DIZ, Bestand Kleiner, S. 1; Gedächtnisprotokoll Besprechung zwischen Belegschaftsvertretern der Glashütten Hirschberg und Süßmuth und Funktionären der IG Chemie, 26. Januar 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

⁷⁵ Während die Angestellten für Juni 1974 noch ihre vollen Gehälter ausgezahlt bekamen, erhielten die „gewerblichen Arbeitnehmer“ für diesen Monat nur 70 Prozent ihrer Löhne. 70 Prozent Lohn bezahlt. Kristallglaswerk Hirschberg in Schwierigkeiten, in: FR, 25. Juli 1974, AGI; Carl Josef Haefeli an Arbeitsamt Marburg, 1. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Hirschberg-Konkurs vor Eröffnung. Bemühungen um Betriebsweiterführung von allen Seiten, in: Oberhessische Presse, 2. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Kommt am Montag die Rettung? Entscheidende Gespräche über Glashütte Hirschberg stehen bevor, in: Oberhessische Presse, 7. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁷⁶ Protokoll Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Kristallglaswerks Hirschberg, 9. Mai 1973, DIZ, Bestand Kleiner; Betriebsrat, Juli 1973 (wie Anm. 72), S. 2; Transkript Interview der Autorin mit Max Kleiner, 13. November 2014, im Besitz der Autorin, S. 4 f. In der Driburger Glashütte sollten bereits ein Jahr nach der Übernahme durch Haefeli – und zwei Monate vor dem Konkurs bei Hirschberg – die Öfen erlöschen, weil kein Geld mehr für die Beheizung zur Verfügung stand. 230 Beschäftigte verloren hier ihren Arbeitsplatz. Fraglich war zum Zeitpunkt der Schließung, ob die ausstehenden Lohn- und Gehaltsforderungen in Höhe von insgesamt 500.000 D-Mark von der Konkursmasse abgedeckt waren. Driburger Glashüttenwerke. Nach dem Konkurs erloschen die Öfen, in: Gewerkschaftspost, 5 (1974), DIZ, Bestand Kleiner.

Frühzeitig begannen die Mitglieder des Betriebsrats über alternative Rettungsoptionen nachzudenken. Sie taten dies auch vor dem Hintergrund, dass mit der Verschleppung des sich andeutenden Konkurses die zweijährige Absicherungsfrist des Sozialplanes abzulaufen drohte, der im Dezember 1971 mit der Veba AG vereinbart worden war und den Beschäftigten bei Konkurs des Nachfolgeunternehmens bis zum 31. Dezember 1973 – beziehungsweise nach ausgehandelter Verlängerung bis zum Frühjahr 1974 – eine monetäre Entschädigung zusicherte.⁷⁷

In Orientierung an der befreundeten Süßmuth-Belegschaft im nahegelegenen Immenhausen hatten die Hirschberg-Beschäftigten schon 1972 angesichts der drohenden Betriebsschließung Überlegungen zu einer Betriebsübernahme angestellt,⁷⁸ die sie nun wieder aufgriffen. Im Januar 1974 traf sich der Hirschberg-Betriebsrat mit Selbstverwaltungsaktiven von Süßmuth und Funktionären der IG Chemie – darunter der seit 1973 neue Bezirksleiter Egon Schäfer und sein Vorgänger Franz Fabian. In dieser Runde wurde nicht nur über eine Belegschaftsübernahme von Hirschberg, sondern auch über Möglichkeiten einer Kooperation mit der Belegschaftshütte Süßmuth gesprochen.⁷⁹ Während der Hirschberg-Betriebsrat demgegenüber nicht abgeneigt war, lehnten sowohl die IG-Chemie-Funktionäre der zuständigen Verwaltungsstelle Gießen und des Bezirks Hessen als auch jene des Hauptvorstands die Übernahmepläne der Belegschaft – ganz anders als

⁷⁷ Kleiner, 13. November 2014 (wie Anm. 76), S. 4 f. Der Ende 1971 ausgehandelte Sozialplan sah sehr viel höhere Abfindungen vor, als jener „kleine“ Sozialplan, der im Zuge der Übernahme von Hirschberg durch Haefeli im Frühjahr 1972 vereinbart wurde. Der Anspruch der Hirschberg-Beschäftigten belief sich demnach auf insgesamt bis zu 1,7 Millionen D-Mark. Die Höhe der Entschädigung war abhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit und dem Alter der Beschäftigten. Siehe Unterlagen Veba-Sozialplan, 1971–1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁷⁸ Auf diese damals nicht öffentlichen Überlegungen verwies im darauffolgenden Jahr Gustl Müller-Dechent, In ‚Hirschberg‘ ziehen alle an einem Strang, in: FR, 20. Januar 1973, AGI.

⁷⁹ Gedächtnisprotokoll, 26. Januar 1974 (wie Anm. 74), S. 2; Protokoll Gespräch zwischen Belegschaftsvertretern der Glashütten Hirschberg und Süßmuth und Funktionären der IG Chemie, 26. Januar 1974, AHGR, Bestand IG Chemie; Jürgen Roth, Glashütte Hirschberg. Nach der Pleite Versuch der Selbstverwaltung, in: Extra Berliner Journal, 9. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie S. 9–10.

noch vier Jahre zuvor im Fall Süßmuth – „vollkommen ab“. Als Begründung hierfür führten sie die schwierige „wirtschaftliche Lage“ in der Glashütte Süßmuth an, die die „hohen Erwartungen“ nicht erfüllt habe.⁸⁰ Der vormalige Bezirksleiter Franz Fabian war bei diesem Treffen der einzige Gewerkschafter, der als Befürworter einer Lösung nach Vorbild des „Modells Süßmuth“ auftrat, tat dies jedoch explizit in seiner Funktion als SPD-Abgeordneter des hessischen Landtags und auf Grundlage einer Fehleinschätzung: Seine Vorstellungen von einer potenziellen Kooperation zwischen Süßmuth und Hirschberg basierten auf einer Information aus dem hessischen Wirtschaftsministerium über „angeblich vorhandene Zusagen [...] von der Veba, noch die im Sozialplan vorgesehen Gelder in Höhe von 1,4 Mio. D-Mark“ für die Rettung des Unternehmens verwenden zu können.⁸¹ Hierin sah Fabian ein „gutes Anfangskapital“ nicht nur für das zukünftige Belegschaftsunternehmen Hirschberg. Eine „Fusion“ beider Glashütten erschien ihm zugleich als eine ideale Lösung für die zum damaligen Zeitpunkt fälschlicherweise prognostizierten Zahlungseingänge in der Glashütte Süßmuth.⁸²

In den folgenden Monaten setzte sich der Betriebsrat von Hirschberg zunächst noch für eine Rettung des Unternehmens unter Beibehaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse ein. Im Juni 1974 wandte er sich an den hessischen Ministerpräsidenten sowie an die hessischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialminister mit der Bitte, „durch eine finanzielle Unterstützung des Landes Hessen de[n] Fort-

⁸⁰ Gesprächsprotokoll, 26. Januar 1974 (wie Anm. 74), S. 2. Diese Bedenken wiederholten die Gewerkschaftsfunktionäre als die Hirschberg-Belegschaft im Sommer 1974 begann, die Betriebsübernahme vorzubereiten. Selbst Werner Vitt vom linken Flügel der IG Chemie, der als stellvertretender Hauptvorstandsvorsitzender im Fall Süßmuth einst die Belegschaftsübernahme unterstützte, sprach sich dagegen aus. Oberhessische Presse, 2. August 1974 (wie Anm. 75); Werner Vitt an IG Chemie Hauptvorstand, 20. September 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

⁸¹ Folgende Zitate aus: Vermerk Geschäftsführer der Glashütte Süßmuth, 24. Januar 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

⁸² Zu dieser – einer Selffulfilling Prophecy gleich – mit tiefgreifenden negativen Konsequenzen für die weitere Entwicklung der Glashütte Süßmuth verbundenen Fehlprognose seitens der Repräsentanten der hessischen Landespolitik und der Gewerkschaft siehe Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 469–494.

bestand des Betriebes“ zu sichern, woraufhin dem Eigentümer Carl Josef Haefeli tatsächlich die Übernahme einer weiteren Landesbürgerschaft in Höhe von 450.000 D-Mark zugesichert wurde.⁸³ Doch dieser Rettungsplan scheiterte, da Haefeli nicht mitzog.⁸⁴ Auch konnte die Hirschberg-Belegschaft mit ihm keine vergleichbare Verabredung erzielen, wie es der Süßmuth-Belegschaft mit dem Unternehmer Richard Süßmuth gelungen war. Stattdessen stellte Haefeli Ende Juli 1974 die Hirschberg-Beschäftigten – von denen sich zwei Drittel zu jenem Zeitpunkt gerade im Urlaub befanden – mit der Eröffnung des Konkursverfahrens vor vollendete Tatsachen. Am 29. Juli 1974 sprach er der gesamten Belegschaft die Kündigung zum 31. August 1974 aus, der zwei Wochen später die fristlose Kündigung durch den Konkursverwalter folgte.⁸⁵ Da es keine Übernahmeeinsteiger gab, schien das Aus für Hirschberg beschlossene Sache. Schon Ende Juni 1974 hatten der Betriebs- und der Verkaufsleiter ihre Kündigungen eingereicht.⁸⁶

In dieser akuten Krisensituation kam die Idee der Belegschaftsübernahme als einzige noch verbliebene Option zum Erhalt des Unternehmens wieder auf den Tisch.⁸⁷ Unmittelbar nach der Konkursankündigung kursierten Unterschriftenlisten, mit denen die Beschäftigten schriftlich ihre Bereitschaft erklärten, „den Betrieb nach dem

⁸³ Betriebsrat Hirschberg an Albert Osswald, 12. Juni 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Betriebsrat Hirschberg an Heinz-Herbert Karry, 12. Juni 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Betriebsrat Hirschberg an Bürgermeister Stadt Allendorf, 20. Juni 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Hessische Sozialministerium an Betriebsrat Hirschberg, 25. Juni 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Hessische Finanzministerium an Betriebsrat Hirschberg, 1. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Hessische Wirtschaftsministerium an Betriebsrat Hirschberg, 2. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁸⁴ Hirschberg endgültig am Ende. Finanzierungsplan des Landes platzte, in: Oberhessische Presse, 25. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner; SPD unterstützt Betriebsrat. Bemühungen um Rettung der Arbeitsplätze bei Hirschberg-Glas, in: Oberhessische Presse, 29. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁸⁵ Carl Josef Haefeli an Betriebsrat Hirschberg, 29. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Konkursverwalter an Max Kleiner, 16. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁸⁶ Betriebsrat Hirschberg an das hessische Wirtschaftsministerium, 29. Juni 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁸⁷ Belegschaft will Werk retten. Glashütte in Stadt Allendorf von Schließung bedroht, in: FR, 1. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Walter Schütz, „Nach Süßmuth-Modell“. Glashütten-Belegschaft stellt Betriebsmittel sicher, in: FR, 1. August 1974, AGI.

Süßmuth-Modell oder in ähnlicher Form weiterzuführen“.⁸⁸ Um in den anstehenden Verhandlungen mit dem Land Hessen über eine finanzielle Förderung Eigenkapital vorweisen zu können, forderte der Betriebsrat von Hirschberg den Vorstand der Veba-Glas AG auf, die im Frühjahr 1974 als Härtefallfonds aus dem abgelaufenen Sozialplan zugesagten Mittel in Höhe von insgesamt (nur noch) 200.000 D-Mark dem künftigen Belegschaftsbetrieb als Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen.⁸⁹ Für den 12. August 1974 beräumte der Betriebsrat ein Krisentreffen mit Vertretern des Landrats, des Arbeitsamts und des hessischen Wirtschaftsministeriums in Stadt Allendorf an, an dem auch der Konkursverwalter und lokale Gewerkschaftsfunktionäre teilnahmen.⁹⁰ Auf der Betriebsversammlung am folgenden Tag votierte die Belegschaft „nahezu einstimmig“ dafür, den Betrieb in Selbstverwaltung weiterzuführen und die Mittel aus dem Veba-Härtefallfonds in eine zu gründende Genossenschaft einzubringen.⁹¹

Seit Eröffnung des Konkursverfahrens hatten die Beschäftigten große Anstrengungen unternommen, die Voraussetzungen für die Fortführung des Unternehmens zu erhalten und zu verbessern. So war es ihnen gelungen, die Mitglieder der Firmenleitung daran zu hindern, „wichtige Betriebsmittel, wie Formen, Diamantschleifgeräte sowie Designpläne [...] aus der Glashütte“ abzutransportieren.⁹² Zu diesem Zwecke hatte „die Belegschaft eine Wache rund um die Uhr

⁸⁸ Unterschriftensammlung Kristallglaswerk Hirschberg, 31. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁸⁹ Betriebsrat Hirschberg an Vorstand der Veba-Glas AG, 2. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁹⁰ Betriebsrat Hirschberg an Heinz-Herbert Karry, 5. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Oberhessische Presse, 7. August 1974 (wie Anm. 75).

⁹¹ Arbeiter führen Glashütte weiter, in: FR, 14. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Belegschaft will Hütte Hirschberg weiterführen, in: Hessische Allgemeine, 14. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Glashütte erhalten!, in: Oberhessische Presse, 27. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁹² Haefeli hatte offensichtlich mit einem Juwelier aus Luzern, der – der Belegschaftsvertretung unbekannt – als stiller Gesellschafter an Hirschberg beteiligt war, einen Sicherungsübereignungsvertrag abgeschlossen, der seinen Anspruch auf sowohl Glasformen und Muster als auch auf den Markennamen festschrieb. FR, 1. August 1974 (wie Anm. 87); Oberhessische Presse, 2. August 1974 (wie Anm. 75); Oberhessische Presse, 7. August 1974 (wie Anm. 75).

organisiert, um eine ‚Ausplünderung‘ des Werkes zu verhindern“.⁹³ Zudem konnte sie durch die finanzielle Hilfe des Landkreises Marburg-Biedenkopf die beiden Glasschmelzöfen weiter beheizen, was zwingend erforderlich war, um deren Auseinanderbrechen zu verhindern, was andernfalls weitere Investitionen in den Ofenneubau erfordert und hierdurch die Belegschaftsübernahme einmal mehr erschwert hätte.⁹⁴ Die Beschäftigten stellten in dieser Zeit die Überwachung der Öfen sicher, obwohl ihnen bereits gekündigt worden war und sie für ihren Einsatz keine Bezahlung erhielten. Zur Aufrechterhaltung der Produktion – wie einst in der Glashütte Süßmuth – reichten ihre Mittel indes nicht. Zudem war die Hirschberg-Belegschaft auf der Frankfurter Messe mit einem Stand präsent, wo sie erste Zusagen für künftige Aufträge erhielt.⁹⁵ Aber nachdem die Landesregierung Ende August 1974 verkündete, die Belegschaftsinitiative nicht unterstützen zu wollen, mussten die Beschäftigten ihren Messestand vorzeitig abbauen.⁹⁶

Die Haltung des Landes Hessen war – wie einst im Fall Süßmuth – von entscheidender Bedeutung dafür, ob die Belegschaftsübernahme gelingen konnte oder nicht. Seitens der Lokalpolitik war die Unterstützung hierfür groß: Vertreter*innen des SPD-Unterbezirks Marburg-Biedenkopf, der Stadt und des Landkreises setzten sich für einen Landeszuschuss in Höhe von 800.000 D-Mark für das künftige Belegschaftsunternehmen ein.⁹⁷ Stadt und Landkreis wollten zudem jeweils

⁹³ FR, 1. August 1974 (wie Anm. 87).

⁹⁴ Für das Warmhalten der Öfen fielen täglich Kosten in Höhe von 500 D-Mark an. Öfen bleiben weiter in Betrieb, in: Oberhessische Presse, 21. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner. Ein paar Wochen später war nur noch der größere Ofen (mit fünf Häfen) „unter Feuer“. Christoph Wehnelt, Wenn aus Arbeitern Genossen werden sollen, in: FR, 14. September 1974, FHI, Schöf-1198.

⁹⁵ Lothar Dönges, „...und nun lassen sie uns hängen.“ Hirschberg-Arbeiter sind verbittert über die Entscheidung der hessischen Landesregierung, in: Oberhessische Presse, 29. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Glashütten-Öfen noch unter Feuer. Protest gegen Beschluss der Regierung, in: FR, 29. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁹⁶ FR, 14. September 1974 (wie Anm. 94).

⁹⁷ 800.000 Mark Landeszuschuss für Hirschberg gefordert, in: Oberhessische Presse, 17. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

75.000 D-Mark zur Verfügung stellen. Das Land Hessen war dagegen zu keiner klaren Zusage bereit und zögerte die endgültige Entscheidung immer wieder hinaus – deutlich machte der (seit Dezember 1970 amtierende) hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry (FDP) lediglich, dass die beantragte Bürgschaftssumme von 800.000 D-Mark zu hoch sei. Zudem forderte er, dass angesichts der Krise in der Branche absolute Sicherheit über die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens gewährleistet werden müsse.⁹⁸ Obwohl ein vom hessischen Wirtschaftsministerium beauftragter Wirtschaftsprüfer die Pläne der Belegschaft zur Stabilisierung des Unternehmens als realistisch einstufte,⁹⁹ fiel am 26. August 1974 der einstimmige Kabinettsbeschluss gegen eine Finanzhilfe für die Belegschaftsübernahme.¹⁰⁰ Und auch der Veba-Konzern hatte unterdessen dem Gesuch der Hirschberg-Belegschaft – nachdem in der Lokalpresse zunächst Gegenteiliges zu lesen war¹⁰¹ – eine Absage erteilt und darauf verwiesen, dass die Mittel aus dem Härtefallfonds zweckgebunden seien.¹⁰²

⁹⁸ Land schiebt Entscheidung auf. Hirschberg-Belegschaft setzt 200.000 Mark ein, in: Oberhessische Presse, 14. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

⁹⁹ Hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry an Betriebsrat Hirschberg, 25. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹⁰⁰ Bernd Jasper, Keine Chance für Glashütten-Konzept, in: FR, 28. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Kein Landeszuschuss für die Glashütte Hirschberg, in: Hessische Allgemeine, 28. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹⁰¹ Ein Silberstreif am Horizont? IG Chemie und Belegschaft von Hirschberg bemühen sich um Weiterführung des Werkes, in: Oberhessische Presse, 9. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹⁰² Vorstand der Veba-Glas AG an Betriebsrat Hirschberg, 14. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.



Abb. 2: Protest im Kristallglaswerk Hirschberg in Stadt Allendorf, 28. August 1974. Quelle: Oberhessische Presse vom 29. August 1974, Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Stadallendorf, Bestand Kleiner

Während die *Oberhessische Presse* bereits über die unmittelbar bevorstehende Betriebsschließung berichtete,¹⁰³ wollten die Beschäftigten des Kristallglaswerks Hirschberg diese Absagen nicht hinnehmen. Wie einst die Süßmuth-Belegschaft kämpften sie trotz der aussichtslos erscheinenden Lage weiter. Wo es infolge des wochenlangen Lohnausfalls und der fristlosen Kündigung in der Zwischenzeit finanziell knapp wurde, halfen sich die Kolleg*innen gegenseitig aus.¹⁰⁴ Um ihrer Forderung nach staatlicher Unterstützung öffentlich Ausdruck zu verleihen, meldete der Betriebsrat für den Vormittag des 28. August 1974 in Marburg eine Demonstration an. Zusammen mit Unterstützer*innen aus dem Umfeld protestierten sie auf einer Ver-

¹⁰³ Bei Hirschberg ist der Ofen aus. Kein Landeszuschuss zum Belegschaftsmodell Glashütte Hirschberg, in: *Oberhessische Presse*, 28. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹⁰⁴ *Unsere Zeit*, [Sommer 1974] (wie Anm. 69).

anstellung anlässlich der Einweihung eines fertiggebauten Autobahn-teilstücks in Marburg, auf der sie den anwesenden Wirtschaftsminister Karry mit ihrer Kritik an der Landesregierung und ihren Forderungen konfrontierten.¹⁰⁵ Dieser öffentliche Protest war auf verschiedenen Ebenen immens wichtig: erstens um den politischen Druck auf die Landesregierung in Zeiten des Wahlkampfs für die im Herbst 1974 anstehende Landtagswahl zu erhöhen; zweitens um die Geschlossenheit innerhalb der Belegschaft aufrechtzuerhalten, die ja seit Juli von der Konkursfirma Hirschberg keine Löhne mehr erhielt, weshalb ein Teil bereits woanders eine neue Arbeit aufgenommen hatte, und drittens auch um Solidarität von außen zu erhalten.

Der Plan ging auf. Der Belegschaft von Hirschberg gelang es – wie 1970 jener von Süßmuth – eine Öffentlichkeit für ihr Anliegen herstellen und hierdurch die landespolitisch Verantwortlichen zum Einlenken zu bewegen. Karry versprach den Protestierenden, den Übernahmeplan der Belegschaft noch einmal zu prüfen. Als er einige Tage später das Kristallglaswerk Hirschberg besuchte, erklärte er sogar seine Bereitschaft, eine aussichtsreiche Belegschaftsfortführung aus privaten Mitteln mit einem Betrag in Höhe von 20.000 D-Mark fördern zu wollen.¹⁰⁶ Das Blatt schien sich zugunsten der Belegschaft zu wenden. Am 4. September 1974 revidierte die hessische Landesregierung ihre Entscheidung aus der Woche zuvor und stellte eine 100-prozentige Bürgschaft oder ein Darlehen in Höhe von bis zu 500.000 D-Mark und „eventuell Zuschüsse“ in Aussicht, unter der Bedingung, dass ein

¹⁰⁵ Die Protestierenden führten Transparente mit folgenden Aufschriften mit sich: „Osswald sagt: Die Hütte kann nicht weiter laufen, sein Wirtschaftsprüfer sagt: Sie kann. Wer lügt?“; „Zwei Millionen für Haefeli, für die Arbeiter nichts“; „Haefeli geht auf die Messe, die Arbeiter gehen stempeln“; „Karry weiht die Autobahn ein, dafür geht Hirschberg ein“. FR, 29. August 1974 (wie Anm. 95); Oberhessische Presse, 29. August 1974 (wie Anm. 95).

¹⁰⁶ Diese Runde ging an Hirschberg-Arbeiter. Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry besuchte das Werk und sprach mit den Arbeitern., in: Oberhessische Presse, 31. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner. Der Journalist Christoph Wehnelt führte das öffentlichkeitswirksame Demonstrieren persönlichen Engagements von Karry auf den Landtagswahlkampf und auf seine bis dahin „lasche Behandlung der Hirschberg-Probleme“ zurück; durch die faktische Konkursverschleppung war der Belegschaft ja immerhin der größte Teil der Veba-Sozialplan-Mittel verloren gegangen. FR, 14. September 1974 (wie Anm. 94).

Rechtsträger gegründet, ein professionelles Management engagiert sowie der Nachweis der Rentabilität und der „Durchfinanzierung [...] mit Eigenmitteln von rund 600.000 D-Mark“ erbracht wird.¹⁰⁷ Insbesondere von der Belegschaft wurde eine finanzielle Eigenleistung gefordert und allen voran Karry hatte diesen Punkt mehrfach betont.¹⁰⁸

Trotz der sehr widrigen Umstände – die angesichts der Entlassung der gesamten Belegschaft und des Produktionsstopps noch prekärer waren als damals in der Glashütte Süßmuth – gelang es den Betriebsaktiven von Hirschberg und ihren Unterstützer*innen diese umfangreichen Auflagen weitgehend zu erfüllen. Am 14. September 1974 gründeten sie eine Genossenschaft als Auffanggesellschaft mit dem Namen Kristallglaswerk Hirschberg e. G., die die Produktion spätestens zum 1. Oktober 1974 wieder aufnehmen und den Betrieb fortführen sollte.¹⁰⁹ Die überwiegende Mehrheit der an der Gründungsversammlung teilnehmenden Belegschaftsmitglieder – es waren 71 – stimmte der Genossenschaftsgründung zu, fünf enthielten sich der Stimme, Gegenstimmen gab es keine. Dies geschah ungeachtet der massiven Bedenken, die der stellvertretende IG-Chemie-Hauptvorstandsvorsitzende Werner Vitt und Erich Schmidt als Leiter der zuständigen IG-Chemie-Verwaltungsstelle Gießen auf dieser Versammlung wiederholt vortrugen, dass seitens der IG Chemie keine Unterstützung zu erwarten sei.¹¹⁰ Insgesamt 59 der Anwesenden erklärten noch auf dieser Versammlung ihren Beitritt zur Genossenschaft, andere Belegschaftsmitglieder erklärten, dies zu einem späteren Zeitpunkt zu

¹⁰⁷ Hessischer Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry an Betriebsrat Hirschberg, 12. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹⁰⁸ Pressemitteilung SPD-Fraktion Stadt Allendorf, 1. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Hirschberg-Belegschaft brachte 135.000 DM auf. Kabinett beschäftigt sich heute erneut mit der Glashütte, in: Oberhessische Presse, 4. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Walter Schütz, Kabinett: Landesmittel für Glashütte. Chance zur Fortführung des Betriebes auf Genossenschaftsbasis, in: Oberhessische Presse, 5. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹⁰⁹ Protokoll Gründungsversammlung der Kristallglaswerk Hirschberg e. G., 14. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Konkursverwalter an Hessische Brandversicherungsanstalt, 20. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹¹⁰ Vitt, 20. September 1974 (wie Anm. 80), S. 2 f.

tun, also dann, wenn die Finanzierung gesichert sei.¹¹¹ Der Vorstand bestand aus drei Belegschaftsmitgliedern. Zum Vorstandsvorsitzenden und ersten Geschäftsführer der Genossenschaft wurde der Betriebsratsvorsitzende Max Kleiner ernannt. In den Aufsichtsrat wurde neben einem Vertreter der Belegschaft der Landrat des Landkreises Marburg und der Bürgermeister der Stadt Allendorf gewählt. Das Genossenschaftsstatut hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn (Wahlkreis Marburg) erstellt, der während der Regierungszeit von Willy Brandt bis Mai 1974 als Bundesjustizminister amtierte.¹¹²

Für die Übernahme und Sanierung des Unternehmens veranschlagte die Belegschaftsinitiative eine Summe in Höhe von mindestens einer Million D-Mark.¹¹³ Als Eigenmittel konnte die neu gegründete Genossenschaft einen Betrag von knapp 550.000 D-Mark vorweisen, der sich aus Bürgerschaftserklärungen und der Übernahme von Genossenschaftsanteilen zusammensetzte.¹¹⁴ Den größten Beitrag hierzu leisteten die Beschäftigten. Bis Anfang September 1974 – also noch vor der Gründung der Genossenschaft – hatten 75 Belegschaftsmitglieder (hierunter auch viele migrantische Beschäftigte) schriftlich ihre Bereitschaft erklärt, sich mit einem Betrag zwischen 1.000 und 4.000 D-Mark einzubringen.¹¹⁵ Am Ende hatten die Beschäftigten selbstschuldnerische Bürgschaften in Höhe von insgesamt 148.000 D-Mark ge-

¹¹¹ Bis Ende September 1974 waren 82 der 120 Beschäftigten, die zum 1. Oktober 1974 die Produktion des Kristallglaswerks Hirschberg wieder aufnehmen wollten, der Genossenschaft beigetreten. Heinz Eßlinger, Die Misere der Glasmacher, in: Gewerkschaftspost, 10 (1974), DIZ, Bestand Kleiner, S. 3.

¹¹² Statut Kristallglaswerk Hirschberg e. G., undatiert [September 1974], DIZ, Bestand Kleiner; Gerhard Jahn an Max Kleiner, 9. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Kristallglaswerk Hirschberg e. G. i. G. an Bürgermeister Stadt Allendorf, 26. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹¹³ Die Berechnungen des Investitionsbedarfs schwankten zwischen einer bis zu drei Millionen D-Mark. Mit dem veranschlagten Mindestbetrag sollten die Investitionen in die Öfen- und Kühlbänder sowie die anfallenden Material- und Personalkosten der ersten drei Monate finanziert werden. Oberhessische Presse, 9. August 1974 (wie Anm. 101); FR, 14. September 1974 (wie Anm. 94).

¹¹⁴ Folgendes aus: Übersicht Finanzierungskonzept Kristallglaswerk Hirschberg e. G., 4. Oktober 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

zeichnet.¹¹⁶ Hinzu kamen 140.000 D-Mark aus dem Veba-Härtefallfonds, die die Belegschaft als Genossenschaftsanteil einbringen wollte.¹¹⁷ Die Veba-Leitung hatte offenbar in dieser Angelegenheit ihre Meinung analog zur Landesregierung wieder geändert.¹¹⁸ Genossenschaftsanteile wollten – wie bereits erwähnt – auch die Stadt und der Landkreis in Höhe von insgesamt 150.000 D-Mark sowie Karry in Höhe von 20.000 D-Mark übernehmen.¹¹⁹ Die SPD-Stadtverordneten der Stadt Allendorf und weitere Mandatsträger der SPD hatten ebenfalls ihre Bereitschaft für persönliche Bürgschaften in Höhe von insgesamt 25.500 D-Mark erklärt.¹²⁰ Und nicht zuletzt gab es eine breite Solidarisierung aus der Bevölkerung. Eine Reihe sehr unterschiedlicher Menschen wollte die Belegschaftsübernahme mit Einzelbürgschaften in Höhe von insgesamt mehr als 60.000 D-Mark unterstützen¹²¹ – hierunter waren eine „Malerin“, eine „Hausfrau“ und eine „Sekretärin“, ein „Facharbeiter“, ein „Architekt“, ein „Heizungsmonteur“, ein „Angestellter“, ein „Arzt“, ein „Bildhauer“, ein „Studienrat“ und ein „Rentner“.¹²² Und auch der Leiter der IG-Chemie-Verwaltungsstelle

¹¹⁵ Walter Schütz, 200.000 Mark Genossenschaftsanteile. Aktion der Glashütten-Belegschaft zur Weiterführung des Betriebs, in: FR, 4. September 1974, FHI, Schöf-1198; Oberhessische Presse, 4. September 1974 (wie Anm. 108).

¹¹⁶ Bürgschaftserklärungen Belegschaft, [September 1974], DIZ, Bestand Kleiner.

¹¹⁷ Abtrittserklärungen Belegschaft, 14. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹¹⁸ Am 10. September 1974 unterschrieben Betriebsrat und Konkursverwalter des Kristallglaswerks Hirschberg eine Vereinbarung über die Aufteilung des Veba-Härtefonds. Vereinbarung zwischen Betriebsrat Hirschberg und Konkursverwalter, 10. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹¹⁹ Bürgermeister Stadt Allendorf an Kristallglaswerk Hirschberg e. G. i. G., 24. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner; „Lichtblick“ für Glashütte Hirschberg. Ministerpräsident Osswald bestätigt: Belegschaftsmodell von Landesregierung unterstützt, in: Oberhessische Presse, 14. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹²⁰ Bürgschaftserklärungen SPD-Fraktion Stadt Allendorf, [September 1974], DIZ, Bestand Kleiner. Die SPD-Abgeordneten hatten alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Marburger Kreistags aufgefordert, sich ihnen anzuschließen. SPD Stadt Allendorf, 1. September 1974 (wie Anm. 108).

¹²¹ Bürgschaftserklärungen Außenstehender, [September 1974], DIZ, Bestand Kleiner.

¹²² Diese und viele weitere Personen wurden mit Namen und Berufsbezeichnung in einer Zeitungsannonce aufgeführt, in der zur Unterstützung der Hirschberg-Belegschaft aufgefordert wurde. Solidarität zur Sicherung der Arbeitsplätze des Kristallglaswerks Hirschberg in Stadt Allendorf, in: Oberhessische Presse, 3. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

Gießen sagte zu, sich – gleichwohl als Privatperson – mit 2.000 D-Mark beteiligen zu wollen.

Schließlich konnte die Belegschaftsgenossenschaft auch die kaufmännische und technische Leitung der Glashütte neu besetzen und den vom Land Hessen geforderten Rentabilitätsnachweis erbringen.¹²³ Zwei unabhängige Beurteilungen seitens der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH und des Genossenschaftsverbands attestierten der Genossenschaft gute Entwicklungschancen.¹²⁴ Zuversichtlich stimmte die Belegschaft und ihre Unterstützer*innen die – entgegen dem unternehmerischen Narrativ von der fehlenden Perspektive der Branche – nach wie vor gute Auftragslage und der verbindliche Kund*innenstamm der Firma sowie der gute Ruf der im Fachhandel etablierten Marke Hirschberg und die aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrungen in der Produktion von Bleikristall stabile Wettbewerbsposition.¹²⁵ Dennoch fand das hessische Wirtschaftsministerium immer wieder neue Gründe, weshalb die in Aussicht gestellte Förderung doch noch nicht bewilligt werden könne – sei es die Infragestellung des Umfangs der Produktionskapazitäten (die seitens der Genossenschaft niedriger angesetzt wurden, um den vom Land Hessen geforderten Rentabilitätsanforderungen zu entsprechen), sei es die als zu gering erachtete Anzahl von Belegschafts- und Genossenschaftsmitgliedern (was mit der Unklarheit zusammenhing, ob die Belegschaftsübernahme auch wirklich vollzogen werden könne)¹²⁶ oder die Klärung des Pachtzinses (wobei ja dem Land Hessen als Hauptgläubi-

¹²³ Max Kleiner an Heinz-Herbert Karry, 12. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹²⁴ Das Urteil des genossenschaftlichen Prüfungsverbands lag zum damaligen Zeitpunkt nur in mündlicher Form vor. Vorstand der Hirschberg-Genossenschaft an den hessischen Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry, 28. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner, S. 2; Landeshürgschaft gefordert. SPD Stadt Allendorf drängt auf Hilfe für die Glashütte, in: Oberhessische Presse, 2. Oktober 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹²⁵ Oberhessische Presse, 9. August 1974 (wie Anm. 101).

¹²⁶ Der Genossenschaftsvorstands- und Betriebsratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Beschäftigten, die bereits woanders eine Arbeit aufgenommen haben, verständlicherweise erst zurückkehren würden, wenn die Fortführung des Unternehmens in Belegschaftshand gesichert wäre. Genossenschaftsvorstand an Karry, 28. September 1974 (wie Anm. 124), S. 1.

ger des vorherigen Firmeninhabers der Anspruch auf das Werksgelände zufiel).¹²⁷

Am 26. September 1974 machte der Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry die endgültige Zusage von einer „erneute[n] betriebswirtschaftliche[n] Prüfung“ und einem „fachliche[n] Gutachten über die Marksituation“ abhängig.¹²⁸ Diese neuen Forderungen gingen nicht nur weit über die ursprünglichen Auflagen hinaus, sondern sie waren mit Blick auf die Marktanalyse auch nicht wirklich realisierbar. Über den gegenwärtigen Zustand und die zukünftige Entwicklung der Mundglasbranche lagen keine substantziellen Untersuchungen vor und weder die Prüfer des Genossenschaftsverbandes noch die hessischen Ministerialbeamten konnten in der Kürze der Zeit „die Marktlage [...] beurteilen“. ¹²⁹ Die Verzögerungstaktik seitens des Landes Hessen führte schließlich dazu, dass der Zeitplan nicht eingehalten werden konnte, auf dem sowohl die Finanz- und Rentabilitäts- als auch die Personalplanung der Genossenschaft beruhte, die damit hinfällig wurde. Der Produktionsbeginn zum 1. Oktober 1974 war aber nicht nur für die volle Nutzung des in der Branche sehr wichtigen, weil umsatzstarken Weihnachtsgeschäfts notwendig, sondern auch für die Einstellung der „für das Management der Genossenschaft unerlässlichen Fachleute“ und die Bereitschaft der Glasarbeiter*innen, „ihre in der Zwischenzeit eingegangenen anderweitigen Arbeitsverhältnisse zu lösen und die Tätigkeit bei der Genossenschaft aufzunehmen“. ¹³⁰

Die in den Wochen nach dem Konkurs seitens der Belegschaft mühsam erkämpften Chancen für eine Rettung des Unternehmens erodier-

¹²⁷ Karry forderte zuletzt, die Genossenschaft müsse einen „marktüblichen Pachtzins“ zahlen. Hessischer Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry an Betriebsrat Hirschberg, 26. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Genossenschaftsvorstand an Karry, 28. September 1974 (wie Anm. 124); Walter Schütz, Die Glasbläser blicken nach Wiesbaden. SPD-Politiker: Will Karry Betrieb in Arbeitnehmerhand verhindern?, in: FR, 2. Oktober 1974, FHI, Schöf-1198.

¹²⁸ Karry an Betriebsrat, 26. September 1974 (wie Anm. 127).

¹²⁹ Zitat aus: Verband Südwestdeutscher Volksbanken und Wärogenossenschaften e. V. an Landratsamt Marburg und Vorstand Kristallglaswerk Hirschberg e. G. i. G., 8. Oktober 1974, DIZ, Bestand Kleiner, S. 2.

¹³⁰ Genossenschaftsvorstand an Karry, 28. September 1974 (wie Anm. 124), S. 1.

ten. Als im hessischen Wirtschaftsministerium auch in den folgenden Tagen keine Entscheidung getroffen wurde, gab der genossenschaftliche Prüfungsverband am 8. Oktober 1974 schließlich – entgegen seiner vorherigen mündlichen Einschätzung – ein negatives Votum ab und lehnte die Aufnahme der Hirschberg-Genossenschaft ins Genossenschaftsregister ab.¹³¹ Als zentralen Grund für die letztlich negative Beurteilung wurde das infolge der Zeitverzögerung wahrscheinliche Verfehlen des Weihnachtsgeschäfts angeführt. Dieses Argument ließ der Genossenschaftsvorstand zwar nicht gelten, dennoch sah er sich nun dazu gezwungen, am 9. Oktober 1974 die Auflösung der Genossenschaft zu beschließen.¹³²

Nach dem monatelangen Kampf war diese Entwicklung für die Arbeitenden nicht nur enorm enttäuschend, sondern auch sehr bitter: Die vielen unbezahlten und rund um die Uhr geleisteten Arbeitsstunden, all die Mühen, um die Bedingungen für die Betriebsfortführung aufrechtzuerhalten, waren vergebens gewesen. Sie fühlten sich „verschaukelt“. ¹³³ Am Ende blieb ihnen nur eine marginale Entschädigung, die je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit zwischen 55 und 215 Prozent des Tariflohns, maximal aber 3.200 D-Mark, betrug.¹³⁴ Dieser Betrag war lediglich ein Bruchteil dessen, was die Beschäftigten entsprechend der zuvor ausgelaufenen Sozialpläne mit der Veba AG bekommen hätten. Einen Monat später hatte nur ein Drittel der ursprünglich 160 Beschäftigten einen neuen Arbeitsplatz gefunden, der in den allermeisten Fällen mit Lohnabstrichen verbunden war.¹³⁵

¹³¹ Genossenschaftlicher Prüfverband an Landratsamt und Genossenschaftsvorstand, 8. Oktober 1974 (wie Anm. 129). Ein positives Gutachten des Genossenschaftsverbands, das dem Schutz der Gläubiger wie der Genossenschaftsmitglieder dienen sollte, war Voraussetzung für die Eintragung beim Amtsgericht.

¹³² Hirschberg-Glashütte ist nunmehr am Ende, in: Oberhessische Presse, 10. Oktober 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹³³ Walter Schütz, Die Hirschberg-Öfen gehen aus, in: Hessische Allgemeine, 10. Oktober 1974, DIZ, Bestand Kleiner; Gustl Müller-Dechent, Das Weihnachten des Glasbläfers Schönherr, in: FR, Weihnachten 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

¹³⁴ Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat Hirschberg und Konkursverwalter, 24. Oktober 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

Den externen Akteur*innen ging es am Ende nur noch darum, für das Scheitern der Belegschaftsinitiative im Fall Hirschberg nicht verantwortlich gemacht zu werden. So hatte der Genossenschaftsverband bei seiner negativen Stellungnahme gegenüber dem Landrat seine Bereitschaft signalisiert, „auf ausdrücklichen Wunsch der Beteiligten die Genossenschaft zum Beitritt zuzulassen, um nicht ausschließlich die Entscheidung über das Fortbestehen der Hütte angelastet zu bekommen“.¹³⁶ Die lokalen SPD-Politiker, die mit großem und auch persönlichem Engagement die Übernahmepläne der Hirschberg-Belegschaft unterstützt hatten, sahen die Schuld vor allem beim FDP-Wirtschaftsminister, der „verhindern wolle, dass dieser Betrieb in Arbeitnehmerhand weitergeführt werde und besser floriere als zu Zeiten der Unternehmermißwirtschaft“.¹³⁷ Doch hatte die in Hessen regierende SPD ein ebenso großes Interesse, einen weiteren Belegschaftsbetrieb nach dem (für sie nicht nachahmenswerten) Vorbild Süßmuth zu verhindern.¹³⁸ Die Gewerkschaft hatte sich öffentlich von Beginn an diplomatisch aus dieser Angelegenheit herausgehalten und war lediglich aus Verbundenheit der SPD gegenüber dazu bereit, dabei zu helfen, den politischen Schaden möglichst klein zu halten.¹³⁹

¹³⁵ Walter Schütz, Hirschberg-Glasbläser sind noch ohne Arbeit. Nur wenige wurden in fremde Branchen vermittelt, in: FR, 2. November 1974, AGI.

¹³⁶ Genossenschaftlicher Prüfverband an Landratsamt und Genossenschaftsvorstand, 8. Oktober 1974 (wie Anm. 129), S. 2.

¹³⁷ Gemeinsame Erklärung des Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Marburg-Biedenkopf Dieter Eichhorn und des SPD-Landtagskandidats dieses Wahlkreises Karl Schnabel, wiedergegeben in FR, 2. Oktober 1974 (wie Anm. 127). Dass hinter den betriebswirtschaftlichen eher gesellschaftspolitische Bedenken steckten, wollte auch Gerhard Jahn nicht ausschließen. Siehe Hessische Allgemeine, 10. Oktober 1974 (wie Anm. 132).

¹³⁸ Zur skeptischen bis ablehnenden Haltung der SPD gegenüber der Belegschaftsübernahme im Fall Süßmuth siehe: Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 191–199 u. 234–237.

¹³⁹ So informierte Werner Vitt die Mitglieder des IG-Chemie-Hauptvorstandes über das Scheitern der Belegschaftsübernahme und verwies darauf, dass „[u]nsere führenden Kollegen in Stadt Allendorf [...] sich darum bemühen [werden], dass sich die nunmehr getroffene Entscheidung politisch nicht zum Nachteil der SPD auswirkt.“ Werner Vitt an IG Chemie Hauptvorstand, 11. Oktober 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

Glashüttenwerk Buder

Das Glashüttenwerk Ernst Buder wurde Ende der 1940er Jahre gegründet und befand sich auf dem Gelände des früheren Kaliwerks im niedersächsischen Volpriehausen – während des NS eine Produktionsstätte der Heeresmunitionsanstalt. Der namensgebende Unternehmensgründer war vor 1945 Teilhaber einer Glashütte im schlesischen Triebel (Trzebiel).¹⁴⁰ Am neuen Nachkriegsstandort wurde im August 1950 die Produktion aufgenommen. Das Unternehmen expandierte ebenso wie die beiden bereits vorgestellten Glashütten rasant. Innerhalb weniger Jahre stieg die Zahl der Beschäftigten zeitweise auf 400. Als Ernst Buder 1969 verstarb, übernahm sein Sohn die Geschäftsführung, dem es allerdings nicht gelang, das Familienunternehmen erfolgreich fortzuführen. Im August 1974 musste Buder Konkurs anmelden, als nach anhaltenden Verlusten die Summe der Verbindlichkeiten einen Betrag von fast vier Millionen D-Mark erreicht hatte.¹⁴¹ Seit dem 19. August 1974 ruhte die Produktion, in dem 1.600-Einwohner*innen-Ort Volpriehausen (Kreis Northeim) standen knapp 250 Arbeitsplätze auf dem Spiel.¹⁴² Kurz zuvor hatte die Landesregierung Niedersachsens einen Antrag der Inhaberfamilie Buder auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft für einen dringend erforderlichen Kredit abgelehnt, dabei aber ihre Bereitschaft signalisiert, die Betriebsfortführung durch neue Eigentümer und neues Führungspersonal mit einem Bürgschaftsvolumen von über einer Million D-Mark zu

¹⁴⁰ Folgendes aus: Unternehmenschronik Glashüttenwerk Ernst Buder, erstellt von Detlev Herbst, Kali-Bergbaumuseum Volpriehausen (KBV); Transkript Gruppeninterview der Autorin und Detlev Herbst mit Rudolf Raimann, Karl-Heinz Bolz und Siegfried Baumer, 27. Mai 2013, im Besitz der Autorin.

¹⁴¹ Folgendes aus: dpa-Meldung, Glasfabrik meldete Konkurs an, 21. August 1974, FHI, Schöf-1198; Ein Vergleich zur rechten Zeit hätte viel Schaden erspart. Die Misere der Glashütte Volpriehausen, in: Tageblatt, 20. September 1974, AHGR, Bestand IG Chemie; Gewerkschaftspost, Oktober 1974 (wie Anm. 111).

¹⁴² Der Konkursverwalter der Glashütte Buder beantragte die sofortige Entlassung aller Beschäftigten zum 20. August 1974, der das Arbeitsamt mit Verweis auf die mindestens einmonatige Sperrfrist jedoch nicht zustimmte. Korrespondenz zwischen Konkursverwalter, Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen und Arbeitsamt Göttingen, August / September 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

unterstützen. Denn die Auftragslage war auch hier – entgegen aller zeitgenössischen Krisenrhetorik – stabil.¹⁴³

Zeitgleich mit den Übernahmebemühungen der Belegschaft des Kristallglaswerks Hirschberg begannen nunmehr auch die Beschäftigten des Glashüttenwerks Buder um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen.¹⁴⁴ Auch sie führten die betrieblichen Probleme – wie bei Süßmuth und Hirschberg – vor allem auf Fehlentscheidungen des Führungspersonals zurück und wollten in Eigenregie den Betrieb aus der Krise führen. Doch anders als in Hessen erteilte die kurz zuvor neu gewählte sozialliberale Landesregierung Niedersachsens dahingehenden Überlegungen von Beginn an eine klare Absage.¹⁴⁵ Während daraufhin so mancher Facharbeiter von Buder darüber nachdachte, sich der Belegschaftsinitiative in Stadt Allendorf anzuschließen,¹⁴⁶ verhandelte der Konkursverwalter mit verschiedenen Unternehmern über eine mögliche Betriebsfortführung.¹⁴⁷ Die Gründung einer Auffanggesellschaft wurde vorbereitet, an der sich die Beschäftigten finanziell beteiligen sollten.¹⁴⁸ Zumindest sollten sie auf rückständige Lohnforderungen

¹⁴³ Zum Zeitpunkt des Konkurses lag der Auftragsbestand bei circa 1,5 Millionen D-Mark. Belegschaft will Glashütte weiterführen, in: Handelsblatt, 26. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie; Aktennotiz IG-Chemie-Verwaltungsstelle Hann. Münden, 29. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie, S. 2; Tageblatt, 20. September 1974 (wie Anm. 141).

¹⁴⁴ Folgendes aus: dpa-Meldung, 21. August 1974 (wie Anm. 141); Oberhessische Presse, 21. August 1974 (wie Anm. 94); Handelsblatt, 26. August 1974 (wie Anm. 143); Buder geht. Wer zahlt die Zeche? Die Pleite der Glashütte in Volpriehausen, in: Göttinger Betriebsexpress, 29. August 1974, FHI, Schöf-1225; Tageblatt, 20. September 1974 (wie Anm. 141); Raimann etc., 27. Mai 2013 (wie Anm. 140), S. 23 f.

¹⁴⁵ Bei der Landtagswahl in Niedersachsen, die am 9. Juni 1974 – also zwei Monate vor dem Konkurs von Buder – stattfand, hatte die SPD die bereits zuvor schon sehr knappe Mehrheit vollends an die CDU verloren. Zusammen mit den Stimmen der FDP, die bei der vorherigen Wahl an der Fünfprozenthürde gescheitert war, konnte die SPD mit Alfred Kubel als Ministerpräsident weiterhin die Regierung anführen. Doch diese sozialliberale Koalition zerbrach bereits Anfang 1976 und wurde von einer CDU-FDP-Koalition unter Ernst Albrecht abgelöst. Siehe Valentin Schröder, Landtagswahlen Land Niedersachsen, 29. Mai 2023, [<https://www.wahlen-in-deutschland.de/blNiedersachsen.htm>].

¹⁴⁶ Oberhessische Presse, 29. August 1974 (wie Anm. 95).

¹⁴⁷ Siehe Aktennotiz IG-Chemie-Verwaltungsstelle Hann. Münden, 27. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie; Tageblatt, 20. September 1974 (wie Anm. 141).

¹⁴⁸ Aktennotiz, 29. August 1974 (wie Anm. 143).

verzichten.¹⁴⁹ Manche, aber eben nicht alle Beschäftigten sollten in dieser Gesellschaft stufenweise neu angestellt werden.¹⁵⁰ Der Betriebsrat hatte hier dagegen gehalten, konnte aber den Verlust eines Teils der Arbeitsplätze und auch den Verlust der mit einer langen Betriebszugehörigkeit verbundenen Ansprüche der Weiterbeschäftigten nicht verhindern.

Die Produktion in der Glashütte Buder wurde schließlich im Dezember 1974 von einer neugegründeten GmbH & Co KG wieder aufgenommen, die von den Altlasten der Vorgängerfirma befreit wurde und deren Eigentümerstruktur für die Beschäftigten nicht transparent war.¹⁵¹ Diese Gesellschaft wurde offensichtlich von einer „Interessengruppe“ getragen, zu der ein Unternehmer namens Civati (als Vertreter einer Schweizer Glashütte, hinter der „angeblich eine amerikanische Gruppe“ stand) und die Exportfirma Leupold gehörten.¹⁵² Mit rückständigen Forderungen als Einlagen finanziell beteiligt waren zudem Kund*innen, Lieferant*innen und auch Belegschaftsangehörige. Von letzteren stammten offenbar insgesamt 100.000 D-Mark des Anfangskapitals.¹⁵³ Das Land Niedersachsen bewilligte der neuen Firma eine 100-prozentige Ausfallbürgschaft für Kredite in Höhe von insgesamt 1,8 Millionen D-Mark.

¹⁴⁹ Notiz Hermann Unterhinninghofen, 25. September 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

¹⁵⁰ Von den zum Zeitpunkt des Konkurses knapp 250 Beschäftigten wurden zu Beginn nur 100 wieder eingestellt. Die Zahl der Beschäftigten stieg bis Anfang der 1980er Jahre auf knapp 200. Zu den zähen Verhandlungen über die Anzahl der Beschäftigten und über die Bedingungen der Übernahme im August und September 1974 siehe Archivalien der IG-Chemie-Verwaltungsstelle Hann. Münden, AHGR, Bestand IG Chemie.

¹⁵¹ Produktion von Glas begann gestern wieder. Neues Unternehmen in Ulsar-Volpriehausen, in: Hessische / Niedersächsische Allgemeine (HNA), 10. Dezember 1974, KBV. Die Eigentümerstruktur dieser KG konnte auch nachträglich nicht rekonstruiert werden, da der Handelsregistereintrag beim zuständigen Amtsgericht Northeim zum Zeitpunkt der Recherche bereits gelöscht war.

¹⁵² Notiz Sitzung des Landeskreditausschusses, 27. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie; Notiz IG Chemie, 29. August 1974, AHGR, Bestand IG Chemie; Landesbürgschaft über 1,8 Millionen DM. Kristallglaswerk in Volpriehausen beginnt mit 0,7 Millionen DM Eigenkapital, in: HNA, 28. November 1974, KBV.

¹⁵³ Folgendes aus: HNA, 28. November 1974 (wie Anm. 152); HNA, 10. Dezember 1974 (wie Anm. 151); Unternehmenschronik Buder (wie Anm. 140), S. 4.

Eine neu eingesetzte Geschäftsführung machte sich fortan ans Werk, ihre Rationalisierungsvorstellungen umzusetzen. Hinsichtlich der Investitionen in auf Maschinisierung der Produktion abzielende Technik, die Einführung neuer Leistungslohnsysteme sowie auf Großhandel und Produktstandardisierung setzende Vertriebsstrategien ähnelten diese bislang branchenfremden und auf Betriebe mit Massenproduktion ausgerichteten Strategien denen, die damals auch in vielen anderen Mundglashütten ergriffen wurden, denen indes kein Erfolg im Sinne einer langfristigen Stabilisierung der Unternehmen beschieden war.¹⁵⁴ Als im Sommer 1983 erneut der Konkurs drohte und die Glashütte bereits mit Lohnzahlungen im Rückstand war, empfahlen Hamburger Unternehmensberater als Sanierungsmaßnahmen mindestens fünfzig Beschäftigte zu entlassen, die Löhne und Gehälter um zehn Prozent zu kürzen sowie das Weihnachtsgeld zu streichen.¹⁵⁵ Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, trat Buder 1983 aus dem Arbeitgeberverband aus. Zusammen mit einer weiteren staatlich subventionierten Kreditaufnahme konnte der Konkurs hierdurch nur um einige Jahre hinausgezögert werden.¹⁵⁶ Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – wie kurzfristige Freistellungen für einige Monate anlässlich betrieblicher Reparaturmaßnahmen von März bis Mai 1984¹⁵⁷ – entwickelten sich zu einer Normalität. Zum Zeitpunkt der endgültigen Betriebsschließung im November 1986 hatten die noch 140 Beschäftigten seit drei Monaten keine Löhne mehr erhalten.¹⁵⁸ Der vom Betriebsrat ausge-

¹⁵⁴ Die Strategien in den verschiedenen Unternehmensbereichen werden ausführlich behandelt in: Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 583–682.

¹⁵⁵ Folgendes aus: Unternehmenschronik Buder (wie Anm. 140), S. 6 f.; Arbeitsplätze bei Buder in Gefahr. Hilferuf an Politiker, in: HNA, 10. August 1983, KBV. Die Löhne scheinen letztlich um bis zu 20 Prozent gesenkt worden zu sein und auch Urlaubsgeld wurde offenbar nicht mehr gezahlt, in: Kristallglaswerk Buder. Sozialplan greift nicht, in: HNA, 9. März 1987, KBV.

¹⁵⁶ Von der erneuten Kreditaufnahme 1983 ist lediglich überliefert, dass sich die Stadt Uslar mit dem Kauf von Werksgrundstücken zum Preis von 350.000 DM an einem „größere[m] Sanierungskonzept[e]“ für Buder beteiligte. Beitrag zur Sanierung. Stadt will Grundstücke der Firma Buder kaufen, in: HNA, 22. September 1983, KBV.

¹⁵⁷ Betrieb bis Ende Mai stillgelegt. Buder repariert Schmelzofen, in: HNA, 16. März 1984, KBV.

¹⁵⁸ Konkursantrag abgelehnt. Buder-Zukunft völlig ungewiß, in: HNA, 14. November 1986, KBV.

handelte Sozialplan konnte letztlich „mangels Masse“ nicht umgesetzt werden.¹⁵⁹

Der Fall Buder zeigt, wie zügig Unternehmer gelernt hatten, das angesichts einer drohenden Betriebsschließung hohe Engagement der Beschäftigten, ihre Verzichts- und Leidensbereitschaft zu nutzen, um die betrieblichen Machtverhältnisse und Entscheidungsstrukturen zum Nachteil der Beschäftigten zu verschieben. Denn die Rechtskonstruktion der Nachfolgegesellschaft sah weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Belegschaftsvertretung vor, eine Kontrolle der Geschäftsführung war kaum möglich und noch nicht einmal die Gesellschaftsstruktur war transparent.¹⁶⁰ Zugleich stellten die neuen Eigentümer die Einführung eines Beteiligungsmodells in Aussicht, das offenbar sogenannten Partnerschaftsunternehmen entlehnt war.¹⁶¹ Das basisdemokratische Aufbegehren nach Teilhabe wurde also umgelenkt in das „Angebot“, sich monetär am Unternehmen zu beteiligen (was bei den meist hoch verschuldeten Unternehmen der hier betrachteten Branche für die Beschäftigten keinerlei Attraktivität besaß) – und wurde zu einem den sich um „1968“ ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechenden, neuen Herrschaftsinstrument. Wie sich innerhalb weniger Jahre der Fokus im Diskurs veränderte, zeigte sich auch, als der Konkursverwalter das Festhalten an der gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist oder die Regressansprüche des Arbeitsamts bezüglich der in der Zwischenzeit gezahlten Arbeitslosenunterstützung als die zentralen Probleme für den Erhalt der Glashütte und der Arbeitsplätze deklarierte.¹⁶² Die Verantwor-

¹⁵⁹ HNA, 9. März 1987 (wie Anm. 155).

¹⁶⁰ Problematisiert von Hermann Unterhinninghofen an Ferdinand Patschkowski, 20. September 1974, AHGR, Bestand IG Chemie.

¹⁶¹ IG Chemie, 29. August 1974 (wie Anm. 152); IG-Chemie-Verwaltungsstelle Hann. Münden an Hauptverwaltung, 26. April 1979, AHGR, Bestand IG Chemie. Sogenannte Partnerschaftsunternehmen beteiligen Beschäftigte am Gewinn und organisieren sich in der Bundesrepublik seit Anfang der 1950er Jahre in der Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP). Siehe Ruth Rosenberger, Experten für Humankapital. Die Entdeckung des Personalmanagements in der Bundesrepublik Deutschland, München 2008, S. 239–255.

¹⁶² Siehe Korrespondenz zwischen Konkursverwalter, Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen und Arbeitsamt Göttingen, August / September 1974, AH-

zung wurde also weniger auf Seiten der (alten wie neuen) unternehmerischen Entscheidungsträger oder staatlicher Kontrollinstanzen gesehen, die auch in diesem Fall von Konkursverschleppung nicht rechtzeitig intervenierten, sondern beim Arbeitsamt, der Gewerkschaft und vor allem den Beschäftigten, denn für einen Neubeginn müssten alle „Opfer“ erbringen.¹⁶³ Sie blieben damit jedoch die Einzigen.

Josephinenhütte

Die Josephinenhütte wurde 1842 im schlesischen Schreiberhau (Szklarska Poręba) von der Adelsfamilie Graf von Schaffgotsch aufgebaut und 1923 mit anderen Glashütten zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen.¹⁶⁴ Nach 1945 wurde sie im baden-württembergischen Schwäbisch-Gmünd als GmbH weitergeführt, die sich zu 25 Prozent im Besitz der Gründerfamilie befand und deren Geschäftsführung ein Mitglied dieser Familie innehatte.¹⁶⁵ Der erste Ofen wurde hier 1950 in Betrieb genommen. Nach einer anfänglich expansiven Entwicklung verdichteten sich in der Josephinenhütte, ähnlich wie bei Süßmuth, Hirschberg oder Buder, bereits in den 1960er Jahren die Probleme – die Umsatz- und Gewinnentwicklung war schwankend, tendenziell rückläufig. Die Geschäftsführung sei – so der Glasmacher und langjährige Betriebsratsvorsitzende [Günter Nowak] – gewerkschaftsfeindlich, hinsichtlich der betrieblichen Sozial- und Wohnungspolitik aber zunächst paternalistisch gewesen.¹⁶⁶ [Nowak] charakterisierte seine Beziehung zu ihr im Rückblick als „sehr gut“ – gemessen daran, dass vor allem seit dem altersbedingten

GR, Bestand IG Chemie.

¹⁶³ Tageblatt, 20. September 1974 (wie Anm. 141).

¹⁶⁴ Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg (WABW), Bestandsbeschreibung B 164, Geschichte der Josephinenhütte.

¹⁶⁵ Gesellschafter waren mit 50 Prozent die Gruppe von Fürstenberg und zu je 25 Prozent die Gruppe Staebe sowie Gotthard Graf von Schaffgotsch, der zugleich alleiniger Geschäftsführer war. Handelsregisterauszug Graf von Schaffgotsch'schen Josephinenhütte GmbH, Dezember 1959, WABW, Bestand B 164/71.

¹⁶⁶ Folgendes aus: Protokoll Interview der Autorin mit [Günter Nowak], 10. November 2014, im Besitz der Autorin, S. 6–10.

Personalwechsel in der Führungsetage Anfang der 1960er Jahre die „Zeichen auf Konfrontation“ gestanden hätten.

Mit der neuen Geschäftsführung habe es von Anfang an große Schwierigkeiten gegeben. In einer im März 1964 mit den Kölbelmachern – das heißt mit dem für das Unternehmen sehr wichtigen Glasmachernachwuchs – ausgetragenen Auseinandersetzung blieb sie unachgiebig, ging auf deren Forderungen nicht ein und nahm deren Ausscheiden in Kauf.¹⁶⁷ Als ein alter Glasmacher durch einen jüngeren ersetzt werden sollte, legten die Kollegen spontan die Arbeit nieder, um seine Wiedereinstellung zu erwirken.¹⁶⁸ Im Sommer 1966 eskalierten schließlich die Konflikte: Zwanzig Glasmacher kündigten und verließen geschlossen den Betrieb, nachdem die Geschäftsführung ihre (wiederum in Reaktion auf vorangegangene lohnschmälernde Reformen erhobenen) Lohnforderungen abgeblockt hatte.¹⁶⁹ Sechs Wochen später sei zwar ungefähr die Hälfte der Glasmacher in das Unternehmen zurückgekehrt.¹⁷⁰ Es habe allerdings mindestens ein halbes Jahr gedauert, bis mit den neuen, größtenteils aus Portugal und Griechenland angeworbenen Glasmachern an den Werkstellen wieder eine für die Qualität wie Quantität der produzierten Artikel notwendige Routine erreicht war. Von dieser Störung der Arbeitsabläufe habe sich die Firma nicht mehr erholt. Betriebliche Spannungen blieben bestehen. Im Mai 1968 kam es erneut zu einem „wildem“ Streik.¹⁷¹ 1971 meldete die Unternehmensleitung Konkurs an.

Auch in der Belegschaft der Josephinenhütte wurde über eine Betriebsübernahme als Maßnahme zur Rettung der Arbeitsplätze nach-

¹⁶⁷ Die Geschäftsführung informierte hierüber den Verein der Glasindustrie (VdG), der die Mitgliedsfirmen aufforderte, die betreffenden Kölbelmacher nicht zu beschäftigen. VdG-Sonderrundschreiben, 5. März 1964, WABW, Bestand B 164 Bü 1.

¹⁶⁸ [Günter Nowak], 10. November 2014 (wie Anm. 166), S. 6.

¹⁶⁹ VdG-Sonderrundschreiben, 7. September 1966, WABW, Bestand B 164 Bü 2.

¹⁷⁰ Folgendes aus: [Günter Nowak], 10. November 2014 (wie Anm. 166), S. 7 f.

¹⁷¹ Dieser Streik wurde wie zeitgleich jener im Kristallglaswerk Hirschberg von Unternehmensleitung und Arbeitgeberverband im Zusammenhang mit dem damals tariflosen Zustand in der Hohlglasbranche als Warnstreik interpretiert. [Günter Nowak] nannte dagegen betriebsinterne Gründe, die zu diesem Streik führten. Josephinenhütte an VdG, 28. Mai 1968, WABW, Bestand B 164 Bü 2; [Günter Nowak], 10. November 2014 (wie Anm. 166), S. 8.

gedacht – die Erfahrungen der Süßmuth-Belegschaft, die diesen Schritt im Jahr zuvor gegangen war und zu der freundschaftliche wie auch familiäre Verbindungen bestanden, stießen hier auf großes Interesse.¹⁷² Die Überlegungen kamen aber offenbar nicht soweit, dass sie öffentlich wurden. Auch in diesem Fall erstickten die fehlenden Finanzmittel ebenso wie die fehlende Bereitschaft seitens der Banken, aber auch der eigenen Repräsentanten dahingehende Planungen bereits im Ansatz. Die Firma wurde stattdessen von der im nahegelegenen Dürnau ansässigen Gral-Glashütte übernommen.¹⁷³ Das Betriebsklima in der Josephinenhütte verbesserte sich hierdurch nicht. Als weiterhin amtierender Betriebsratsvorsitzender hat [Günter Nowak] mit dem neuen Eigentümer viele Auseinandersetzungen austragen müssen.¹⁷⁴ Schon Ende der 1970er Jahre ließ dieser – kurz vor Weihnachten und für die Belegschaft völlig überraschend – die Beheizung der Schmelzöfen einstellen, ohne zuvor mit dem Betriebsrat darüber gesprochen zu haben.¹⁷⁵ Gegen diese rechtswidrige und – da stillgelegte Öfen nicht ohne größere Investitionen wieder in Betrieb genommen werden konnten – irreversible Entscheidung konnte der Betriebsrat nichts ausrichten. In den folgenden Verhandlungen mit der Gral-Glas-Leitung sah er sich vielmehr zu einer konsensorientierten Verhandlungstaktik gezwungen, galt es doch möglichst vielen Beschäftigten der Josephinenhütte einen alternativen Arbeitsplatz im Mut-

¹⁷² [Günter Nowak], 10. November 2014 (wie Anm. 166), S. 15 f. Der Betriebsratsvorsitzende der Josephinenhütte [Günter Nowak] war der Bruder von [Paul Nowak], der branchenweit als engagierter Betriebsaktivist bekannt und auch maßgeblich an der Belegschaftsübernahme und Selbstverwaltung der Glashütte Süßmuth beteiligt war.

¹⁷³ Über den Zeitpunkt dieser Übernahme sind unterschiedliche Angaben überliefert. Der Firmenbestand im WABW endet mit dem Jahr 1971, auf das der damalige Betriebsratsvorsitzende [Günter Nowak] die Übernahme durch Gralglas datierte. Laut der vom Gralglas-Museum erstellten Unternehmenschronik sei die Übernahme 1972 und nach Ricke / Loyer erst 1975 erfolgt. Ebd., S. 7; Gralglas-Museum, Unternehmenschronik Gral-Glashütte, [www.duernau.de/index.php?id=109]; Helmut Ricke / Wilfried van Loyer, Firmengeschichte Gralglas, in: Dies. (Hg.), *gralglas. Deutsches Design 1930–1981*, Berlin u. a. 2011, S. 206.

¹⁷⁴ [Günter Nowak], 10. November 2014 (wie Anm. 166), S. 9 f.

¹⁷⁵ Laut [Nowak] wurden die Öfen im Dezember 1977, laut Ricke und Loyer im Dezember 1979 abgestellt. Ebd.; Ricke / Loyer, *Gralglas* (wie Anm. 173), S. 208.

terunternehmen zu verschaffen, in dem Anfang der 1980er Jahre dann allerdings ebenfalls die Produktion eingestellt wurde.

Am Beispiel der Gral-Glashütte lassen sich zwei Strategien veranschaulichen, mit denen Unternehmensleitungen versuchten, dem in der gesamten Branche virulenten Arbeitskräftemangel beizukommen und die hierdurch gestärkte Verhandlungsposition der Arbeitenden im eigenen Betrieb wieder zu schwächen. Das war zum einen die (oftmals staatliche subventionierte) Übernahme von anderen vom Konkurs bedrohten Glashütten, um Zugriff auf Fachpersonal (wie auch auf Kund*innenkontakte, Vertriebsstrukturen und Markenrechte) zu erhalten. Bereits Ende der 1950er Jahre hatte Gralglas die Glashütte Rheinkristall in Leichlingen übernommen und deren Produktion – ähnlich wie später auch in der Josephinenhütte – nach wenigen Jahren eingestellt; beide bestanden daraufhin nur noch als Vertriebsgesellschaften fort.¹⁷⁶ Zum anderen wurden (angedrohte) Ofenstilllegungen zu einem neuen Kampfmittel des Führungspersonals bei der Abwehr von Forderungen oder Kritik seitens der Belegschaftsvertretung – die latente bis offene Drohung mit dem Arbeitsplatzverlust (der für alle Beschäftigten trotz des branchenweiten Fachkräftemangels eine Gefahr darstellte, weil er mit Wohnortwechsel und anderen Nachteilen verbunden war) entwickelte sich – in einer Branche, in der traditionell Praktiken der betrieblichen Sozialpolitik zur Leistungssteigerung und Betriebsbindung üblich waren – zu einem neuen Mittel der Disziplinierung.¹⁷⁷

Jola-/Ingridhütte

Die Jolahütte wurde Ende der 1940er Jahre vor dem Hintergrund der staatlich geförderten Ansiedlung von Firmen der nordböhmischen Glasindustrie in Euskirchen und Umgebung von dem Kaufmann Ru-

¹⁷⁶ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 568 u. 661; Ricke / Loyer, *Gralglas* (wie Anm. 173), S. 202–208; Helmut Ricke, *Form, Farbe und Dekor. Konzepterweiterung 1959 bis 1970*, in: Ders. / Loyer (Hg.), *gralglas. Deutsches Design 1930–1981*, Berlin u. a. 2011, S. 78–85.

¹⁷⁷ Siehe hierzu ausführlich: Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 636–683.

dolf John und dem Chemiker Johann Laubner gegründet – beide waren vor 1945 an der Hantichhütte in Haida (Nový Bor) beteiligt gewesen. Kurz darauf stieg auch Ernst Hantich nach seiner Entlassung aus dem Internierungslager in Česká Lípa (Böhmisch Leipa) in die Firma mit ein.¹⁷⁸ Nach einigen Anfangsschwierigkeiten konnte hier Anfang der 1950er Jahre die Produktion aufgenommen werden, 1954 arbeiteten 110 Fachleute in der Jolahütte. Doch bereits 1956 meldeten die Inhaber Konkurs an, woraufhin die Belegschaft die Hütte „im Kollektiv“ weiterführte.¹⁷⁹ Unter den Beschäftigten war bereits Geld gesammelt worden, „um die Hütte zu kaufen“ und „als Genossenschaftshütte“ fortzuführen.¹⁸⁰ Vereitelt wurde der Übernahmeplan, weil der damals 29-jährige Handelsvertreter Kurt Wokan die Verkaufssumme der Belegschaft überboten hatte. Wokan war ein Bekannter von Hantich und benannte die Glashütte nach seiner Ehefrau Ingrid – Tochter von Konrad Henlein, Gauleiter und Reichsstatthalter im Sudetenland und SS-Obergruppenführer¹⁸¹ – in Ingridhütte um.

Der neue Eigentümer machte sich in der gesamten Branche durch sein aggressives gewerkschafts- und betriebsratsfeindliches Vorgehen schnell einen Namen – er war nicht nur bei den Glasarbeiter*innen berüchtigt, sondern auch in der Gewerkschaft galt seine Firma als Sonderfall, dessen Nachahmung zu verhindern war. Denn als damals eines der wenigen Unternehmen der Branche war die Ingridhütte kein

¹⁷⁸ Folgendes aus: Gabriele Rünger, Aufbau West. Die Ansiedlung der nordböhmischen Glasindustrie in Euskirchen und Umgebung, in: Internetportal Rheinische Geschichte, undatiert, [www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/aufbau-west---die-ansiedlung-der-nordboehmischen-glasindustrie-in-euskirchen-und-umgebung/DE-2086/lido/5f880dcebdac86.77927321].

¹⁷⁹ Günter Wallraff, Neue Reportagen, Untersuchungen und Lehrbeispiele, Köln 1972, S. 41.

¹⁸⁰ Dies berichtete der Glasmacher [Paul Nowak], der vor seiner Tätigkeit in der Glashütte Süßmuth in der Jola-/Ingridhütte gearbeitet und sich auch schon damals sehr aktiv für eine Belegschaftsübernahme eingesetzt hatte. Transkript Gruppeninterview von Erasmus Schöfer mit [Paul Nowak] und [Dieter Schrödter], 13. Dezember 1973, im Besitz der Autorin, S. 15.

¹⁸¹ Lisa Maria Eidenhammer, Glaseum. Alltags- und Industriekultur in Schneegattern. Ein Museumskonzept, Masterarbeit Universität Graz, Graz 2019, S. 52, [<https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/content/titleinfo/3559461/full.pdf>]; Unsere Zeit, [Sommer 1974] (wie Anm. 69); Wallraff, Neue Reportagen (wie Anm. 179), S. 41.

Mitglied im Arbeitgeberverband und somit auch nicht an die Tarifverträge gebunden.¹⁸² Der Betriebsrat hatte sich Anfang der 1960er Jahre aufgelöst, nachdem die Konflikte mit Wokan eskaliert waren und die bis dahin aktiven Betriebsratsmitglieder die Hütte verlassen hatten. Seitdem gab es in diesem Unternehmen keine kollektive Interessenvertretung der Beschäftigten mehr und Wokan drohte den Beschäftigten mit negativen Konsequenzen, sollten sie die Bildung eines neuen Betriebsrats anstreben oder in die Gewerkschaft eintreten. Nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ fanden Lohnverhandlungen stattdessen auf individueller Ebene statt.

In jeder Abteilung wählte der geschäftsführende Eigentümer einzelne Vertraute aus, denen er hohe Stundenlöhne zugestand, während die große Mehrheit der Beschäftigten nur sehr niedrige Löhne erhielt. So betrug der Stundenlohn der Arbeiterinnen im Bereich der Weiterverarbeitung im Frühjahr 1970 statt der tariflich vereinbarten 3,44 D-Mark als Mindestbetrag nur 2,30 D-Mark, den Wokan noch auf 1,80 D-Mark herunterzudrücken versuchte. Auch die in der Glasbranche von der IG Chemie bereits Mitte der 1960er Jahre erkämpfte 40-Stunden-Woche erkannte Wokan nicht an und ließ seine Beschäftigten weiterhin 42,5 bis 45 Stunden pro Woche arbeiten. In Zeiten nachlassender Aufträge verhängte er so kurzfristig wie willkürlich Kurzarbeit oder schloss die Hütte zeitweilig ganz. Unerwünschtes Verhalten wurde mit fristlosen Entlassungen abgestraft. Gewalt durch Vorgesetzte scheint an der Tagesordnung gewesen zu sein.¹⁸³

¹⁸² In der tarifvertragsrechtlichen Betrachtung der belegschaftseigenen Glashütte Süßmuth gehörte es – ungeachtet der völlig anders gelagerten Eigentumsverhältnisse – zu einem der obersten Ziele der IG Chemie zu verhindern, dass hier „ein zweiter Fall ‚Ingrid-Hütte‘“ entsteht. Walter Gläser zur tarifvertragsrechtlichen Situation in der GHS, 22. Oktober 1970, FHI, Schöf-1221, S. 2. Folgendes aus: Unterlagen zur Vorbereitung einer mündlichen Anfrage im Bundestag, Februar / März 1970, BArch, B 149/76197; Sendebeitrag Panorama, Ausbeutung in der Glashütte. Die Leibeigenen von Euskirchen, 2. März 1970, [<https://www.ardmediathek.de/video/panorama/die-leibeigenen-von-euskirchen/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS82OTM2NWNmYS0yNWYxLTQ5MTEtYWZhMi01ZTEyNDA0NDk3ZTIj>]; Wallraff, Neue Reportagen (wie Anm. 179), S. 41–47.

¹⁸³ Ebd.

Hinzu kamen Verstöße gegen den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Diesbezügliche Missstände führten allein im Jahr 1969 zu fünfzehn Betriebsbesichtigungen durch das zuständige Gewerbeaufsichtsamt Bonn.¹⁸⁴ Zudem stellte Wokan den Beschäftigten alle zwei Monate eine Anwesenheitsprämie von 100 D-Mark in Aussicht, die sie bei krankheits- oder anders bedingter Abwesenheit – und sei es auch nur ein Tag – vollständig verloren. Im Akkord Beschäftigten wurde in diesem Fall zusätzlich für den gesamten Monat 20 Prozent des Akkordlohns gekürzt.¹⁸⁵ Nach Ansicht des Unternehmers sollten Beschäftigte bei Krankheit Urlaub nehmen, um Prämien- und Verdienstausfall zu vermeiden. In der Folge gingen die Beschäftigten oftmals trotz einer Erkrankung arbeiten. Die niedrigen Löhne führten zudem – um zu einem existenzsichernden Einkommen zu gelangen – zu einer hohen Zahl an Überstunden, was wiederum das Gesundheitsrisiko erhöhte. Wokan, der sich selbst als „militanten Mittelständler“ und als Freund von Ludwig Erhard bezeichnete, propagierte eine radikale Form der Partnerschaftsideologie, nach der sich die „Arbeiter“ als „freie Partner“ mit dem Unternehmer verbinden sollten, um „zusammen eine volkswirtschaftliche Leistung zu erbringen“¹⁸⁶ – in Kontinuität zur „Betriebsgemeinschaft“, mit der sich das NS-Regime um die Integration der Arbeiterschaft in die „Volksgemeinschaft“ bemühte,¹⁸⁷ und in ideologischer Verkehrung der herrschenden Verhältnisse, was offenbar unter den in der Ingridhütte verbleibenden deutschen Facharbeitern verfangen konnte.

Die Ingridhütte stach aus der gewerkschaftlich sehr gut organisierten Mundglasbranche nicht nur hinsichtlich der prekären Arbeitsverhältnisse heraus, sondern auch hinsichtlich des relativ hohen Anteils mi-

¹⁸⁴ Bericht Gewerbeaufsichtsamt Bonn als Anlage von Bundesanstalt für Arbeit an Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 27. Februar 1970, BArch, B 149/76197.

¹⁸⁵ Nicht alle Beschäftigtengruppen einer Glashütte arbeiteten im Akkordlohn, so wie die Glasmacher. Das Lohnsystem war hier sehr heterogen und entsprechend groß waren die Lohnunterschiede. Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 104 f., 107 f. u. 341–343.

¹⁸⁶ Sendebeitrag Panorama, 2. März 1970 (wie Anm. 182), bis 2. und ab 7. Minute.

¹⁸⁷ Michael Wildt, *Volksgemeinschaft*, in: *Informationen zur politischen Bildung*, 314 (2012), S. 51–53.

grantischer Beschäftigter. Weit mehr als die Hälfte der Anfang der 1970er Jahre zwischen 400 und 500 Beschäftigten kamen aus Griechenland, der Türkei, Tunesien oder Portugal.¹⁸⁸ Offensichtlich setzte Kurt Wokan darauf, dass sich Arbeitsmigrant*innen und insbesondere solche aus diktatorisch beziehungsweise autoritär regierten Staaten besser ausbeuten lassen und sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne weniger zur Wehr setzen. Die Annahme einer vermeintlich größeren (betriebs- oder gewerkschafts-)politischen Passivität von migrantischen Beschäftigten war sowohl unter Unternehmern als auch in den Gewerkschaften verbreitet, weshalb erstere auf Arbeitsmigration setzten, während letztere sie (zunächst) als eine Schwächung der kollektiven Interessenvertretung der inländischen Arbeiterschaft ablehnten. Diese Annahme spiegelte jedoch höchstens die (aufenthalts-)rechtlich prekäre Position von Arbeitsmigrant*innen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft wider – aber sie entsprach (immer weniger) einer sozialen Realität in den Betrieben. Migrantische Arbeiter*innen widersetzten sich ebenso wie ihre deutschen Kolleg*innen. Sie beteiligten sich beispielsweise im Mai 1963 am großen Streik der IG Chemie in der süddeutschen Hohlglasindustrie,¹⁸⁹ mitunter verweigerten sie sich sogar vehementer gegenüber mit Lohn-einbußen verbundenen Rationalisierungsmaßnahmen.¹⁹⁰ Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre setzten sich migrantische Beschäf-

¹⁸⁸ Die Zahlen zum Anteil der Migrant*innen an der Belegschaft der Ingrid-Glashütte schwankten zwischen knapp 60 und 80 Prozent. Mündliche Anfrage im Bundestag, Februar / März 1970 (wie Anm. 182); Wallraff, Neue Reportagen (wie Anm. 179), S. 41. Zum Vergleich: In der Glashütte Süßmuth blieb dieser Anteil unter zehn Prozent, was auch mit dem abgelegenen und für Migrant*innen unattraktiven Standort zusammenhing.

¹⁸⁹ Zu diesem hinsichtlich der tariflichen Absicherung von Urlaubsgeld wegweisenden Streik von 1963 siehe: Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 120 f. Zur Beteiligung migrantischer Glasarbeiter*innen an diesem Streik siehe: Streik in hessischen Glashütten. 1.000 Arbeiter im Ausstand, in: FR, 21. Mai 1963, AGI.

¹⁹⁰ So sah bspw. die Geschäftsführung der Dorotheenhütte die „ausländische[n] Arbeitskräfte“ als sehr viel uneinsichtiger gegenüber einer mit „Verdienstminderung“ verbundenen „strengerer Sortierung“ als die „deutsche Arbeiterschaft“, die demgegenüber „das nötige Verständnis“ aufgebracht habe. VdG-Sonderrundschreiben, 1. September 1964, WABW, Bestand B 164 Bü 1.

tigte gegen widrige Arbeits- und Lebensbedingungen in zunehmenden Maße auch ohne Betriebsrat und Gewerkschaft zur Wehr. Die „wilden“ Streiks jener Zeit waren häufig migrantisch geprägt.¹⁹¹

In der Ingridhütte erfüllte Wokans autoritär-repressiver Führungsstil insofern seine entsolidarisierende Funktion, als eine kollektive Gegenwehr der Beschäftigten hier offenbar nicht entstehen konnte. Zumindest sind keine entsprechenden Arbeitskämpfe überliefert. Dennoch widersetzten sich insbesondere die migrantischen Beschäftigten der Ingridhütte den extrem prekären Arbeitsbedingungen und ihrer Unterdrückung. Ihre Kritik an den Missständen rief immer wieder die Behörden der Herkunftsländer auf den Plan, die, wie die griechische Botschaft im Jahr 1964, die Vermittlung ihrer Staatsangehörigen an die Ingridhütte unterbanden.¹⁹² Im Herbst 1969 klagte eine türkische Arbeiterin beim Arbeitsgericht in Bonn gegen die Firma auf Herausgabe ihrer Arbeitspapiere und machte in diesem Zusammenhang die gewalttätigen und diskriminierenden Methoden der Betriebsleitung gegen migrantische Beschäftigte publik.¹⁹³ Sie hatte den einjährigen Arbeitsvertrag gekündigt, weil sie von ihren Vorgesetzten geschlagen worden war.¹⁹⁴ Im Frühjahr 1970 wurden die Arbeitsbedin-

¹⁹¹ Siehe Nuria Cafaro, Bernd Hüttner und Caner Tekin (Hg.), *Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*, Berlin 2023, [<https://www.rosalux.de/publikation/id/50904/gelingende-und-misslingende-solidarisierungen>]; Simon Goeke, *„Wir sind alle Fremdarbeiter!“ Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in Westdeutschland 1960–1980*, Paderborn 2020; Manuela Bojadžijev, *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster 2008; Birke, *Wilde Streiks* (wie Anm. 40).

¹⁹² Die niedrigen Löhne und „ungünstigen Arbeitsbedingungen“ veranlassten die griechische Botschaft 1964 zur Intervention beim Arbeitsamt Brühl, das daraufhin keine Arbeiter*innen aus Griechenland mehr an die Ingridhütte vermittelte. Auch die tunesischen und türkischen Behörden verweigerten 1969 (temporär) die Vermittlung an diese Firma. Vermerk Bundesanstalt für Arbeit, 25. Februar 1970, BArch, B 149/76197; Sprechzettel Bundesanstalt für Arbeit für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 11. / 13. März 1970, 9. März 1970, BArch, B 149/76197; Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rohde vom 13. März 1970 auf die Fragen des Abgeordneten Dr. Slotta (SPD), [<https://dserver.bundestag.de/btp/06/06038.pdf>].

¹⁹³ Vermerk Staatsanwaltschaft Bonn, 27. Juli 1972, BArch, B 149/76197.

¹⁹⁴ Wallraff, *Neue Reportagen* (wie Anm. 179), S. 44.

gungen der migrantischen Beschäftigten, die zudem von „katastrophalen Behausungen“, fragwürdigen Arbeitsverträgen und Diskriminierung im Arbeitsalltag geprägt waren, schließlich zu einem Skandal, mit dem sich die Bundesregierung und der Bundestag beschäftigen mussten.¹⁹⁵ Bemerkenswert hieran waren dabei weniger die rassistischen Zustände in der Ingridhütte, die auch in anderen bundesdeutschen Unternehmen herrschten, sondern vielmehr die breite Öffentlichkeit, welche die Arbeiter*innen für ihre Situation herzustellen vermochten.

Zuletzt versuchte Kurt Wokan (ähnlich wie Gralglas oder der letzte Eigentümer von Hirschberg) durch die Übernahme von Konkurs bedrohten Glashütten die Schlagkraft der Arbeitenden zu schwächen, um sie gegeneinander auszuspielen und in Konkurrenz zueinander zu setzen. Im Jahr 1968 gelang ihm das im oberösterreichischen Schneegattern, vier Jahre später scheiterte er beim Kristallglaswerk Hirschberg am Widerstand der Belegschaft. Aber auch zur Schneegattern-Belegschaft war die Beziehung des neuen Hüttenbesitzers durchweg konfrontativ, denn Wokan machte von Beginn an klar, dass er von einer starken Arbeiter*innenvertretung nichts hielt.¹⁹⁶ Zunächst teilte er die 350-köpfige Belegschaft auf zwei Unternehmen auf, um die Betriebsratsfreistellung zu umgehen.¹⁹⁷ Anschließend weigerte er sich, nach Tarif zu entlohnen und entließ 220 Beschäftigte fristlos, nachdem diese in einen zwanzigminütigen Warnstreik getreten waren. Ein dreimonatiger Streik brach aus, als Wokan die 43-Stundenwoche ein-

¹⁹⁵ Bundesarbeitsministerium an Bundesanstalt für Arbeit, 25. Februar 1970, BArch, B 149/76197.

¹⁹⁶ Folgendes aus: Sendebeitrag Panorama, 2. März 1970 (wie Anm. 182); Wallraff, Neue Reportagen (wie Anm. 179), S. 46 f.; Eidenhammer, Glaseum (wie Anm. 181), S. 53; Gabriele Rünger, Der Wirtschaftsstandort Euskirchen und seine Weltunternehmen, in: Internetportal Rheinische Geschichte, undatiert, [www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/der-wirtschaftsstandort-euskirchen-und-seine-weltunternehmen/DE-2086/lido/603df1cb1729e6.86036599].

¹⁹⁷ In Österreich sieht das Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) wie in der Bundesrepublik das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) vor, dass Betriebsräte ihre Betriebsratstätigkeit während der Arbeitszeit ausüben. Ab einer bestimmten Betriebsgröße wird eine bestimmte Anzahl von Betriebsratsmitgliedern von ihrer beruflichen Tätigkeit freigestellt.

führen wollte. Das österreichische Arbeitsgericht deklarierte sein Vorgehen als rechtswidrig, die Anwerbung von türkischen Arbeitsmigrant*innen als Streikbrecher*innen wurde ihm ebenfalls untersagt. Noch Anfang der 1970er Jahre hatte Wokan in Portugal ein Zweigwerk eröffnet, um die Lohnkosten der Produktion niedrig zu halten.

Dieser Strategie war indes kein langfristiger Erfolg beschieden. In einer Zeit erstarkender sozialer Kämpfe – sei es in Portugal und in den von Portugal kolonisierten Gebieten, die im April 1974 zur Nelkenrevolution und zum Fall der Diktatur führten, oder in den westdeutschen und österreichischen Betrieben: die Beschäftigten ließen sich repressiv nicht gefügig machen, setzten sich zur Wehr oder kündigten. Dem Ende Wokans unternehmerischer Tätigkeit in Portugal nach 1974 folgten der Konkurs in Schneegattern 1975 und im Jahr darauf jener in Euskirchen.¹⁹⁸

Rahmenbedingungen für Belegschaftsinitiativen in der Bundesrepublik

Die meisten der hier betrachteten Unternehmen waren für die lokalen Arbeitsmärkte von hoher Bedeutung. Sie hatten ihren Standort in abgelegenen, strukturschwachen Regionen mit seit den krisenhaften 1970er Jahren über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegenden Arbeitslosenzahlen. Staatlicherseits war das Interesse am Erhalt der Unternehmen entsprechend groß. Wie die untersuchten Fallbeispiele verdeutlichen, führte dies allerdings nicht zu einer Unterstützung der Belegschaftsinitiativen, sondern zur großzügigen Subventionierung von (aus sehr verschiedenen und oftmals unlauteren Gründen an einer Übernahme interessierten) Unternehmern, die zwar mit großformatigen Sanierungsplänen eine schnelle (in all diesen Fällen nicht eingetretene) Aufwärtsentwicklung versprachen, die aber in der Regel

¹⁹⁸ Die Ingridhütte existierte zwar formal noch bis 1982, die Glasproduktion in Euskirchen scheint indes 1976 komplett eingestellt worden zu sein. Rünger, Wirtschaftsstandort Euskirchen (wie Anm. 196). Zur Ofenstilllegung in der Ingridhütte in Euskirchen: Protokoll Geschäftsleitungssitzung (GHS), 16. Juli 1976, Privatarchiv [Schmidt], S. 1.

nur in geringem Umfang eigenes Kapital einbrachten und stattdessen den Staat und vor allem die Beschäftigten in der Pflicht sahen. Einige dieser Mundglashütten gerieten zuletzt, wie die Glashütte Süßmuth, in die Hände von auch im juristischen Sinne Wirtschaftskriminellen beziehungsweise von Geschäftsleuten, die in der branchenübergreifenden Krisenstimmung seit den 1970er Jahren aus dem staatlichen Interesse am Erhalt von Arbeitsplätzen für sich Kapital zu schlagen verstanden.¹⁹⁹

So groß in diesen Fällen die Bereitschaft der staatlichen Förderinstanzen gegenüber eloquent auftretenden „Investoren“ war, ihren Forderungen nach öffentlichen Finanzierungshilfen entgegenzukommen, die „weit über das Übliche hinausgehen“,²⁰⁰ so kleinlich wurden sie gegenüber dahingehenden Gesuchen von Belegschaftsinitiativen. Die Belegschaftsvertreter von Süßmuth und Hirschberg hatten ungleich umfangreichere Vorleistungen zu erbringen, um ihre Kreditwürdigkeit zu belegen. Mit der Forderung nach einem Gutachten über die zukünftige Marktentwicklung koppelte der hessische Wirtschaftsminister die staatliche Unterstützung der Hirschberg-Genossenschaft an eine vollends wirklichkeitsfremde Bedingung.²⁰¹ Das Schwanken von Landesregierungen „zwischen Unterstützungsbereitschaft und Abwarten“ war eine typische Erfahrung von Belegschaftsinitiativen in der Bundesrepublik.²⁰² Die Beschäftigten des Kristall-

¹⁹⁹ Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 583. Unter Verdacht wirtschaftskriminellen Vorgehens stand auch der letzte Eigentümer des Kristallglaswerks Hirschberg, Gewerkschaftspost, Mai 1974 (wie Anm. 76); Ulrich Stang (DKP) an die Fraktionen von SPD und FDP im hessischen Landtag, 5. August 1974, DIZ, Bestand Kleiner. Die Jusos verwiesen dagegen auf die Legalität von Haefelis Geschäftspraktiken und forderten entsprechende Gesetzesänderungen. Jusos: „Konsequenzen ziehen“. Unternehmer sollen künftig den Standort für ihren Betrieb nicht mehr frei wählen können, in: Oberhessische Presse, 30. Juli 1974, DIZ, Bestand Kleiner.

²⁰⁰ Karry an Bennigsen-Foerder, 1. Februar 1972 (wie Anm. 71), S. 2.

²⁰¹ Die Nachfrageentwicklung war für alle Unternehmen der Branche schwierig zu bestimmen bzw. zu prognostizieren. Selbst die Autoren der vom Bundeswirtschaftsministerium Mitte der 1980er Jahre beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegebenen Branchenstudie übergangen diesen Punkt mit dem Hinweis, dass eine umfassende Nachfrageanalyse „im Rahmen dieser Untersuchung“ nicht erstellt werden könne. Gerhard Neckermann / Hans Wessels, Die Glasindustrie. Ein Branchenbild, Berlin 1987, S. 219.

²⁰² Duhm, Krisenbetriebe (wie Anm. 3), S. 17.

glaswerks Hirschberg wie auch die von Buder scheiterten letzten Endes daran, dass sie vom Land keine Unterstützung bei der notwendigen Kreditaufnahme erhielten. In den meisten, nicht öffentlich gewordenen Übernahmeüberlegungen dürfte dies, wie unter den Beschäftigten der Josephinenhütte, der Grund gewesen sein, sie als unrealisierbar nicht weiter zu verfolgen.

Die im Fall Süßmuth erfolgreiche Belegschaftsübernahme lag maßgeblich darin begründet, dass es hier gelang, das Land Hessen zur Bewilligung einer 50-prozentigen Ausfallbürgschaft zu bewegen. Doch der Umfang der finanziellen Unterstützung wurde dem eigentlichen Bedarf nicht gerecht und wurde zudem nur zu sehr restriktiven Bedingungen gewährt.²⁰³ Hieraus resultierte eine unverhältnismäßig hohe Abhängigkeit des Belegschaftsunternehmens von den Gläubigern und Bürgen, die großen Einfluss auf die Geschäftsleitung nahmen und den demokratischen Prozess behinderten und letztlich untergruben. Die mit der Akzeptanz dieser prekären Startbedingungen einhergehenden Widrigkeiten gaben die Selbstverwaltungsaktiven der Glashütte Süßmuth ihren Kolleg*innen des Kristallglaswerks Hirschberg als einen Erfahrungswert mit, den sie tunlichst vermeiden sollten.²⁰⁴ Und die Hirschberg-Beschäftigten berücksichtigten diese Warnung und stellten in den Übernahmeverhandlungen von Anfang an klar, dass sie die Schulden des vorherigen Eigentümers nicht übernehmen werden.²⁰⁵

Die Unterstützung solcher Belegschaftsinitiativen hätte eine Möglichkeit sein können, auf makroökonomische Strukturveränderungen mit einer offensiv gestaltenden Politik zu reagieren, die die proklamierten Demokratisierungsversprechen einlöst. Doch die in der Bundes-

²⁰³ Siehe Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 180 u. 469–494. Eine, wenn überhaupt, dann zu geringe staatliche Unterstützung beschreibt Rob Paton als generelles Problem für Worker Takeovers. Paton, *Reluctant Entrepreneurs* (wie Anm. 11), S. 74.

²⁰⁴ Gesprächsprotokoll, 26. Januar 1974 (wie Anm. 74), S. 2.

²⁰⁵ Dies wurde als „einzige Bedingung“ auch in den im Rahmen der Solidaritätsaktion unterzeichneten Bürgschaftserklärungen explizit festgehalten. Siehe bspw. Bürgschaftserklärungen Barbara Römer, 5. September 1974, DIZ, Bestand Kleiner, Herv. i. O.

republik regierende SPD setzte lieber auf Industriepolitik, das heißt auf die Subventionierung von „Zukunftsindustrien“, und flankierte die Abwicklung beziehungsweise krisenhafte Transformation der „Traditionsindustrien“ höchstens sozialpolitisch (mit Konkursausfallgeld, Sozialplänen, Auffang- und Transfergesellschaften etc.). Dort, wo Belegschaftsübernahmen wie im Fall Süßmuth staatliche Fördermittel erhielten, waren diese so geringfügig, dass sich die Bedeutung von *Worker Takeovers* letztlich auf eine Funktion als Puffer gegenüber plötzlichen Massenentlassungen reduzierte, die den lokalen Arbeitsmarkt schrittweise auf Betriebsschließungen vorbereiteten.²⁰⁶ Zugleich sollte damit sozialen Unruhen vorgebeugt werden, was für die in Hessen seit den 1960er Jahren an Wähler*innenzustimmung verlierende SPD im Fall Süßmuth eine gewichtige Rolle spielte.²⁰⁷

Als zentrales Argument gegen eine Unterstützung der vorgestellten Belegschaftsinitiativen wurden in zunehmendem Maße die fehlenden Zukunftsaussichten der Branche angeführt – mitunter mit dem paternalistischen Zusatz, dass es daher nicht zu verantworten sei, die Beschäftigten diesem Risiko auszusetzen.²⁰⁸ Der ideologische Charakter dieser Schutzbehauptung zeigt sich mit Blick auf die vielen Zumutungen und Entbehrungen, die den Arbeitenden dieser Unternehmen im schleichenden Verfall derselben dennoch abverlangt wurden und in den Verantwortungsbereich eben jener Manager fielen, die sich zwar als Retter der Arbeitsplätze zunächst feiern und öffentlich fördern ließen, für ihre Fehlentscheidungen aber nicht zur Rechenschaft gezogen wurden – und zwar weder auf rechtlicher Ebene noch diskursiv oder erinnerungspolitisch. Ihr Misserfolg wurde damals wie heute mit der Krise und dem unausweichlichen Niedergang der Mundglasbranche erklärt, die Probleme in Belegschaftsunternehmen wie Süßmuth dagegen vorrangig auf die demokratischen Entscheidungsstrukturen und kollektiven Eigentumsverhältnisse zurückgeführt.

²⁰⁶ Mit Verweis auf Keith Bradley: Paton, *Reluctant Entrepreneurs* (wie Anm. 11), S. 10 f.

²⁰⁷ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 191–199.

²⁰⁸ So bspw. Heinz-Herbert Karry (FDP) im Fall Hirschberg, siehe FR, 28. August 1974 (wie Anm. 100).

Dies verdeutlicht: Unternehmen, die sich im kollektiven Besitz der Arbeitenden befanden und von ihnen verwaltet wurden, galten den Behörden und Banken als per se ökonomisch ineffizient – eine Vorstellung, die auch unter den gewerkschaftlichen und parteipolitischen Repräsentanten der Arbeiter*innen virulent und zudem mit politischen Vorbehalten verbunden waren, die wiederum im deutschen Kontext mit einer besonders ausgeprägten Skepsis gegenüber dezentralen Organisationsansätzen zusammenhing.²⁰⁹ Weite Teile der institutionellen Repräsentanten einte die Annahme, dass die Arbeitenden hierfür (noch) nicht das entsprechende (politische beziehungsweise unternehmerische) Bewusstsein und Wissen hätten und deshalb ihrer zentralen Kontrolle unterworfen werden müssten. Befürchtet wurde hier ein Kontrollverlust und eine aus der Spaltung der Arbeiterschaft resultierende Schwächung ihrer Interessenvertretung auf politischer, überbetrieblicher Ebene (artikuliert als Revolutionsfurcht oder Furcht vor Betriebsegoismus beziehungsweise -syndikalismus) – eine Angst, die in der SPD und den der SPD damals noch sehr nahestehenden DGB-Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Beteiligung an der Bundesregierung seit 1966 einmal mehr zunahm.

Neben der Finanzierungsproblematik waren Kollektivunternehmen in der Bundesrepublik mit einer sehr ungünstigen Rechtslage konfrontiert. Eine Rechtsform zu finden, die das unternehmerische Risiko an ein kollektives, nicht privat haftendes Rechtssubjekt delegiert und gleichzeitig den Anforderungen an eine (wie auch immer definierte) demokratische Praxis der Unternehmensführung genügt, bereitete enorme Schwierigkeiten.²¹⁰ Als eine Form der wirtschaftlichen Selbsthilfe in der Arbeiter*innenbewegung gab es zwar die Rechtsform der

²⁰⁹ Siehe Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 684–688.

²¹⁰ Burghard Flieger (Hg.), *Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung. Theorie, Erfahrungen und Gründungshilfen zu einer demokratischen Unternehmensform*, München 1984, S. 254–277; Das trifft auch heute noch zu: Rupy Dahm, *Alternatives Gesellschaftsrecht. Selbstverwaltete Kollektivbetriebe und ihre rechtlichen Herausforderungen*, in: *das freischüßler*, 20 (2014) [http://akj.rewi.hu-berlin.de/zeitung/15-20/pdf/fs20-02_Alternatives_Gesellschaftsrecht.pdf].

Genossenschaft,²¹¹ die in der damaligen Bundesrepublik – anders als in Italien, Spanien oder Frankreich – für Belegschaftsbetriebe allerdings wenig Attraktivität besaß. Im Fall Süßmuth führten die Gewerkschaftsfunktionäre die „umständlich[en] und schwerfällig[en]“ Ein- und Austrittsregelungen sowie die ungünstigere Haftungs- und Besteuerungslage als Gründe gegen diese Rechtsform an.²¹² Hinzu kam, dass sie nach bundesdeutscher Rechtslage mit erheblichen Abhängigkeiten von den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden²¹³ sowie deren Rentabilitätskriterien verbunden waren und die juristisch verpflichtenden Strukturelemente einer zentralen Organisationsstruktur demokratische Entscheidungsprozesse tendenziell begrenzte.²¹⁴

Die Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 1973 verbesserte die Rechtslage hinsichtlich der Haftungsfrage; im Genossenschaftsstatut konnte nun der Verzicht auf die Nachschusspflicht festgehalten werden.²¹⁵ Im darauffolgenden Jahr unternahmen die Selbstverwaltungs-

²¹¹ Vgl. Gisela Notz, *Genossenschaften. Geschichte, Aktualität und Renaissance*, Stuttgart 2021.

²¹² Nach dem damals gültigen Genossenschaftsgesetz war eine (über den Genossenschaftsanteil hinausgehende) Haftung noch bis zu 18 Monaten nach Ausscheiden eines Genossenschaftsmitglieds nicht ausgeschlossen. Franz Fabian, Vom „Fall“ zum „Modell“ Glashütte Süßmuth, in: Ders. (Hg.), *Arbeiter übernehmen ihren Betrieb oder Der Erfolg des Modells Süßmuth*, Hamburg 1972, S. 15 f.; Franz Fabian, „Genossenschaftliche“ Glashütte Süßmuth, in: Fritz Vilmar (Hg.), *Strategien der Demokratisierung. Band II: Modelle und Kämpfe der Praxis*, Darmstadt u. a. 1973, S. 415 f.; Gero B. Friedel, Rechtliche und rechtspolitische Aspekte des Modells, in: Franz Fabian (Hg.), *Arbeiter übernehmen ihren Betrieb oder Der Erfolg des Modells Süßmuth*, Hamburg 1972, S. 72.

²¹³ Die Mitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfverband war seit Dezember 1930 für als gemeinnützig anerkannte Wohnungsbaugenossenschaften verpflichtend – mit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes von 1934 übertrugen die Nazis eine solche Pflichtmitgliedschaft auf alle Genossenschaften, was ihnen eine zentrale Kontrolle ermöglichte. Der Zentralismus im deutschen Genossenschaftswesen wurde also unter der NS-Diktatur forciert und blieb nach 1945 bestehen. Notz, *Genossenschaften* (wie Anm. 211), S. 137.

²¹⁴ Aus diesen Gründen wurden in der seit den 1970er Jahren entstehenden Alternativen Ökonomie kaum Genossenschaften gegründet. Flieger, *Plädoyer* (wie Anm. 56), S. 262 f.; Wolfgang Münst, *Juristische Grundlagen zur Gründung und Prüfung einer Genossenschaft*, in: Burghard Flieger (Hg.), *Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung*, München 1984, S. 283–290.

²¹⁵ Im Konkursfall hatten Genossenschaftsmitglieder damit nur den Verlust des eingezahlten Genossenschaftsanteils, „aber keine weitergehende Haftung mit ihrem Privatvermögen“ zu befürchten. Münst, *Genossenschaft* (wie Anm. 214), S. 279.

aktiven der Glashütte Süßmuth – nach ihren vierjährigen Erfahrungen mit den aus der juristischen Unklarheit des „Modells Süßmuth“ resultierenden Schwierigkeiten und zeitgleich zu den Überlegungen der Hirschberg-Belegschaft – den Versuch zur Gründung einer Genossenschaft, wurden hierin aber von den Gewerkschaftsfunktionären ausgebremst.²¹⁶ Die Bedenken, die in Gewerkschaft wie auch in der SPD gegenüber der Rechtsform der Genossenschaft vorherrschten, waren grundsätzlicher Art. Mögen diese für die Vertreter des Landes Hessen auch mit den in den Nachkriegsjahren „gesammelten bitteren Erfahrungen“ mit der staatlichen Förderung sogenannter Flüchtlingsgenossenschaften zusammengehangen haben,²¹⁷ so stellte für die Gewerkschaftsfunktionäre offensichtlich das Oppenheimersche Transformationsgesetz, das eine entsolidarisierende Spaltung in Genossen und lohnabhängige Nicht-Genossen als zwangsläufige Entwicklung in Produktivgenossenschaften prognostizierte, ein vorzubeugendes Bedrohungsszenario dar.²¹⁸

²¹⁶ Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 260 f. u. 489–491.

²¹⁷ Zwischen 1945 und 1949 wurde in Hessen die oftmals auf „genossenschaftlicher Basis“ erfolgte „Neuansiedlung von Unternehmen“ öffentlich gefördert, von denen viele „unter Hin-nahme erheblicher Verluste durch den Staat liquidiert werden mussten.“ Mit Verweis auf diese „bitteren Erfahrungen“ hatte das hessische Ministerium des Inneren (HMdI) 1957 Antragstel-tern, die die insolvente Glashütte Stubbe in Allendorf in Form einer Genossenschaft fortführen wollten, eine Absage erteilt. HMdI an Aufbaugesellschaft Allendorf GmbH, 18. Januar 1957, DIZ, Bestand 247. R 147.

²¹⁸ Das breit und oftmals falsch rezipierte „Transformationsgesetz“ des Nationalökonom und Soziologen Franz Oppenheimer besagt, dass „[n]ur äußerst selten [...] eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte [gelangt.] Wenn sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf eine Produk-tivgenossenschaft zu sein.“ Infolge einer fehlenden Differenzierung zwischen Produktionsgenossenschaft und Produktivgenossenschaft wurde in der Rezeption oftmals übersehen, dass Oppenheimer keinesfalls die Überlebensfähigkeit der genossenschaftlichen Eigentumsform an sich bezweifelte. Seine Skepsis bezog sich vielmehr auf *Produktivgenossenschaften*, in denen die Arbeitenden zugleich Eigentümer sind, wie es bei *Produktionsgenossenschaften* nicht der Fall ist. Franz Oppenheimer, Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig 1896, S. 45. Zur Fehlinterpretation siehe Delal Atmaca, Produktivgenossenschaften. Zwischen Utopie und Realismus, in: Thomas Brockmeier / Ulrich Fehl (Hg.), Volkswirtschaftliche Theorie der Kooperation in Genossenschaften, Göttingen 2007, S. 537–539.

Festzuhalten bleibt: Die Entstehungs- und Existenzbedingungen für selbstverwaltete Betriebe – seien sie aus der „alten“ Arbeiter*innenbewegung oder seit den 1970er Jahren aus den Neuen Sozialen Bewegungen heraus entstanden – waren in der Bundesrepublik im westeuropäischen Vergleich denkbar ungünstig. Bis zur Gründung der Partei Die Grünen im Jahr 1980 hatten sie keine Lobby. Es fehlte an einer die kollektive Form des Unternehmensbesitzes mit einer demokratischen Entscheidungsfindung absichernden Rechtsform ebenso wie an Finanzierungs-, Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten. Diese waren von den (einstigen) „Säulen“ der Arbeiter*innenbewegung – der sich von der Arbeiter- zur Volkspartei transformierenden SPD, den in korporatistische Strukturen der Sozialpartnerschaft eingebundenen Gewerkschaften und der von den liberal-konservativen Verbänden dominierten Genossenschaftsbewegung – auch nicht erkämpft, auf- oder ausgebaut worden. Stattdessen dominierten vorurteilsbehaftete Annahmen die Entscheidungen sowohl in den Gewerkschaften als auch in den staatlichen Förderinstanzen, die somit zu Selffulfilling Prophecys wurden. Zu einer grundlegenden, die Gründungshürden für basisdemokratische Kollektive abbauenden Reform des Genossenschaftsgesetzes von 1889, wie seit den 1980er Jahren von der „neuen Genossenschaftsbewegung“ gefordert, kam es erst 2006.²¹⁹

Belegschaftsbetriebe wie die Glashütte Süßmuth standen folglich – auch weil andere Belegschaftsübernahmen scheiterten – in der Bundesrepublik relativ isoliert da. Solidarische Netzwerke im betrieblichen Umfeld waren kaum ausgeprägt, die aber für die Existenz selbstverwalteter Betriebe von großer Bedeutung sind, wie Hudson am Beispiel Argentiniens aufzeigt.²²⁰ Bundesdeutsche Gewerkschaften gewährten anders als im Fall Süßmuth solchen Belegschaftsinitiativen kaum Hil-

²¹⁹ Burghard Flieger, Das novellierte Genossenschaftsgesetz als Chance für die Sozialwirtschaft, in: Clarita Müller-Plantenberg (Hg.), *Solidarische Ökonomie in Europa. Betriebe und regionale Entwicklung*, Kassel 2007, S. 265–273; Herbert Klemisch / Moritz Boddenberg, Zur Lage der Genossenschaften. Tatsächliche Renaissance oder Wunschdenken?, in: *WSI Mitteilungen*, 8 (2012), S. 570–580.

²²⁰ Hudson, *Wir übernehmen* (wie Anm. 5), S. 83–111.

feststellung, sondern versuchten vielmehr, weitere Präzedenzfälle zu verhindern.²²¹ Und auch die SPD hielt sich (jenseits ihrer Orts- oder Jugendverbände und teilweise im Widerspruch zu ihren öffentlichen Verlautbarungen) mit konkreter Unterstützung sehr bedeckt beziehungsweise setzte durch Verzögerungstaktik auf ein möglichst schnelles Scheitern aus Gründen, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden wollte. Konkrete Unterstützung bei Finanzierung und Beratung erhielten solche Initiativen in den 1970er Jahren mitunter von einzelnen philanthropischen beziehungsweise sozialreformerischen Unternehmern wie Carl Backhaus, Louis Fischer oder Hansheinrich Porst, die beispielsweise im Fall Beku als Bürgen einsprangen.²²² Die Belegschaftshütte Süßmuth sah sich zuletzt – als sich die Gewerkschaft immer mehr aus dem Betrieb zurückzog – zur Kooperation mit teils antigewerkschaftlichen Netzwerken, wie dem anthroposophischen Gründerkreis der GLS-Bank aus Bochum oder der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP), gezwungen.²²³

Ein breiteres solidarisches Umfeld entwickelte sich erst mit den Neuen Sozialen Bewegungen, deren Infrastrukturen in den 1980er Jahren Belegschaftsinitiativen Hilfestellung bieten konnten.²²⁴ Auch

²²¹ In der internen Kommunikation über die Belegschaftsinitiative Hirschberg führte der stellvertretende IG-Chemie-Hauptvorstandsvorsitzende Werner Vitt diesen Punkt explizit an, indem er auf die „weitere[n] 11 Glashütten“ verwies, die damals „kurz vor dem Konkurs oder im Konkurs“ standen und „gleiche Ansprüche geltend machen könnten.“ Gleichwohl zeigte die IG Chemie in diesem Fall ihre ablehnende Haltung noch nicht so offen wie Anfang der 1980er Jahre gegenüber jener im Fall Kaffee HAG in Oldenburg. Vitt, 20. September 1974 (wie Anm. 80), S. 3; Rainer Duhm, Manège oder Parkett? Die Rolle deutscher Gewerkschaften bei Betriebsübernahmen, in: Gisela Notz / Klaus-Dieter Heß / Ulrich Buchholz u. a. (Hg.), Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung?, Köln 1991, S. 82.

²²² Hans Otto Eglau, Die Pioniere von Thüngen. Wie die Belegschaft der Konkursfirma Beku den Betrieb in eigener Regie weiterführen will, in: Die Zeit, 26. Mai 1972, [www.zeit.de/1972/21/die-pioniere-von-thuengersheim]. Zu Carl Backhaus, der 1970 im Fall Süßmuth mit seiner Bürgschaft für die noch offenen 15 Prozent der Kreditsumme in letzter Minute das Scheitern der Kreditverhandlungen abwendete, siehe: Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 179 u. 233 f.

²²³ Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 548, 260, 291 f., 489 f. u. 569–573.

²²⁴ Duhm, Krisenbetriebe (wie Anm. 3), S. 40–44.

im Fall Süßmuth hatten die Betriebsaktivisten im Kampf um die Betriebsübernahme mit undogmatischen Linken zusammengearbeitet.²²⁵ Einer Entfaltung solcher Verbindungen stand allerdings die Abwehrhaltung der Gewerkschaftsfunktionäre entgegen, von denen die Belegschaft sehr abhängig war, da sie den Kontakt zu den Gläubigern vermittelten. Die Bedingungen für eine Annäherung und gemeinsame politische Praxis von Angehörigen der „alten“ Arbeiter*innenbewegung und der Neuen Linken waren in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, deren konstitutiver Antikommunismus um und nach „1968“ nicht nur im konservativen, sondern auch im sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lager eine Konjunktur erlebte, sehr widrig.

Dass es trotz dieser ungünstigen Bedingungen vor allem in der bundesdeutschen Mundglasbranche vermehrt zu Belegschaftsinitiativen kam, lag daran, dass hier – wie eingangs dargelegt – die wichtigsten Ressourcen für die Produktion unmittelbar in den Händen der Arbeitenden lagen. Daraus resultierte eine relativ große Abhängigkeit der Unternehmensleitungen, die für diese immer problematischer wurde, je selbstbewusster die Beschäftigten nicht nur Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, sondern eben auch Mitsprache einforderten. Diese Abhängigkeit konnten die Glashüttenbesitzer weder durch technische oder organisatorische Rationalisierungen noch durch externe Expertise sinnvoll schmälern, was ihnen die vielen fehlgeschlagenen Reformen jener Zeit vor Augen führte und Grund für zunehmend konfrontative Arbeitsbeziehungen war. In den teils sehr heftigen Machtkämpfen, die um „1968“ in diesen Betrieben ausgetragen wurden, konnten sich die Geschäftsführungen letztlich nur zum Preis der Reduktion von Produktionskapazitäten und der damit als Disziplinarmittel forcierten Androhung von Arbeitsplatzverlust bei gleichzeitiger Steigerung des Zukaufs von Handelsware aus Staaten mit einem niedrigeren Lohnniveau und in der Regel geringeren de-

²²⁵ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 211–221. Die Hirschberg-Belegschaft erhielt Unterstützung vor allem seitens der DKP Marburg-Biedenkopf und vom regionalen sowie Bundesverband der Jusos. Siehe DIZ, Bestand Kleiner; Stadtarchiv Marburg, S 4 SM DKP Marburg; FHI, Schöf-1198.

mokratischen Standards beziehungsweise mit autoritären politischen Verhältnissen behaupten – das heißt zum Preis der Transformation der Produktions- zu Dienstleistungsunternehmen. Für die Mundglasbranche, deren überwiegend mittelständische Firmen mit dem Verlust der produktiven Basis im Handel auf einem zunehmend globalisierten Markt kaum konkurrenzfähig waren, führte diese Entwicklung zum rasanten Niedergang.

Aufbruch und Niederlage

Die hier vorgestellten Belegschaftsinitiativen vermitteln einen Eindruck davon, auf welche Weise „1968“ auch die Arbeitswelt erfasst hatte. Der Betrieb wurde damals (nicht erstmals, aber in historisch neuer Qualität) zu einem politischen Ort, an dem sich Arbeiter*innen für ihre Vorstellungen von gerechten Löhnen, von guter Arbeit und demokratischer Teilhabe Gehör verschafften. Das „1968“ in der Arbeitswelt war jedoch weniger Signum eines Wertewandels oder einer neuen Anspruchshaltung als vielmehr Indiz für veränderte Kräfteverhältnisse. Mit der Entwicklung eines von „Vollbeschäftigung“ geprägten Arbeitsmarkts und der Bundesrepublik als demokratisch verfasster Sozialstaat hatte sich die Handlungsposition der Beschäftigten in den Betrieben enorm verbessert. Als gewichtige Veränderung um „1968“ hebt Peter Birke den Aspekt der „Veröffentlichung“ hervor. Demnach hätten die Arbeitenden lediglich „ihr Visier“ geöffnet, die „bereits zuvor vorhandenen sozialen Ansprüche und Forderungen [...] auf den Tisch [gelegt] und öffentlich [verhandelt]“.²²⁶ Immer mehr Beschäftigte engagierten sich betriebs- oder gewerkschaftspolitisch und wählten hierfür teilweise auch Formen außerhalb der etablierten Strukturen der Interessenvertretung. Dies verdeutlicht, welche Sprengkraft der basisdemokratische Aufbruch in der Arbeitswelt und die

²²⁶ Peter Birke, *Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969*, in: Bernd Gehrke und Gerd-Rainer Horn (Hg.), *1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa*, Hamburg 2007, S. 58; Birke, *Wilde Streiks* (wie Anm. 40), S. 214 f. u. 334 f.

Politisierung der Betriebe besaßen – und das sowohl für die Unternehmer als auch für die institutionellen Repräsentanten der Arbeitenden, die, wenn auch aus konträren Motiven, demgegenüber eine gleichermaßen abwehrende Haltung annahmen – mit fatalen Folgen.

Für die belegschaftseigene Glashütte Süßmuth konnte an anderer Stelle ausgeführt werden, welches Potenzial in solchen betrieblichen Aufbrüchen zutage trat – und zwar gleichermaßen in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht.²²⁷ Die Demokratisierung der Entscheidungsfindung im Betrieb steigerte nicht nur die Leistungsbereitschaft der Arbeitenden, sondern integrierte auch ihr Erfahrungswissen und ihre Kreativität in dieselbe. Der Austausch im Kollektiv brachte für die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse in einer heterogenen Belegschaft angemessene Lösungen für im Unternehmen bestehende Probleme hervor. Die sich während der Selbstverwaltung für alle Beschäftigten eröffnende Möglichkeit, frei ihre Meinung zu sagen und offen Kritik an den Kolleg*innen wie auch an den Vorgesetzten üben zu können, ohne wie zuvor oder danach mit Sanktionen rechnen zu müssen, begünstigte, dass auch Angehörige marginalisierter Belegschaftsgruppen öffentlich das Wort ergriffen und für ihre Belange eintraten. In den intensivierten, wenn auch teils sehr konflikträchtigen Auseinandersetzungen fanden Verständigungs- und Annäherungsprozesse zwischen Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppen innerhalb wie auch außerhalb des Betriebs statt, in denen Ansätze einer die verschiedenen Formen sozialer Ungleichheit transzendierenden Kollektivität und übergreifenden Solidarität zutage traten. Die betriebsnahe Tarifpolitik, wie sie in der Glashütte Süßmuth in den ersten Jahren nach der Belegschaftsübernahme praktiziert wurde, verdeutlichte zudem das Potenzial, wie durch eine stärkere Partizipation der Mitgliederbasis die Position der Gewerkschaften in den Betrieben verfestigt und hierdurch auch ihr Einflussbereich auf überbetrieblicher Ebene hätte ausgedehnt werden können.²²⁸ Denn hierdurch hätten die unterschiedlichen Interessen der sozial heterogenen Belegschaften (und die

²²⁷ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 305–513.

unterschiedlichen Bedingungen in den Betrieben) in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik stärker Berücksichtigung finden und somit die Voraussetzungen für ein (betrieblich wie überbetrieblich) geschlossenes Auftreten der Arbeiter*innen verbessert und zugleich die tarifpolitischen Verhandlungsspielräume der Unternehmer eingeschränkt werden können.

Die im Nachhinein lediglich als defensiv erinnerten Proteste gegen die seit den 1970er Jahren zunehmenden Massenentlassungen und Betriebsschließungen waren Ausdruck einer selbstbewussten Weigerung von Arbeitenden, sich „dem kapitalistischen Schicksal“ nicht (mehr länger) widerstandslos auszuliefern.²²⁹ Wie bei Süßmuth, so war auch in anderen Fällen die akute Bedrohung der finanziellen Existenzgrundlage der Anlass für kollektives Handeln von Belegschaften, das sich aber nicht auf deren Angst vor Arbeitslosigkeit reduzieren lässt. Denn diesen Protesten lagen Vorstellungen von Entwicklungsalternativen zugrunde, die abhängig von den Hintergründen für den Personalabbau oder die Betriebsschließungen sehr unterschiedlich ausfielen. Die Beschäftigten der hier betrachteten Mundglashütten konnten – jenseits der Pauschalbegründung „Krise“ – jeweils sehr konkrete Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme anführen, die vor allem hausgemacht waren und denen gegenüber sie jeweils auch um konkrete Lösungsansätze wussten. Auch in anderen Branchen versuchten Beschäftigte, ihre Betriebe fortzuführen, und gründeten mitunter als Vorbereitung hierzu Arbeitskreise, in denen sie sich über Möglichkeiten alternativer Produktion und Produkte verständigten.²³⁰ Mit sol-

²²⁸ Ebd., S. 201, 204 f., 209 f., 289 f., 348, 351 u. 701–703; Udo Achten, *Flächentarifvertrag und betriebsnahe Tarifpolitik. Vom Anfang der Bundesrepublik bis in die 1990er Jahre*, Hamburg 2007.

²²⁹ Zitat aus der Streikzeitung der Belegschaft der Zementfabrik Seibel & Söhne Erwitte (1975), Beilage von Dieter Braeg (Hg.), „Wir halten den Betrieb besetzt“. *Texte und Dokumente zur Betriebsbesetzung der Zementfabrik Seibel & Söhne in Erwitte im Jahre 1975*, Berlin 2015. Ebenso Duhm, *Krisenbetriebe* (wie Anm. 3), S. 5 f.

²³⁰ Solche Überlegungen gab es damals unter den Beschäftigten der Rüstungs- und Schiffbauindustrie oder auch in der Automobilindustrie. Siehe Graber Majchrzak, *Arbeit* (wie Anm. 26), S. 484 f.; Klaus Mehrens (Hg.), *Alternative Produktion. Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit*, Köln 1983; Ulrich Briefs, *Anders produzieren, anders arbeiten, anders le-*

chen Protest- und Aktionsformen gelang es – wie Nelli Tügel am Beispiel der über fünfmonatigen Besetzung des Krupp-Werks im Duisburger Stadtteil Rheinhausen (1987/88) aufzeigt –, den „von Sachzwang-Argumenten dominiert[en] [...] Diskurs um die Bewältigung“ der Branchenkrisen (wenn auch nur punktuell und kurzzeitig) zu unterlaufen.²³¹

In ihrem Aufbegehren legten Arbeitende also den sozialen Kontext, in dem jedes Wirtschaften stets eingebettet ist, offen, deklarierten diesen als demokratisch gestalt- und veränderbar und agierten hierin politisch. Zutage traten dabei Ansätze einer Vorstellung vom Ökonomischen, in der wirtschaftliche mit sozialen und politischen Zielen vereinbar und wechselseitig bedingt sind. So entsprachen Forderungen nach linearen (statt prozentualen) Lohnerrhöhungen als Mittel einer „solidarische[n] Lohnpolitik von unten“, wie sie in der Glashütte Süßmuth wie generell in den „wilden“ Streiks der 1960er und 1970er Jahre erhoben wurden und die die geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung reduzieren sollten,²³² nicht nur dem Gerechtigkeitsempfinden unter Arbeiter*innen, sondern eben auch ihren Effizienzvorstellungen.²³³ Diesen Vorstellungen lag ein um soziale Faktoren erweitertes Verständnis von ökonomischer Effizienz sowie ein solidarischer und kollektiver (statt kompetitiver und individualisierender) Umgang mit Knappheit zugrunde. Einem „Fenster in eine andere Welt“²³⁴ gleich öffnete sich im basisdemokratischen Aufbruch der Blick auf alternative, letztlich aber im Bereich der Utopie verbleiben-

ben. Von der Alternativproduktion zur demokratischen Produktionspolitik, Köln 1986; Willi Hoss, „Komm ins Offene, Freund“. Autobiographie, Münster 2004, S. 104–108; Wolfgang Storz, Als die IG Metall das Auto noch nicht liebte. Die Industriegewerkschaft war schon einmal viel weiter, in: *express*, 6 (2020), S. 4.

²³¹ Nelli Tügel, Streik, Solidarität, Selbstermächtigung? Aushandlungsprozesse im Umfeld des wilden Streiks bei den Kölner Fordwerken 1973 und des Besetzungstreiks bei Krupp in Duisburg Rheinhausen 1987/88, in: *Arbeit, Bewegung, Geschichte*, 1 (2016), S. 86.

²³² Birke, *Wilde Streiks* (wie Anm. 40), S. 179, 214, 238 u. 350.

²³³ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 325–354.

²³⁴ Gisela Notz, *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart 2011. Siehe auch Friederike Habermann, *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*, Königstein / Taunus 2009.

de Handlungsoptionen, wodurch für die Beteiligten sowohl der Preis als auch die Verantwortlichkeiten für die stattdessen eingetretenen Entwicklungen sichtbar wurden – sei es in Unternehmen, in den Organisationen der Repräsentation oder in staatlichen Einrichtungen und in der Gesellschaft generell.

Die emanzipatorischen Potenziale waren für die Arbeiter*innen der hier vorgestellten Belegschaftsinitiativen konkret erfahrbar gewesen. Umso größer war ihre Enttäuschung darüber, dass die eigenen Repräsentanten sie bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche nicht unterstützten, sondern vielmehr zum Hindernis wurden.²³⁵ Letztere rechtfertigten ihr Vorgehen mit den bereits genannten ökonomischen und politischen Vorbehalten gegenüber basisdemokratischen Organisationsformen generell und stimmten zudem immer mehr in den seit „1968“ vom Unternehmerlager forcierten Krisendiskurs ein, in dem ganz klar zu sein schien, welche Branchen eine Zukunft haben würden und welche dem Untergang geweiht seien, wozu nicht zufällig vor allem die arbeitskräfteintensiven „Traditionsindustrien“ wie die Mundglasbranche zählten. Waren anlässlich der Belegschaftsinitiative Süßmuth für Landesbeamte und Gewerkschafter 1969/70 „in absehbarer Zukunft keine Krisenanzeichen für den Absatz mundgeblasenen Glases erkennbar“ gewesen, so sprachen sie zum Zeitpunkt der Belegschaftsinitiative Hirschberg im Sommer 1974 von einer bereits „seit Anfang der 60-iger Jahre“ anhaltenden und „noch nicht als abgeschlossen zu betrachtenden Strukturkrise“.²³⁶ Innerhalb weniger Jahre hatte sich die Deutung der wirtschaftlichen Situation offenbar grundlegend geändert. Das eingangs erwähnte Zeitfenster für eine Demokratisierung der Wirtschaft hatte sich mit der „Krise“ abrupt geschlossen.

Anders als von der Gewerkschaftslinken intendiert, die die Glashütte Süßmuth zu einem Modell für das Funktionieren einer Demo-

²³⁵ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 546–548 u. 706; Oberhessische Presse, 10. Oktober 1974 (wie Anm. 132); [Günter Nowak], 10. November 2014 (wie Anm. 166), S. 15.

²³⁶ Interner Schriftverkehr HMdI, 28. Juli 1969, FHI, Schöf-1222, S. 2 f.; Bericht Franz Fabian an IG Chemie Hauptvorstand, 5. Januar 1970, AHGR, Bestand IG Chemie, S. 3 f.; Karlheinz Böker an [Udo Kohler], 16. Mai 1974, in: AfsB, Bestand IG Chemie.

kratisierung der Wirtschaft (wie auch einer innergewerkschaftlichen Demokratisierung) etablieren wollte, entwickelte sich Süßmuth zu einem Anti-Modell. Süßmuth galt in der gewerkschaftsinternen Verständigung Anfang der 1980er Jahre nur noch als ein „Beispiel dafür“, dass „Einkommensverzichte der Beschäftigten kein Mittel sind, um zur Gesundung eines Unternehmens beizutragen“.²³⁷ Die Ursachen für die Probleme in diesem Belegschaftsunternehmen wurde hingegen im Konkreten nicht analysiert, geschweige denn die eigene Verantwortung hierfür reflektiert. Aus Perspektive der „Sozialpartnerschaftsfraktion“, die sich in den heftigen Richtungskämpfen, die in der IG Chemie während der 1970er Jahre ausgefochten wurden, letztlich durchsetzte, hatten sich im Fall Süßmuth lediglich die bereits zuvor gehegten Vorbehalte bestätigt.²³⁸ Die angesichts des hohen Organisationsgrads vormals als Vorreiterindustrie fungierende Mundglasbranche wurde aufgrund ihres vermeintlich unausweichlichen Niedergangs von der IG Chemie schließlich komplett fallengelassen.²³⁹ Enttäuschung und Ohnmacht waren unter den sehr engagierten Gewerkschaftsmitgliedern dieser Branche immens. Solche Erfahrungen wiederholten sich in der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder – sei es 1918/19, „1968“ oder (mit Blick auf die Betriebswende in der DDR / Ostdeutschland²⁴⁰) 1989 ff. –, was als einer der offenbar in SPD oder DGB kaum beachteten Gründe

²³⁷ Bericht Vorstand der IG-Chemie-Verwaltungsstelle Kassel, 2. September 1983, AHGR, Bestand IG Chemie, S. 2.

²³⁸ Dies gilt generell für die politische und wissenschaftliche Betrachtung demokratischer Unternehmensformen, deren ökonomische Ineffizienz zwar oftmals angenommen wird, deren eigentliche Probleme unter Berücksichtigung der Komplexität der betriebswirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen aber selten konkret untersucht wurden. Siehe dahingehende Kritik von: Peter Kramper, Neue Heimat. Unternehmenspolitik und Unternehmensentwicklung im gewerkschaftlichen Wohnungs- und Städtebau 1950–1982, Stuttgart 2008, S. 19–21.

²³⁹ Eine gewisse Vorreiterrolle war der Mundglasbranche bei der tariflichen Verankerung der 40-Stunden-Woche oder des Urlaubsgeldes zugekommen. Bis Ende der 1960er Jahre verfolgte die IG Chemie die Strategie, Tariferfolge aus den kleinen, gut organisierten Branchen (wie der Mundglasbranche) auf große, eher schlecht organisierte Branchen (wie die Chemiebranche) zu übertragen. Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 52 u. 205; Jürgen Kädtler / Hans-Hermann Hertle, Sozialpartnerschaft und Industriepolitik. Strukturwandel im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik, Opladen 1997, S. 25–43 u. 80.

der bis in die Gegenwart reichenden Krise der Repräsentation betrachtet werden muss.

Das Fatale (und für die damals an der betrieblichen Basis Aktiven vermutlich nahezu Unerträgliche) an dieser Entwicklung war: Es trat exakt das ein, was die Repräsentanten eigentlich verhindern wollten beziehungsweise was sie zumindest als Begründung gegen eine weitreichende Demokratisierung der Wirtschaft wie auch der eigenen Organisationen anführten, nämlich eine nachhaltige Schwächung der kollektiven Interessenvertretung der Arbeitenden auf betrieblicher wie überbetrieblicher Ebene. Vermochten die Beschäftigten auf einem von „Vollbeschäftigung“ geprägten Arbeitsmarkt die Unternehmensleitungen noch zu Zugeständnissen zu bewegen, indem sie – durch Androhung eines Arbeitskampfes oder einer Kündigung – ihre Arbeitskraft (kollektiv oder individuell) als Druckmittel einsetzten, so eigneten sich die Unternehmen eben dieses Druckmittel in der Krise an, um die Forderungen der Arbeitenden zurückzudrängen und ihre Rechte zu schwächen: Angesichts zunehmender Arbeitslosenzahlen und neuer Möglichkeiten der Produktionsverlagerung setzten sie die Ankündigung von Personalabbau und Betriebsschließung gezielt zur Disziplinierung der Belegschaften und ihrer (betrieblichen wie überbetrieblichen) Interessenvertretung ein wie auch zur Untermauerung von an den Staat gerichteten Forderungen nach standortpolitischer Förderung. Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen transformierte sich zu einem Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen an sich. Statt zur betriebsnahen Tarifpolitik kam es zu einer Verbetrieblichung der Tarifpolitik, Flächentarifverträge begannen zu erodieren.

Diese Entwicklung war – so zeigt die Perspektive von unten – eben nicht nur von äußeren Faktoren bestimmt, sondern auch eine Folge

²⁴⁰ Siehe Bernd Gehrke / Renate Hürtgen (Hg.), *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannt Seite der DDR-Revolution*, 2. korr. Aufl., Berlin 2001; Renate Hürtgen, „Die Erfahrung laß ick mir nicht nehmen!“ Demokratieversuche der Belegschaften in den DDR-Betrieben zwischen Oktober 1989 und Januar 1990, in: Bernd Gehrke und Wolfgang Rüdtenklau (Hg.), ...das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 200–221.

der Tatsache, dass die parteipolitischen wie gewerkschaftlichen Institutionen der Repräsentation das Potenzial des demokratischen Aufbruchs an der betrieblichen Basis nicht zu nutzen wussten, sondern diesen vielmehr abwehrten. Dies ging mit einer Zuspitzung der Spannungen innerhalb der Gewerkschaften einher, im Zuge derer schließlich auch IG Metall und IG Chemie jene von anderen DGB-Gewerkschaften bereits zuvor eingeschlagene realpolitische Wende in Richtung Sozialpartnerschaft, Industriepolitik sowie tarifpolitischer und organisatorischer Zentralisierung vollzogen. In der IG Metall war dieser Umbruch seit Mitte der 1960er Jahre zu beobachten und vergleichsweise „konzilient“ verlaufen.²⁴¹ In der IG Chemie endeten die Richtungskämpfe der 1970er Jahre mit einer völligen Niederlage des linken Flügels, entsprechend radikal fiel der Kurswechsel aus: Mit einer Drehung um 180 Grad hatte sich diese Gewerkschaft innerhalb eines Jahrzehnts vom linken zum rechten Rand des DGB bewegt.²⁴²

Mit verstärkter Sozialpartnerschaft und Industriepolitik setzten sich DGB-Gewerkschaften nicht nur für die Interessen der Arbeitenden ein, sondern (zum Erhalt von Arbeitsplätzen) zunehmend auch für eine Förderung der (als fortschrittlich wahrgenommenen) Industrien (mit Arbeitsplätzen vor allem für Männer) und somit indirekt auch für die Interessen der Unternehmen, deren Standortnationalismus sie teilten. Mit den (auch aus Wirtschaftlichkeitserwägungen vorgenommenen) organisatorischen Zentralisierungsprozessen entfernten sie sich zugleich immer mehr von ihrer Basis, zogen sich aus den Betrieben zurück und überließen sie den Unternehmensleitungen. Auf die mit den Wirtschaftskrisen und der voranschreitenden Globalisierung sich rasant ändernden Arbeits- und Lohnbedingungen in den Betrieben konnten sie somit kaum noch gestaltenden Einfluss nehmen.

²⁴¹ Die „konziliante“ Wende der IG Metall stand nicht im Widerspruch zu zeitgleich „aktivistischen“ Kampagnen und dem Image als „IG Krawall“. Birke, Wilde Streiks (wie Anm. 40), S. 168–171.

²⁴² Mende, Spur der Scherben (wie Anm. 1), S. 199–211; Kädler / Hertle, Sozialpartnerschaft (wie Anm. 239), S. 89–101.

Indem die Gewerkschaften die Wirtschaftsanalysen der Unternehmenserschaft teilten und keine eigenständigen, hiervon abweichenden Entwicklungskonzepte erarbeiteten, hatten sie sich in enorme Abhängigkeiten manövriert, die sich bei jeder Androhung von Personalabbau oder Standortverlagerung aufs Neue offenbarte. Das Dilemma „[h]ochorganisierte[r], zentralisierte[r] Gewerkschaften“ bestand weniger darin, zum Schutz der langfristigen Interessen der Arbeitenden deren unmittelbare Interessen verletzen zu müssen,²⁴³ sondern vielmehr darin, dass sie sich mit der Übernahme dieser unternehmerischen Sachzwangsargumentation faktisch erpressbar gemacht hatten. Der Verlust von Gestaltungsmacht ist folglich auch auf die endgültige Abkehr vom Marxismus als Methodik einer kapitalismuskritischen Gesellschaftsanalyse und als Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung zurückzuführen, die sich in der SPD spätestens 1959 auf dem Parteitag in Bad Godesberg manifestiert hatte und dem die DGB-Gewerkschaften – gleichwohl ebenso wie in der SPD von heftigen internen Richtungskämpfen begleitet – früher oder später folgten.

Unter diesen Bedingungen vollzog sich der „Triumph des Unternehmers“²⁴⁴ und des Neoliberalismus. Um Komplexität zu reduzieren, gingen Unternehmen seit den 1970er Jahren verstärkt dazu über, vor allem den Faktor Arbeit zu flexibilisieren sowie Verantwortung und Kosten weiter zu externalisieren. Auf makropolitischen Ebene forcierte dies einen Klassenkampf von oben mit einem Umverteilungsprozess von unten nach oben.²⁴⁵ Teils versuchten Unternehmensleitungen, sich das im basisdemokratischen Aufbruch aufgezeigte Potenzial anzueignen. Im Fall Süßmuth war dieser Vorgang besonders eindrücklich. Die Geschäftsleitung hatte hier am Ende und nach der Selbstverwaltung eine Reihe von Vorschlägen der Belegschaftsgremien aufgegriffen, die sie zuvor abgelehnt hatte, und vor allem die einst

²⁴³ Kädler / Hertle, Sozialpartnerschaft (wie Anm. 239), S. 314.

²⁴⁴ Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, 5. Aufl., Frankfurt a. M. 2013, S. 50–54.

²⁴⁵ Im Zuge dessen stieg seit den 1970er Jahren die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung rapide an, vgl. Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2015.

unter demokratischen Bedingungen freiwillig geleistete Verzicht- und Leidensbereitschaft der Belegschaft auf Dauer gestellt und diese damit von deren sozialen und politischen Voraussetzungen abgetrennt. Zur Rechtfertigung ihrer eigenmächtigen Entscheidungen und der zunehmenden sozialen Einschnitte nutzte die Geschäftsleitung gerade jene Informationen, die die Arbeitenden zuvor (betriebs-) politisch artikuliert hatten – nutzte diese also als Herrschaftswissen, das sie gegen eine kollektive Interessenvertretung der Beschäftigten in Stellung brachte.²⁴⁶

Die hier besprochenen Belegschaftsinitiativen legen schließlich eine über die jeweiligen Einzelfälle hinausreichende Niederlage frei, die sich lange Zeit auch darin widerspiegelte, dass die betrieblichen Aufbrüche um „1968“ nahezu in Vergessenheit geraten waren. Die Gründe hierfür lagen einerseits in den Unternehmen, deren Leitungen nicht nur die Gestaltungs-, sondern auch die Deutungshoheit innehatten, und andererseits in der Nicht-Repräsentation durch Gewerkschaften, SPD und auch durch die Neue Linke, die sich im Laufe der 1970er Jahre in Ernüchterung über die ausgebliebene Revolution häufig von den Betrieben und den Arbeitenden abwendete.²⁴⁷ Die betrieblichen Protestbewegungen, die Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre einen vorläufigen Höhepunkt erreichten, wurden – gerade weil sie auch die etablierten Strukturen der (gewerkschaftlichen wie parteipolitischen) Repräsentation infrage stellten – nicht als politisch repräsentiert und letztlich auch nicht als politisch historisiert.

Hier ist nicht von einem Scheitern die Rede. Die Arbeitenden sind in ihrem demokratischen Aufbegehren um „1968“ nicht an sich gescheitert, zumal die Bewegung in den Betrieben langfristig durchaus auch positive Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen (und darüber hinaus) bewirkt hat. So kämpften migrantische Beschäftigte in den

²⁴⁶ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 504–506, 643–657 u. 675–678.

²⁴⁷ Birke, *Der Eigen-Sinn* (wie Anm. 226), S. 72. Zur selbstkritischen Reflexion siehe: Spätschicht. Interviews [mit ehemaligen Betriebsinterventionisten], in: Wildcat, 90 (2011), S. 76–78; Karl Heinz Roth in: Sebastian Kasper, *Unter der Parole „Kampf gegen die Arbeit!“ Die Betriebsintervention der frühen Sponti-Bewegung*, in: *Arbeit, Bewegung, Geschichte*, 1 (2016), S. 55 f.

Streiks jener Zeit für ihre Rechte und ihre Würde und konnten auch Verbesserungen erzielen.²⁴⁸ Auch im Fall Süßmuth war die Betriebsübernahme für die Beschäftigten jenseits der vielfältigen Schwierigkeiten und Enttäuschungen eine prägende Erfahrung der Selbstermächtigung gewesen. Die Probleme der Selbstverwaltung lagen in der Glashütte Süßmuth nicht in einem Zuviel, sondern in einem Zuwenig an Demokratie. Angemessener scheint es daher, von Niederlage hier nur in dem Maße zu sprechen, als sie ein weiterer Rückschlag auf einem der Wege zur Befreiung war, die aus dieser Perspektive aber weiterhin möglich ist. Der Fokus liegt somit auf den kapitalistischen und über den Betrieb hinausweisenden Herrschafts- und Machtverhältnissen, den Strukturen, die den Aufbruch, das Aufbegehren begrenzen, sich gleichwohl dadurch transformierten, Kritik und Potenzial für eine Vitalisierung einverleibend.²⁴⁹ Niederlagen zeigen auf, was nicht sein konnte, aber noch werden kann.²⁵⁰ Um hieran anzuknüpfen, gilt es, sich mit den damaligen Fehlern zu beschäftigen und hieraus für Gegenwart und Zukunft Schlüsse zu ziehen.

Fazit und Ausblick

Die heutige Situation ist mit der um „1968“ insofern vergleichbar, als sich die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt im Kontext zunehmenden Arbeitskräftemangels zugunsten der Lohnabhängigen zu verschieben scheinen. Konfliktbereitschaft und Arbeitskämpfe nehmen zu. Gewerkschaften wie Verdi oder IG Metall mobilisieren mit einigem Erfolg ihre Basis mit partizipativen, die Mitglieder einbeziehenden Strategien. Konzepte, wie Arbeit durch eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten durch Arbeitsgruppen oder Arbeitszeitverkürzungen

²⁴⁸ Siehe u. a. Beiträge von Simon Goeke, Mitat Özdemir und Kutlu Yurtseven in: Cafaro et al (Hg.), *Solidarisierungen* (wie Anm. 191); Dieter Braeg (Hg.), „Wilder Streik. Das ist Revolution.“ *Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973*, Berlin 2012.

²⁴⁹ Vgl. Luc Boltanski und Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2013.

²⁵⁰ Zu dieser Perspektive siehe: Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte* (wie Anm. 12); Bini Adamczak, *Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom womöglichen Gelingen der Russischen Revolution*, Münster 2017.

effizienter und freudvoller organisiert werden kann, erleben ähnlich wie seit den 1960er Jahren eine Konjunktur. Auch heute besteht die Gefahr, dass eine stärkere „Mitarbeiterpartizipation“ oder eine Viertage-woche, wie sie auch von „fortschrittlichen“ Unternehmen begrüßt werden, letztlich zu einer Arbeitsintensivierung ohne Lohnausgleich, zu einer stärkeren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, führt. Zugleich nehmen Diskussionen über eine Einschränkung des Streikrechts oder eine Verlängerung des Arbeitstags an Fahrt auf. Um dem entgegenzuwirken und zu verhindern, dass Unternehmen weiterhin Krisensituationen zur Durchsetzung ihrer Interessen auf Kosten des Gemeinwohls nutzen, ist gleichwohl zu beachten, dass sich die gesellschaftspolitischen Ausgangsbedingungen im Zuge eines radikalisierten Finanzmarktkapitalismus entscheidend verändert haben. Die deutsche Ökonomie ist mittlerweile vollends in den Weltmarkt integriert. Zusammen mit dem Klimawandel und den zunehmend kriegerisch ausgefochtenen Konflikten steht die Arbeiter*innenbewegung vor neuen Fragestellungen, die einmal mehr internationalistische Antworten erfordern.

Die hier betrachtete Entwicklung der Mundglasbranche zeigt exemplarisch, wie Kapitalvertreter selbst dort, wo es vermeintlich nichts mehr zu holen gab (in den Konkursunternehmen der „Traditionsindustrien“), versuchten, mit allen (il-)legalen Mitteln ihre Profite bis zum letzten Zeitpunkt auszureizen. Während die Gewinne von Unternehmen private Angelegenheiten blieben, wurden unternehmerisch verursachte Verluste immer mehr den Beschäftigten und der öffentlichen Kasse in Rechnung gestellt. Der Verschuldung (sei es von Firmen oder von kompletten Volkswirtschaften) kommt bei diesen seit den 1970er Jahren beschleunigten Umverteilungsprozessen eine zentrale Rolle zu.²⁵¹ Die untersuchten Belegschaftsinitiativen veranschaulichen, dass und wie sich Arbeiter*innen dagegen zur Wehr setzten, sich

²⁵¹ Vgl. Maurizio Lazzarato, *Die Fabrik des verschuldeten Menschen. Ein Essay über das neoliberale Leben*, Berlin 2012. Zu den Verschiebungen im Kontext der Verschuldung der Glashütte Süßmuth siehe: Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 477–494.

dabei aber auf Vertreter einer die Kapitalinteressen schützenden und die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse nicht antastenden staatlichen Politik verließen – und verlassen wurden.

An die historischen Erfahrungen mit den diversen Demokratisierungsansätzen in Betrieben um „1968“ und insbesondere mit den dabei aufgetretenen Problemen wird in der Gegenwart offenbar wenig angeknüpft; vielen heute betriebspolitisch oder gewerkschaftlich Aktiven der jüngeren Generationen scheinen sie kaum bekannt zu sein. Das mag damit zusammenhängen, dass „[d]ie Linke [...] allzu oft dazu [neigt], sich lieber mit aufsteigenden Bewegungen zu beschäftigen und Niederlagen auszublenden. Dabei wäre es gerade wichtig“, so Thomas Sablowski in seiner Besprechung von Dietmar Langes Analyse der Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe bei FIAT-Mirafiori von 1962 bis 1973, „die Niederlagen zu analysieren, um aus ihnen zu lernen“.²⁵²

Was lässt sich also aus diesen historischen Erfahrungswerten für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen, für die sich auf allen Ebenen zuspitzenden Verteilungskämpfe und für die Diskussion, inwiefern Belegschaftsübernahmen künftig emanzipatorisches Mittel des Arbeitskampfes sein können, ableiten? Zunächst einmal zeigen die Fallbeispiele, dass die Arbeitenden und die mit ihnen solidarischen Unterstützer*innen in erster Linie auf sich selbst vertrauen können und nicht auf den Staat oder auf zentralistische Repräsentanten. Gerade darin – in der kollektiven Selbstorganisation der Arbeiter*innen und der Solidarisierung des betrieblichen Umfelds in Form von Zuspruch, Öffentlichkeits- und sonstiger Mitarbeit, Bürgerschaftserklärungen oder über den Konsum der Produkte – lag in den hier besprochenen Fällen das Potenzial, die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Mit dem in der Bundesrepublik reformierten Genossenschaftsgesetz oder den neuen Methoden des Crowdfundings und des digitalen Vertriebs gibt es heute sicherlich mehr Möglichkeiten, praktische Solida-

²⁵² Thomas Sablowski, Rezension zu Dietmar Lange, *Aufstand in der Fabrik. Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe bei FIAT-Mirafiori 1962 bis 1973*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 32 (2022), S. 201, [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00076386].

rität von unten zu organisieren. Abhängigkeiten von externen, nicht-solidarischen Akteuren – allen voran von Gläubigern – gilt es auf jeden Fall von Beginn an zu vermeiden.

Eine weitere wichtige Schlussfolgerung aus der vorangegangenen Analyse bezieht sich auf die Notwendigkeit einer konsequenten Macht- und Herrschaftskritik, Kritik des Kapitalismus und Ideologiekritik – in Theorie und Praxis nicht nur, aber vor allem der Gewerkschaften. Krisendiskurse und hiervon abgeleitete Sachzwänge erfüllen ideologische Funktionen, mit denen Interessengegensätze negiert und Umverteilungsprozesse von unten nach oben verschleiert oder quasi als Naturgewalten akzeptiert werden sollen. Diese ideologischen Funktionen gilt es – heute beispielsweise im Sprechen über eine „Zeitenwende“ – zu kritisieren, um offenzulegen, welche Verschiebungen auf der Ebene der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse hiermit legitimiert werden, um dagegen agieren zu können.

Zugleich sollte sich diese Kritik nicht nur auf Strukturen als etwas den Subjekten Äußerliches beziehen, sondern auch auf das jeweils eigene Handeln. Um die aus den intersektional sich überlagernden Machtverhältnissen resultierenden Trennungen im kollektiven Handeln überwinden zu können und deren Reproduktion (in mitunter neuen Formen) zu verhindern, das heißt konkret auch um den vielfältigen Fallstricken der Stellvertreterpolitik vorzubeugen, ist bei allen Beteiligten eine Offenheit, den Anderen auf Augenhöhe zu begegnen, und hierfür eine Bereitschaft zu permanenter Reflexion und solidarischem Austausch über die eigenen Positionen, die eigenen Vorbehalte, Voreingenommenheiten, blinde Flecken und eben auch eigene Fehlleistungen erforderlich – also eine radikaldemokratische Praxis, in der der demokratische Anspruch immer wieder auf sich selbst angewendet wird und eine „unendliche Aufgabe“ bleibt.²⁵³ Jenseits des morali-

²⁵³ Reinhard Heil / Andreas Hetzel, Die unendliche Aufgabe. Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: Dies. (Hg.), Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld 2006, S. 7–23; Alex Demirović, Wirtschaft und Demokratie, in: Axel Weipert (Hg.), Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Berlin 2014, S. 37–48.

schen Gehalts dieser Anforderungen scheint es wichtig, sie bei der Frage nach den Organisationsformen, die die notwendige Autonomie der Arbeitenden absichert, zu berücksichtigen. Anzuknüpfen gilt es hierbei nicht zuletzt auch an das Verständnis von Gewerkschaft, wie es beispielsweise die Vertrauensleute der Glashütte Süßmuth einst vertraten – nämlich, dass die Gewerkschaft eine „Kampforganisation und kein Gesangsverein“ ist, deren Schlagkraft weniger von den „hauptamtlichen Kollegen“ ausgeht als vor allem von den „organisierten Mitgliedern“ an „der Basis“.²⁵⁴

Die strukturellen Voraussetzungen für eine solch egalitäre Praxis herzustellen, erscheint umso wichtiger, je heterogener die soziale und politische Zusammensetzung der Akteur*innen ist, wie bei Belegschaften konventioneller Betriebe sehr viel ausgeprägter (und unter nicht selbstbestimmten Bedingungen) als bei linken Polit-Gruppen oder Alternativbetrieben. Es braucht Räume der gleichberechtigten Auseinandersetzung, des freien und solidarischen Austauschs und der Konfliktaustragung sowie des kollektiven Lernens, die Ausgangspunkt des demokratischen Prozesses sein sollten und nicht dessen Ziel, wie dies im Fall Süßmuth bei den die Belegschaftsübernahme unterstützenden Gewerkschaftsfunktionären mit ihren technokratischen Modellvorstellungen zu beobachten war. Letztere verstanden unter Selbstverwaltung einen schrittweise zu erreichenden, idealen Zustand, dem sich die Beschäftigten durch gewerkschaftliche Bewusstseinsbildungen annähern sollten – sich selbst sahen sie dagegen nicht als Teil des demokratischen Reflexions- und Lernprozesses.²⁵⁵ Solche Räume mit und an der Basis aufzubauen, abzusichern und zu verteidigen, könnte eine Aufgabe von Gewerkschaften sein, um emanzipatorische Alternativen

²⁵⁴ [Paul Nowak] zitiert in Typoskript „Süßmuth e.V. Drei Jahre Selbstverwaltung“, Dokumentarfilm von Gerhard Braun, Reiner Etz und Klaus Volkenborn, 1973, FHI, Schöf-1212, S. 22, [<https://dffb-archiv.de/dffb/suessmuth-ev-drei-jahre-selbstverwaltung>]; [Paul Nowak] zitiert in Transkript Erstes Treffen von Erasmus Schöfer mit der Belegschaft der GHS, 19. März 1973, im Besitz der Autorin, S. 13.

²⁵⁵ Mende, *Spur der Scherben* (wie Anm. 1), S. 254 f.

zum Bestehenden zu entwickeln und dem Klassenkampf von oben nicht nur defensiv, sondern offensiv zu begegnen.

Solche Austauschprozesse können ein gegenseitiges Verständnis über bestehende Unterschiede hinweg als Voraussetzung für eine Verbindung der sozialen Kämpfe in einer kollektiven politischen Praxis begünstigen. Eben eine solche Verbindung trat Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre in Ansätzen zutage und eben darin lag auch die Sprengkraft, die von „1968“ für die herrschenden Verhältnisse ausging. Hieraus für heute zu lernen, heißt vor allem die Frontstellung materialistische versus identitätspolitische Kämpfe als quasi Neuaufgabe der alten Haupt- und Nebenwiderspruchsdebatte zu verlassen. Denn die hier aufgezeigte Geschichte verdeutlicht, dass diese Trennung in den konkreten Auseinandersetzungen in den Hintergrund trat und deren (temporäre) Überwindung eben zu jener für die Beteiligten euphorisierenden Erfahrung der kollektiven Selbstermächtigung und Solidarität gehörte, deren Bedeutung für heutige Kämpfe – angesichts der repressiven Individualisierung und Vereinzelung im Neoliberalismus – als nicht zu hoch einzuschätzen ist.²⁵⁶ Bedeutsam scheint vor allem zu sein, konkret zu erfahren, was jenseits der Unterschiede verbindet – sowohl die Betroffenheit von Ausbeutung und Unterdrückung und Unfreiheit, die Beschädigungen und Verletzlichkeiten als auch Hoffnungen, Bedürfnisse, Träume, Sehnsüchte. Die verschiedenen Kämpfe gegeneinanderzustellen und in ihrer Relevanz zu hierarchisieren, abstrahiert dagegen von dem Verbindenden, dem (Zwischen-) Menschlichen, und leistet nicht zuletzt der alten Herrschaftstechnik des „Teilens und Herrschens“ Vorschub, führt also somit auch zu einer Schwächung bei der Durchsetzung kollektiver Interessen der Arbeiter*innenschaft.

Es spricht heute einiges dafür, an die Erfahrungswerte der betrieblichen Protestbewegung um „1968“ und den (hier nur angedeuteten)

²⁵⁶ Richard Detje / Dieter Sauer, Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen, Hamburg 2023; Ada Amhang / Levke Asyr / Montel Nickelberry u. a. (Hg.), Spuren der Solidarität, Berlin 2024.

Ansätzen einer betriebs- und basisnahen Gewerkschaftspolitik aus den 1960er und 1970er Jahre anzuknüpfen,²⁵⁷ die aus den Trümmern ihrer Niederlage wieder in Erinnerung zu rufen und kritisch aufzuarbeiten sind. Aus dieser Niederlage zu lernen, heißt eine wirklich gleichberechtigte Partizipation der Arbeitenden zum Ausgangspunkt des kollektiven Handelns zu machen – also nicht nur, damit sie bei einem Streik mitmachen oder in die Gewerkschaft eintreten, sondern auch weil sie in den Betrieben – über ihre Tätigkeitsbereiche oder ihre Bedürfnisse – am besten Bescheid wissen. Um die Reproduktion von im Stellvertreter- oder Aufklärungsmodus bereits enthaltende Hierarchisierung zu vermeiden, sollte es um gleichberechtigten Austausch, Auseinandersetzung und Verständigung gehen – um das Schaffen neuer solidarischer Beziehungsweisen.²⁵⁸

Dem Betrieb könnte als politischer Ort künftig eine wichtige Rolle zukommen. Zum einen weil hier der Beweglichkeit des Kapitals aus Gründen Grenzen gesetzt sind, worauf die Arbeitenden Handlungsmacht auf- und ausbauen könnten. Thomas Welskopp hat darauf hingewiesen, dass sich der „Betrieb als soziales Handlungsfeld“ einer „unilateralen Kontrolle durch die Unternehmensführung“ entzieht, deren „Entscheidungs- und Definitionsmacht über Kapitaleinsatz und Produktionsziele“ einschränkt.²⁵⁹ Das Kapital von Unternehmen ist in den Produktionsanlagen beziehungsweise „an die materialen und logistischen Eigentümlichkeiten der Produktion“ gebunden. Durch die Standortverlagerung von gewerblichen Betriebsstätten in Staaten

²⁵⁷ In Verbindung mit einer betriebsnahen Tarif- oder Gewerkschaftspolitik standen Konzepte einer die Mitglieder ermächtigenden Bildungsarbeit oder der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, wie z. B. im Rahmen der Ford-Aktion der IG Metall praktiziert. Birke, Wilde Streiks (wie Anm. 40), S. 163–168; Oskar Negt, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, 6. Aufl., Frankfurt a. M. 1971; Werner Milert / Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012, S. 468–470; Fritz Vilmar (Hg.), Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Basis demokratischer Betriebspolitik, Neuwied u. a. 1971.

²⁵⁸ Bini Adamczak, Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende, Berlin 2017.

²⁵⁹ Thomas Welskopp, Das Unternehmen als Körperschaft. Entwicklungslinien der institutionellen Bindung von Kapital und Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert, in: Karl-Peter Ellerbrock / Clemens Wischermann (Hg.), Die Wirtschaftsgeschichte vor der Herausforderung durch die New Institutional Economics, Dortmund 2004, S. 198 f.

mit geringen demokratischen und arbeitsrechtlichen Standards konnten Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten diese Bindung des Kapitals zwar reduzieren und die Bedingungen für Arbeitskämpfe verschlechtern, gleichwohl jedoch nicht beseitigen. Dass Betriebe oftmals in internationale Konzernstrukturen eingebunden sind, kann dagegen eine günstige Voraussetzung für internationalistische Strategien der Arbeiter*innenbewegung sein.

Zum anderen könnten Betriebe auch Orte des Widerstands gegen die immer weiter erstarkende Rechte sein; sie sollten zumindest nicht den Rechten überlassen werden. In Betrieben sind – wenn auch nicht aus freien Stücken – sehr unterschiedliche Menschen über den Arbeitsprozess verbunden; die hieraus resultierenden Kooperationsformen könnten Ausgangspunkt für Austausch und Annäherungen über bestehende Unterschiede hinweg sein. Zumal mit der Erosion der Arbeiter*innenmilieus und deren sozialen, kulturellen Netzwerken und insbesondere in der Peripherie Betriebe in manchen Regionen zu den wenigen Orten gehören, an denen Menschen jenseits von Familie und Konsum zusammenkommen. So zeigt beispielsweise die Mitte-Studie von 2023 nicht nur einen massiven Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands auf, sondern verweist eben auch auf die „empirisch positive[n] Zusammenhänge von demokratisierenden Aspekten der Mitbestimmung, Mitgestaltung und Solidarität mit demokratischen Einstellungen und Ablehnung von Menschenfeindlichkeit“ in der Arbeitswelt.²⁶⁰

²⁶⁰ Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, S. 363.

John Holloway

Freiheit, eine Reflexion¹

(Sich zu) Befreien bedeutet, die Totalität aufzuheben.

Jede Gesellschaft kann als gesellschaftlicher Zusammenhalt oder gesellschaftliche Synthesis² verstanden werden, ein etabliertes Muster von Beziehungen zwischen den Menschen und ihren Aktivitäten. Dieser Zusammenhalt kann mehr oder weniger geschlossen, lockerer oder fester sein.

In der gegenwärtigen Gesellschaft basiert dieser Zusammenhalt auf dem Warentausch und allem, was sich daraus ableitet: die Herrschaft des Geldes und der anderen kapitalistischen Formen (Wert, abstrakte Arbeit, Kapital, Staat). Dieses Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse verfügt über eine Dynamik, eine Logik, die seiner Bewegung eine Richtung vorgibt: „Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“³ Es ist die Logik der Produktion und Akkumulation des Mehrwerts. Diese Bewegung ist ein beständiger Kampf, ein Kampf zur Unterwerfung aller menschlichen (und nicht-menschlichen) Aktivität unter seine Logik. Das heißt, es ist eine totalisierende Bewegung, eine

¹ Unter dem Titel „La libertad, una reflexión“ in der neuen Zeitschrift *Crítica Anticapitalista* (Antikapitalistische Kritik) des Internetportals „Comunizar“ veröffentlicht: [<https://comunizar.com.ar/revista-1/>]. Alle Fußnoten stammen vom Übersetzer.

² Holloway bezieht sich hier auf die Überlegungen Alfred Sohn-Rethels, nach der die „gesellschaftliche Synthesis durch Tätigkeiten [hergestellt wird], die der Art nach verschieden und in der Zeit getrennt sind von der die Aneignungsobjekte erzeugenden Arbeit“ (Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*, Frankfurt a. M. 1972, S. 124), also durch den Tausch, basierend auf dem Tauschwert und differenziert nach dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte. Damit unterscheidet sich der hier verwendete Begriff der „Synthese“ kategorial von dem umgangssprachlichen sozialdemokratischen Verständnis des Begriffs „Zusammenhalt“. Zur Kritik an Sohn-Rethels Ansatz siehe: Karl Reitter, Alfred Sohn-Rethel und die „erweiterte Warenanalyse“, in: *Grundrisse*, 23 (2007), S. 20–27, [http://www.grundrisse.net/grundrisse23/karl_reitter.htm].

³ Karl Marx, *Das Kapital*, Band 1, MEW 23, S. 621.

Bewegung, die dieser Logik jede Aktivität einverleiben will.⁴ Es führt zu einer totalisierenden Bewegung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schließt. Man kann zum Beispiel sagen, dass der gegenwärtige gesellschaftliche Zusammenhalt wesentlich geschlossener ist, als zu Marx' Zeiten. Diese Totalisierung ist die Unterordnung der menschlichen Aktivität unter eine fremde Logik. Anders ausgedrückt, es ist die Negation der Freiheit.

Die Totalisierung ist eng verbunden mit der Idee des Fortschritts. Der gegenwärtige Eisenbahnbau des Tren Maya in Mexiko⁵ ist ein bemerkenswertes Beispiel des Fortschritts, das heißt, er integriert sehr viele indigene Gemeinden in sehr viel stärkerer Form in die Bewegung und die Logik des Kapitals.

Eine sehr wichtige Strömung des Marxismus versteht die Revolution in Begriffen der Abschaffung dieser Totalität und seines Ersetzens durch eine andere Totalität. Die anarchische und ausbeuterische Totalität des Kapitalismus würde durch eine rationale und nicht-ausbeuterische Totalität ersetzt. In diesem Konzept des Sozialismus oder Kommunismus gäbe es einen sogar noch viel stärker verschlossenen gesellschaftlichen Zusammenhalt als im Kapitalismus und die Freiheit findet sich dann in der Identifikation des Individuums mit dieser neuen Totalität. Diese Vorstellung ist auch bei kritischen Autor:innen wie Lukács und Rosa Luxemburg zu finden. Ich habe den Eindruck, dass es auch das Charakteristikum des gegenwärtigen chinesischen

⁴ Holloway bezieht sich hier auf die durch Marx offengelegte und von Lukács hervorgehobene Kategorie der Totalität, die sich aus dem Warentausch ergibt. Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewusstsein*, Berlin 1923, S. 21 ff.

⁵ Touristisches und Infrastrukturprojekt des Baus von zwei Eisenbahnlinien in den süd-mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo. Insbesondere die Zapatist:innen haben sich massiv gegen den Bau, der durch den sozialdemokratischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador initiiert wurde, gewendet, weil er die Rechte der indigenen Bevölkerung dieser Regionen missachtet. Das Ya-Basta-Netzwerk hat die wichtigsten Informationen zum Tren Maya auf seiner Webseite zusammengefasst: [<https://www.ya-basta-netz.org/tren-maya-made-in-germany/>]. Der aktualisierte Recherchebericht von Christian Russau insbesondere zu den Interessen der Deutschen Bahn und deutscher Unternehmen an dem Projekt findet sich hier: [<https://deinebahn.com/wp-content/uploads/2022/06/Tren-Maya-Made-in-Germany-Die-gesamte-Recherche-DE.pdf>].

Marxismus ist. Das Problem besteht darin, dass die fortschreitende Schließung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sei dies als gegenwärtiges Fortschreiten der kapitalistischen Totalisierung, sei es als Versuch, einen anderen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu produzieren, eine autoritärere Gesellschaft hervorbringt, in der die Dissidenz schwieriger oder gefährlicher wird.

Der Aufschwung der autonomen Strömungen⁶ in den letzten Jahren legt ein anderes Bild der Revolution und der Gesellschaft, die wir erschaffen wollen, nahe. Hier wird die Revolution als Enttotalisierung, als Prozess der Entkoppelung von Aktivitäten, Orten oder Zeiten von der Logik des Kapitals oder als Schaffung von Rissen im gesellschaftlichen Zusammenhalt verstanden. Die Gesellschaft, die als für die Überwindung des Kapitalismus wünschenswert angesehen wird, wird als ein sehr viel lockerer gesellschaftlicher Zusammenhalt, als eine Welt vieler Welten (wie die Zapatist:innen sagen) oder als eine demokratische Konföderation (wie es Öcalan vorschlägt) aufgefasst.

Die beiden Prozesse, Enttotalisierung und Aufbau einer anderen Gesellschaftlichkeit, sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist unmöglich, eine Form des Zusammenlebens zu zerstören, ohne eine andere zu erschaffen. Wenn die Freiheit der Prozess des Enttotalisierens ist, ist sie gleichzeitig auch der Prozess, eine andere Form gesellschaftlichen Zusammenhalts zu erschaffen.

Aus einer im weiten Sinne verstandenen autonomen Perspektive lässt sich die Negation der Totalisierung auf zwei Weisen verstehen.

Die erste nimmt Räume oder Aktivitäten, die (noch) nicht von den kapitalistischen Verhältnissen aufgesogen worden sind, als Bezugspunkt. Daher kommt die Vorstellung, Alternativen zu entwickeln, tradi-

⁶ Gemeint sind die in der provinziellen deutschsprachigen Lesart des Marxismus nur unzureichend rezipierten internationalen Ansätze einer klassenorientierten Marx-Lektüre, die in der Autonomie der Kämpfe eine Möglichkeit für die Überwindung des Parteimodells leninistischer Prägung sehen und damit eine linksradikale Antwort auf den Marxismus-Leninismus geben. Aus der unübersehbaren Literatur seien folgende Empfehlungen genannt: Richard Gombin, *Les origines du gauchisme*, Paris 1971; Harry Cleaver, *Reading Capital Politically*, Brighton 1979; John Holloway, *Change the World without Taking Power. The Meaning of Revolution Today*, London 2002.

tionelle Kommunen, das Indigene. Die Gefahr dieses Ansatzes, so scheint mir, besteht darin, vorhandene oder traditionelle Gemeinschaften zu romantisieren.

Die zweite Weise geht davon aus, dass es tatsächlich keine Räume gibt, die nicht auf die eine oder andere Weise in die Totalität kapitalistischer Verhältnisse integriert wären. Folglich muss die Enttotalisierung als antagonistischer und antikapitalistischer Prozess verstanden werden, ein Prozess, der, gleich ob bewusst oder unbewusst, sich den kapitalistischen Verhältnissen widersetzt. Diese Auffassung ist zum Beispiel sehr stark in den sozialen Zentren vertreten, die sich als Zentren für die Organisation und Koordination antikapitalistischer Kämpfe jeglicher Prägung verstehen.⁷

In beiden Fällen widersetzt sich die enttotalisierende (oder autonome) Bewegung dem Fortschritt, insoweit als der Fortschritt die Integration in die Logik des Kapitals bedeutet. Es überrascht also nicht, dass es zwischen den enttotalisierenden Bewegungen und fortschrittlichen Regierungen Konflikt gibt. Die fortschrittliche Linke tritt offen für die Totalisierung ein; sie fördert die Integration der Länder in die Bewegung des Kapitals, aber gibt dabei vor, in diesem Prozess für „das Volk“ vorteilhafte Bedingungen herzustellen. Derselben Logik folgend bezeichnen sie die enttotalisierenden Bewegungen (die Zapatist:innen und andere Gruppen, die sich dem Tren Maya widersetzen) als Reaktionäre.

Sind wir also Reaktionäre? Ja, wenn wir es als Widersetzen gegen die Totalisierung oder die Integration zunehmend weiterer Aspekte des menschlichen und nicht-menschlichen Lebens unter die Logik des Kapitals verstehen. Dies steht im Widerspruch zum orthodoxen Marxismus, der den Fortschritt als ein Fortschreiten hin zur Erschaffung einer rationalen Totalität versteht.

Wenn wir anti-fortschrittliche Enttotalisierer sind, müssen wir fragen, was uns von der Neuen Rechten unterscheidet. Auch sie reagieren

⁷ Gemeint sind die vor allem in Italien, aber auch in anderen europäischen Ländern seit den 1980er Jahren entstandenen selbstverwalteten „centri sociali“, die meist aus Besetzungen aufgegebener früherer großer Produktionsgebäude hervorgegangen sind. Das wohl bekannteste Beispiel in der BRD ist die Hamburger „Rote Flora“.

gegen die fortschrittliche Totalisierung oder gegen ihre Symbole: die Großunternehmen, die Stadt, die Besessenheit mit dem Geld, die Zerstörung der traditionellen Werte, die Politiker, die für mehr von demselben stehen. Auf Netflix gibt es eine Unzahl von Filmen, die dieselbe Geschichte erzählen: es taucht eine vom stressigen Rhythmus der Stadt, ihrer Arbeit, die ihr die Luft zum Atmen nimmt, und ihrem Partner, ein Mann, der besessen davon ist, mehr und mehr zu verdienen, überlastete Frau auf. Zurückgekehrt in das Dorf ihrer Geburt, verliebt sie sich in einen jungen Farmer (vorzugsweise ein Witwer mit einer Tochter), sodass sie beschließt umzuziehen, um in einem Familien- und Lebensprojekt zu arbeiten, das für sie mehr Sinn ergibt. Dies ist nicht die Gewalt der Anhänger von Trump oder Milei, aber doch eine anti-fortschrittliche Reaktion, die auf viel Widerhall in der Gesellschaft trifft. In dieser Art Filme finden wir ein klares Konzept der Freiheit als Ablehnung des kapitalistischen Fortschritts und der Stärkung gemeinschaftlicher Werte.

Was unseren Kampf gegen den kapitalistischen Fortschritt wahrscheinlich von dem Kampf der Rechten unterscheidet, ist die Frage der Identität und der Authentizität. Die Identität schafft eine falsche Vorstellung von Unveränderlichkeit, die Authentizität romantisiert eine Vergangenheit oder ein gesellschaftliches Bild von etwas, das es nie gab. Ist dies auch ein Charakteristikum des oben erwähnten ersten Begriffs von Autonomie (die Alternativen)? Unsere Ablehnung des Fortschritts ist nicht die Ablehnung des gesellschaftlichen Wandels, es ist kein Versuch, die Vergangenheit zu konservieren. Es handelt sich vielmehr um die Ablehnung eines von der Logik des Kapitals, von der Logik des Profits dominierten gesellschaftlichen Wandels.

Wenn Freiheit die Enttotalisierung und die Erschaffung eines anderen gesellschaftlichen Zusammenhangs oder anderer gesellschaftlicher Zusammenhalte (viele Welten)⁸ bedeutet, dann können diese ge-

⁸ Hier bezieht sich Holloway auf die Forderung der Zapatist:innen, eine Welt zu schaffen, in der viele Welten Platz haben. Vgl. [http://enlacezapatista.ezln.org.mx/wp-content/uploads/2018/08/Manifiesto_Borrador-Final.pdf].

sellschaftlichen Zusammenhalte nicht als Rückkehr zu einer vorgestellten Authentizität, sondern müssen als Erschaffung neuer Formen des Zusammenlebens, die wir bestimmen, verstanden werden.

Übersetzung aus dem Spanischen: Lars Stubbe, 27. Juli 2024

Urs Lindner

Dringlicher denn je: Was ist Antisemitismus?

Rezensionsessay zu: Peter Ullrich, Sina Arnold, Anna Daniliina, Klaus Holz, Uffa Jensen, Ingolf Seidel, Jan Weyand (Hg.): Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Wallstein: Göttingen 2024, 315 Seiten, € 24,00.

Seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und Israels Krieg mit getöteten Zivilist:innen im fünfstelligen Bereich und einem weitgehend zerstörten Gazastreifen hat sich das deutsche Antisemitismusproblem weiter verschärft. Einerseits ist ein massiver Anstieg antisemitischer Vorfälle zu verzeichnen, wobei noch unklar ist, wie sich dieser auf rechtsextreme, islamistische und linke Milieus verteilt. Jedenfalls fühlen sich Jüdinnen:Juden in Deutschland an vielen Orten nicht mehr sicher. Andererseits ist der auch zuvor schon wenig differenzierte Antisemitismuskurs vollends entgleist. Muslimische und migrantische Communities werden unter Generalverdacht gestellt: Sollten sie sich nicht „klipp und klar“ von Antisemitismus distanzieren, so die Drohung von Vizekanzler Habeck, hätten sie ihren „Anspruch auf Toleranz“ und „Schutz vor rechtsextremer Gewalt“ verwirkt.¹ Das Grundrecht, im Rahmen der Versammlungsfreiheit gegen den Gaza-Krieg zu protestieren und sich für die politische Selbstbestimmung von Palästinenser:innen einzusetzen, gilt nur noch eingeschränkt. Hochschullehrer:innen, die dieses Grundrecht verteidigen (ohne sich die inhaltlichen Forderungen des Protests zu eigen zu machen!), werden von der Springer-Presse – in Einklang mit Bildungsministerin Stark-Watzinger – als „UniversiTÄTER“ und Unterstützer:innen von „Ju-

¹ Robert Habeck, Zu Israel und Antisemitismus, Videorede, 2. November 2023, [<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Videos/2023-some/231101-israel-und-antisemitismus/video.html>].

den-Hass-Demos“ diffamiert und mit Fotos an den Pranger gestellt.² Hinzu kommt ein Kulturkampf gegen kolonialismuskritische Ansätze, der an die Dämonisierung des Marxismus im Kalten Krieg erinnert: Der Postkolonialismus erscheint als Reich der bösen Ideen, die Antisemitismus transportieren und daher – als „Lehre aus der Geschichte“ – abgewehrt werden müssen.³

Teil dieser Konstellation ist ein Glaubenskrieg um Definitionen, IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) vs. JDA (Jerusalem Declaration on Antisemitism): „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann“⁴ versus „Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“⁵ Für viele Anhänger:innen der IHRA-Definition gilt eine kritische Befragung des von ihnen favorisierten Wortlautes als Ausdruck von antiisraelischem Ressentiment. Umgekehrt sind auch Befürworter:innen der JDA, die stärker zwischen Kritik an israelischer Politik und Antisemitismus differenzieren wollen, nicht immer zimperlich, Menschen mit Sympathien für die IHRA-Definition als Gehilf:innen der israelischen Rechten darzustellen. Und falls nicht-westliche Stimmen interessieren: Al Jazeera etwa hat die JDA keineswegs begeistert kommentiert, sondern als „orientalistischen Text“ gebrandmarkt.⁶

In dieser verfahrenen Situation gleicht der von Peter Ullrich, Sina Arnold, Anna Danilina, Klaus Holz, Uffa Jensen, Ingolf Seidel und

² So in der BILD, 10. Mai 2024.

³ Vgl. Urs Lindner, Postkolonialismus und Shoah-Forschung: Wege aus der Dichotomie, taz, 2. April 2024 [<https://taz.de/Postkolonialismus-und-Shoah-Forschung/!5998108/>]; Stefan Ouma, Kritik an postkolonialen Theorien: Revanchistischer Kulturkampf, taz, 6. April 2024, [<https://taz.de/Kritik-an-Postkolonialen-Theorien/!6000114/>].

⁴ Vgl. International Holocaust Remembrance Alliance, Arbeitsdefinition, 26. Mai 2016, [<https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>].

⁵ Vgl. Jerusalem Declaration on Antisemitism, 26. März 2021, [https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf].

⁶ Vgl. Muhannad Ayyash, The Jerusalem Declaration on Antisemitism is an orientalist text, Al Jazeera, 21. April 2021, [<https://www.aljazeera.com/opinions/2021/4/21/the-jerusalem-declaration-on-antisemitism-is-an-orientalist-text>].

Jan Weyand herausgegebene Band *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, der in der Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin erschienen ist, einem Silberstreif am Horizont. Obwohl mehrere Herausgeber:innen der JDA nahestehen, wird der Glaubenskrieg um Definitionen gerade nicht fortgesetzt. Vielmehr lautet die Grundannahme, dass Antisemitismus sowohl historisch als auch gegenwärtig ein viel zu komplexes Phänomen ist, als dass es die eine Definition geben könnte, die alles erfasst. Unterschiedliche Antisemitismusdefinitionen und -begriffe rücken je spezifische Ausschnitte ihres Gegenstands in den Blick – und alle haben blinde Flecken. Streit über den gewählten Fokus und seine normativen und politischen Implikationen ist damit unvermeidbar, aber er sollte auf Grundlage eines vertieften historischen und sozialwissenschaftlichen Wissens geführt werden und vor allem von Reflexivität in der Konstruktion und Verwendung von Begriffen geleitet sein. Wo der (deutsche) Antisemitismuskurs häufig von Unterstellungen, Verdrehungen und Anschuldigungen gekennzeichnet ist, zeigt der Band, dass es anders geht: Ansätze, die nicht den eigenen Sichtweisen entsprechen, werden unter Betonung ihrer Stärken dargestellt, um sie auf dieser Grundlage zu problematisieren.

Der Band besteht aus fünf Teilen. Die Einleitung betont die Vielfalt existierender Antisemitismus-Verständnisse und unterstreicht den kollektiven Charakter des Bandes, der auf das mehrjährige, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Antisemitismus definieren“ zurückgeht. Die nächsten drei Teile haben den Charakter eines Handbuchs, was besondere Betonung verdient, da es bisher kein derartiges deutschsprachiges Werk im Taschenbuchformat gibt. Dabei werden zuerst zehn „Grundbegriffe“ ausgeleuchtet, mit denen Antisemitismus in der Forschung typisiert wird. Es folgen Einführungen in dreizehn „Problemfelder“, die für das Verständnis von Antisemitismus relevant sind. Schließlich werden dreizehn „Positionen“ vorgestellt, mit denen Theoretiker:innen die Frage beantwortet ha-

ben, was Antisemitismus ist. Während die Handbuchartikel von insgesamt 22 Autor:innen geschrieben sind, besteht der fünfte und letzte Teil aus einem 75-seitigen Text von Peter Ullrich, der eine Systematisierung und wissenschaftstheoretische Befragung von Antisemitismusbegriffen und ihrer Fixierung in Definitionen vornimmt. Da Ullrich auch für einige der wichtigsten Handbucheinträge des Bandes verantwortlich zeichnet, wird er unter den ansonsten alphabetisch gelisteten Herausgeber:innen zu Recht an erster Stelle angeführt.

Wird das Buch von vorne nach hinten gelesen, stellt sich die Frage, ob seinem Anliegen nicht noch besser gedient gewesen wäre, wenn auf die Einleitung statt der „Grundbegriffe“ direkt die „Problemfelder“ gefolgt wären. Diese beginnen mit einem fulminanten Eintrag von Klaus Holz und Peter Ullrich, der den Status einer inhaltlichen Einleitung in den gesamten Band hat und die analytischen Ebenen sortiert, auf denen Begriffsbildungen zu Antisemitismus in der Forschung stattfinden. Es sind derer genau vier: Einstellungen, Vorfälle, Kultur und Organisation. Diese vier Ebenen erlauben eine Vielzahl von disziplinären und methodischen Zugriffen. „Unstrittig müsste sein, dass Antisemitismus als Zusammenhang dieser Ebenen zu analysieren ist. Jede der Perspektiven verweist konstitutiv auf andere, ohne dass sie in einander auflösbar wären.“ (S. 66) Wer etwa betont, Antisemitismus sei in erster Linie Ideologie und Weltanschauung, hebt eine der vier Ebenen (diejenige der Kultur) auf Kosten der anderen hervor. Mit ihrem Eintrag machen Holz und Ullrich die Antisemitismusforschung anschlussfähig an eine Mehrebenenanalyse, wie sie zum Beispiel Intersektionalitätsansätze verfolgen, oder an emergentistische Sozialontologien wie diejenige des Critical Realism.

Meron Mendel vertritt in seinem Beitrag zu „umkämpften Sprechpositionen“ eine reflektierte Standpunkttheorie, die für den Antisemitismus dasselbe wie für andere Ungleichheitsverhältnisse einfordert: „Betroffene“ sollten, wie Mendel in Anlehnung an Thomas McCarthy betont, das erste, nicht jedoch das letzte Wort haben. Es gilt, ihnen zuzuhören und anzuerkennen, dass sie erfahrungsbasierte

Zugänge zum Gegenstand haben, die abschließende Bewertung sei jedoch eine Frage diskursiver Aushandlung, zumal es auch unter den „Betroffenen“ teils antagonistische Sichtweisen gibt. Sina Arnold und Felix Axster behandeln das hoch umstrittene Verhältnis von Antisemitismus und (anderen) Rassismen, indem sie instruktiv herausarbeiten, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Debatte stark gemacht wurden. Ihr ökumenischer Vorschlag lautet, stärker die Verschränkungen und Verflechtungen zwischen beiden Phänomenen in den Blick zu nehmen. Um die Diskussion zu öffnen, ist dieses Vorgehen sicherlich von Vorteil, aber es umschifft (geschickt) die eigentliche Frage: Welcher Art sind die Unterschiede (graduell oder kategorial), auf welcher Ebene sind sie angesiedelt (Inhalt oder Form der Zuschreibung, kultureller Code oder Organisationspraxis) und handelt es sich tatsächlich um Alleinstellungsmerkmale des Antisemitismus?

Das kontroverse Zentrum der „Problemkomplexe“ bilden zwei Einträge von Peter Ullrich zu Antisemitismus im Nahostkonflikt (gemeinsam mit Peter Lintl) sowie zu substanziellen und abstrakt-formalen Antisemitismusbegriffen. Lintl und Ullrich betonen die Mehrdimensionalität des Konflikts um Israel / Palästina. Basal handelt es sich um einen nationalen Konflikt um Land, der religiös aufgeladen ist, der einen geopolitischen Kontext hat, „mindestens aus der Sicht der Palästinenser*innen auch (anti-)koloniale Züge“ (S. 86) trägt und als „Konflikt zweiter Ordnung“ (S. 87) ein Dauerstreit um die (Il-)Legitimität der je anderen Seite ist. Zentraler Bestandteil dieses Dauerstreits ist die Frage, ob und ab wann Israelfeindschaft und Antizionismus antisemitisch sind. Lintl und Ullrich unterscheiden hier zwischen einer Identitätsposition (Israelfeindschaft ist immer Antisemitismus), einer der Differenz (Antizionismus ist kein Antisemitismus) und von ihnen bevorzugten „Affinitätspositionen“ (ebd.), denen zufolge Israelfeindschaft und Antizionismus zwar häufig, aber keineswegs zwingend antisemitisch sind. Sie problematisieren auch den sogenannten 3-D-Test von Nathan Sharansky, der für die Identitätsposition zentral ist und an dem sich auch die IHRA-Definition

orientiert: „Die drei Kriterien des Tests zur Erkennung von Antisemitismus (Delegitimation, Dämonisierung, doppelte Standards) sind nicht nur Strategien beider Seiten, die im Konflikt selbst strukturell angelegt sind, sondern vielmehr, wie die Konfliktforschung zeigt, Bestandteil vieler Konflikte“ (S. 91).

Bedenkenswert ist auch der Vorschlag von Lintl und Ullrich, Antisemitismus- und Kolonialismusdiagnosen symmetrisch zu behandeln. Beide gehören zu einer „Phalanx [...] hochgradig moralisch aufgeladener Begriffe“ (S. 92f.), sie sind „Kampfbegriffe“, für die es gleichzeitig „empirisch Sachverhalte und theoretische Konzepte [gibt], die die Verwendung dieser Termini – auch im Kontext des Nahostkonfliktes – begründen.“ (S. 93) Spricht diese Ambivalenz gegen eine Verwendung beider Begriffe? Offensichtlich dienen der Antisemitismus- und der Kolonialismusbegriff dazu, fundamentales Unrecht auf beiden Seiten zu benennen (auch wenn die deutschen Feuilletons seit dem 7. Oktober die Kolonialismusperspektive als böse, antisemitische Projektion des Postkolonialismus zu exorzieren versuchen).⁷ Eine Totalisierung beider Begriffe, die Zionismus auf Kolonialismus und die palästinensische Nationalbewegung auf Antisemitismus reduziert, hat dagegen den Effekt, die jeweils andere Seite zu delegitimieren. Und darauf mit (weiteren) Antisemitismus- und Rassismussvorwürfen zu antworten, verunmöglicht eine jede Verständigung.

Der Nahostkonflikt verdeutlicht auch die Unterschiede zwischen „zwei Familien von Antisemitismusbegriffen“, deren Rekonstruktion sich Peter Ullrich in einem weiteren Eintrag widmet. Das „substantielle“ Konzept macht Antisemitismus vom Vorliegen einer antisemitischen Semantik abhängig, die sich gegen Jüdinnen:Juden als Jüdinnen:Juden richtet. Der „abstrakt-formale“ Begriff diagnostiziert dagegen dann Antisemitismus, wenn allgemeine Negativmerkmale und -strategien gegen eine jüdische Entität gewendet werden, wenn also

⁷ Vgl. dagegen Dan Diner, Genesis und Geltung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Januar 2024, demzufolge der Konflikt um Israel / Palästina eine koloniale Genesis hat, während er der Geltung nach national ist, wobei die Geltung solange von der Genesis abhängig bleibt, wie deren Praktiken (v. a. Landnahme und segregierte Rechtsprechung in der Westbank) fortbestehen.

zum Beispiel die israelische Besetzung der Westbank als Apartheidsregime verurteilt wird.⁸ Ein weiteres Einsatzgebiet des abstrakt-formalen Verständnisses ist der „strukturelle Antisemitismus“. Ullrich unternimmt hier eine aufschlussreiche Genealogie dieses vor allem in der deutschen Linken verbreiteten Begriffs. Seine Paten waren Moishe Postone und Thomas Haury, die beide auf geteilte Grundmuster zwischen antisemitischen und (vermeintlich) linken bzw. kapitalismuskritischen Semantiken verwiesen haben (z. B. Personifizierung, Manichäismus, Konstruktion identitärer Kollektive und Vernichtungsperspektive). Für den Begriff des strukturellen Antisemitismus ist folgende Operation zentral: Die Anschlussfähigkeit an Antisemitismus, die aus solchen geteilten Mustern resultiert, wird zu einer Form des Antisemitismus erklärt. Ullrich wird dabei nicht müde zu betonen, dass auch für seine Problematisierung des formal-abstrakten Konzepts gilt, dass sie auf einer „Entscheidung“ (S. 109) beruht und kein Ausfluss einer neutralen, letztbegründbaren Wahrheit ist.

Darüber hinaus enthalten die „Problemkomplexe“ eine – wiederum von Peter Ullrich vorgenommene – Darstellung der Entstehungsgeschichte und wichtigsten Einsätze der drei gegenwärtig zirkulierenden Antisemitismusdefinitionen (neben IHRA-Definition und JDA noch das Nexus-Dokument).⁹ Außerdem finden sich höchst informative Beiträge zum imaginativen und projizierenden Charakter des Antisemitismus (Cordelia Hess), zu psychoanalytischen Zugängen (Ilka

⁸ Siehe etwa die Antisemitismusvorwürfe gegen den Zionismushistoriker und Herzl-Biographen Derek Penslar, weil dieser – wie auch Benny Morris, Dan Diner, Saul Friedländer und viele andere prominente jüdische Intellektuelle – im Sommer 2022 eine Petition („The Elephant in the Room. Jews fight for Justice“) unterzeichnet hatte, die den Apartheidsbegriff verwendet. David N. Myers, How the fight against antisemitism is now used to promote an “anti-woke” agenda, Los Angeles Times, 24. Januar 2024, [<https://www.latimes.com/opinion/story/2024-01-24/antisemitism-harvard-task-force-derek-penslar>].

⁹ Das Nexus-Dokument ist an der University of Southern California entstanden, wurde im Februar 2021 veröffentlicht und versteht sich als Ergänzung zur IHRA-Arbeitsdefinition. Zur Nexus Task Force gehören u. a. Kenneth Stern, der die Arbeitsdefinition der IHRA entworfen hatte, wie auch Derek Penslar, der zusätzlich noch die JDA unterzeichnet hat. Der Untertitel des Dokuments erklärt seinen Namen: „Understanding Antisemitism at its Nexus with Israel and Zionism“, [<https://nexusproject.us/nexus-resources/the-nexus-document/>].

Quindeau), zu Antisemitismus als Element von Autoritarismus (Jan Weyand), zu Vorurteils- (Uffa Jensen) und Einstellungsforschung (Heiko Beyer), zu Emotionalität und Rationalität im Antisemitismus (Uffa Jensen) sowie zu antisemitismuskritischer Bildungsarbeit (Ingolf Seidel). Dabei betont Seidel zu Recht, dass der Beutelsbacher Konsens auch mit Bezug auf Antisemitismus Beachtung finden sollte.¹⁰ Es widerspreche dem Grundanliegen politischer Bildung, eine Definition wie diejenige der IHRA, die in der Wissenschaft kontrovers diskutiert wird, allgemeinverbindlich durchsetzen zu wollen. Wie dringlich dieser Hinweis ist, hat der Anfang 2024 wieder zurückgenommene Versuch des Berliner Kultursenators Joe Chialo gezeigt, die Vergabe von staatlichen Fördergeldern an ein Bekenntnis zur IHRA-Definition zu koppeln.

Die zehn Einträge zu „Grundbegriffen“ bestechen mit einer Ausnahme durch eine konzise Darstellung der jeweiligen begrifflichen Gehalte und eine kurze Problematisierung der mit ihnen verbundenen Beschränkungen. Peter Ullrich und Uffa Jensen betonen in ihrer Wortgeschichte des Antisemitismus, dass sich der Terminus seit seinem Auftauchen immer gegen Jüdinnen:Juden gerichtet hat, auch wenn er auf Parallelen zum antimuslimischen Rassismus im 19. Jahrhundert verweist. Katharina Kellenbachs Eintrag zum Antijudaismus macht deutlich, dass die christliche Feindschaft gegen Jüdinnen:Juden keine Sache der Vergangenheit ist. Jan Weyand legt überzeugend dar, dass der Übergang zum „modernen Antisemitismus“ nicht erst in der Adaption von Rassetheorien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu verorten ist, sondern bereits Ende des 18. Jahrhunderts, als Jüdinnen:Juden zu Feinden der jeweiligen nationalen Herkunftsgemeinschaften werden. Michael Wildt erinnert in seinem Beitrag zum „Erlösungsantisemitismus“ der Nazis daran, dass dieser nicht einfach Goldhagen-like auf die „ganz normalen Deutschen“ übertragen werden kann. Und

¹⁰ Der Beutelsbacher Konsens definiert mühsam errungene Grundsätze politischer Bildung in Deutschland, vor allem drei: das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und den Imperativ der Stärkung politischer Urteilskraft.

Klaus Holz stellt in Frage, ob der „sekundäre Antisemitismus“, für den Schuldabwehr und Täter:innen-Opfer-Umkehr zentral sind, tatsächlich einen eigenen Typus der Feindschaft gegenüber Jüdinnen:Juden konstituiert.

Des Weiteren vertritt Sina Arnold die These, dass der Begriff des „Neuen Antisemitismus“ zuletzt an Bedeutung verloren hat und auch schon viel älter ist, als die regen Debatten seit den frühen 2000er Jahren vermuten lassen.¹¹ In ihrem gemeinsam mit Michael Kiefer verfassten Eintrag zu „muslimischem / arabischem / islamisiertem / islamistischem Antisemitismus“ betont sie, dass es sich weniger um eine „Sonderform“ als vielmehr „um antisemitische Narrationen [handelt], die sich aus mehreren, in verschiedenen historischen Kontexten generierten Quellen speisen.“ (S. 41) Thomas Haury plädiert dafür, „israelbezogenen Antisemitismus“ gemäß dem oben dargelegten substanziellen Verständnis zu fassen: „Entscheidendes Kriterium [...] ist nicht die Radikalität der Ablehnung oder die Richtigkeit der Argumente, sondern ob diese Antisemitismus reproduzieren.“ (S. 42f.) Anders als für die übrigen Gestalten des modernen Antisemitismus gelte für den israelbezogenen, dass ihm ein „bis heute andauernder, nationalistisch befeuerter gewaltsamer Realkonflikt mit einer zionistisch-jüdisch-israelischen Konfliktpartei“ (S. 46) zugrunde liegt. Seit den 1930er Jahren würden antisemitische Semantiken „zunehmend als Interpretationsfolie verwendet, womit in den Realkonflikt die Dimension des Antisemitismus massiv und kaum entwirrbar eingezogen wurde.“ (Ebd.) Vanessa Rau schließlich präsentiert eine knappe, äußerst informative Begriffsgeschichte des Philosemitismus und betont, dass heutzutage „tradierte Emotionen kollektiver Schuld und Scham mit Praxen der Exotisierung und Orientalisierung verwoben sind.“ (S. 62)

Der einzige Eintrag unter den „Grundbegriffen“, der merklich abfällt, ist derjenige von Jan Weyand zu „postkolonialem Antisemitismus“.

¹¹ Neben den von Arnold erwähnten anglo-amerikanischen Arbeiten aus dem Jahr 1974 ist hier auch zu erinnern an Jean Améry, *Der neue Antisemitismus* (1976), in: ders., *Der neue Antisemitismus*, Stuttgart 2024, S. 73–83.

mus“. Zunächst befindet er sich in der falschen Sparte: „Postkolonialer Antisemitismus“ ist mit Sicherheit kein Grundbegriff der Forschung, was schon dadurch deutlich wird, dass der Band ihn als einzigen in Anführungsstriche setzt. Er hätte in die „Problemkomplexe“ gehört, um dort die Frage zu diskutieren, ob postkoloniale Ansätze Antisemitismus reproduzieren oder diesem gegenüber blind sind. Darüber hinaus ist der Eintrag auch inhaltlich wenig überzeugend. Zwar wird betont, dass eine pauschale Verurteilung des Postkolonialismus als antisemitisch „sicher falsch“ (S. 56) sei, um dann jedoch gleich hinterherzuschieben: „Treffender ließe sich von einer typischen postkolonialen Verkennung von Antisemitismus sprechen.“ (Ebd.) Was Weyand als „Verkennung“ bezeichnet, ist die Auffassung, Antisemitismus sei eine Form von Rassismus. Diese wird allerdings auch von relevanten Teilen der nicht-deutschen Antisemitismusforschung vertreten¹² und ist damit gerade keine „typisch postkoloniale“ Sichtweise, sondern eine interessante Schnittmenge zwischen beiden Feldern. Des Weiteren liefert Weyand kein Argument, warum ein rassismustheoretischer Zugang die Besonderheiten antisemitischer Konstruktionen ignorieren muss. Statt sich mit den vielfältigen Differenzen von Rassismen und Antisemitismen unter- und zwischeneinander auseinanderzusetzen, wird die Dichotomie zwischen „dem“ Rassismus und „dem“ Antisemitismus ein weiteres Mal reproduziert.¹³

¹² Etwa von Glynis Cousin / Robert Fine, *A Common Cause. Reconnecting the Study of Racism and Antisemitism*, *European Societies*, 14 (2012), 2, S. 166–185; Ben Gidley / Brendan McGeever / David Feldman, *Labour and Antisemitism: a Crisis Misunderstood*, *The Political Quarterly*, 91 (2020), 2, S. 413–421; Dov Waxman / David Schraub / Adam Hosein, *Arguing about antisemitism: why we disagree about antisemitism, and what we can do about it*, *Ethnic and Racial Studies*, 45 (2022), 9, S. 1803–1824.

¹³ Weyand vermengt dabei die Auffassung, Antisemitismus sei eine Form von Rassismus, mit der ebenfalls bei postkolonialen Ansätzen anzutreffenden Sichtweise, Antisemitismus sei eine „Familiengeschichte“ zwischen Weißen und damit gerade kein genuiner Rassismus. Beide Positionen finden sich bereits bei Franz Fanon, *Schwarze Haut. Weiße Masken*, Frankfurt am Main 1985 [1952], auf den die Rede von der „Familiengeschichte“ (S. 84) zurückgeht. Die Konzeption der weißen Familiengeschichte wird von der Antisemitismusforschung zu Recht abgelehnt, wobei die stärkste Kritik aus einer intersektionalen Perspektive erfolgt: David Schraub, *White Jews: an Intersectional Approach*, *AJS Review*, 43 (2019), 2, S. 379–407.

Weyands zweiter Vorwurf an kolonialismuskritische Autor:innen lautet, sie würden die Shoah relativieren, weshalb er von ihnen als „den Relativierern“ (S. 52) spricht. Zwar wird auch hier zugestanden: „Relativierung ist nicht gleich Relativierung“ (S. 56). Allerdings nutzt Weyand diesen Befund nicht für eine semantische und pragmatische Analyse, die etwa die Unterschiede zwischen absoluter Verharmlosung und komparativer Abstandsverringerung herausarbeiten oder darauf reflektieren würde, welche performativen Effekte die Rede von „Relativierung“ hat, wenn nicht einmal Bundeskanzler Scholz willens bzw. in der Lage ist, zwischen Relativierung und Leugnung der Shoah zu unterscheiden.¹⁴ Stattdessen wird der Relativierungsvorwurf von Weyand relativistisch gewendet: Es sei ein „Unterschied ums Ganze“ (ebd.), ob die Singularitätsthese vor einem US-amerikanischen oder einem deutschen Erfahrungshintergrund kritisiert wird. Damit wird die Singularitätsthese um ihre universalistische Pointe gebracht. Weyands Überlegungen beruhen offenbar darauf, dass er mit dem deutschen Feuilleton davon ausgeht, kolonialismuskritische Ansätze würden die Shoah zu einem „Verbrechen unter anderen“ (S. 53) herabstufen. Hingegen verstehen Autor:innen wie Dirk Moses oder Jürgen Zimmerer die Shoah als Extremfall eines Massenverbrechens.¹⁵ Weyands Eintrag verdeutlicht, wie schwer es selbst Teilen der seriösen Antisemitismusforschung fällt, ein kultiviertes Gespräch mit kolonialismuskritischen Ansätzen zu führen.

Die in der Sparte „Positionen“ versammelten Profile von dreizehn verschiedenen Antisemitismusverständnissen sind wiederum allesamt ausgezeichnet und porträtieren die Ansätze von Hannah Arendt (Annette Vohwinkel), Max Horkheimer und Theodor W. Adorno

¹⁴ Nahostkonflikt: Olaf Scholz verurteilt Äußerungen von Mahmud Abbas, *Zeit Online*, 17. August 2022, [<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-08/felix-klein-antisemitismus-beauftragter-mahmud-abbas-holocaustrelativierung-olaf-scholz>].

¹⁵ A. Dirk Moses, *Nach dem Genozid. Grundlage für eine neue Erinnerungskultur*, Berlin 2023, S. 108, erklärt die Shoah zum „radikalsten Fall“ eines Sicherheitsverbrechens. Ähnliche Formulierungen finden sich auch in A. Dirk Moses, *The Problems of Genocide: Permanent Security and the Language of Transgression*, Cambridge 2021. Vgl. auch Jürgen Zimmerer, *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, Münster 2011.

(Jan Weyand), Jean-Paul Sartre (Uffa Jensen), Shulamit Volkov (Jan Weyand), Moïse Postone (Frank Engster), Detlev Claussen (Ingolf Seidel), Klaus Holz (Jan Weyand), Astrid Messerschmidt (Gottfried Kößler), Judith Butler (Hans-Joachim Hahn) und Monika Schwarz-Friesel (Uffa Jensen). Besondere Hervorhebung verdient, dass auch Autor:innen präsentiert werden, die in deutschsprachigen Arbeiten über Antisemitismus üblicherweise nicht vorkommen. So hat die Genozidforscherin Helen Fein, deren Ansatz Peter Ullrich vorstellt, bereits in den 1980er Jahren ein Antisemitismusverständnis vorgelegt, das eine Mehrebenenanalyse enthält. Zygmunt Bauman hat, wie Michael Kohlstruck deutlich macht, für Anti- und Philosemitismus einen gemeinsamen Oberbegriff entwickelt, den des Allosemismus, der darauf verweist, dass Jüdinnen:Juden in beiden Fällen Ambivalenz verkörpern. Jonathan Judaken, in dessen Arbeiten Stefanie Schüler-Springorum einführt, zieht schließlich aus den Diskontinuitäten eines über 2000 Jahre andauernden Negativverhältnisses die Konsequenz, den Begriff des Antisemitismus durch den der Judeophobie zu ersetzen, um auf diese Weise das wahnhaft Oszillieren zwischen Furcht und Faszination besser zu erfassen.

Im fünften und letzten Teil des Bandes widmet sich Peter Ullrich synthetisierend „Problemen der Begriffsbildung und Definition von Antisemitismus“. Er beginnt mit der Beobachtung, dass im Streit um Antisemitismusdefinitionen der Stellenwert von Wortlauten womöglich überschätzt wird. Damit bleibe unberücksichtigt, „dass die Anwendungspraxis sich sogar weitgehend von konkreten sprachlichen Inhalten entkoppeln lässt.“ (S. 194) Was im Definitionsstreit zumindest in Deutschland tendenziell abwesend ist, sind Einsichten der philosophischen Wissenschafts- und Erkenntnistheorie – eine Lücke, die Ullrich zu füllen beansprucht. Dazu werden zunächst fundierte Überlegungen zum sozialen Verwendungskontext von Begriffen, ihrer Umkämpftheit und der Definitionsmacht verschiedener Akteure sowie zu der Frage präsentiert, was Begriffe und Definitionen eigentlich sind und welche Gütekriterien an sie angelegt werden können. Ullrichs

zentrale Botschaft lautet hier, dass „high order concepts“, besonders voraussetzungsvolle Begriffe wie derjenige des Antisemitismus, immer eine „notwendige Vagheit“ (S. 213) besitzen, die an ihren Rändern zu Grenzfällen und damit zu Streit führen. Dies anzuerkennen, sei ein „oft noch überfälliger Schritt“ (ebd.).

Auf dieser Grundlage diskutiert Ullrich „acht Probleme der Begriffsbildung von Antisemitismus“. Erstens gebe es ein Bezeichnungsproblem, das sich etwa in der Frage manifestiert, anhand welcher Attribute verschiedene Antisemitismen typisiert werden. Zweitens stehe die Temporalität des Gegenstandes zur Debatte, also ob Antisemitismus nur moderne oder auch vormoderne Phänomene der Feindschaft gegenüber Jüdinnen:Juden umfasst, und falls letzteres, wie weit dann historisch zurückzugehen sei. Drittens existiere ein „Problem der Spezifität“, das heißt, ob und wie sich antisemitische Feindseligkeiten von solchen unterscheiden, die Jüdinnen:Juden aus anderen Gründen, wie etwa dem Kampf um Land im Nahostkonflikt, treffen. Viertens sei in der Forschung das „Zurechnungsproblem“ anzutreffen, ob Antisemitismus maßgeblich an Intentionen von Akteur:innen festgemacht werden sollte oder nicht. Ullrich kommt hier zu dem bemerkenswerten Befund, dass sowohl die IHRA-Definition als auch die JDA akteur:innenfixiert seien und nur das Nexus-Dokument systemische Wirkungen wie ungleiche Teilhabemöglichkeiten in den Blick nehme (S. 241). Fünftens gäbe es ein „Korrespondenz- bzw. Konstruktionsproblem“, das sich historisch an der Frage entzündet hat, ob das konkrete Verhalten von Jüdinnen:Juden Einfluss auf Antisemitismus habe. Sechstens konstatiert Ullrich ein „Substanzproblem“, das darum kreise, was Antisemitismus wesentlich ist. Hier hätten seine Überlegungen von der philosophischen Anthropologie profitieren können, in der diskutiert wird, ob die Unterschiede zwischen Menschen und anderen Tieren auch die menschliche Natur konstituieren, ob also der verschwörungstheoretische Exzess, der Antisemitismus von manchen (anderen) Rassismen unterscheidet, gleichbedeutend mit dessen Substanz ist. Siebtens existiere das „Er-

klärungsproblem“, wie Antisemitismus entsteht und vielleicht irgendwann auch wieder vergeht. Achters und letzters liege mit dem Einschnitt, den die Shoah auch für die Geschichte des Antisemitismus darstellt, ein weiteres Temporalitätsproblem vor.

Ullrichs Fazit lautet: „Historizität, Komplexität und Multiperspektivität sind die Grundlagen der beobachtbaren Vielfalt von Antisemitismusverständnissen. Diese Vielfalt kann entmutigen oder zum Ausgangspunkt eines möglichst produktiven Gesprächs genommen werden“ (S. 267). Genau hierin liegt der kaum zu überschätzende Wert des gesamten Bandes: Er schafft ein Problembewusstsein, das nicht entmutigt, sondern bereichert und zum Weiterdenken einlädt.

Gerhard Hanloser

Ideologische Leinwand? Die Präsentation jüdischer Erfahrung mit dem Nationalsozialismus im DEFA-Spielfilm

Rezensionsessay zu: Lisa Schoß, Von verschiedenen Standpunkten. Die Darstellung jüdischer Erfahrung im Film der DDR, Bertz + Fischer: Berlin 2023. 656 Seiten, € 43,00

Vorab

Man könnte meinen, die Welt der DEFA-Filme sei bereits ausgiebig gesichtet und analysiert worden. Schließlich wurde im Dezember 1998 von der Bundesregierung die DEFA-Stiftung gegründet. Stiftungsziel ist die Bewahrung des Kinoerbes der DDR. Auf YouTube lassen sich so nun dank der Stiftung einige ausgewählte Filme im Internet streamen. In der Schriftenreihe der Stiftung sind einige wichtige Sammelbände wie jener zu den Folgen des 11. SED-Plenums von 1965 erschienen.¹ Diesem kulturpolitisch bedeutenden Plenum folgte das Verbot einiger bis heute bekannter Filme wie *Spur der Steine* von Frank Beyer, die sich an Thematiken wagten, die eine erstarrte Kulturbürokratie nicht vertragen konnte. Auch nur leise Andeutungen, dass der sozialistische Staat Bedürfnisse einer neuen Generation nicht unter floskelhaften Bekenntnissen zu Aufbau, Sozialismus und Humanismus ersticken durfte, waren unstatthaft und wurden mit Zensur bedacht.

Nun ist eine äußerst materialreiche Monografie über die Darstellung jüdischer Erfahrung im Film der DDR herausgekommen. Das im

¹ Vgl. Andreas Kötzing / Ralf Schenk (Hg.), Verbotene Utopie. Die SED, die DEFA und das 11. Plenum, Berlin 2015.

Folgendes diskutierte Buch von Lisa Schoß *Von verschiedenen Standpunkten. Die Darstellung jüdischer Erfahrung im Film der DDR* nimmt sich dieser Thematik in aller Ausführlichkeit an, kann sich jedoch bereits auf eine Vielzahl von Analysen stützen.² Trotz der darin enthaltenen Differenzierungen vermögen diese Analysen oft nicht, die fetischisierte und von bundesrepublikanischen Bildern überwölbte DDR-Betrachtung zu korrigieren.³ Seit Antonia Grunenberg's populärwissenschaftlicher Abrechnung mit dem DDR-Antifaschismus als „Mythos“, seit der Debatte um die „roten Kapos“ von Buchenwald sowie einigen Veröffentlichungen zum Antisemitismus in der DDR gehören nicht nur Mauer und Stasi, sondern auch der angeblich „verordnete Antifaschismus“ zur schnell aufgesagten Negativbilanz des ersten sozialistischen deutschen Staates.⁴ Auch das von Angelika Timm so bezeichnete und angemessen geschilderte „gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel“ hat sich in der öffentlichen Meinung zu einem angeblich gestörten Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden im Allgemeinen ausgeweitet.⁵ Ein generalisierter Antisemitismusvorwurf gegenüber der DDR passt allzu gut zum anti-kommunistischen und totalitarismustheoretischen Bild der „beiden deutschen Diktaturen“.⁶

Daniela Dahn hatte schon 2019 auf die Kinoproduktion der DDR verwiesen und festgestellt, dass die „Behauptung, dass in der DDR Jüdinnen, Juden und Holocaust ein beschwiegene, unterdrücktes Thema waren, [...] vollkommen unhaltbar“ sei.⁷ Besondere Erwähnung verdienen hier das frühe Filmwerk *Affäre Blum* von Erich Engel

² Wichtige Schriften zum Thema stammen von Elke Schieber und Ralf Schenk; als Standardwerk kann gelten: Elizabeth Ward, *East German Film and the Holocaust*, New York / Oxford 2021.

³ Zur Dominanz westdeutscher Perspektiven in der DDR-Geschichtsschreibung und -Erzählung nach ihrem Ende vgl. Dirk Oschmann, *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023.

⁴ Antonia Grunenberg, *Antifaschismus – ein deutscher Mythos*, Reinke 1993.

⁵ Angelika Timm, *Hammer Zirkel Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*, Bonn 1997.

⁶ Thomas Haury, *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002; Jeffrey Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967–1989*, Göttingen 2019.

aus dem Jahre 1948, das im Genre des Kriminalfilms einen antisemitischen Justizskandal aus dem Jahre 1926 aufarbeitet. Bekannt ist auch die Frank Beyer-Verfilmung von Bruno Apitz' Roman *Nackt unter Wölfen* (1963) über die Rettung eines jüdischen Kindes im Konzentrationslager Buchenwald. *Professor Mamlock* (1961), ein Theaterstück von Friedrich Wolf, wurde durch dessen Sohn Konrad Wolf verfilmt. Der Film rückt das Schicksal einer jüdischen Arztfamilie während der faschistischen Machtergreifung ins Zentrum. *Jakob der Lügner* von 1974 spielt in einem osteuropäischen Ghetto und war eine Verfilmung des gleichnamigen Romans von Jurek Becker. Diese Filme dürften zumindest dem Namen nach einem breiteren Publikum bekannt sein. Gerne wird von affirmativ bundesrepublikanischer und antikommunistisch geprägter Seite vergessen, dass nicht wenige jüdische Kommunistinnen und Kommunisten die DDR als ihren Staat begriffen und dort im privilegierten Rahmen ihre Themen, Ansichten und Interessen durchsetzten. Mit Blick auf die Sowjetische Besatzungszone ist mit dem Historiker und Dokumentarfilmer Günter Jordan zu konstatieren, dass dort in den ersten Nachkriegsjahren von Jüdinnen und Juden sowie jüdischer Erfahrung „in Wort und Bild so viel die Rede“ gewesen sei, „wie Jahrzehnte danach nicht“ mehr.⁸ Dank ideologischer Verdrängungsleistungen im vereinigten Deutschland über sah man gezielt, dass die zuvor in der DDR lebenden und deren Ausgestaltung aktiv tragenden Jüdinnen und Juden sich dabei mit deutlich weniger faschistischen Kontinuitäten herumzuschlagen hatten. Waren jüdische Stimmen in der BRD lange zum Schweigen über die Nazi-Täter verurteilt und durften an der Verdrängung sowie der verweiger ten Aufarbeitung der faschistischen Massenverbrechen nicht kratzen, so konnten jüdische Stimmen in der DDR vor dem Hintergrund des antifaschistischen Staatsbekenntnisses ihre Erfahrungen durchaus,

⁷ Daniela Dahn, *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung*, Hamburg 2019, S. 157.

⁸ David Jordan, *Davidstern und roter Winkel. Das jüdische Thema in DEFA-Wochenschau und –Dokumentarfilm 1946–48; DEFA und Holocaust. Drei Dokumente und ein P. S.*, in: *apropos: Film 2002 – Das Jahrbuch der DEFA-Stiftung*, Berlin 2002, S. 29.

wenn auch in limitiertem, vorgegebenem und stets bedrohtem Rahmen, artikulieren.

Lisa Schoß' Darstellung jüdischer Erfahrung im DEFA-Film

Das Buch von Lisa Schoß, bei dem es sich um eine Dissertation handelt, macht auf die Präsenz des antifaschistischen Ethos im DEFA-Film in eindrucksvoller Weise aufmerksam, zuweilen gegen die Intention und Darstellung der Autorin. Das Buch hat fünf Kapitel: Das erste umfasst die Zeitspanne von 1946 bis 1949, also bis zur Gründung der DDR. Das zweite ist mit „ideologische Leinwand“ überschrieben und stellt Filme bis 1958 vor. Die Jahre 1959 bis 1970 beschreibt die Autorin als zwischen Ideologieproduktion und ernsthafter Erinnerungsarbeit zerrissen im dritten Kapitel. Das vierte Kapitel geht der Präsentation des „Jüdischen“ im Fernsehen in den Jahren 1958 bis 1990, also bis zum Ende der DDR, nach. In einem letzten Kapitel macht sie auf Außenseiterinnen und Außenseiter im antifaschistischen DDR-Film aufmerksam, deren Filme vornehmlich in den 1980er Jahren zu sehen waren.

Lisa Schoß ist Tochter des ehemaligen DDR-Schauspielers Gunter Schoß. Dieser übernahm die Titelrolle im Holocaust-Vierteiler *Die Bilder des Zeugen Schattmann*, dessen Darstellung und Analyse auch prominenten Platz in der Dissertation beanspruchen darf. Die biografische Verstrickung wird von der Autorin reflektiert. Ihr Anliegen ist das Hinterfragen eindeutig negativer Urteile über die DDR wie die Diagnose eines „verordneten Antifaschismus“. Dagegen macht sie auf den Eigensinn überzeugter Antifaschisten, jüdischer Überlebender wie Exilanten aufmerksam, die ihre Erfahrung als Kulturschaffende und Verantwortliche in der Politik der DDR in den neuen sozialistischen Staat einspeisen wollten.⁹

⁹ Hier ist das generische Maskulinum zutreffend, schließlich treten im Sinne des Feststellens von gesellschaftlicher Dominanz in der Realgeschichte, die Lisa Schoß schreibt, fast nur Regisseure oder männliche DEFA-Verantwortliche auf. Im letzten Kapitel geht Schoß dem außergewöhnlichen Film „Die Schauspielerin“ von 1988 nach. Das Szenarium stammte von Regine Kühn, die Dramaturgie lag in den Händen von Erika Richter, die Romanvorlage stammt von

Das Buch von Schoß beginnt mit der Präsentation eines Briefs von Peter Edel aus dem Jahre 1982. Dem Auschwitz-Überlebenden misst Schoß berechtigterweise eine große Bedeutung zu. Der vierteilige TV Spielfilm *Die Bilder des Zeugen Schattmann* (1972) beruht auf dem gleichnamigen autobiografischen Roman von Peter Edel. Den Rahmen des Films bildet der sogenannte Globke-Prozess und das Schicksal deutscher Jüdinnen und Juden sowie von Antifaschistinnen und Antifaschisten während der Deportationen und des Holocaust in den Jahren 1942 und 1943.¹⁰ Der erwähnte Brief ist im freundschaftlich-genossenschaftlichen Ton gehalten und an den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Fernsehen in der DDR gerichtet. Darin beschwört Edel, man möge den Film zehn Jahre nach seiner Fertigstellung unbedingt wieder zeigen: „[...] diejenigen, zu denen ich mich zähle, werden tagtäglich weniger und weniger“.¹¹ Darum und weil er in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ein mangelndes historisches Bewusstsein erlebt habe, müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, um gegen das Vergessen anzugehen. Edel konnte sich bei diesem Appell auf das ungebrochene Selbstverständnis der DDR beziehen: Erziehung zum Antifaschismus.

Schoß erkennt im Gegensatz zu denunziatorisch gestimmten bis systematisch negativ akzentuierte Einseitigkeiten produzierenden Historikern der DDR-Gesellschaft wie Stefan Wolle oder Ilko-Sascha Kowalczuk an, dass es einer historischen Verzerrung gleichkommt, jede Debatte, Diskussion und kulturelle Leistung in der DDR als „Legitimationsideologie“ einer „Diktatur“ zu labeln. So wird im drit-

Hedda Zinner. Schoß beschreibt sehr eindrucksvoll und nachvollziehbar, wie dieser Film Frauen und Jüdisch-sein im Künstler*innenmilieu der 1930er Jahre darstellt.

¹⁰ Als Globke-Prozess wird das Strafverfahren gegen den Chef des Bundeskanzleramts Hans Globke bezeichnet, das im Juli 1963 vor dem Obersten Gericht der DDR stattfand. Nach einem zweiwöchigen Prozess wurde Globke am 23. Juli 1963 in Abwesenheit wegen seiner Beteiligung an der antisemitischen Gesetzgebung des NS-Regimes als Ministerialrat im Reichsinnenministerium und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt (nach Wikipedia).

¹¹ Lisa Schoß, Von verschiedenen Standpunkten. Die Darstellung jüdischer Erfahrung im Film der DDR, Berlin 2023, S. 11 f.

ten Kapitel unter der Überschrift „Im Spannungsfeld von Kampagnen und Erinnerungsarbeit (1959–1970)“ das Filmwerk von Konrad Wolf, dessen Vater Friedrich Wolf mit dem Judentum groß geworden und Kommunist war, gewürdigt. Korrekt beschreibt Schoß, dass für Konrad Wolf Deutschland „kein Land der Sehnsucht oder Neigung [gewesen sei], sondern das Land der Faschisten, das seine Familie vertrieben, das seinem Land, der Sowjetunion, seinen Leuten, mit denen er dort aufgewachsen war, schweres Leid zugefügt hatte“.¹² Wolfs Filme begleite die Frage an jene Deutschen, die opportunistisch mitmachten, woher ihre Bereitschaft zum Antihumanismus rührte. Sie durchziehe Wolfs Filme: von *Sterne* aus dem Jahr 1959 über *Professor Mamlock* von 1961 und sein autobiografisches Werk *Ich war neunzehn* (1968) bis zu dem satirisch-tragischen Künstlerfilm *Der nackte Mann auf dem Sportplatz* (1974).

Sein sechster Film *Sterne* war eine bulgarisch-deutsche Koproduktion und behandelte die Themen Schuld, Verantwortung, Konformismus und Widerstand, eingewoben in die Dramaturgie einer Liebesgeschichte zwischen der Jüdin Ruth und dem deutschen Unteroffizier Walter. Ruth tritt Walter anfangs deutlich entgegen: „Ihr seid keine Menschen [...]. Alle Deutschen sind Wölfe.“¹³ Walter erscheint als Ausnahme, Ruth sieht ihn im weiteren Verlauf der Handlung als einen „verdrehten, komischen, guten Menschen“ – keinen typischen Deutschen. Trotzdem scheitern seine Anstrengungen, sie zu retten. Nach dem Abtransport stellt Walter einem Partisanenverbindungsmanne namens Petko die wenig zweideutige Frage „Ihr braucht Waffen?“. Mit dieser Frage nimmt der Film schlagartig eine Wendung ins Politisch-Antifaschistische, die schließlich auch die Melodramatik weiter Teile des Films überblendet und aufhebt. Damit erweist sich der Film *Sterne* als dramatisch wie ästhetisch weit anspruchsvoller als andere DEFA-Klassiker. Der Ende der 1950er gedrehte Film ist der erste deutsche Film, der sich mit der Verantwortlichkeit der Deutschen für den Ho-

¹² Ebd., S. 351.

¹³ Ebd., S. 354.

locast auseinandersetzt. So behandelten bereits frühere Filme, beispielsweise der Film *Ehe im Schatten* von 1947, die Verfolgung und drohende Deportation deutscher Jüdinnen und Juden, jedoch nicht den sich anschließenden Holocaust. *Ehe im Schatten* ist weitgehend in einer sentimental UFA-Ästhetik gehalten und lässt die Frage der Verantwortung fast vollständig außen vor. Ästhetisch wie inhaltlich ist *Sterne* deswegen bahnbrechend. Lisa Schoß würdigt den Film von Konrad Wolf, kommt aber nicht umhin, angesichts der Partisanen-Schlusszene über „Sühne“ und „Abbitte“ als tragende Motive dieser dramaturgischen Wendung zu spekulieren. Sie nimmt damit dem Film nicht nur die politische Stoßkraft, sondern dichtet ihm eine ideologische Entlastungsfunktion an. Unverständlich bleibt, warum Schoß die Annahme, dass die „Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung [im Film *Sterne*, Anm. G. H.] nur von untergeordneter Rolle“ seien, überhaupt für diskussionswürdig hält.¹⁴ Eine solche Interpretation ist schlicht von ideologisch-antikommunistischer Erfahrungsresistenz geprägt. Tatsächlich beginnt der Film von Wolf gleich mit dem dann leitmotivisch wirkenden jiddischen Lied „S'brent!“ von Mordechai Gebirtig. Ebenso ist die Lagerhaft in Bulgarien, wo der Film im Herbst 1943 spielt, realistisch in Szene gesetzt. Schoß weist selbst darauf hin, dass in dem Film nicht nur auf Deutsch, Bulgarisch, Griechisch, sondern auch in Ladino, einer fast verschwundenen Sprache der sephardischen Jüdinnen und Juden gesprochen wird.

Die Bundesrepublik versuchte damals, die Aufführung des Films in Cannes zu verhindern. Ein Skandal, der viel über die postfaschistische BRD sagt und von Schoß lediglich beiläufig in einer Fußnote erwähnt wird.¹⁵

An mehreren Stellen sind Gewichtung und Urteile der Wissenschaftlerin fragwürdig. So würdigt Schoß die erste und letzte Folge von *Schattmann*, weil darin lange und ausführlich deutsch-jüdische Lebenswelten am Vorabend ihrer Auslöschung durch die Nazis ge-

¹⁴ Ebd., S. 356.

¹⁵ Ebd., S. 361 Fußnote 639.

zeigt werden und ein bewegender Auschwitzbesuch die Filmserie beendet. Wesentliche und ebenfalls beeindruckende Szenen des zweiten und dritten Teils der Serie unterschlägt die Autorin jedoch oder fokussiert auf Elemente, die sie nur als „propagandistisch“ zu werten weiß. Teil zwei von *Schattmann* zeigt die systematische Entrechtung von Jüdinnen und Juden. Außerdem werden in einer Szene die Folgen der Pseudo-„Rassenlehre“ auf die Psyche und Identität eines jüdischen Kindes in einer verblüffend kenntnisreichen Weise dargestellt, die an Frantz Fanons *Schwarze Haut, weiße Maske* oder Jean-Paul Sartres *Überlegungen zur Judenfrage* erinnert.¹⁶ Auch die Präsentation eines Originalflugblatts der *Roten Fahne* zum Novemberpogrom 1938 ist mehr als kommunistische Selbstbeweihräucherung. Es zeigt, dass die KPD noch aus der Illegalität heraus versuchte, der antisemitischen Hetze aufklärerisch und agitatorisch zu begegnen. Diese Filmszene könnte das perpetuierte Gerüchte, wonach die KPD und die *Rote Fahne* sich eines spezifischen und wirkmächtigen Antisemitismus bedient hätten, noch heute konterkarieren.

Der Film *Lebende Ware* von Wolfgang Luderer kam 1966 in die Kinos der DDR. Es ist ein Film, der die Enteignung und Deportation der jüdischen Bevölkerung Ungarns nach dem Einmarsch deutscher Truppen 1944 zum Thema hat. Der aus einer jüdischen Familie stammende kommunistische Jurist und Autor der „Braunbücher“ Friedrich Kaul zeichnete für die Aufbereitung des Stoffes verantwortlich.¹⁷ Mit *Lebende Ware* machte der 1981 verstorbene Autor darauf aufmerksam, dass der SS-Obersturmbannführer Kurt Andreas Ernst Becher nach dem Krieg eine ungebrochene Karriere als Bremer Kaufmann vorzuweisen hatte.

¹⁶ Frantz Fanon, *Schwarze Haut, weiße Masken*, Frankfurt a. M. 1980; Jean-Paul Sartre, *Überlegungen zur Judenfrage*, Reinbek 1994.

¹⁷ Vgl. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.), *Braunbuch. Kriegs- und Nazi-verbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft*, Berlin 1965.

Der Film orientiert sich an historischen Tatsachen. Er nimmt mit Eichmann und Becher zwei Nazi-Täter in den Fokus: den ideologisch verblendeten und bürokratisch korrekt vorgehenden, der Endlösung verpflichteten Faschisten, wie den um seinen eigenen Vorteil bedachten, skrupellosen Geschäftsmann. Becher zeigte sich nämlich ob des eigenen Vorteils bereit, einige Jüdinnen und Juden gegen Geld und Sachwerte aus Budapest entkommen zu lassen. Es kam zu Gesprächen und Verhandlungen mit dem ungarischen Judenrat, in dem wichtige, als bürgerlich gezeichnete Protagonisten für einen Freikauf plädierten.

Den DEFA-Verantwortlichen war in ihrem (volks-)pädagogisierenden Eifer durchaus bewusst, dass hier bei all zu viel historischem Realismus eine gewisse Problematik auftauchen könnte und antisemitische Vorurteile bedient werden könnten. In einem Exposee zum Drehbuch ermahnten sie sich selbst, „große Vorsicht“ walten zu lassen, „damit sich die Gewichte nicht zu sehr nach der antijüdischen Seite verschieben. Da der Film als Spielfilm gedacht ist und nicht als reine Dokumentation, bleiben erhebliche dramaturgische Möglichkeiten, diese Gefahr zu vermeiden.“¹⁸

Schoß wundert sich in ihrer Auseinandersetzung mit dem Film, dass die Filmemacher diesen politischen Selbstregulierungen nicht nachgekommen seien. Bei genauer Betrachtung bedient sich der Film aber in keiner Weise antisemitischer Symbolik. Es gibt beispielsweise keine demagogische Verzeichnung der enteigneten jüdischen Unternehmer, stattdessen werden neutrale und halbwegs empathische Zuschauende in die Lage versetzt, mit dem vertriebenen Ferenc Chorin, dem ungarisch-jüdischen Fabrikbesitzer, und seiner Familie mitzufühlen. Damit sind die Filmemacher abgerückt von der in den 1930er Jahre häufig im kommunistischen Milieu vertretenen Einstellung, wonach man „beschnittene wie unbeschnittene Kapitalisten“ als Klassenfeind betrachtete. Ebenso wird angesichts dessen, dass die Machtstellung des Judenvernichters Eichmann im polykratischen NS-System im Film bestens herausgearbeitet wird, nochmal deutlich, dass auch ein privilegierter

¹⁸ Zitiert nach Schoß, Von verschiedenen Standpunkten (wie Anm. 11), S. 248.

Status und eine gehobene Klassenherkunft Jüdinnen und Juden nicht vor ihrem Schicksal retten konnten. Schoß dreht diese Darstellung im Film geradezu um und behauptet, dass der Film die Geschehnisse so präsentiere, „dass der Eindruck entsteht, Geld und sozialer Status seien ausschlaggebend bei der Frage gewesen, wer zum Opfer der Mordpolitik der Deutschen wurde.“¹⁹ Eine kuriose Behauptung, die durch den Film selbst und seine Dramaturgie nicht gedeckt ist. Genauso wenig nachvollziehen lässt sich, dass Schoß in dem Film eine „Anti-Israel-Facette“ erkannt haben mag und etwas raunend meint, als „Kampagnenfilm“ zeige er nicht nur in Richtung Bundesrepublik, sondern „verdeckt auch nach Israel“.²⁰ Von Israel ist jedoch überhaupt keine Rede, auch der Zionismus spielt keine Rolle im Film. Im Judenrat, dessen Darstellung selbst Schoß eine große Differenziertheit attestieren muss, äußert sich der Sympathieträger, der für Widerstand plädiert und einen Kuhhandel mit den Deutschen ablehnt, auch positiv zu der Option einer Ausreise nach Palästina, ist folglich kein Antizionist. Dr. Rezsö Kasztner, der mit den Deutschen paktierende Vertreter des Budapester Judenrates, ist ein Getriebener, an keiner Stelle ist er handlungsmächtig, sondern bleibt in Abhängigkeit zu dem SS-Obersturmbannführer Becher. Von einer filmisch umgesetzten Gleichrangigkeit der Täterschaft, die Schoß sehen will und darin eine antijüdische Anmaßung vermutet, kann keine Rede sein.

So sieht auch Elizabeth Ward in ihrer ausführlichen Analyse des Films keine direkte wie indirekte Anspielung auf Israel, der Film folge nicht den Logiken antizionistisch-antisemitischer SED-Kampagnen, wie man sie aus den frühen 1950er Jahren kennt. Sie betont im Gegensatz zu Lisa Schoß auch, dass die Zentralität der jüdischen Opfer in diesem Film uns daran erinnern würde, dass selbst während der aufgepeitschten politischen Stimmung zur Zeit des 11. Plenums des ZK der SED die Darstellung der Verfolgung der Jüdinnen und Juden

¹⁹ Ebd., S. 245.

²⁰ Ebd., S. 239.

nicht aus der Kulturproduktion ausgeschlossen wurde.²¹ Außerdem macht Ward auf einen interessanten Streit zwischen Kaul und den ungarischen Behörden aufmerksam: Letztere wollten als Koproduzenten das jüdische Thema nicht in den Mittelpunkt gerückt sehen und hätten gerne die ungarische Nation als Ganze zum Opfer des deutschen Faschismus erhoben. Kaul lehnte das ab. Ward resümiert:

Firstly, *Lebende Ware* demonstrates the ability of East German filmmakers to discuss Jewish persecution without recourse to an antifascist narrative, even in the aftermath of the Eleventh Plenum. Secondly, behind the scenes discussions reveal the extent to which DEFA was willing to defend the place of Jews as victims of National Socialism, even when this placed them in direct conflict with their production partner.²²

Neben der sehr pauschalen und nicht nachvollziehbaren Kritik an *Lebende Ware* arbeitet sich Schoß auch an der Person Friedrich Kaul ab, der eine Vielzahl von personellen Kontinuitäten der BRD-Eliten zum NS-Faschismus offengelegt hat. Sie benutzt dabei wiederholt und wenig nachvollziehbar die der Extremismusforschung entstammende Verfassungsschutzvokabel „Radikalisierung“, wenn sie dessen Intentionen zu beschreiben versucht, und entwürdigt so das antifaschistische Lebenswerk von Kaul, das sicherlich auch autoritäre und dogmatische Züge aufwies.

Insgesamt ist allerdings unbestreitbar, dass viele der besprochenen DEFA-Filme einen klaren propagandistischen Zuschnitt haben. So diente beispielsweise der Globke-Prozess, den die DDR gegen Adenauers Staatssekretär mit Nazivergangenheit anstrebte, als Rahmung der *Schattmann*-Serie. Und auch das Herausschälen der personellen und strukturellen Kontinuitäten der BRD zum „Dritten Reich“ gestaltet sich in den Filmen zuweilen überdeutlich und damit propagandistisch.²³ Dies war allerdings auch so gewollt, da Agitation und

²¹ Ward, *East German Film and the Holocaust* (wie Anm. 2), S. 110.

²² Ebd., S. 105.

²³ Ein in dieser Hinsicht interessanter Film ist *Roman einer jungen Ehe* aus dem Jahre 1952. Kurt Maetzig schien sich für diesen Film im Nachhinein zu schämen. Der Film thematisiert zwar u. a. das ungebrochene Wirken von Veit Harlan, des Regisseurs des NS-Propagandafilms

Propaganda im sozialistischen und antifaschistischen Selbstverständnis des DDR-Staats als notwendig und wünschenswert erachtet wurde. Schoß operiert in ihrer Arbeit zuweilen mit einem Ideologiebegriff, der Ideologie nur in dieser Agit-Prop-Gestalt zu erkennen vermag, wenn Filme also ein klares Bekenntnis zu Antifaschismus, Sozialismus oder zur DDR aufweisen. Damit ist sie außerstande, Ideologieproduktion im weiteren Feld filmischer Produktion in den Blick zu bekommen.

In weiten Teilen ihrer Arbeit verweist sie jene Versuche, eine anti-kapitalistische Bildsprache zu finden, ungeprüft in den Bereich des „Ideologischen“ – eine beispielsweise auch bei Elizabeth Ward und anderen Filmanalysikerinnen und -analytikern anzutreffende Haltung. Auf einen Maßstab, was gelungen gewählte oder ideologisch verzeichnende bildsprachliche Mittel sein könnten, wird ebenso verzichtet wie auf die Frage, inwieweit eine kapitalismuskritisch unterfütterte Darstellung des Nationalsozialismus wirklichkeitsadäquat oder -verzerrend ist.²⁴

Jud Süß in der Westzone und späteren BRD, der hier Hartmann heißt. Insgesamt ist der Film aber mit gigantomanischen Gesangseinlagen und Aufzügen zur Einweihung der Stinallee, dem pathosgeschwängerten Rezitieren von Gedichten auf Stalin, einer naiv-gläubigen Protagonistin, die sich für den so antifaschistischen wie moralisch sauberen Osten entscheidet, nicht nur ein Propagandafilm, sondern auch ein Film über Propaganda. Unbewusst wirkt er decouvrierend und zeigt die ins Autoritär-Irrationale gehende stalinistische Kulturpolitik der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR.

²⁴ Die wichtige Rolle deutscher Unternehmer und Kapitalfraktionen beim Aufstieg und zur Machtkonsolidierung des Nazismus zeigt beispielsweise: Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007. In wesentlichen Schriften zur Filmanalyse scheint dieses Verhältnis nicht angemessen rezipiert worden zu sein; das betrifft sowohl Lisa Schoß, der eine kapitalismuskritische Darstellung des NS-Faschismus als „ideologisch“ erscheint, wie auch die Filmanalysen von Elizabeth Ward, wenn sie über die DEFA-Filme schreibt, dass deren politische Rahmung die „religiöse Verfolgung“ der Jüdinnen und Juden unter eine Kritik des Kapitalismus subsumiere („[...] the imposition of an overt political framework ultimately subsumes religious persecution within a critique of capitalism.“). Ward, *East German Film and the Holocaust* (wie Anm. 2), S. 111. Tatsächlich wurden Jüdinnen und Juden aufgrund des NS-Rassenantisemitismus verfolgt und vernichtet, der seine Erlösungsphantasien wissenschaftlich drapierte. In die Verfolgungs- und Vernichtungspraxis ragten kapitalistische Profit- und (kriegswirtschaftliche) Nützlichkeitsabwägungen, die wiederum den Handlungsrahmen der Akteure bestimmten. Die Verfolgung der Juden als „religiös“ motiviert einzuordnen, geht vollkommen fehl.

Der gleiche Einspruch müsste gegenüber dem Thema „Israel“ bzw. „Zionismus“ geltend gemacht werden. So wenig geleugnet werden kann, dass einige antifaschistische DEFA-Filme eine antizionistische Botschaft transportieren, so unklar ist Ausmaß, Qualität wie Sinn dieser Botschaften. In Schoß' Diskussion dieser Problematik wird nicht mehr zwischen dem antisemitischen Kampagnen-Antizionismus, der wohl mit dem Slánský-Prozess 1952 in Prag seinen Höhepunkt fand und auch in die DDR ausstrahlte, auf der einen Seite, und einem kommunistischen Antizionismus des frühen 20. Jahrhunderts, der auch die 1930er und 1940er Jahre überdauerte, auf der anderen Seite unterschieden.²⁵ Natürlich war die kommunistische Antwort auf die faschistische Gefahr eine andere als jene der zionistischen Organisationen. Einige DEFA-Filme versuchen dies zu thematisieren.

Der mehrteilige Film *Hotel Polan und seine Gäste* von 1982 fußt auf den Lebenserinnerungen des DDR-Schriftstellers Jan Koplowitz. Mit dem Protagonisten Peter, dem jüngsten Sohn der Polans, wird hier einem deutschen, nicht-jüdischen Massenpublikum ein jüdischer Kommunist gezeigt, der sich schmerzhaft von seiner jüdischen und im Lager des Unternehmertums stehenden Familie lossagt. Sowohl orthodoxes Judentum wie auch moderner Zionismus werden von Peter verworfen. Dennoch verteidigt er gegenüber seinen Genossen die jüdische Lebenswelt, der er entstammt. Gegen den Rationalismus und die Vorurteile seiner Genossinnen und Genossen verteidigt er sogar den „Wunderrabbi“, der ein geschätzter Gast des Familienhotels im Herzheilbad Grenzbrunn ist. In einer entscheidenden Stelle erklärt Peter seinem kommunistischen Freund: „Die meisten Juden sind arm – ob im Osten oder in New York, diejenigen, die hierherkommen, haben sich nur hochgestrampelt“.²⁶ Peters Großvater ist ein böhmischer

²⁵ In diesem Schauprozess wurden im Jahre 1952 in Prag 14 Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ), darunter elf Juden, angeklagt und verurteilt. Ihnen wurde eine „trotzkistisch-titoistisch-zionistische“ Verschwörung unterstellt. In der DDR gab es zur gleichen Zeit mit abgeschwächter antisemitischer Rhetorik den Prozess und Parteiauschluss gegen Paul Merker, dem ebenfalls „Zionismus“ und Agententätigkeit unterstellt wurde.

²⁶ Siehe: *Hotel Polan und seine Gäste* (1982, Regie: Horst Seemann).

scher Humanist, hat eine bürgerlich-revolutionäre Vergangenheit im Kampf gegen die Österreichisch-Ungarische Monarchie vorzuweisen und rettet seine Gäste 1914, die als „feindliche Ausländer“ markiert werden, vor dem Internierungslager, indem er sie gegen jede ökonomische Vernunft im Hotel logieren lässt. Die Schlusszene des Films, die auf die Vergasung von Esther, der Mutter von Peter in Auschwitz verweist, ist in ihrer Dramatik mit dem Ende der Holocaust-Komödie *Zug des Lebens* (1998) vergleichbar.

In einer Szene treten mit deutlich unsympathischen Charakterzügen versehene, um Geld für Palästina bettelnde „Zionisten“ auf, die noch dazu mit Schläfenlocken versehen wurden. Die Szene ist eindeutig antisemitisch. Aber aus einer Szene mit antisemitischer Bildsprache wird noch kein antisemitischer Film. Ein Handgemenge zwischen zionistischen jüdischen Protagonisten und dem Kommunisten Peter folgt einem eher harmlosen Slapstik-Humor; von den als Zionisten dargestellten Personen geht keinerlei Gefahr für den Sympathieträger des Films aus. Sie sind Brüder in einer politischen Gegnerschaft, aber keine Feinde, die dem anderen die jeweilige Existenz absprechen. Eine Vielzahl von Darstellungen jüdischen Alltags und seiner Thematisierung, wie beispielsweise der Beschneidung Peters, entziehen sich antijüdischen Klischees, wirken regelrecht anti-antisemitisch. Der Neid der deutsch-nationalen Honoratioren vor Ort auf den bescheidenen und stets bedrohten Wohlstand der Hotelbesitzer wird deutlich extrapoliert. Die brutale Gewalt der Nazis, die schließlich jener Neidstruktur praktische Durchsetzung verleiht, erfährt am Ende des Mehrteilers eine dramatische Sichtbarkeit.

Der Autor Koplowitz ebenso wie der Dramaturg Günther Rucker distanzieren sich nachträglich von dem Vierteiler, seitdem gilt der Film mindestens als problematisch. Schoß nimmt sogar die Zuspitzung vor, dass er „mit einer antisemitischen Grammatik operierte“.²⁷ Leider verpasst sie es, dieses harte Urteil an den Szenen selbst nachzuweisen. Sie ist in der Betrachtung tatsächlicher oder vermeintlicher anti-

²⁷ Schoß, Von verschiedenen Standpunkten (wie Anm. 11), S. 486.

zionistischer Botschaften in DEFA-Filmen stark geprägt von einer oft interessengeleiteten Historiografie, die dazu neigt, Antizionismus und Antisemitismus gleichzusetzen. Hier ist sie um wenig Differenzierung bemüht, die bei diesem Thema in besonderer Weise vonnöten wäre. Würde man *Hotel Polan und seine Gäste* mit einer Vielzahl von internationalen Filmen vergleichen, die Bilder des orthodoxen (Ost-)Judentums zeigen, von *Die Abenteuer des Rabbi Jacob* (1973) mit Louis de Funès bis zu der vielgelobten, allerdings sehr binär gestalteten Netflix-Miniserie *Unorthodox*, käme man zu dem Ergebnis, dass *Hotel Polan* ein weit differenzierteres, realistischeres und auch sympathischeres Bild des orthodoxen Judentums entwirft. Im letzten Teil der Serie lernt das DDR-Publikum sogar den tief erschütterten Glauben deutsch-national eingestellter Juden kennen, die als Dauer-gäste des Hotels vom Entzug aller bürgerlichen Rechte durch die nazistische Politik erfahren. Dies ist eindrucksvoll in Szene gesetzt und konnte ob der Dramaturgie nur – offensichtlich auch gewünschte – Mitleidseffekte beim Publikum auslösen.

*

Es wäre ein lohnendes Unterfangen, die Filme und ihre Bearbeitung der Themen Antisemitismus und deutsche Nazivergangenheit mit den in der DDR jeweils zeitgenössisch geführten Debatten über den Faschismus und die Präsentation deutscher Geschichte systematisch zu vergleichen. Der führende Kulturfunktionär Johannes R. Becher wollte vor der Staatsgründung 1949 die Hand weit in Richtung national eingestelltem Bürgertum ausstrecken. Andere sozialistische Intellektuelle zeigten sich davon wenig begeistert. Die Auseinandersetzung mit der Frage, wie es zum Faschismus hat kommen können, gestaltete sich unter Sozialist*innen, Marxist*innen und Kommunist*innen der Ostzone nach Kriegsende zuweilen durchaus ambitioniert. Schließlich wurde bereits zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone in der ab 1945 erschienenen kulturpolitischen Monatsschrift *Aufbau*, später

in *Sinn und Form*, über mentale, kulturelle, philosophische und intellektuelle Hintergründe des deutschen Faschismus diskutiert.

Wenn selbst in dem oftmals als kitschig-melodramatisch abgetanen Kurt-Maetzig-Werk *Ehe im Schatten*, der vor Staatsgründung gedreht wurde, diverse Hinweise auf die Philosophie Nietzsches auftauchen, so entspricht dies durchaus Diskussionen in zeitgenössischen kulturpolitischen Organen, deutsche Mentalitäten und eine Geistesgeschichte, die zum Faschismus führte, auszuloten. Der Film ist nach der Novelle *Es wird schon nicht so schlimm* gedreht, in der Hans Schweikart das tragische Schicksal seines Freundes, des Schauspielers Joachim Gottschalk, nachzeichnete, und spielt in einem bürgerlichen, wenig bohèmehaften Künstlermilieu. Im Film wirbt der Nazi Dr. Herbert Blohm um die jüdische Schauspielerin Elisabeth. Blohm ist erfüllt vom Glauben an den „Willen zur Macht“, der sich in schlichten Karrierismus und opportuner Parteimitgliedschaft umsetzt, was wiederum Elisabeth zum persönlichen Bruch mit diesem motiviert. Blohm erscheint mit Nietzsche im Gepäck als aggressiver, wenn nicht sogar herrschsüchtiger Vertreter des deutschen Nationalcharakters. Solche Erörterungen und Überlegungen, dass kulturell bedingte Mentalitäten oder ein bestimmter Nationalcharakter zum NS führten, gab es am Rande des sozialistischen Intellektuellen-Milieus der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR mit kommunistischen Glaubenssätzen haben sie wenig gemein. *Ehe im Schatten* ist frei von sozialistischen oder marxistischen Annahmen und präsentiert eine moralische Botschaft in Hinsicht auf persönliche Charakterfragen. Der Film kulminiert nicht nur im reichlich verkitscht dargestellten Suizid, sondern lebt von der klaren und unversöhnlichen Botschaft an Nazi-Mitläufer wie NS-Täter. Er rückt passive und indifferente Zuschauende und folgsame Beamtinnen wie Beamte ins Bild und hat als Höhepunkt die Konfrontation zwischen Hans, dem Ehemann Elisabeths, und Blohm, dem opportunistischen Nazi und Nietzsche-Anhänger. Zwischen beiden kann es kein Einvernehmen geben. Der Protagonist

und Sympathieträger Hans rückt nicht davon ab, ihn als verantwortlichen Täter zu bezeichnen.

„Was für ein Kitsch“,²⁸ so soll sich Bertolt Brecht über den Film geäußert haben. Immerhin konnte diese frühe antifaschistische Tragödie circa zehn Millionen Zuschauer erreichen. Der Film entstammt einer Periode, bevor Stalin persönlich bei einem Treffen mit Mitgliedern des ZK der SED im März 1948 verfügte, dass es doch Zeit sei, die Trennungslinie zwischen ehemaligen Nazis und Nicht-Nazis aufzuheben – was letztlich jedoch in keiner DEFA-Produktion befolgt wurde.

Ein weiteres Filmbeispiel, in dem charakterliche Dispositionen stärker mit Klassenfragen kombiniert verhandelt werden, ist die Chronik einer deutschen Arbeiterfamilie, der zweite Film von Kurt Maetzig. Der Film *Die Buntkarierten* von 1949 zeichnet die Verführbarkeit des Sohnes der proletarischen Hauptprotagonistin Guste angesichts von Elend und Arbeitslosigkeit nach. Dieser bereichert sich am Eigentum des deportierten jüdischen Nachbarn Lewin. Doch Guste, die proletarisch-kleinbürgerliche Mutter, ist Antipode und bleibt standhaft solidarisch. Sie empört sich öffentlich und in einer Bombennacht ruft sie offen für das aktive Eintreten gegen den Krieg auf. Sie tritt als ungebrochene Sympathieträgerin im Film auf. Das besinnungslose wie jede Moral abstreifende Mitmachen, auch im Arbeitermilieu, wird angeklagt.

Der dritte, monumentale Maetzig-Film über den Faschismus, dessen Drehbuch Friedrich Wolf verfasst hat, *Der Rat der Götter* von 1950, stützt sich auf die Protokolle der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Hier sitzt Lisa Schoß weiteren folgenreichen Irrtümern auf; entweder aus Unkenntnis oder Ignoranz gegenüber marxistischen Faschismusanalysen: Es geht es in dem Film um den I.G.-Farben-Konzern und die Lieferung von Zyklon-B-Giftgas nach Auschwitz sowie um die Verantwortung der Wissenschaft am Völkermord. Der geläuterte Wissenschaftler gesteht am Ende des Films seine Schuld an

²⁸ Vgl. Heidi Jäger, Humanist zwischen Kunst und Partei: Der Regisseur Kurt Maetzig, Filmmann der ersten Stunde, wird heute 95 Jahre, in: Tagesspiegel, 25. Januar 2006.

der Vorbereitung des Verbrechens ein und verspricht seinem Sohn, zukünftig nicht mehr willfähriger, schweigender Zuarbeiter des Todes sein zu wollen.

Die Aussagen des Films sieht Lisa Schoß in der Tradition der Dimitroffschen These von 1935, wonach der Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“²⁹ zu erachten sei. Allerdings sind es eher die Ermittlungsakten des US-amerikanischen Office of Military Government for Germany (OMGUS), die den dokumentarischen Hintergrund des Films bieten, als die Definition von Dimitroff. Schoß attestiert dem Film die Neigung, „Schuld und Verantwortung zu exterritorialisieren“ aufgrund des kapitalismuskritischen Zuschnitts des Films. Dabei werden Profitinteressen und blinde, scheinbar neutrale Wissenschaft und Forschung sehr genau und nachvollziehbar dargestellt und angeprangert. Andere Dimensionen des Films, die beispielsweise auf breite und massenhaft geteilte NS-Ideologien anspielen, so die zweifache Nennung und Dekonstruktion der Nazi-Ideologie vom „schaffenden und raffenden Kapital“, übersieht die Filmwissenschaftlerin schlicht.

Im Einvernehmen mit dem DDR-Historiker Stefan Wolle sieht sie in dem Film den „Feind“ in drei Erscheinungsformen vorliegen: als faschistischen Verbrecher, als „Bonner Ultra“ und als US-Imperialisten. Sicherlich gab es solche Filme in der DDR, beispielsweise *Der Fackelträger* (1955) von Johannes Knittel. *Der Rat der Götter* bedient aber gerade nicht diese Feindbildschablone. Gegen Ende des Films werden progressive US-Chefankläger von Nürnberg als Vertreter eines Amerika, das noch der Anti-Hitler-Koalition verpflichtet sein will, ins rechte Licht gerückt. Der Film bewegt sich hier noch in einer Logik, die in der Sowjetischen Besatzungszone seit der deutschen Erstausführung von Konstantin Simonows Stück *Die russische Frage* von 1947 eine Zeit lang dominant war: Demnach gebe es zwei Amerika,

²⁹ Vgl. Ian Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek 1994, S. 28 u. S. 51.

jenes des antibolschewistischen und pro-faschistischen William Randolph Hearst und das von Franklin D. Roosevelt, mit dem man sich in Jalta auf eine gemeinsame Politik gegen Hitler-Deutschland einigen konnte. Die inhaltliche Aussage der filmischen Kooperation zwischen Friedrich Wolf und Kurt Maetzig von 1950 liegt interessanterweise noch ganz auf dieser Linie.

Insgesamt ist Schoß' Urteil über die drei behandelten Filme des bekannten DEFA-Vorstandsmitglieds und Filmproduzenten Kurt Maetzig, der sowohl für die ikonischen Thälmannfilme wie auch für den Verbotsfilm von 1965 *Das Kaninchen bin ich* verantwortlich zeichnete, analytisch bescheiden: „Verirrung, Bewährung, Sühne, Erlösung – die sozialistischen Wandlungsgeschichten sind geboren.“³⁰ Vielmehr müssten diese Filme als Such- und Erkenntnisprozesse gedeutet werden: Zuerst entstand mit *Ehe im Schatten* ein bürgerlich-humanistisch ausgerichtetes Drama voller Anrührung, das die Filmkritik dazu brachte, diesen Film mit der vielgelobten US-Serie *Holocaust* (1978) zu vergleichen. Dass darin das November-Pogrom 1938 wie eine plebejische Aktion von unten erscheint und wie die Revolte-Szene in *Metropolis* wirkt, ist dabei kein Zufall, sondern passt zu einem das bürgerliche Publikum umwerbenden Film, der sich an anderer Stelle affirmativ auf die Größen der deutschen Kultur wie Schiller und Goethe bezieht. Dennoch zeichnet er detailliert die sukzessive Entrechtung und den Ausschluss der Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Leben bis zur Vernichtung nach, die nur mit vielen willigen Helferinnen und Helfern hatte bewerkstelligt werden können. Im zweiten Film, dem proletarischen Filmwerk *Die Buntkarierten*, wird Friedrich Schiller dahingegen von den wilhelminischen Eliten begeistert rezitiert und das Arbeitermilieu zwischen perpetuierter Herrschaft, Aufbegehren, Anpassung und marginalem Widerstand gezeigt. Schließlich rücken in *Der Rat der Götter* die monopolkapitalistischen Verantwortlichen – von denen in Form des Rüstungsunternehmens Krupp am Rande bereits in *Die Buntkarierten* die Rede ist –

³⁰ Schoß, Von verschiedenen Standpunkten (wie Anm. 11), S. 127.

ins Zentrum der filmischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Am Ende stehen die plebejischen Arbeitermassen gegen die Konzernleitung an der Seite des Wissenschaftlers, der seine verantwortliche Rolle gefunden hat. Wie so oft in DEFA-Produktionen ist dieses Schlussbild zugleich Wunschbild.

Lisa Schoß schreibt, der erste und der letzte der drei besprochenen Maetzig-Filme seien bis zuletzt in der DDR im Verleih gewesen, wurden zu Gedenktagen wiederaufgeführt und zur „Vertiefung des Geschichtsbildes“ in Schulen und anderen Bildungsstätten genutzt. Fragt man dagegen heutige Geschichtslehrerinnen und -lehrer, mit welchen Filmen sie ihre Schulklassen zum Thema behelligen, so fällt redundant der Name *Schindlers Liste*.³¹ Welche Filme mehr Erkenntnisgewinn über den NS-Faschismus in sich tragen, können alle, die nicht nur schauen, sondern sehen, beantworten.

*

Wenn Schoß für die Jahre 1949 bis 1958 eine „ideologische Leinwand“ diagnostiziert, in der auf Geheiß der SED jüdische Figuren verschwunden sein sollen, so hält dieses Pauschalurteil keiner Überprüfung stand. Jüdische Protagonisten gab es in den DDR-Filmen, wenn diese auch von einer gewissen Eigentümlichkeit geprägt waren. Die stärkste und überzeugendste Darstellung und Analyse eines DEFA-Streifens durch die Autorin erfolgt anhand der 1951 produzierten Verfilmung eines Arnold-Zweig-Stücks: *Das Beil von Wandsbek*. Zweig erzählt in einem reichhaltigen Figurenensemble von einem biederem und in finanziellen Nöten steckenden Fleischermeister, der sich als Scharfrichter bei den Nazis etwas Geld dazuverdient. Geschnitten von den Nachbarinnen und Nachbarn, die dies moralisch zu verurteilen scheinen, nimmt er sich am Ende zusammen mit seiner Frau das Leben. Von den sowjetischen Kulturfunktionären wurde deswegen ein-

³¹ Kritisch dazu: Initiative Sozialistisches Forum (Hg.) *Schindlerdeutsche. Ein Kinotraum vom Dritten Reich*, Freiburg i. Br. 1993.

gewandt, der Film habe „schändliche Wirkungen auf die Menschen in der DDR, da er nicht Haß gegen den Faschismus, sondern Mitleid mit den Mördern erzeugt“.³² So wurde dieser Film einer der ersten Verbotsfilme der DDR und konnte mit stark gekürztem Ende erst in den 1980er Jahren gezeigt werden. Die „jüdische Thematik“ des Films rückte allerdings nicht in den Fokus der Kritik der Zensurbehörden. Was die sowjetischen Zensurbehörden wohl übersahen: Der ehemalige Widerstandskämpfer und Regisseur Falk Harnack rückte eine Szene mit den inhaftierten Opfern – allesamt Kommunisten – in den Mittelpunkt seines Films. Sie spielen im Grunde die Hauptrolle, sind die Personen, mit deren Leben und Schicksal die Zuschauer*in mitfühlt. Einer der vier Kommunisten stellt sich selbst als Jude vor. In dem kurzen Monolog, den dieser im Gefängnis kurz vor seiner Ermordung vornimmt, vermischen sich metaphysische Aussagen mit ultra-objektivistischen Aussagen über den Geschichtsverlauf, die wohl marxistisch klingen sollen. Es scheint so, als wollte man eine sowohl intellektuelle wie emotional-gefühlige Figur entwerfen. Diese Figur ist nicht nur hölzern, sondern wirkt grotesk. Mit ein wenig Kenntnis der politisch-künstlerischen wie biografischen Dilemmata kommunistischer Kulturschaffender nach dem Zweiten Weltkrieg dürfte sich die Motivation dieser eigentümlichen Darstellung eines jüdisch-kommunistischen Charakters leicht erklären lassen: Keine Propagandafigur war in den deutschen Köpfen so zementiert wie jene des „jüdischen Bolschewismus“, keine Ideologien gingen so stark mit dem Antisemitismus einher wie Antikommunismus und Antiintellektualismus. Dies pädagogisierend zu unterlaufen, zu durchkreuzen und propagandistisch aus dem deutschen Ideologiedächtnis auszuwischen, war Anliegen vieler (nicht zuletzt: jüdischer) Kommunistinnen und Kommunisten von der Gründungsphase der DDR an und darüber hinaus. Die Figur des inhaftierten jüdischen Kommunisten ist deswegen so grotesk, weil sie sich wohl in ihrer Darstellung jedem Klischee entziehen und Mitleidseffekte beim Publikum auslösen sollte.

³² Zitiert nach Schoß, Von verschiedenen Standpunkten (wie Anm. 11), S. 150.

*

Wie war es um jüdische Figuren in westlichen Filmproduktionen bestellt? Gar um jüdische Kommunistinnen und Kommunisten? Schoß nimmt keinen systematischen Vergleich mit BRD-Produkten der gleichen Zeit vor. Viele Urteile, die Schoß in Bezug auf DEFA-Filme fällt wie „Auslöschung“, „Verdrängung“ und „Exkulpation“ passen eher zu BRD-Produktionen dieser Zeit, die hier mit Berg- und Heimatfilmen anzutreffende „ideologische Leinwand“ funktionierte ganz ohne eine lenkende und leitende Partei. Anstatt diesen Gegensatz herauszuarbeiten, verwischt Schoß die Unterschiede. So setzt sie einen Selbstmitleid der Deutschen transportierenden Trümmerfilm aus der Westzone, das „salbungsvolle Heimkehrerstück“ (so das große Personenlexikon des Films) namens *Zwischen gestern und morgen* (1947), mit der doch völlig anders gelagerten „Ehe-im-Schatten“-Darbietung in seiner Aussage gleich.

*

Lediglich kurz erwähnt, aber vollständig unterrezipiert bei Schoß ist der 1958 erschienene DEFA-Spielfilm von Herbert Ballmann *Der Prozeß wird vertagt*. Der Film erhält erstaunlicherweise kein eigenes Kapitel. Von nichts geringerem als dem Motiv der „jüdischen Rache“ handelt die Originalvorlage: eine Jude tötet im Zuge einer verbalen Auseinandersetzung einen ehemaligen Nazi, der seine Schwester auf dem Gewissen hatte. Dank engagierter Einzelpersonen entging der Täter der Aburteilung einer mit Altnazis durchsetzten bundesrepublikanischen Justiz. Die Fertigstellung des Films wurde offensichtlich beständig vertagt, denn bereits 1954 wurde ein Vertrag zwischen dem linken BRD-Schriftsteller Leonhard Frank und der DEFA unterschrieben. Die DEFA schwächte das Manuskript entscheidend ab, mit dem Autoren Frank kam es fast zum Bruch. Ballmann bereitete

das Thema dennoch avantgardistisch auf, kassierte dafür auch negative Besprechungen in der SED-Presse, der das Stück zu „mystisch“ oder „kritisch realistisch“ geraten war. Außerdem, so die Kritik, würden zu viele positiv gezeichnete antifaschistische bürgerliche Kräfte aus dem Westen gezeigt.³³ Tatsache ist aber: vier Jahre lang rang die DEFA um die ihrer Meinung nach passende Präsentation eines jüdischen Protagonisten. Von einem „Verschwinden“ jüdischer Charaktere im DEFA-Film für den von Schoß genannten Zeitraum kann also keine Rede sein.

Fazit

Die Dissertation von Lisa Schoß muss bei aller Kritik als Standardwerk zum Thema gelten. Allein die Fülle der analysierten Filme sowie die Sichtung der ausufernden Literatur zum Thema ist beeindruckend. Leider kann sich die Autorin von einer offensichtlich für Wissenschaftskarrieren gebotenen DDR-Verzeichnung nicht lösen. Damit sind nicht die kritischen Analysen von tatsächlichen Propagandastreifen wie *Ich – Axel Caesar Springer* (1968–70) gemeint. Der ideologische Gehalt dieser Kampagnenfilme ist schon länger bekannt und analysiert. Es sind mehr die sich ständig wiederholenden Spitzen und willkürlichen Negativurteile gegen selbst von ihr an anderer Stelle gelobten Filme. Dazu zählt das vergiftete Lob, wonach einige Filmwerke wie jene von Maetzig oder auch der Film *Unser täglich Brot* (1949) von Slatan Dudow einer „inkluisiven Naivität“ gehorcht hätten, weil „sie die jüdischen Überlebenden mitnahm in das sozialistische Projekt“.³⁴ Tatsächlich sind die in den Filmen zuweilen präsentierten Juden aber am Ende tot, sie sind ermordet worden von einer Gesellschaft, deren Wesenskern die Filme auf den Grund gehen wollten, wenn nicht sogar Trauerarbeit leisteten.

³³ Sehr gut zusammengefasst ist dies in den Texten von Ralf Schenk im Booklet zum Film, der bei „filmjuwelen“ der DEFA-Stiftung 2019 herauskam.

³⁴ Schoß, Von verschiedenen Standpunkten (wie Anm. 11), S. 146.

In einer Fußnote grenzt sich die Autorin explizit von „apologetischen Gegenbehauptungen“ eines DDR-verteidigenden Milieus ab, wonach die DDR von jedem Antisemitismus frei zu sprechen sei. Mit anderweitig ideologischer, DDR-delegitimierender Literatur verfährt Schoß nicht so kritisch. Die rezipierte Forschungsliteratur ist breit angelegt und beeindruckend: von Werner Mittenzwei, Herausgeber der Werke von Bertolt Brecht, bis zum US-amerikanischen Historiker Jeffrey Herf, der der DDR eine Politik des antijüdischen Krieges andichtete. Diese politischen wie wissenschaftsethischen Extreme werden jedoch nicht aufgehoben. Das Buch siedelt sich politisch im Ambivalenten an, produziert einige Ungereimtheiten und, wie gezeigt, einige Fehlschlüsse. Punktuell wird die negativ möglichste Interpretation durch die Autorin vorgenommen, die beim gegebenen Thema „antisemitische Stereotype“ heißt, ohne dies wirklich zu belegen. Problematisch ist, wenn sich die Autorin auf psychologische Spekulation ob etwaiger „Entlastungsfunktionen“ verlegt, wie es in einem Teilbereich der Antisemitismusliteratur gang und gäbe ist.

Die Autorin verpasst es, ihre zutreffenden Beobachtungen, wie weitgehend in DEFA-Filmen die jüdische Erfahrung mit Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung gewürdigt wurden, dann wieder auf die gesichtete und herangezogene Literatur über die DDR zurückzubeziehen. Hat man beispielsweise die Bücher von Thomas Haury, wie *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, vor Augen, der dem Marxismus-Leninismus der SED sogar einen „strukturellen Antisemitismus“ attestierte, oder die totalitarismustheoretisch unterfütterten Werke von Jeffrey Herf, die die DDR als zweite deutsche Diktatur mit antisemitischen Zügen skizziert,³⁵ hätte man andere Filme erwarten können,

³⁵ Beide Autoren extrapolieren Antisemitisches oder als antisemitisch Erachtetes in der DDR, Zwischen- und Grautöne, gar irritierende Kontradiktionen haben in den Werken, die einer anfänglich gesetzten Narration folgen, keinen Platz: In kaum nachvollziehbarer Weise will Lisa Schoß sogar Haurys Zentralmeinung, die DDR wollte die „Tätergesellschaft“ entlasten und habe darum ehemalige „Opfergruppen“, gemeint sind die Juden, die Haury zuweilen mit „Zionisten“ und „Israel“ gleichsetzt, in Form eines sogenannten „sekundären Antisemitismus“ belastet,

unterlagen sie doch der strikten Kontrolle des SED-Staates. Es gab selbst zur Hochzeit der als antizionistisch ausgegebenen antisemitischen Kampagnen in den 1950er Jahren, in denen parallel zum Slánský-Prozess in der Tschechoslowakei gegen „Kosmopolitismus und Zionismus“ gehetzt wurde, keine DEFA-Film-Entsprechung zu dieser Kampagne, die hauptsächlich im Zentralorgan *Neues Deutschland* geführt wurde. Einen Film, den die DEFA zusammen mit der PLO drehte, um den palästinensischen Widerstand gegen Israel propagandistisch zu unterstützen, bekam die DDR-Bevölkerung nie zu sehen.³⁶ Stattdessen ist jüdische Erfahrung mit Antisemitismus, mit der Politik, Ideologie und Praxis der Nazis im DEFA-Film nicht nur eindrucksvoll präsent, sondern deutlicher und früher extrapoliert als in der BRD, die sich weit mehr bei diesem Thema zierte.

Im Rezensionsessay ausführlicher behandelte Filme:

- Ehe im Schatten* (1947, Regie: Kurt Maetzig)
- Die Buntkarierten* (1949, Regie: Kurt Maetzig)
- Der Rat der Götter* (1950, Regie: Kurt Maetzig)
- Das Beil von Wandsbek* (1951, Regie: Falk Harnack)
- Der Prozeß wird vertagt* (1958, Regie: Herbert Ballmann)
- Sterne* (1959, Regie: Konrad Wolf)
- Lebende Ware* (1966, Regie: Wolfgang Luderer)
- Die Bilder des Zeugen Schattmann* (1972, Regie: Kurt Jung-Alsen)
- Hotel Polan und seine Gäste* (1982, Regie: Horst Seemann)

auf die Linke allgemein ausgeweitet sehen; sie setzt, nachdem sie Haury zustimmend zitiert, in Klammer: „Allerdings erklärt Haury nicht, warum das nur für die DDR-Propaganda und nicht für die linke, nichtjüdische, deutsche Rhetorik allgemein gelten soll.“ Schoß, Von verschiedenen Standpunkten (wie Anm. 11), S. 284.

³⁶ Es handelt sich um den Film *Rückkehr nach Haifa* von 1982, der als erster Spielfilm der PLO (Palestinian Liberation Organisation) gilt. Lisa Schoß schreibt zutreffend: „Der Film versucht, sich dem Konflikt auf differenzierte Weise zu nähern, zeigt beide Seiten als Opfer.“ Ebd., S. 291.

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik
im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

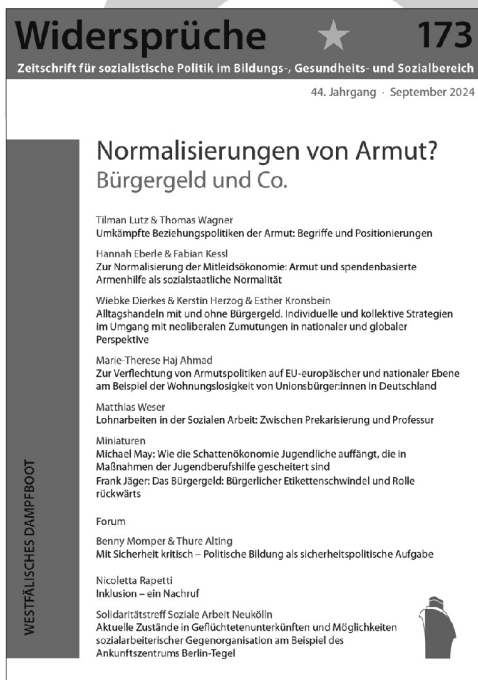
Die Zeitschrift *Widersprüche* ist ein Forum für Theorie und Politik des Sozialen, Kritik und Kontroverse sowie für Entwürfe alternativer Praxis. *Widersprüche* informiert Sie viermal im Jahr kritisch, undogmatisch, theorieorientiert und praxisnah zu einem Schwerpunktthema.

www.widersprueche-zeitschrift.de

Heft 173
Normalisierungen von
Armut?
Bürgergeld und Co.
2024 – 140 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-013-1

Heft 172
Jugendhilfe mit großem
Versprechen
Beschwer(d)en oder
gestalten?
2024 – 143 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-012-4

Heft 171
Politik des Erinnerens
Zukunft gestalten, Praxis
prüfen
2024 – 132 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98623-011-7



Die *Widersprüche* erscheinen im

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT
info@dampfboot-verlag.de | www.dampfboot-verlag.de



Kolja Lindner

Rassismus und Hegemonie. Die lange Normalisierung der extremen Rechten in Frankreich

Rezensionsessay zu Félicien Faury, *Des électeurs ordinaires. Enquête sur la normalisation de l'extrême droite*, Éditions du Seuil: Paris 2024, 238 Seiten, € 21,50.

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs der AfD ist Didier Eribons biografische Erzählung „Rückkehr nach Reims“ hierzulande unlängst viel Aufmerksamkeit zuteil geworden.¹ Der französische Soziologe und Philosoph hatte in seinem Buch unter anderem darüber nachgedacht, wie die Wahlerfolge der extremen Rechten Frankreichs in den sich wandelnden sozialen Repräsentationen der weißen Arbeiter:innenklasse zu verorten sind. Es seien bestimmte Vorstellungswelten, die „den gelebten Erfahrungen zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Form und einen Sinn“ gäben und über deren politische Bedeutungen entschieden.² So hätten die Lohnabhängigen jenseits des Rheins in den letzten Jahrzehnten schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend mit einem rassistischen Alltagsverstand verarbeitet.

In die gleiche analytische Kerbe schlägt eine im Mai 2024 veröffentlichte und in Frankreich nicht zuletzt angesichts des Ausgangs der letzten Europa- und Parlamentswahlen im Juni beziehungsweise Juli 2024 viel diskutierte Studie des Soziologen und Politikwissenschaftlers Félicien Faury.³ In „Des électeurs ordinaires. Enquête sur la normali-

¹ Vgl. Peter Birke, Abheben und Verschwinden. Die Debatte zu Eribons Rückkehr nach Reims, *Sozial.Geschichte Online*, 21 (2017), S. 1–15.

² Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016, S. 142.

³ Zur politischen Konstellation bei diesen Wahlen in Frankreich siehe Kolja Lindner, *Linker Aufbruch in Frankreich?* [<https://www.rosalux.de/international/europa/linker-aufbruch-in-frankreich>].

sation de l'extrême droite“ (Einfache Wähler. Eine Studie über die Normalisierung der extremen Rechten) vertritt der Autor die Ansicht, dass, wer die „politische Normalisierung“ des 2018 in Rassemblement National (RN) unbenannten Front National (FN) nachvollziehen wolle, seine „soziale Normalisierung“ (S. 177) verstehen müsse.⁴ Es sei daher geboten, „auf die Ebene der Erfahrungen der Wähler:innen und ihrer Lebenszusammenhänge hinabzusteigen, um die Logik der Anziehungskraft zu begreifen, die eine Partei wie der RN ausüben kann“ (S. 8). Um es vorwegzunehmen: Faury ist dabei eine sehr lesenswerte und wissenschaftlich sowie politisch außerordentlich relevante Untersuchung gelungen, die auch vor dem Hintergrund der deutschen Situation mit Gewinn gelesen werden kann.

Anders als der Titel der Publikation nahelegt, geht es dabei nicht um klassische Wahlforschung. Explizit weist der Autor darauf hin, dass er weniger um „statistische Repräsentativität“ als vielmehr um „soziologischen Realismus“ (S. 16) bemüht sei. Mit seiner ethnografischen Studie, die auf Interviews und Beobachtungen von ungefähr 30 Personen aus der südostfranzösischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) basiert, taucht Faury in die soziale Welt der RN-Wähler:innen ein. Deren politische Präferenzen sollen so durch eine Analyse ihrer Biografien, ihres Alltags, ihrer Lebensbedingungen und ihrer Vorstellungswelten begriffen werden. Durch seine analytische Sensibilität und theoretische Orientierung leistet Faury aber letztlich weit mehr als eine Erklärung des Wahlverhaltens. Seine Arbeit stellt darüber hinaus einen Beitrag zur Erforschung von Rassifizierungsprozessen innerhalb der französischen Gesellschaft und den sich jenseits des Rheins verschiebenden politischen Hegemonien dar.

Zunächst einmal ist der für die Untersuchung gewählte Sozialraum interessant. Während in der medialen, aber auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion über rechtsextremes Wahlverhalten in Frankreich oft auf die deindustrialisierten Regionen des Nordens und Ostens fokussiert wird, konzentriert sich Faury auf eine Gegend, die eher von

⁴ Die Übersetzungen der Zitate stammen vom Autor dieser Besprechung.

einer Ökonomie der „Bereicherung“ durch Tourismus und Ferienwohnsitze geprägt ist als von Arbeitslosigkeit.⁵ PACA ist daher nicht arm, liegt allerdings frankreichweit an zweiter Stelle, wenn es um Einkommensungleichheiten innerhalb einer Region geht. Die befragten RN-Wähler:innen hätten dabei eine Mittelstellung inne: Sie lebten weder in Gegenden, die sich insbesondere durch die Zweitniederlassungen reicher Städter:innen verbürgerlicht hätten und für angestammte Bewohner:innen nicht mehr erschwinglich wären, noch in Sozialwohnungsbauten. Von beiden Milieus gehe zumindest in der Wahrnehmung der Interviewpartner:innen sozialer Druck aus: „Das Gefühl der Enteignung ‚von oben‘, sowohl ökonomisch (durch die Preise) als auch kulturell (durch den Lebensstil)“ (S. 87), sei so mit der Angst vor den „ikonischen Ghettos“ (S. 92), das heißt vor den überproportional von nicht-weißen Minderheiten bewohnten, (sub-)proletarischen Wohngebieten verbunden. Diese Strukturen würden mit Hilfe von „durch rassische Schemata strukturierte ‚mentale Karten‘“ (S. 91) wahrgenommen.⁶

An diesem Punkt formuliert Faury erstmals eine These, die seine weitere Analyse strukturiert, nämlich, dass die Wahl der extremen Rechten nicht einfach ein fehlgeleiteter Protest sei, wie es in der linksliberalen Öffentlichkeit häufig behauptet werde. Vielmehr handele es sich „um eine Art, *Macht* auszuüben – und diese Macht ist eine rassische Macht oder zumindest ein Versuch, sich innerhalb der zwischen den ‚Angehörigen der gesellschaftlichen Mehrheit‘ und den ‚Marginalisierten‘ bestehenden Machtverhältnissen zu behaupten bzw. sich aufzuwerten“ (S. 221, Hervorhebung im Original). Insofern bestehe das Problem für die RN-Wähler:innen nicht so sehr in den sozialräumlichen Segregationsprozessen als solchen, sondern in ihrer zu geringen Macht,

⁵ Vgl. Luc Boltanski / Arnau Esquerre, *Enrichissement. Une critique de la marchandise*, Paris 2017.

⁶ Ich übersetze hier und im folgenden „racial“ mit „rassisch“, da race/Rasse, so imaginär sie auch sein mag, für die beobachteten Kategorisierungsprozesse als Ressource/Verankerung funktioniert und eine entsprechende Übersetzung daher treffender scheint als die naheliegende Übersetzung „rassistisch“. Es sind vielmehr die Effekte der so bezeichneten Prozesse, die rassistisch sind.

eine undurchlässige *color-line* zu schaffen beziehungsweise durchzusetzen.⁷ Da die Befragten einen Wunsch nach rassistischer Segregation hätten, ihn mit ihren Mitteln aber nicht durchsetzen könnten, begreift der Verfasser sie im Anschluss an Pierre Bourdieu als „unterliegende Herrschende“ in den Strukturen ethnischer und rassistischer Ungleichheit“ (S. 115).⁸

Rassismus ist Faury zufolge also eine ganz bestimmte Möglichkeit, Handlungsfähigkeit in Kontexten schwindenden sozialen Zusammenhalts und zunehmender Ohnmachtserfahrungen zu manifestieren. In „vier komplementären Operationen“ würde diese Agency zum Ausdruck kommen: „Fixierung, Essentialisierung, Alterisierung und Hierarchisierung“, wobei im vorliegenden Kontext auch noch ein aktiver „Prozess der *Konstruktion von Minderheitenpositionen*“ zu verzeichnen sei (S. 20, Hervorhebung im Original). Dieses rassistische Verhalten füge sich dabei in eine hochgradig segregierte Sozialstruktur ein – das heißt in die soziale Realität der „Rassifizierung von Armut“ (S. 50), wonach sich nicht-weiße Menschen überproportional in minderwertigen Wohngebieten, dem im Vergleich zu Privatschulen schlechteren öffentlichen Bildungssektor oder sozialstaatlichen Einrichtungen aller Art wiederfänden. Es sei die selektive Wahrnehmung und die spezifische Interpretation dieser Realitäten, die Rassismus als „spezifisches ‚Wahrheitsregime‘“ (S. 53) hervorbrächten. Konkurrierende Deutungsangebote könnten damit abgewiesen werden und die befragten RN-Wähler:innen für sich eine besondere „authentische Erfahrung“ (S. 185) beanspruchen. Dieses „*Wissen* um die Realität und ihre Schwierigkeiten“ (S. 186, Hervorhebung im Original) werde von ‚den kulturellen Eliten‘ angeblich ignoriert. Dabei müsse besonders berücksichtigt werden, „dass der Bildungsgrad eine der Variablen ist, die die Wahl des RN am stärksten bestimmt“ (S. 69). Als ‚kulturelle Eliten‘ gälten insofern bereits alle, die Bildungswege an weiterführenden

⁷ Zum Begriff *color-line* siehe W. E. B. Du Bois, *The Souls of Black Folk*, Oxford / New York 2007, S. 3.

⁸ Vgl. Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a. M. 1989, S. 706.

den Schulen und Universitäten zurückgelegt hätten. Die Interviewpartner:innen verdankten demgegenüber ihre soziale Aufwärtsmobilität materiellen Vorzügen, insbesondere dem Erwerb von Wohneigentum. Im Vergleich zu immateriellem, kulturellem Kapital wie Bildungsabschlüssen erwiesen sich diese materiellen Ressourcen allerdings als deutlich fragiler. Sie seien durch ökonomische und kulturelle Abwertungsprozesse bestimmter Stadtviertel, aber auch durch Wohnungseinbrüche bedroht. Diese Konstellation begründe nicht nur ein spezifisches Ressentiment, sondern gebe den ‚moralischen Paniken‘ um innere Sicherheit, für die die RN-Wähler:innen hochgradig empfänglich seien, eine soziale Grundlage.⁹

Die „*Mikropolitik der Rasse*“ (S. 152, Hervorhebung im Original), die die befragte Personengruppe laut Faury praktiziert, ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass diese sich hierdurch selbst aufzuwerten und in ein nationales Kollektiv einzuschreiben versuche. So stammten viele der interviewten RN-Wähler:innen selbst aus Familien mit (häufig, aber nicht ausschließlich südeuropäischer) Migrationsgeschichte. Ihr Wahlverhalten erweise sich damit als „Abstimmungsverhalten, das in erster Linie der *Integration* dient, der Anpassung an die nationale Mehrheitsgruppe“ (S. 169, Hervorhebung im Original). Dies stelle zugleich einen Akt des *whitening* dar, denn in Frankreich, das offiziell der *colorblindness* verschrieben ist, kodifiziert Nation oftmals race.¹⁰ In

⁹ Es ist überraschend, dass Faury, der an mehreren Stellen den britisch-jamaikanischen Kulturtheoretiker Stuart Hall zitiert, nicht auch auf dessen grundsätzliche, kollektiv durchgeführte Studie zu derartigen „moralischen Paniken“ verweist – zumal Hall diese Prozesse auch als Grundlage für die Normalisierung einer rechten politischen Kraft verstanden hat, nämlich des Thatcherismus, vgl. Stuart Hall et al., *Policing the Crisis: Mugging, the State, and Law and Order*, Basingstoke 1978 und Stuart Hall, *The Hard Road to Renewal. Thatcherism and the Crisis of the Left*, London / New York 1988.

¹⁰ Faury widmet ein ganzes Kapitel der spezifischen, in Frankreich äußerst virulenten Form des Rassismus gegen Muslime / Muslimes (S. 117–149), bei dem weniger die Nation als vielmehr die Religion benutzt werde, um race in öffentlich legitimen Formen zum Ausdruck zu bringen. Genau genommen bilde sich ein Dreiklang, denn in der Vorstellung der RN-Wähler:innen sei der dem Islam entgegengesetzte Katholizismus weniger eine religiöse Praxis, der sie selbst nachgingen, denn ein nationales Erbe. Hinzu komme die Verteidigung eines ausschließlich für Muslime / Muslimes restriktiven Laizismus. Diese illiberale Reformulierung der landestypischen Regulation des Verhältnisses von öffentlicher und religiöser Sphäre schreibt sich in dessen politisch

der Wahl des RN drücke sich also – angesichts sozialer Abstiegsängste – „der Wunsch [aus], *Teil der Mehrheit* zu bleiben“ (S. 170, Hervorhebung im Original):

Die Stimmabgabe für den RN kann [...] als eine Art, die Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Mehrheit zu politisieren, verstanden werden. Da diese weniger naturgegeben und selbstverständlich erscheint, muss sie mit den zur Verfügung stehenden (politischen) Mitteln verteidigt werden. Die befragten Wähler, die sich in sozialer, geografischer und manchmal auch symbolischer Nähe zu den als ‚unassimilierbar‘ eingestuften Gruppen befinden, sind daher besonders empfänglich für Diskurse, die mit dem Versprechen aufwarten, die rassistischen Grenzen der französischen Gesellschaft noch weiter zu *verstärken*, und so die Hoffnung nähren, sich einen Platz auf der ‚richtigen Seite‘ in der Konstruktion von Minderheiten und in den Segregationsprozessen zu sichern. Da sie sich an der Schwelle zur Mehrheitsgruppe befinden, gewissermaßen an vorderster Front, verteidigen die untersuchten Durchschnittswähler den Zugang zu dieser Gruppe umso inbrünstiger. Da sie an den Grenzen der rassistischen Ordnung verortet sind, werden sie zu deren Küstenwache. (S. 172 f., Hervorhebung im Original)

Warum kommt es zu all diesen von Faury so treffend analysierten Verhärtungsprozessen? Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die im Zusammenhang mit rechtsextremem Wahlverhalten oftmals als Erklärung angeführte Arbeitslosigkeit im vorliegenden Fall nicht besonders stichhaltig ist. Faury hält fest,

dass man, wie bei vielen anderen befragten RN-Wählern des Südens, feststellen kann, dass die rassifizierte Klassenkonkurrenz weniger an die Produktionsverhältnisse als an die *Reproduktionsverhältnisse* andockt. Marxistische Feministinnen fassen die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, die die alltägliche und generationelle Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen, als ‚soziale Reproduktion‘. Diese umfasst auch die elterliche oder schulische Erziehungsarbeit. Es ist daher kein Zufall, dass [...] im vorliegenden Kontext gerade Frauen entsprechende

äußerst kontroverse Transformationstendenz ein, vgl. Kolja Lindner, *Die Hegemoniekämpfe in Frankreich. Laizismus, politische Repräsentation und Sarkozysmus*, Hamburg 2017.

Herausforderungen hervorheben, denn Reproduktionsarbeit wird in unseren Gesellschaften immer noch maßgeblich von Frauen geleistet und spielt sich insbesondere innerhalb der Familie ab. Dem entspricht die Xenophobie gegen migrantische Familien (und hier insbesondere gegen die Mütter und Kinder), denen ein berechtigter Zugang zu Sozialleistungen und öffentlichen Diensten wie Schulen abgesprochen wird. Es ist daher verständlich, dass RN-Forderungen nach einem Stopp von Familienzusammenführungen oder nach einer Begrenzung der Sozialhilfe auf Staatsbürger hier Gehör finden können. Ähnlich wie der Wunsch nach Protektionismus bei Lohnabhängigen, die ihre Arbeitsplätze bedroht sehen, bewirkt der Verfall von und die Konkurrenz innerhalb verschiedener Institutionen sozialer Reproduktion das Aufkommen von Forderungen nach einem ‚reproduktiven Protektionismus‘. Und diese werden vor allem von Frauen erhoben, da letztere stärker von entsprechenden Bedrohungen betroffen sind. Das könnte eine mögliche Erklärung für die Verringerung der Geschlechterdifferenz im Stimmverhalten für rechtsextreme Parteien sein, die in der Wahlforschung als *radical right gender gap* bezeichnet wird. (S. 74 f., Hervorhebungen im Original)

An diesen Überlegungen lässt sich ein weiteres Verdienst von Faurys Studie festmachen, nämlich das Aufsprengen eines ethnozentrischen Bourdieusianismus, der zu einem Erkenntnishindernis der französischen Soziologie geworden ist. Nicht nur werden in diesem Diskurs Begriffe wie Kapitalien, Felder und Strategien fälschlicherweise universalisiert und zur Möglichkeitsbedingung jedes Sprechens über gesellschaftliche Verhältnisse. Auch haben entsprechende Thematisierungen in der Vergangenheit Rassismusforschung allzu oft pauschal verschmäht und sich damit in eine wissenschaftliche und politische Sackgasse begeben.¹¹ Im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse sind hier in anderen Ländern etablierte Forschungsstandards unterboten worden.¹² Mit seinen Bezügen auf englischsprachige Diskussionen

¹¹ Vgl. Pierre Bourdieu / Loïc Wacquant, *Sur les ruses de la raison impérialiste*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 121–122 (1998), S. 109–118 und Stéphane Beaud / Gérard Noiriel, *Race et sciences sociales. Essai sur les usages publics d’une catégorie*, Marseille 2021.

¹² Vgl. Pierre Bourdieu, *Die männliche Herrschaft*, Frankfurt a. M. 2005.

über Rassismus (Stuart Hall, W. E. B. Du Bois usw.) und soziale Reproduktion (v. a. Nancy Fraser) sagt Faury einem derartigen Klassenreduktionismus, der zuletzt in der französischen Wahlsoziologie eine Renaissance erfahren hat,¹³ den Kampf an. So etabliert der Verfasser von „Des électeurs ordinaires“ Rassifizierung als

einen autonomen Prozess, der eigene Interessen strukturiert und hervorruft und soziale Repräsentationen der Welt nachhaltig beeinflusst. Der soziale Tatbestand des Rassismus [fait social raciste] besitzt [...] eine starke normative und politische Wirksamkeit. (S. 224)

Was sagt die vorliegende Studie nun über die sich verschiebenden politischen Kräfteverhältnisse in Frankreich aus und was lässt sich hierzulande aus ihr lernen? Die „Normalisierung“ der extremen Rechten, die Faury zu erklären beansprucht, war in den letzten Jahren zunächst einmal lokal verankert. Für viele RN-Wähler:innen sei ihr Stimmverhalten „eine *normale* Wahl in dem Sinne, dass sie den soziopolitischen Normen vor Ort entspricht und die Zustimmung der Personen findet, mit denen man gemeinsame Lebenserfahrungen teilt“ (S. 176, Hervorhebung im Original). Damit bestätigt der Verfasser andere Ergebnisse soziologischer Forschungen für ostfranzösische Landstriche, in denen die Stimmenanteile der extremen Rechten in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen haben.¹⁴ In diesen Gegenden sei eine gewisse politische Homogenität entstanden: In der Wahrnehmung der Menschen sei hier die Linke, ihre Forderungen und die von ihr erkämpften Errungenschaften „unsichtbar“, die extreme Rechte dagegen „überrepräsentiert“. ¹⁵ Auch Faury weist darauf hin, dass die von ihm befragten RN-Wähler:innen in „grundsätzlicher Opposition

¹³ Vgl. Julia Cagé / Thomas Piketty, Une histoire du conflit politique. Élections et inégalités sociales en France, 1789–2022, Paris 2023.

¹⁴ Vgl. Benoît Coquard, Ceux qui restent. Faire sa vie dans les campagnes en déclin, Paris 2019. Für eine deutschsprachige Zusammenfassung vgl. Benoît Coquard, Der Niedergang der Provinz. Abgehängte Regionen oder der legitime Lebensstil der unteren Schichten, in: Deutsch-Französisches Institut (Hg.), Frankreich-Jahrbuch 2020, Wiesbaden 2021, S. 103–120.

¹⁵ Benoît Coquard, Dans les milieux où on vote RN, „la gauche est invisible“, 20. Juni 2024, [<https://basta.media/Benoit-Coquard-dans-les-milieux-vote-RN-la-gauche-est-invisible>].

zur Linken und dem stünden, was beziehungsweise wen sie repräsentiert“ (S. 191). Inhaltlich werde die Linke als „eine politische Synthese identifiziert, in der sich ‚Gebildete‘ mit ‚Minderheiten‘“ (S. 192) mischten. Personell sähen die Interviewpartner:innen in professionellen Politiker:innen eine von ihren Lebensrealitäten entfernte Gruppe, die sie nicht verstehe. Auch diese Vorstellung, so hält Faury fest, wurzele in einer sozialen Realität:

Angesichts der derzeitigen Zusammensetzung des politischen Personals, die durch eine starke soziale Vereinheitlichung gekennzeichnet ist, ist es nicht völlig falsch zu behaupten, dass die politischen Akteure [...] ‚alle gleich‘ sind. Das Label des ‚Populismus‘, das der Wählerschaft des RN [...] oftmals verliehen wird, ist somit weniger das Zeichen eines irrationalen politischen Affekts als vielmehr die Übersetzung der objektiven Klassendistanz zwischen Regierenden und Regierten. (S. 195 f.)

Auch in Deutschland ist die Normalisierung des Rechtsextremismus, wie sie derzeit insbesondere in Form der guten Wahlergebnisse der AfD daherkommt, eine gewaltige wissenschaftliche und politische Herausforderung. In dieser Hinsicht lässt sich von der vorliegenden Studie mindestens zweierlei lernen. Erstens illustriert Félicien Faury den Erkenntnisgewinn einer kulturwissenschaftlichen Erforschung des Rechtsextremismus, die hierzulande leider eine untergeordnete Rolle spielt. Welche Ergebnisse würden wohl vergleichbare ethnografische Untersuchungen in Regionen hervorbringen, in denen die AfD bei den letzten Landtagswahlen etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt hat? Zweitens fördert die vorliegende Studie die Debatte um Strategien gegen diese Normalisierung. Bekanntlich hat zuletzt Saha Wagenknecht mit ihrer neuen Partei beansprucht, der AfD das Wasser abgraben zu können – was sich bei den letzten Landtagswahlen keinesfalls bestätigt hat.¹⁶ Auch Faury's Untersuchung legt einen

¹⁶ Eine Analyse der Landtagswahl in Thüringen zeigt, dass rund 84.000 Wähler:innen von der Linkspartei, 18.000 von der CDU, 12.000 von der SPD, 11.000 von der AfD und 13.000 Nichtwähler:innen im September 2024 das Bündnis Sarah Wagenknecht gewählt haben, siehe [<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/waehlerwanderung-grafik-100.html>].

anderen Schluss nahe und zwar, dass Wagenknechts häufig als Synthese von „linker Sozialpolitik“ und „kulturpolitischem Konservatismus“ gefasste Programmatik ein fataler Irrweg ist:

Diese Untersuchung zeigt, wie sehr die Logik der Konkurrenz um gemeinsame Ressourcen die Rassifizierungsprozesse fördert und wie diese durch jene befeuert werden. Die schrittweise Infragestellung der Universalität der sozialen Rechte, die Undurchsichtigkeit und Fragmentierung der Umverteilungsprinzipien, die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen und die zunehmende Konkurrenz um sie [...] schüren Rassismus. Umgekehrt bewirkt der Rassismus durch seine Einlagerung in die Risse des Sozialstaates, dass diese noch größer werden. [...] Rassismus erscheint in diesem Zusammenhang als ein materielles und ideelles, wirtschaftliches und kulturelles Phänomen, und es ist falsch, ihn als ‚Lifestyle‘ [sociétal]- oder ‚Identitäts‘-Angelegenheit zu fassen, die den ‚sozialen‘ Problemen gegenüberstünde. (S. 220 f.)

Diese Gegenüberstellung, die historisch zum Hegemonieverlust der französischen Linken beigetragen hat,¹⁷ lässt sich nur vermeiden, wenn die politischen Kräfte, die der Normalisierung der extremen Rechten etwas entgegensetzen wollen, progressive Deutungsangebote für die Krise des sozialen Zusammenhalts machen. Zudem müssen sie jene Situation adressieren, „aus der der RN seine Kraft schöpft und die durch kapitalistische Ungleichheiten und rassistische Verhärtung hervorgerufen wird. Insofern kann der Kampf gegen die extreme Rechte nur dann erfolgreich sein, wenn er an diesen beiden Fronten gleichzeitig geführt wird.“ (S. 227).

¹⁷ Vgl. Kolja Lindner, Rückkehr nach Frankreich. Sahra Wagenknecht, die AfD und der Kampf um Hegemonie, Prager Frühling, 27 (2017), S. 129-139 [<https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1352.r%C3%BCckkehr-nach-frankreich.html>].

Reiner Möckelmann, *Transit Istanbul – Palästina. Juden auf der Flucht aus Südosteuropa*

Wbg Theiss: Darmstadt 2023. 368 Seiten, € 36,00

Flucht: direkte Folge eines überlebensnotwendigen Urinstinkts, der Angst, die Menschen dazu bewegt, Körper und / oder Geist aus einer als bedrohlich wahrgenommenen Situation zurückzuziehen. Wenn Menschen flüchten, werden Grenzen überwunden: real fassbare und mentale, Grenzen, die von der Natur oder vom Menschen gezogen wurden. Auf der Flucht versetzen sich Menschen oft in imminent bedrohliche Räume, sie flüchten über Berge und Meere, durchqueren Wüsten, und eilen einem Ziel entgegen, für dessen Erreichung sie Leid auf sich nehmen – Leid, das sie als Preis in Kauf nehmen (müssen), um größerem Schmerz, größerer Gefahr zu entgehen. Denjenigen, die diese Art von Flucht nicht am eigenen Leib erfahren (haben), ist dieses Leid lediglich in Ansätzen durch das Prisma der zeitgenössischen, (multi-)medialen Berichterstattung zugänglich – oder durch geschichtswissenschaftliche Studien wie beispielsweise *Transit Istanbul – Palästina*: Diese kürzlich vorgelegte Monographie Reiner Möckelmanns widmet sich der Flucht von Juden*Jüdinnen aus Südosteuropa im Kontext des Holocaust. Thematisiert werden Flucht beziehungsweise die Fluchtversuche von Einzelnen aus lokalen, soziokulturellen und politischen Räumen, die im Zusammenspiel mit den herrschenden kollektiven Akteur*innen gegen das Überleben der jüdischen Individuen wirkten und Barrieren errichteten, die nur mühsam und durch das Zusammenspiel verschiedener positiver Faktoren überwunden werden konnten. Fern von einer lediglich schematisch-strukturellen Analyse beleuchtet die Studie Reiner Möckelmanns die Versuche Einzelner, den durch die immanente Bedrohung durch die nationalsozialistische

beziehungsweise. an diese Ideologie angelehnte Vernichtungspolitik ausgelöstes Fluchtinstitut in die Tat umzusetzen.

Transit Istanbul – Palästina steht somit im Zeichen einer Bedrohung, die verzweifelter, millionenfaches Verlangen nach Flucht weckte: Der Holocaust in Südosteuropa, dem mehr als eine Million Menschen in Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, im NDH-Staat (Unabhängiger Staat Kroatien, Ustaša-Staat) und der Slowakei zum Opfer fielen, veranlasste Menschen, die zumeist stark im lokal-sozialen Gefüge ihres Dorfes, ihrer Stadt, ihrer Gemeinde verwurzelt waren, dazu, sich für Flucht zu entscheiden und alles in ihrer Macht Stehende zu versuchen, um diese oft schmerzliche Entscheidung umzusetzen. Dabei schwammen die Juden*Jüdinnen Südosteuropas wie die große Mehrheit der verfolgten Juden*Jüdinnen gegen den Strom und kämpften gegen eine Vielzahl von Barrieren an, die zum einen greifbar und lokalisierbar in Form von befestigten Grenzen, zum anderen lediglich im Abstrakten, dem einzelnen Individuum verborgenen manifestiert waren – auf der kaum oder gar nicht einsehbaren Ebene der Geopolitik und internationalen Diplomatie.

Der Autor Reiner Möckelmann, Diplomat im Ruhestand, der unter anderem als deutscher Generalkonsul in Istanbul wirkte, widmet sich somit einer enormen Bandbreite an geographischen, politischen, und soziokulturellen Räumen, in deren Kontext er den verzweifelter Kampf ums Überleben durch Flucht rekonstruiert. Dieses flächenmäßig umfangreiche Gefüge an topographisch, politisch und soziokulturell überaus heterogenen Territorien ist der Ausgangspunkt für jede einzelne nachgezeichnete oder schematisch skizzierte Flucht, die vom Autor detailliert und mit Verweis auf die jeweilig herrschenden Machtstrukturen kontextualisiert wird: Hierbei steht die Flucht von Karl Pfeifer aus der „Ostmark“ (für Details siehe unten) im Vordergrund, doch der Autor wirft auch regelmäßig Schlaglichter auf jüdische Personen, die aus anderen Regionen Südosteuropas flüchteten oder durch die lokalen Machtstrukturen und bürokratischen Restriktionen daran gehindert wurden (siehe bezüglich Flucht aus dem NDH-Staat: Ruben Freiberger,

dessen Flucht auf einem Kinder- und Jugendtransport gelang, während der etwa gleichaltrige Fedja Frank nicht Teil dieses Transports war und vermutlich in Polen ermordet wurde). Auch diese weniger detaillierten, jedoch aussagekräftigen Schlaglichter werden vom Autor gewissenhaft in die jeweiligen lokalen Kontexte eingebettet. Zu diesem Zweck erfolgt eine Nahaufnahme der strukturellen Gegebenheiten in den jeweiligen Staaten beziehungsweise in den besetzten Territorien, wodurch die stark faktenlastige Monographie auch einem geschichtswissenschaftlich wenig versiertem Publikum geöffnet wird.

Diese Orientierung hin zu einer möglichst breiten Leser*innenschaft ist über das gesamte Buch hinweg spürbar und gründet sich vornehmlich auf einer detaillierten Kontextualisierung und Einbettung von Ereignissen, historischen Akteur*innen und Begrifflichkeiten: so wird beispielsweise die Konferenz von Evian (S. 21) erklärt. Auch die teils oberflächliche und schematisch gehaltene Besprechung der politischen und gesellschaftlichen Situation in einzelnen Staaten und Territorien ist wohl auf die Inklusion eines möglichst breiten, interessierten aber nicht notwendigerweise geschichtswissenschaftlich versierten Publikums zurückzuführen. Während durch diesen Zugang, abhängig vom Hintergrund der Leser*innen, einige Passagen als redundant und unnötig in die Länge gezogen erscheinen mögen, so ermöglicht dieser doch, einen in der Form wenig thematisierten Aspekt des Holocaust einer möglichst heterogenen und großen Leser*innenschaft nahezubringen: die Flucht von Juden*Jüdinnen aus Südosteuropa über Istanbul nach Palästina und die vielfältigen (geo-)politischen, bürokratischen und geographischen Hürden, die dabei überwunden werden mussten.

Mit dem vorgelegten Buch setzt sich Reiner Möckelmann das Ziel, „die im deutschen Sprachraum wenig bekannte Rolle der Türkei als Schaltstelle zwischen Südosteuropa und Palästina sowie als Drehscheibe für Austauschaktionen von Palästinadeutschen mit europäischen Juden zwischen 1940 und 1945 zu untersuchen“ (S. 9). Hierfür arbeitet er mit einem umfassenden Korpus an Primär- und Sekundärliteratur, der die große Bandbreite des untersuchten Themas widerspiegelt:

Darunter finden sich die Studien namhafter Forscher*innen auf dem Gebiet der „illegalen“ Immigration nach Palästina (Aliyah Bet) und der Rettungsaktionen des Yishuv (siehe etwa Dalia Ofer und Tuvia Friling), territorienspezifische Studien zu den lokalen Ausformungen des Holocaust und der damit in Verbindung stehenden Rettungsaktionen sowie Türkei-zentrierte Forschung, auf deren Basis die Arbeit der Jewish Agency in Istanbul sowie der Vertreter*innen jüdisch-türkischer Gemeinden rekonstruiert wird (siehe etwa Rifat Bali, İzzet Bahar, Corry Guttstadt). Die umfassende Darstellung fußt zudem auf einem breit angelegten Korpus an Primärquellen, die vornehmlich – aber nicht ausschließlich – aus US-amerikanischen und deutschen Archiven stammen. Der Anteil türkischer Archivquellen muss angesichts der langen Liste angeführter Archive gering anmuten, doch ist dies der leider mangelnden Verfügbarkeit relevanter Quellen geschuldet: Es ist darauf zu hoffen, dass diese Lücke im Laufe der nächsten Jahre gefüllt werden kann.

In drei Kapiteln, die bezüglich ihres Umfangs stark divergieren, wird dieses Material mit dem je nach Thema unterschiedlich breit aufgestellten Forschungsstand auf vornehmlich analytische und stilistisch klare Art und Weise verwoben: Das Resultat ist eine facettenreiche, multi-perspektivische und umfassende Darstellung. Es geht um die Schwierigkeiten, die mit Administration, Logistik und Organisation von Flucht auf Mikro- und Makroebene einhergingen, um das Bemühen einzelner, wie auch kollektiver Akteur*innen sowie um das Anrennen gegen bürokratisch-diplomatische Hürden, die zur Flucht bereite Juden*Jüdinnen hinderten. All diese Widerstände richteten sich auch gegen die vielen Menschen in verschiedenen Ländern, die auf verschiedenen Ebenen und aus verschiedenen Positionen heraus Juden*Jüdinnen bei ihrer Flucht unterstützten beziehungsweise dies versuchten. Diese bereits angedeutete Verflechtung von Mikro- und Makroebene, vom Einzelschicksal mit geopolitischen Entwicklungen, ist die große Stärke dieser Monographie, die sich mit viel Gefühl und Sensibilität, aber doch mehrheitlich auf einer sachlich-analytischen Ebene mit dem

verzweifelten Kampf gegen die Zeit und die Mühlen kalter Bürokratie auseinandersetzt.

Ausgangspunkt für diese fruchtbare Auseinandersetzung ist der Blick nach Baden bei Wien: Die dreiköpfige Familie Pfeifer verließ im Sommer 1938 das kurz zuvor zur „Ostmark“ erklärte Österreich und flüchtete nach Ungarn zu Verwandten. Es war der erste Teil einer langen Flucht, die den Sohn Karl Pfeifer schlussendlich 1943 bis nach Palästina bringen wird: Entgegen aller Wahrscheinlichkeit gelang ihm die Flucht als Teil eines fünfzigköpfigen ungarischen Kinder- und Jugendtransports. Reiner Möckelmann, der das vorliegende Buch seinem Freund Karl Pfeifer widmet, zeichnet diese ganz spezielle Flucht mit viel Einfühlungsvermögen nach: Er stützt sich dabei offenkundig auf lebhaftere, emotionale Erzählungen, die den Abschiedsschmerz bei der Trennung von den Eltern ebenso lebendig machen, wie die Hoffnung und Begeisterung, die Karl Pfeifer bei seiner Ankunft in Haifa im Januar 1943 empfand. Die Odyssee des damals knapp Fünfzehnjährigen über Budapest nach Istanbul und Aleppo bis nach Haifa zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Buch und gibt den vielen anonymen Verzweifelten und erfolgreich Geflüchteten ein Gesicht: das Gesicht der Eltern Ludwig und Margarethe Pfeifer, die ihren jugendlichen Sohn alleine in eine ungewisse Zukunft senden und selbst im ausweglosen „Jetzt“ zurückbleiben mussten, das Gesicht des Sohns, der seine Eltern verlassen musste, um selbst mit einem gefälschten Reisepass versehen durch Länder zu reisen, deren Sprache er nicht sprach, hin zu einem Ziel, das ihm fremd war.

Schmerz, Trauer und Verzweiflung, vermengt mit der Hoffnung, dass man selbst, dass ein Teil der Familie auf dem Weg in die Freiheit ist – dies sind die vorherrschenden Gefühle, die zwischen den Zeilen heraufbeschworen werden: durch detaillierte, narrative Darstellung der Geschehnisse, durch die Verflechtung einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen und (auch visuell gestützte) Nahaufnahmen spezifischer Ereignisse – in der Regel Katastrophen wie dem Untergang der Struma, jenem Flüchtlingsschiff, das im Frühjahr 1942 aufgrund von fehlen-

den Genehmigungen von den türkischen Behörden an der Weiterreise nach Palästina gehindert, ins Schwarze Meer zurück eskortiert und schließlich von einem fehlgeleiteten sowjetischen Torpedo versenkt wurde, woraufhin circa 780 Juden*Jüdinnen aus Bulgarien, Rumänien und Transnistrien starben. Die Kombination aus Detailaufnahmen, Bildmaterial und eine teils emotional stark aufgeladene Sprache versetzen Zeit und Raum und ziehen die Leser*innen teils in eine vergangene Wirklichkeit, die fern der eigenen ist, gemacht und beeinflusst von Personen, die einem unabhängig vom eigenen Wissensstand vertraut gemacht werden: Dies wird durch kurze Exkurse bewerkstelligt, die sich einer Schlüsselfigur eines spezifischen lokalen Kontexts widmen und diese durch eine biographische Darstellung in Raum und Zeit verorten. Auch hier zeigt sich das Bemühen des Autors, die Leser*innen ungeachtet spezifischer Vorkenntnisse zu erreichen – und so werden prominente politische Akteure wie Chaim Barlas, Hugh Knatchbull-Hugessen und Mohammed Amin al-Husseini ebenso vorgestellt wie wohl weniger bekannte Personen der türkisch-jüdischen Zivilgesellschaft (wie beispielsweise Simon Brod und sein türkisch-jüdisches Hilfskomitee) oder David Stoliar, einer der wenigen Überlebenden der Struma-Katastrophe (und der Einzige, der den Untergang selbst überlebte, während die anderen Überlebenden bereits in Istanbul vom Schiff gerettet werden konnten).

Eingedenk der vorab genannten Zielsetzung liegt der Fokus des diachron angelegten Werks definitiv auf der narrativen Darstellung von Fluchtkontext, Organisation und Durchführung: Dabei wird der Blick zuerst auf frühe Formen der Aliyah – der Einwanderung von Juden*Jüdinnen nach Palästina – gelenkt, die teils auf der aktiven Unterstützung von NS-Deutschland (zum Beispiel durch das Haavara-Abkommen) beruhten. Eingebettet in die jeweiligen lokalen und temporalen Kontexte, werden im Weiteren die vielfältigen Verschärfungen im Bereich der Migrations- und Transitgesetzgebung dargestellt: Verschärfungen, die den Kampf um Transitvisa und Einwanderungszertifikaten nicht zuletzt aufgrund der zwischen Passivität und blanker Ab-

lehnung changierenden Haltung der Türkei und Großbritanniens (Stichwort „White Paper“) zu einem Albtraum mit verschwindend geringen Erfolgschancen werden ließen.

Die Kriegsjahre und die währenddessen geltenden Migrationsbestimmungen (vor allem in der Türkei) werden als eine Abfolge von Verschärfungen und kurzzeitigen Lockerungen beschrieben, die die kausale Verbindung zwischen geopolitischen Entwicklungen und der Höhe der legislativen Grenzen und Hürden verdeutlicht: Dabei wird beispielsweise das Bekanntwerden des Holocaust durch die „Auschwitz-Erklärung“ (S. 106) und die darauffolgende Intensivierung öffentlichen Protests jüdisch-britischer Organisationen gegen die britische Palästinalpolitik als Zäsur in der Migrationsgesetzgebung dargestellt – ein Wendepunkt, der jedoch faktisch keine Hinwendung zu von britischer Seite gestützten Rettungsaktionen bedeutete. Diese Form des proaktiven Handelns blieb auf die Jewish Agency und die ihr nahestehenden, in der Türkei illegalen Organisationen (Mossad l'Aliyah Bet, Haganah) beschränkt, deren verzweifelter Kampf um das Überleben der europäischen Juden*Jüdinnen quantitativ gemessen nur geringen Erfolg brachte. Auch in diesem Kontext versteht sich der Autor meisterhaft darauf, die Gefühle einzufangen, die die einzelnen Mitglieder des Rettungskomitees und der vielen (oft illegalen) Aktionen der Haganah und des Mossad l'Aliyah Bet bewegt haben müssen: Frustration, Resignation, vermischt mit der immer wieder neu aufkeimenden Hoffnung, mit einem neuen Projekt, mit einem weiteren diplomatischen Vorstoß, mit einer anderen „Nacht-und-Nebel-Aktion“ einige Wenige vor der Vernichtung retten zu können. Diese vielen Versuche werden schlaglichtartig beleuchtet, wobei der groß angelegte geographische Bezugsrahmen des Buches berücksichtigt wird: Hilfsnetzwerke und einzelne helfende Individuen in Griechenland und der Slowakei werden beispielsweise ebenso erwähnt wie diplomatische Rettungsversuche in Ungarn oder der Einsatz der orthodoxen Kirche in Bulgarien für Juden*Jüdinnen des bulgarischen „Altreichs“. Ungeachtet des teils minutiös dargestellten Einsatzes einzelner Personen

für diverse Hilfsmissionen bleibt jedoch das Bild internationalen Versagens angesichts der Bestialität NS-Deutschlands und seiner Verbündeten berechtigterweise bestehen: Politische Prioritäten und Strategien standen einer konzertierten Hilfe für die vom Holocaust immanent bedrohten Juden*Jüdinnen im Weg – auch wenn dies retrospektiv teils anders dargestellt wird, wie Reiner Möckelmann in seinem abschließenden Kapitel „Erinnerungskultur und Gedenkpolitik“ verdeutlicht.

Der Umgang mit Vergangenheit, die Konstruktion von Geschichte ist immer ein politischer Akt – es liegt im Wesen einer Konstruktion, dass sie nicht ist, sondern gemacht wird – und dieser Prozess des Konstruierens, des Entwickelns ist nicht unabhängig von der Urheber*innenschaft zu denken: Der Blick auf die Vergangenheit, auf den Kampf ums Überleben durch das versuchte Anrennen gegen sichtbare und unsichtbare Grenzen ist ein Produkt politischen Handelns von Kollektiven und Individuen.

In Hinblick auf die versuchte „Abänderung“ von Vergangenheit durch Einzelne befasst sich Reiner Möckelmann mit der Gestalt des NS-Botschafters in Ankara, Franz von Papen, den er treffend als „Geschichtspolitiker in eigener Sache“ (S. 271) beschreibt. Dessen schriftlich niedergelegte „Zeitzeugenberichte“, in der er eine Rolle als überzeugter „Judenretter“ annimmt, stellen eine krasse Verzerrung der Realität dar, die der Autor trocken als möglichen Ausdruck einer „gravierende[n] Persönlichkeitsstörung“ bezeichnet, die zum „Erfinden einer eigenen Lebensgeschichte, der Suggestion von Identitäten und einem Rollenspiel über Jahrzehnte“ geführt hätte (S. 276). Von der Umdeutung von Vergangenheit in eigener Sache geht es dann zur kollektiven, top-down geleiteten Meistererzählung über, in der sich die Republik Türkei als „Nation der Judenretter“ deklariert. Während dieses Narrativ bereits vor Jahren von einer Reihe von Wissenschaftler*innen (Marc Baer, Corry Gutstadt etc.) dekonstruiert und widerlegt wurde, ist dieser Exkurs dem Gesamteindruck des Buches und der akademischen Forschung überaus zuträglich – und ange-

sichts der noch immer fortbestehenden Präsenz dieser Meistererzählung in zeitgenössischen Diskursen und des derzeit gerade in der Türkei frappierend zu Tage tretenden Antisemitismus (vergleiche Guttstadt 2023) hochaktuell.

Abschließend wird die postsozialistische Erinnerungspolitik beleuchtet, die im Zeichen der Vergangenheitsbewältigung von sowohl Nationalsozialismus als auch Kommunismus steht. Während dieses letzte Thema nur schematisch skizziert wird, liefert es doch einen interessanten Anstoß für weitere Überlegungen: zum Beispiel in Hinblick auf eine Dominanz des Gedenkens der für die thematisierten Staaten näher bei der Gegenwart liegenden kommunistischen Verbrechen. Dies ist am Beispiel des Museums „Haus des Terrors“ (Budapest) zu sehen, das sich formal den Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus widmet: Die derzeitige Ausstellung (Stand Dezember 2023) klammert Erstere jedoch fast vollständig aus und fokussiert dezidiert auf die kommunistische Periode. Dabei wird der ungarische Antisemitismus unter den Pfeilkreuzler*innen und das Leid der ungarischen Juden*Jüdinnen (fast) vollkommen außer Acht gelassen. Ein weiteres Beispiel der unter der Fidesz-Regierung voranschreitenden Umdeutung der Vergangenheit und der Verharmlosung des ungarischen Antisemitismus findet sich im 2014 errichteten „Mahnmal für die Opfer der Deutschen Besatzung“, das das hunderttausendfache Leid ermordeter ungarischer Juden*Jüdinnen und die Mittäterschaft von Ungar*innen verschweigt: Das Denkmal ist seitdem eine Stätte öffentlichen Protests und einer multilingualen Informationskampagne über die ungarische Mitwirkung am Genozid (siehe S. 66).

Postsozialistische Geschichtskonstruktion ist ein weites, umfangreiches Feld, das Reiner Möckelmann nur sehr partiell darstellt – die skizzierten Deutungsschemata bieten jedoch einen ansprechenden Ausblick auf ein Thema, das definitiv nicht Kernstück des vorgelegten Buches ist: Vielmehr ist dies eine überaus vielseitige, facettenreiche und umfassende Studie über den Kampf von Einzelnen und von

Kollektiven für das Überleben der Juden*Jüdinnen Südosteuropas, die mittels eines hohen Grades an Narrativität, Detailgenauigkeit und Sensibilität sowie umfassender Archivarbeit ein in dieser Form kaum behandeltes Thema auf überzeugende und ansprechende Art und Weise bespricht.

Kleine Irritationen stören diesen überaus positiven Gesamteindruck nicht, auch wenn einige hier kurz zur Sprache gebracht werden sollen: Angesichts des hohen Stellenwerts des historiographischen Erzählens verwundert der fast durchgängig aufrechterhaltene „Filter“, durch den die verschiedenen Primärquellen einschließlich der Egodokumente kanalisiert werden. Diese werden in der Regel nicht im jeweiligen Originalwortlaut wiedergegeben, sondern als Paraphrase in die Erzählung des Autors eingebaut. Während dies an mancher Stelle dem narrativen Fluss zuträglich sein mag, verwundert die Dominanz von Paraphrasen angesichts der Konzeption der Monographie: Diese zielt prinzipiell darauf ab, die Stimmen Einzelner zu Wort kommen zu lassen und kollektive Flucht durch Einzelerfahrungen fassbar zu machen. Während dies ungeachtet der Präferenz für Paraphrasen im Gesamten sehr gut gelingt, irritiert doch das oftmalige Paraphrasieren von Egodokumenten, das den wiedergegebenen Stimmen eine Spur an Authentizität und Leben nimmt. Zudem sind manche Ausführungen etwas zu kurz gegriffen beziehungsweise zu generalisierend gefasst: So wird beispielsweise postuliert, dass „10 000 Flüchtlinge aus Griechenland“ die Türkei bis Frühling 1943 „in Richtung Palästina oder Syrien“ verlassen hätten (S. 150). Dies entspricht nicht den Tatsachen. Eine große Zahl dieser Flüchtlinge wurde in überfüllte Flüchtlingslager auf Zypern beziehungsweise später vor allem nach Ägypten sowie (wenn auch vergleichsweise wenige) nach Belgisch-Kongo und Abessinien gebracht. Zudem hatten diese Griechenland vor allem wegen der „katastrophalen Hungersnot“ verlassen, und nicht „auch“ wegen dieser (S. 150). Diese feinen, nur sporadisch auftretenden Diskrepanzen mit dem aktuellen Forschungsstand und dem verfügbaren Archivmaterial tun der Qualität der Gesamtstudie jedoch

keinen Abbruch, sondern sind vielmehr als vermutlich unvermeidliches Resultat des breit aufgestellten Kontexts zu sehen. Der Eindruck eines überaus informativen Überblicks über die vielen Facetten der Flucht südosteuropäischer Juden*Jüdinnen nach Palästina und die Rolle der Türkei (insbesondere Istanbul) als Transitland bleibt bestehen: Dieses Buch brilliert durch seine narrative Eleganz, eine solide, durch zahlreiche Quellen und Sekundärliteratur gut unterfütterte Basis und der gelungenen Ansprache einer breiten Leser*innenschaft, die interessierte Lai*innen ebenso wie Expert*innen der jeweiligen Fächer inkludiert.

Julia Fröblich

Sergio Fontegher Bologna

Für Toni Negri¹

Es fällt mir schwer, einen Nachruf zu schreiben. Vielleicht weil ich in diesem annus horribilis 2023 zu viele geschrieben habe. Zu viele, angefangen im Jahr 1975 mit jenem für Danilo Montaldi in der Zeitschrift „Primo Maggio“. Oder vielleicht weil Toni fortlebt. Die Energie, die von ihm ausging, hat sich gesammelt und eine Beharrungskraft hervorgebracht, von der man nicht weiß, wann sie erlöschen wird.

Jedes Mal, wenn ein Genosse stirbt, öffnet sich ein neues Kapitel der „Erinnerungspolitik“, ein unverzichtbares Instrument zum Schutz der Kontinuität. Die erste Sache, die mir einfällt, ist: lasst uns die Figur Toni Negri aus der Knastuniform des 7. April befreien!² Auch wenn man sie weiter heraufbeschwört, um die Maske des „cattivo maestro“ („böser Lehrmeister“, er war stolz, als solcher bezeichnet zu werden) auszulöschen oder das Calogero-Theorem³ zu zerstören, han-

¹ Der folgende Nachruf erschien auf diesen Webseiten auf Italienisch: [<http://www.euronomade.info/?p=15910>]; [<https://effimera.org/toni-negri-toni-negri-vincentedi-sergio-fontegher-bologna/>]; [<https://www.dinamopress.it/news/per-toni-negri/>]; eine spanische Version findet sich hier: [<https://lc.cx/Yvc825>].

² Am 7. April 1979 wurden auf Anordnung des Staatsanwalts Pietro Calogero, im Anschluss an die Entführung und Ermordung des christdemokratischen Politikers Aldo Moro 1978, Toni Negri, Oreste Scalzone, Alisa del Re, Guido Bianchini, Luciano Ferrari-Bravo, Emilio Vesce, Mario Dalmaviva und andere Mitglieder des Instituts für politische Wissenschaften und der Autonomia Operaia verhaftet und nach langjährigen Verfahren zu mehrjährigen Haftstrafen wegen angeblicher terroristischer Bestrebungen verurteilt. Negri geht ins französische Exil und er gilt der gesellschaftlichen Rechten als „cattivo maestro“, böser Lehrmeister; alle Anmerkungen stammen vom Übersetzer.

³ Pietro Calogero (geb. 1939) ist Richter und hat am 7. April 1979 verfügt, dass die Führungsfiguren der Autonomia unter der konstruierten Anklage, organisatorische Köpfe eines bewaffneten Aufstandsversuchs gegen die Staatsmacht zu sein, verhaftet wurden. Kritisiert wurde dieses Vorgehen von linker Seite als „Calogero-Theorem“, da damit offensichtlich weite Teile der radikalen Linken, die nicht bewaffnet kämpften, kriminalisiert wurden. Ins Pariser Exil gingen auch Alisa Del Re und Guido Bianchini (1926–1998). Ein Buch mit Schriften von Bianchini und Zeugnissen seiner Freunde ist 2021 erschienen: Giovanni Giovannelli / Gianni

delt es sich doch immer um eine subalterne Form über ihn zu sprechen und es ist das Terrain auf das der Gegner uns herabsteigen lässt und dort werden wir immer Verlierer sein, immer in Verteidigungshaltung. Cacciari,⁴ der seinerseits über die Schriften Negris geschrieben hat und so das viel zu häufig frequentierte Genre der „Andacht“ vermieden hat, hat dies verstanden.

Es lohnt sich stattdessen, die siegreiche Seite des militanten Aktivismus von Toni Negri zu sehen. Wir müssen uns daran erinnern, dass der Operaismus eine Zeitlang die eigenen Vorhersagen hat eintreffen sehen, den Sieg auskosten konnte, zumindest für einige Jahre. Toni Negri hat das Glück gehabt, mitzuerleben, wie sein Bild der „Multitude“ Wirklichkeit wird: eine Kraft, die keine gesellschaftliche Masse darstellt, sondern aus unzähligen Individualitäten besteht, die eines Tages in einem einzigen Schrei des Protestes aber auch eines Programms zusammenkommen, in einem einzigen Willen zum Leben gegen eine Produktionsweise zusammenkommen, die nur noch zu Tod und Zerstörung imstande ist. Toni hat die Genugtuung erlebt, sie, die Multitude, während der großen Demonstrationen in Frankreich im Frühling 2023 unter seinen Fenstern vorbeiziehen zu sehen.

Es gibt einen Eintrag im Lexikon der politischen Begriffe, der auf die Figur Toni Negris nicht gut passt: „Widerstand“. Toni war beständig auf Angriff gepolt. Und deshalb hat ihn mancher verspottet, hat ihn als verrückt bezeichnet. Aber dies war keine Pose, sondern es war ihm eine Notwendigkeit. Es war die Bedingung für das Wissen. In Übereinstimmung mit der Botschaft des Operaismus. Für Tronti war die Klasse nicht ohne Konflikt und Antagonismus vorstellbar,⁵ für Romano Alquati galt das auch.⁶ Und es galt auch für Negri, denn ausgehend von den dreien – Vätern des Operaismus – ist die Überwindung des

Sbrogiò (Hg.), Guido Bianchini. *Ritratto di un maestro dell'operaismo* [Guido Bianchini. Bild eines Lehrers des Operaismus], Rom 2021.

⁴ Massimo Cacciari, 1944 in Venedig geborener Philosoph und Politiker, ehemaliger Bürgermeister von Venedig, der in der Frühzeit der Gruppe „Potere Operaio“ angehörte.

⁵ Vgl. [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00081550].

⁶ Vgl. [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00022662].

Begriffs der Arbeiterklasse, zuerst mit der Figur des gesellschaftlichen Arbeiters, dann mit der Multitude, dabei immer die Vorstellung eines kollektiven Subjekts verfolgend, am stärksten vorangebracht worden. Im Angriffsmodus zu sein bedeutete, der Subjektivierung einen Vorrang einzuräumen. Es bedeutete, beständig die Grenzen des kollektiven Subjekts neu zu bestimmen, während der Klassenkampf von Seiten des Kapitals Innovationen der Produktionsweise und des Verwertungsprozesses einführte.

„Analyse mit kühlem Kopf“, ein weiterer Begriff, der ihm total fremd war. Es gibt nicht einen Satz in seinem Schreibstil, der nicht vom Feuer der Leidenschaft, des Zorns durchdrungen ist, immer „darüber hinausweisend“. Das Minimum, wenn man bedenkt, dass wir uns mit dem Kapital und seiner Fähigkeit messen wollen, beständig neue Kriegsterrains zu eröffnen, von denen aus die menschliche Freiheit angegriffen wird, eine Fähigkeit, die in der Lage ist, ein neues, ein digitales, virtuelles Universum zu erschaffen. Wie kannst du, angesichts eines derartigen Missverhältnisses der Kräfte, dir ohne diesen rasenden Willen zur Freiheit vorstellen, den Leviathan herauszufordern? Es wurde geschrieben, dass Toni Negri von dem Dämon der Revolution besessen gewesen sei. Das trifft zu, für ihn stand sie jederzeit auf der Tagesordnung. Aber nicht er war der Verrückte, wir, die wir immer noch nicht verstehen, dass es die notwendige, unverzichtbare Denkweise ist, die uns die Freiheit des Denkens erlaubt, die uns erlaubt noch einen Raum der Freiheit und der Autonomie zu genießen. Das Seine war keine Verrücktheit, es waren wir, die unfähig waren, das, was Spinoza die „traurigen Leidenschaften“ genannt hatte, abzuschütteln. Wollen wir das Utopie nennen, weil es mehr der Political Correctness entspricht? Das können wir machen, vorausgesetzt dass anerkannt wird, dass Tonis Dämon ein realistisches Bild der unstillbaren Gier des Kapitals vermittelt. Nehmen wir Amazon. Welches Unternehmensmodell ist in der Lage gewesen eine weiter entwickelte, erbarmungslosere Form der Herrschaft über und der Kontrolle der Arbeit zu organisieren? Es hat derart hohe Gewinnmargen, dass es sich Verluste

im Bereich der Distribution, das heißt dort, wo die überwiegende Mehrheit seiner Beschäftigten tätig sind, erlauben kann. Könnte es sich damit nicht zufrieden geben? Könnte es seine Macht nicht lockern? Aber nein. Es hat es nötig, den Arbeitern in einem seiner Lager in der Gegend von New York sechzig Sekunden Pause zu stehlen. Und es fiel ihnen zu, zu protestieren, um eine Minute Pause zurückzuerhalten. Sechzig Sekunden gegenüber circa 10 Millionen tagtäglich weltweit in Voll- und Teilzeit gearbeiteter Stunden!

Seine Kritiker mögen sich damit abfinden: Über den Operaismus spricht man im Präsens, nicht in der Vergangenheit. Und um Operaist zu sein, braucht es eine gute Prise Unbeugsamkeit. Aus einem Dokumentarfilm (*Oltre il ponte: le trasformazioni di un quartiere di Milano; Jenseits der Brücke: Veränderungen eines Mailänder Stadtteils*) kommt mir der einfache Satz von Antonio Costa, einer der Anführer des großen Metallarbeiterstreiks in Mailand im Jahre 1960, zu Beginn des zwanzigjährigen Kampfzyklus, der im Oktober 1980 sein Ende fand, in den Sinn: „Der Klassenkampf ist nie zu Ende, er ist nie zu Ende“. Und dort wo der Klassenkampf ist, ist der Operaismus. Aber genau deswegen, weil vom Operaismus nur im Präsens zu sprechen ist, ist es nicht erforderlich, ihn als einen Käfig zu betrachten. Negri, aber auch Tronti, sind weit über den Operaismus, der eine Denkweise, keine Ideologie ist, hinausgegangen. Er ist ein Instrument, kein Ziel. Folglich kann er genutzt werden oder auch nicht, die Schachtel kann so viele Werkzeuge enthalten wie man will, wenn sie denn notwendig sind.

Im Operaismus hat es zwei Seelen gegeben: eine kommunistische und eine anarchosyndikalistische. Toni gehörte klar zur ersten, er bekräftigte beständig, Kommunist zu sein, aber hier war ich nicht in der Lage ihm zu folgen, gerade weil das kommunistische, das bolschewistische Denken unlösbar mit der Taktik verbunden ist, jener, die auch die Waffen des Gegners einzusetzen weiß, jener des Zugs von Lenin. Und Toni schien mir nie ein großartiger Taktiker zu sein, weil dies erfordert innezuhalten, zu kalkulieren, es erfordert Umsicht, eine (angebliche) Tugend, die ihm geradezu leidenschaftlich fremd war.

Es sei denn, dass man seine universitäre Erfahrung als Taktik wertete.

Mit dreißig erhält er einen Lehrstuhl, er hat starke Unterstützer, verfügt aber auch über Titel, die wissenschaftlich anerkannt werden. Er begreift die Spielregeln und zeigt sein Können am Pokertisch der akademischen Mächte. Ehe man bis drei zählen kann, sorgt er dafür, dass ihm eine Assistentenstelle, vier Stellen für Lehrbeauftragte und drei Stellen für Forschende / Techniker zugeordnet werden. Und er stellt sich ein Team zusammen, das sich vor keiner Examenskommission blamiert hätte. Ein Name, Mariarosa Dalla Costa, heute allen auf der Welt so bekannt, wie Toni selbst. Und dann Menschen wie Alisa Del Re, Luciano Ferrari Bravo, Guido Bianchini, Ferruccio Gambino, Sandro Serafini. Eine geschlossene, gut eingespielte Gruppe, die an der Abfassung von Texten, wie *Operai e Stato*,⁷ *Crisi e organizzazione operaia*,⁸ zusammenarbeiten, die in einer bestimmten Generation Spuren hinterlassen haben. Es handelte sich um ein Unikat in der italienischen Universitätslandschaft, schwer reproduzierbar und deswegen historisch determiniert. Aber alles, von Anfang bis Ende, sein Werk. Auch ich bin Teil davon gewesen und gehöre folglich zu jenen, deren Leben von der Begegnung mit Toni geprägt wurden, erst durch die Rolle in bestimmten Zeitungen und Zeitschriften und dann durch meinen Eintritt in die Universität, ohne dass ich an einem Wettbewerb teilgenommen hätte, wodurch ich mich in einer Position wiederfand, die jeder andere Akademiker als hierarchisch subaltern angesehen hätte, während es für den Professor Negri nur eine Form war, mit der er sein Wissen organisierte, er, der niemals die Haltung des einsamen Denkers eingenommen hat, sondern immer die eines Menschen, der innerhalb eines Kollektivs denkt und handelt.

⁷ Sergio Bologna / George Rawick / Mauro Gobbini / Antonio Negri / Luciano Ferrari Bravo / Ferruccio Gambino, *Operai e stato. Lotte operaie e riforma dello stato capitalistico tra rivoluzione d'Ottobre e New Deal* [Arbeiter und Staat. Arbeiterkämpfe und Reform des kapitalistischen Staats von der Oktoberrevolution bis zum New Deal], Mailand 1972.

⁸ Sergio Bologna / Paolo Carpi gnano / Antonio Negri, *Crisi e organizzazione operaia* [Krise und Arbeiterorganisation], Mailand 1974.

Sein großer Beitrag zur Lehre liegt in seinen Überlegungen zur Staatsform, in der er über die Vielzahl der verfassungsmäßigen Lösungen hinweg, die Aufrechterhaltung und den Schutz der bürgerlichen Ordnung enthüllte. Der Fortschritt in seinem Denken, angefangen von den Bildungslektüren Costantino Mortatis⁹ zu den ersten theoretischen Entdeckungen, wo zu den juristischen Dispositiven die philosophischen hinzukommen – und es entstehen *L'Anomalia selvaggia*,¹⁰ 1981 und *Il potere costituente*,¹¹ 1992, um zu *Impero*,¹² 2000, zu gelangen und bei *Comune, oltre il privato e il pubblico*,¹³ 2010, anzukommen – lässt ihn von dem vollständig im westlichen Denken beheimateten Horizont zu den postkolonialen Studien wandern. Aus dem Jahr 2022, als seine Stimme schon schwach ist, stammen die vier Gespräche mit Gerald Raunig,¹⁴ in denen er mit großer Klarheit seinen Begriff der verfassungsgebenden (konstituierenden) Macht und den Weg erklärt, über den es möglich war, das Problem eines aktiven Subjekts, das soziologisch entlang der operaistischen Kategorien (Massenarbeiter, prekarierteter Arbeiter) bestimmt war, zu überwinden, um sich stattdessen auf die Anstrengung zu konzentrieren, die konkrete Abstraktion des general intellect oder der Multitude zu definieren. Und er schließt diese Gespräche mit einem langen Exkurs über die revolutionären Erfahrungen in Lateinamerika, vom Bolivarismus zum Brasilien Lulas, vom zapatistischen Mexiko zu Kolumbien, das einen vierzig Jahren andauernden, fremdgesteuerten Bürgerkrieg beenden will. Und

⁹ Costantino Napoleone Mortati (1891–1985), bedeutender italienischer Verfassungsjurist.

¹⁰ Antonio Negri, *L'anomalia selvaggia. Saggio su potere e potenza in Baruch Spinoza*, Mailand 1981; dt.: *Die wilde Anomalie. Baruch Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft*, Berlin 1987.

¹¹ Antonio Negri, *Il potere costituente: saggio sulle alternative del moderno* [Konstituierende Macht. Eine Gegengeschichte der Moderne], Varese 1992. Eine deutsche Ausgabe ist im Mandelbaum-Verlag geplant.

¹² Antonio Negri / Michael Hardt, *Impero. Il nuovo ordine della globalizzazione*, Mailand 2003; dt.: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a. M. / New York 2003.

¹³ Antonio Negri / Michael Hardt, *Comune. Oltre il privato ed il pubblico* [Gemeinwohl. Jenseits des Privaten und des Öffentlichen], Mailand 2010.

¹⁴ Die vier Gespräche wurden aufgezeichnet und sind zu hören unter: [<https://transversal.at/audio/negri-conversation1>].

man muss bedenken, dass diese Verschiebung der Achsen seines Denkens vom Westen als Zentrum der Welt hin zur globalen und multipolaren Dimension sich gleichzeitig mit den philologischen Studien über das Denken von Marx entwickelt hat, das im selben Zeitraum einen Marx ans Licht gebracht hat, der sich dessen sehr bewusst war, dass die Aufmerksamkeit, die der englischen industriellen Revolution zugewandt wurde, gar nicht ausreichte um das Wesen des Kapitalismus zu bestimmen, sondern dass es erforderlich war, den Blick auf die kolonisierten Länder, auf das, was im allgemeinen Vokabular verächtlich Dritte Welt genannt wurde, auszuweiten. Auf diese Weise war Toni Negri in der Lage mit der Generation von Genua und der May Day Parade, mit den jungen Menschen aus der Plattformwirtschaft und den Migrant:innen, mit der Anti-Globalisierungsbewegung und der Bewegung No Logo zu sprechen, die ihm heute in bewegter Dankbarkeit nachtrauern. Er hat sich mit der Theorie und Praxis des Verfassungsstaates auseinandergesetzt, mit den Verfassungsprojekten der Thermidorianer¹⁵ der Jakobiner, mit der keynesianischen Form des „sozialdemokratischen Kompromisses“, mit dem Übergang vom Staat des Liberalismus zum Wohlfahrtsstaat, der die Vermittlung der Interessen (zwischen Lohn und Profit) zur Voraussetzung für die Kontinuität der staatlichen Macht macht; er hat sich mit der Schmittschen Form des Staates als Verwaltung, regiert von professionellen Bürokraten mit festgelegten Kompetenzen und mit der Form des Staates in der Moderne auseinandergesetzt. Er verfolgte dabei immer das Geflecht zwischen dem Politischen und dem Gesellschaftlichen und fand letztendlich in den Schriften von Marx das richtige Verhältnis zwischen den beiden Polen. All dies, um der Bestimmung der Bewegungen einen juristischen Unterbau vorzulegen, der nicht dabei stehenbleibt, Werte und Begehren jenseits des Stellvertretertums, gegen die Ermächtigung, sondern eine verfassunggebende Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Daher rührt auch seine Verherrlichung von '68 als Erweite-

¹⁵ Als Thermidorianer werden diejenigen Politiker der französischen Revolution bezeichnet, die nach der Hinrichtung Robespierres die politische Macht übernahmen.

rung der Erfahrung der Ausbeutung, die vom Terrain der industriellen Verhältnisse auf die Geschlechterverhältnisse, die Kolonialverhältnisse und, so möchte ich ergänzen, auf das Verhältnis zwischen Zivilisation und Natur übergeht. Durch den Kampf wird eine Bewegung verfassunggebende Macht, eine neue gesellschaftliche Ordnung. Als er 1992 *Il potere costituente. Saggio sulle alternative del moderno*¹⁶ schrieb, konnte er sich nicht vorstellen, dass derselbe Kapitalismus sowohl die vertraglich gebundene als auch die administrative Form einer auf der Kompetenz einer technischen Bürokratie fußenden Staatsmacht hinter sich lassen könnte (und dass ein analoger Prozess auch in den industriellen Beziehungen stattfinden könnte), um stattdessen einen Weg einzuschlagen, auf dem die politischen Eliten nicht länger Resultat eines Selektionsprozesses sind, sondern ein Produkt kommunikativer Manipulationen, in denen Führung und Spektakel miteinander verschmelzen. Und es erblühen Premierminister, die Komiker, Anchormen sind und morgen treffen wir in der Regierung vielleicht auch einen Pornostar, gleich ob männlich oder weiblich. Diese historischen und logischen Übergänge von Toni Negri sind zu prophetischen Vorhersehungen geworden und haben als solche der deprimierten, gedemütigten, im Individualismus isolierten Jugend, der er im Grunde nichts anderes zugerufen hat, als: „Ihr seid eine Kraft, ihr habt eine Stärke, nutzt sie!“, Mut gemacht. Hierin liegt sein ganzes Wesen als „böser Lehrmeister“. Aber dies ist hinreichend, um eine Alternative zu jenen zu sein, die, vielleicht mit Mühe das Recht der Jugend zu protestieren anerkennen, um dann aber nicht den Mund zu öffnen, wenn diese Jugend niedergeknüppelt, angeklagt, unter Hausarrest gestellt oder in den Knast gesteckt wird.

Die verfassunggebende Macht der Bewegungen beschwört die direkte Demokratie herauf und in der letzten Phase seines Werdegangs, scheint Negri sich der anarchistischen Wurzeln des Operaismus ange-

¹⁶ Antonio Negri, *Il potere costituente: saggio sulle alternative del moderno* [Konstituierende Macht. Eine Gegengeschichte der Moderne], Varese 1992.

nähert zu haben, so wie es – vielleicht irre ich mich – in seinem Diskurs über die Güter des Gemeinwohls durchscheint.

Er hat in einer Isolierzelle eines Spezialgefängnisses gearbeitet und dort dieselbe tägliche Arbeitsorganisation an den Tag gelegt wie zu den Zeiten als er seine Abschlussarbeit verfasst hat oder als er im Exil lebend die Welt bereiste. Tage, die von einer eisernen Disziplin bestimmt waren, die selbst diejenigen erstaunte, die ständig an seiner Seite waren. Diese Disziplin gab ihm die Freiheit, Ideen zu entwickeln.

Wenn wir diese Aspekte hervorheben, müssen wir uns doch davor hüten, um seine Figur herum positive Klischees zu konstruieren, die sich spiegelbildlich zu den negativen verhalten, die ihm auf den Leib geschrieben wurden. Wir dürfen ihn nicht zu einem Meister überhöhen, der dem bösen Lehrmeister gegenübergestellt ist. Wir dürfen ihn nicht zu einer Ikone machen und sein Konterfei auf T-Shirts enden lassen, wie es dem armen Che Guevara passiert ist. Umso mehr als beider „physique du rôle“ beeindruckend war.¹⁷ Wie viele von uns war Toni ein normaler Mensch mit höherer Schulbildung, der sich auf die Seite der Ausgebeuteten, der Marginalisierten, derjenigen ohne Stimme gestellt hatte, ohne jemals zu versuchen, sie zu belehren oder zu lenken, sondern ihnen dabei zu helfen, ihre Möglichkeiten, ihre Verhandlungsmacht zu erkennen. Er kam sicher nicht zu den Arbeitern der petrochemischen Fabriken in Porto Marghera, um sie über die Letalität von Vinylchlorid (Monochlorethen) aufzuklären, sondern allenfalls um ihnen zu sagen, dass es in ihren Händen und nur in ihren läge, das Massensterben zu beenden. Auf diese Weise gelang es ihm, eine anerkannte Rolle in einer großen Arbeitergemeinschaft einzunehmen, was in der ganzen Geschichte der außerparlamentarischen Bewegung Italiens, nicht häufig vorgekommen ist, was auch immer man darüber sagt.

Seine Gaben und Verdienste anerkennend, dürfen wir es uns nicht untersagen, seine Fehler zu kritisieren, denn in der ganzen Geschichte der 1970er Jahre muss zwischen der Niederlage und dem Debakel un-

¹⁷ Frz., Ausdruck für die Übereinstimmung zwischen Rolle und Erscheinung einer Person.

terschieden werden. Beides muss abgewogen und angegangen werden, ansonsten übergeben wir jenen, die nach uns kommen, ein vergiftetes Zeugnis. Da Negri immer im Rahmen eines Kollektivs gedacht und gehandelt hat, sind seine Fehler auch die Fehler derjenigen, die sie vorhergesehen haben und nicht alles Mögliche versucht hatten, um zu verhindern, dass er sie begeht und sich stattdessen schweigend zurückgezogen haben.

Wir haben uns das letzte Mal vor dem Sommer 2003 in Venedig gesehen und ich war einmal mehr erstaunt, wie viel Zuneigung noch lebendig geblieben war zwischen uns, obgleich wir ab einem bestimmten Zeitpunkt vollkommen verschiedene Wege eingeschlagen hatten. Durch ein merkwürdiges Spiel des Schicksals erinnerten wir uns seiner das erste Mal, wenige Stunden nach seinem Tod, im Cox18¹⁸ – das soziale Zentrum, das ein Bezugsort der Untergrundszene Mailands ist, Standort der Kampagne gegen das „41 bis“ und immer noch vieles mehr – im Rahmen einer Dichterlesung mit Musik, zu der auch ein US-amerikanischer Autor geladen war, 80 Jahre alt, Freund und Genosse von Patti Smith, Janis Joplin, Joni Mitchell und anderen dieser Generation.¹⁹ Da, dort drinnen, sehe ich Toni, lächelnd. In jenem Raum, in jener Gemeinschaft, gegründet von Primo Moroni. Nicht wie eine Statue, auf einem Sockel.

Übersetzung aus dem Italienischen: Lars Stubbe, 18. Februar 2024

¹⁸ Vgl. [<https://cox18.noblogs.org/>]

¹⁹ „41 bis“ ist ein Paragraph des italienischen Strafrechts, der ursprünglich gegen die Mafia gerichtet war. Er legt fest, dass Gefangene ständig auch per Kamera überwacht werden können und beschränkt auch die Zahl der Kontakte der Gefangenen. Er wird als nicht verfassungsgemäß kritisiert.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE13 3702 0500 0001 4225 00, BIC: BFSW DE33 XXX,
Bank für Sozialwirtschaft

In Memory of Loren Goldner (1947–2024)

A Note on Fictitious Capital

On Friday 12 April 2024 our author Loren Goldner¹ has died after a long illness.² He is survived by his wife Sharon. Loren was born on 18 October 1947 in the San Francisco Bay Area to a middle class household. While his mother had been a member of the Communist Party (CPUSA) his own left-wing intellectual development and political involvement was highly idiosyncratic and unusual for the US left. He became a member of the Trotskyist-influenced Independent Socialist Clubs by 1967. Having left the organization in 1969 Goldner was never again to be part of an organization even though the journal “Insurgent Notes” which he co-founded in the 2000s can rightfully be considered an expression of an organizing attempt. Following initial blue-collar jobs he lived in New York for much of the 1970s moving to Cambridge, Mass., in the early 1980s where he became a librarian in the department of European Studies at MIT. In 1997 he was made redundant and later moved back to New York. Proficient in many Euro-

¹ Loren Goldner, “General Perspectives on the Capitalist Development State and Class Struggle in East Asia”, in: *Sozial.Geschichte Online* 23 (2009), p. 75–104 [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_0002239/5/05_goldner_general_perspectives.pdf]. The website [<https://www.breaktheirhaughtypower.net/>] contains Goldner’s writings. Those of Goldner’s writings to have been published in German during his lifetime can be found here: [<https://breaktheirhaughtypower.org/tag/deutsch/>].

² In the wake of Loren Goldner’s death a series of obituaries have appeared that give an insight into his intellectual and personal life. A collection of memories of him has been published in a memorial issue of “Insurgent Notes”, the journal of radical communist thought co-founded by himself: *Insurgent Notes*, “Loren Goldner, October 18, 1947—April 12, 2024. Memorial Issue”, July, [<http://insurgentnotes.com/>]. See also: no author given, *Notes from Underground*, “Loren Goldner”, 21 April 2024 [<https://fischerzed.wordpress.com/2024/04/21/loren-goldner/>]. Some memories of Loren Goldner by people close to him can be heard here: [<https://podcasts.apple.com/gb/podcast/e245-rip-loren-goldner/id1372879721?i=1000652720327>].

pean languages amongst which Spanish, French and Italian, he also learned Arabic and Korean. Long sojourns in Spain, Egypt, Korea and other places during which he established many grassroots contacts with left-wing radicals coming from different ideological backgrounds helped him grasp the reality of a world proletariat mired in the complex web of imperialist domination and capitalist dependency.

While his writings spanned such diverse issues as an analysis of Herman Melville's writing, the Portuguese Carnation Revolution and the development of the Korean working class it can probably be ascertained that his own focus in Marxist theory centred on an interpretation of the significance of "fictitious capital" (Marx) as a key to understanding the current phase of capitalist development.

In this vein we reproduce here an excerpt of a book-length interview conducted by Emiliana Armano and Raffaele Sciortino in 2018 under the title "Revolution in our Lifetime"³ as a contribution to his memory. The editors of Sozial.Geschichte Online would like to thank the authors for allowing us to reproduce this excerpt and express our gratitude to Steve Wright for translating the author's questions from the original Italian.

Q: In this final conversation, we'd like to address your specific theoretical contribution to Marxism, beginning with the categories of fictitious capital and a particular recovery of Luxemburg's thought. Can you talk us through how you arrived at your reading of

³ Emiliana Armano / Raffaele Sciortino, "Revolution in Our Lifetime. Conversazione con Loren Goldner sul lungo Sessantotto", Milano: Edizioni Colibri, 2018, p. 91 and ff. As the editors of the volume maintain, "it wasn't intended to present an oral history, but rather as an agile instrument for defining a militant point of view of an autonomous line of thought capable to face up to the new times and the new, at times contradictory, expressions of class struggle. The book consists of four e-mail conversations conducted during the summer of 2017 covering political events starting with the revolution of 1968 up to the present. A biographical letter by Loren serves as an introduction. Additionally, the book contains a select bibliography of his writings and a brief recollection of his experiences at Berkeley in 1968. In 2018 it was presented in Loren's presence in Turin. We thank Steve Wright for having participated in selecting and copy-editing the text".

Marx's critique of political economy, and the theoretical-practical problem you were addressing?

A: My interest in fictitious capital was sparked by the crisis of the U.S. dollar and of the Bretton Woods system built on the dollar from 1944 onward. In particular by the early work of Michael Hudson, not a Marxist but well acquainted with Marx, especially in his 1972 book *Super-Imperialism* (a title, by the way, forced on him by the publisher – he wanted to call it *Monetary Imperialism*). The dollar-denominated bubble of “hot air” (claims on wealth not corresponding to any real wealth) circulated by the U.S. already in the late 1950s (trivial compared to what it became later after the dissolution of Bretton Woods in 1973) seemed to correspond quite well with Luxemburg's earlier analysis of the system of international loans extended to petty producers in both the developed world (e.g. the American farmer of the late 19th century) and in the underdeveloped world (the mortgaging of the Egyptian cotton crop from the 1860s onward). In her view, this system of loans involved a looting of both raw materials and underpaid labor power, of petty producers; in short, the continuation of primitive accumulation, which I believe to be a permanent aspect of capitalism. This fictitious capital, circulated through the international financial system, has its origins in the devalorization of fixed capital through increased productivity of labor in the advanced sector. Later I found similar elements in some early books by Camatte, especially his *Capital et Gemeinwesen*.⁴

⁴ Jacques Camatte (born in 1935) originally became a member of the International Communist Party in France which was influenced by Amadeo Bordiga, the co-founder of the Italian Communist Party (PCI). Following the Paris May of '68 he turned away from Marxism and focused on anarcho-primitivist thought and communization, primarily through articles in his journal “Invariance“ [<http://www.revueinvariance.net/index.html>]. Probably his best-known work is Jacques Camatte, *Capital et Gemeinwesen*, Paris, Spartacus, 1978, in which he develops his theoretical approach of the urgency to get rid of capital altogether as the process of subsumption of labor is supposed to have integrated life completely into capital.

Q: This implies a resumption and re-elaboration of Marx's concept of subsumption, and so a periodization of capitalism based on a certain discontinuity of development...

A: The main discontinuity I see is, once again, between the pre- and post-1914 periods. Capitalist accumulation had always involved a certain amount of destruction (of pre-capitalist petty producers such as peasants and artisans, and of non-capitalist parts of the world). With the First World War, however, began a period in which destruction is dominant. The 1914–1945 period speaks for itself. Closer to the present, we can counterpose the impressive rise of East Asia (South Korea, Taiwan, and now China) to the retrogression everywhere else: in the U.S. and western Europe (increased marginalization of the permanently unemployed or marginally employed), eastern Europe (the ex-industrial cities and towns of Poland, not to mention south-eastern Europe, i.e. Romania, Bulgaria, ex-Yugoslavia), the Baltic states (where a large number of young people have emigrated to western Europe), Russia, not to mention various parts of the Middle East, Africa and Latin America. The East Asian emergence must always be seen against that larger context of retrogression. To give one example, Chinese exports wiped out the textile industry in northeastern Nigeria, precisely the area where now Boko Haram (like Islamic fundamentalism everywhere) is recruiting marginal young men with no future. In all the cases in Africa and Latin America where Chinese purchases of raw materials have had a serious impact, one must counterpose the destruction of local industries by cheaper Chinese goods.

Today we can see that the 1945–1973 postwar recovery and boom was in fact a “parenthesis” in a longer historical period of “normal” capitalism; if there is one term that summarizes the post-1973 period, it is the destruction and non-reproduction of labor power. This is in continuity with the classic mechanism of crisis in the “ascendant” phase of capitalism (1815–1914), since capital always aimed at reducing as much as possible “V” (variable capital, the total social wage) in

the basic formula $S/(C+V)$ for the rate of profit. But today, and for almost five decades, the scale of this attack on the total social wage, on a world scale, is unprecedented, and has become the dominant characteristic of the system.

Q.: You consider fictitious capital as a central characteristic on a broader time scale than what is usually understood by the term ‘financialisation’, which refers to the last thirty years. So, is the whole capitalist period since 1914 the result of decadence and the contraction of social reproduction, without any qualitative distinction between the years before and after World War 2?

A.: What I mean by capitalist “decadence” is the system’s inability to simultaneously expand the reproduction of society as a whole while also expanding value. Broadly, in the 19th century history of capitalism studied by Marx, there were from 1815 onward almost clockwork-like cycles of ten years marked by crashes in 1827, 1837, 1847, 1857 and 1866 in which capital recomposed itself through wiping out weaker capitals, an extended period of working-class unemployment, and the incorporation of new technologies, often first developed by pioneers who went bankrupt in the crash and then had to sell the new technologies at a discount to other capitalists who first made a profit from them.

This ten-year cycle was transformed during the “long deflation” of 1873–1896, in which prices and wages fell relentlessly, driving many capitalists to despair of their system. This was also the period of the birth of imperialism (as opposed to the earlier colonialism), further complicating the analysis. In fact, in some countries and some sectors (as in the British working class) the cheapening of consumer goods led to a higher standard of living despite falling real wages. There was one last general boom, finally, from 1896 to 1907, and it is essential to note that in the first half of 1914 all major capitalist powers were sinking into depression. This is somehow rarely mentioned in general

histories of the First World War. For the first time, capitalist devalorization consisted not merely of a general slashing of wages and prices and periods of unemployment, but of the actual physical destruction of workers and fixed capital.

In my definition of decadence, capitalist expansion of value, on a world scale after 1914, involves more destruction than social reproduction. This is easy to see for the period 1914–1945, with two world wars, Fascism, Stalinism and a decade of further depression. The boom years from 1945–1965 (1973) were based first on the huge destruction of the previous period, combined with the above-described cheapening of “V” in value terms while increasing its material content through cheapened consumer goods. One must include in the boom period the classical separation of producers from their means of production as in the emptying of the French, Italian and Spanish countryside and further recruitment of dispossessed peasant and small producer labor from North Africa, black Africa and Turkey, as well as from the U.S. South, with large-scale black migration to northern industry. In a word, ongoing primitive accumulation as described in the final chapters of Rosa Luxemburg’s *Accumulation of Capital*. This is not to mention the ravages of the newly US-centered imperialism on Latin America, the non-oil Middle East, Africa and Asia. To give one striking example, the US-sponsored destruction of the mass Indonesian Communist Party (PKI), with 600,000 killed, in 1965–1966, almost offset the later U.S. defeat in Indochina in geopolitical importance.

Following the debt-fueled extension of the postwar boom in 1965–1973, leading first to serious inflation and then “stagflation” in the capitalist center through the 1970s, set the stage for the above-mentioned attack on the working class in the West, most associated with the names of Thatcher and Reagan, but generalized in the “neo-liberal” downsizing of working-class consumption throughout the west ever since.

In this perspective, it is the boom period of prosperity 1945–1965/1973, between the more obvious periods of destruction and

austerity 1914–1945 and post-1973, that seems more the exception than the rule in modern capitalist history. Hence my use of the term “decadence”.

The resumption of an actual period of global boom on a capitalist basis would imply a further period of depression which the capitalists to date have been unwilling to risk because of dangerous political consequences. They have preferred instead to infinitely pyramid debt through the central banks, the financial system and consumer credit. (This has been the “quantitative easing” practiced by the Federal Reserve, the European Central Bank and the Bank of Japan since the credit collapse of 2008–2009, buying time and staving off collapse with underlying anemic levels of real growth.)

The East Asian area of South Korea, Taiwan, Singapore and now China may seem to counter this analysis, but its rise, however dramatic (especially in China) must be seen against stagnation and decline in most of the rest of the world, including the U.S., western and still more eastern Europe, Latin America, the non-oil producing Middle East and North Africa, black Africa and most of “non-tiger” Asia.

Q.: Your reading of the capitalist dynamic as being supported by fictitious capital also has geopolitical implications. In your view, in what way can we speak of imperialism today?

A.: I can begin by pointing to the U.S. war in Afghanistan, now in its sixteenth year, and the U.S. invasion and occupation of Iraq after 2003. This is not imperialism? The U.S. alone maintains a military presence in 110 countries, most recently in Africa, where it is attempting to counter both Islamic fundamentalism and, more recently, Chinese influence. In its “backyard”, the U.S. “intervened” in Haiti in 1994, not to mention its earlier military operations against Nicaragua and Grenada. This is not imperialism?

France, on a smaller scale, continues to manage its former African colonies in the same way. German troops went abroad for the first

time since 1945 in the Yugoslav wars of the 1990s, and are now in Afghanistan. I don't understand comrades who argue that imperialism no longer exists.

That said, on a much larger scale, U.S. imperialism is confronting, with the rise of China, the biggest challenge to its (declining) hegemony since the end of the Cold War. It continues to have military expenditures larger than those of its next four or five rivals combined; to what end? What is the U.S. Navy doing in the South China Sea and in the Straits of Malacca, a global choke point as important as the Suez Canal? What some people call the "Beijing Consensus" is enabling China to neutralize or replace U.S. hegemony in Southeast Asia and increasingly in Africa. China's recently established international investment banks are pushing aside the discredited U.S.-backed International Monetary Fund and World Bank. Even Latin America was pulled out of its stagnation by China's large-scale raw materials purchases from Brazil, Peru and Bolivia, and soybean purchases from Argentina. More and more developing countries previously dominated or neglected by the U.S., have discovered in China a rival power whose investments and trade and loans are an alternative source of wealth. I am not prepared to call this "inter-imperialist rivalry" because I have not yet determined the dynamic of China's overseas economic activity, and hence hesitate to call it "imperialist". Whatever it is [...] it is causing no small anguish to the rulers of U.S. imperialism.

Q.: You talk of a "new" instance of imperialism based upon fictitious capital. Along with the centenary of the Russian Revolution, this almost inevitably leads us to the question of Lenin. As we understand it, your thoughts here have continued to develop ...

A.: Lenin is a complex historical figure and the very fact that there is still a debate about his role (in contrast for example to that of Stalin) is indicative of that complexity. To begin to answer that question, it is necessary to see Lenin in the broader history of the Russian

revolutionary intelligentsia from 1825 onward: it was a “hothouse” social stratum with no equivalent in Europe, in the context of the Tsarist “prison house of nations”, also without equivalent, a state having a “semi-Asiatic” dimension derived from Russia’s history between Asia and Europe. The Russian revolutionary intelligentsia, starting in the 1870’s only slowly shifted from Populism to (Second International) Marxism; we should never forget that in the late 1870s Marx himself supported the Narodniki terrorists against his own self-styled “Marxist” followers in Russia and in Swiss exile. (This hothouse atmosphere is well conveyed by Joseph Conrad’s novel *Under Western Eyes*.) If we attempt to identify a “legacy” of Lenin today, whether to affirm or reject, we are quickly forced to admit that his contributions to philosophy, economics (what we call the critique of political economy) not to mention his considerable writings on aesthetics (three volumes on Russian literature in a socialist realist vein) are pretty thin gruel. I quite reject Lars Lih’s massive treatise (*Lenin Rediscovered*) that presents Lenin as an “Erfurtian Social Democrat” in harsh Russian conditions. Such a view overlooks the above-mentioned special historical character of the Russian revolutionary intelligentsia.

What remains of Lenin today is above all his role as a strategist. The two aspects of Lenin I affirm today are his role at the Zimmerwald conference of 1915 (“turn the inter-imperialist war into civil war”) and his April Theses of 1917, which shocked the Bolshevik Party out of its slumber and support for the Provisional Government. “The working class is a hundred times more radical than the party”, Lenin said. “Look at what the workers are doing”. His writings on the big strikes of summer 1917 could have been written by Rosa Luxemburg, writings in which he barely mentions the party.

These paragraphs only scratch the surface of a judgement of Lenin; which would have to confront his major role in laying the foundations of Stalinism after November 1917. We should never forget that in January 1917, in a lecture to the Swiss Socialist Youth, Lenin predicted the bourgeois revolution in Russia for...1950. Clearly Lenin

was improvising, attempting (in his own formulation) to “be as radical as reality”, especially after the seizure of power. I reject any straight line from his formulations on the party in “What Is To Be Done?” to Stalinism. That pamphlet was largely forgotten after the debates of 1903, and only resurrected as “orthodox Leninism” by Stalin.

Q.: You have always sought to place class self-activity front and centre – not in a “movementist” way, but rather within the specific context of different phases in capitalist development. This brings us to the “Luxemburg question” in terms of the relationship between party and class.

A.: We can begin by recalling Lenin’s speech in honor of Luxemburg after her murder in January 1919: “Sometimes an eagle can fly lower than a chicken but a chicken can never fly higher than an eagle. Rosa Luxemburg was wrong on the national question, on the question of organization, on the question of economics. But she will always remain for us an eagle.”

I might be tempted to turn that quote around and say that Luxemburg was right on the national question and on the question of “economics” (what I call, following Marx, the critique of political economy). As for organization, recalling her pamphlet on the mass strike, she was certainly right that the errors of a mass movement in motion are more important than the decisions of the best central committee (or words to that effect).

Luxemburg, as we know, was skeptical about a Third International which she knew, in the months between the October Revolution and her death, would be dominated by the Russian party. The events after 1914 had led to the break with the SPD, first in the USPD (Independent Social Democratic Party) and then, in December 1918, to the formation of the Spartakusbund. Her faction was immediately involved in polemics with different left communists and I don’t think she had time to clearly formulate a new view of “organization” as such

in the weeks before she was killed. The series of uprisings that occurred up to 1923 always happened in isolation (the Ruhr, Munich, the March Action), but I reject as ahistorical [...] the criticism that she should have split from the SPD earlier. We know (as indicated) that she saw through Kautsky years before Lenin did but she wanted to split with a mass base, not as a sect. When the split came, during World War I, she had little time to formulate clear thoughts on a new kind of organization. I don't think she left a clear theory of a new organization. She was certainly a centralist, in that prior to 1914 she argued for the expulsion of different comrades who broke SPD discipline, and she certainly placed the "lessons" of a mass movement in motion above those of any organization.

Q.: Before we come to the end of this interview, we want to raise the radical question of the current state of class struggle and of Marxism. In our view, recent decades have seen a profound crisis on both fronts, analogous to – yet also quite different from – the situation at the beginning of the twentieth century. We don't know if you agree with us that we seem to be facing a very deep fracture here, but we would very much like to hear your views as to the causes of the current impasse – even while a genuine systemic crisis of capital continues to drag itself out – as well as the possibilities and features of a future class revival.

A.: Already in the late 1930's, someone wrote: "Not only are the conditions for the overthrow of capital ripe; they are beginning to rot." The past fifty years have seen the demise of various "utopias": the social democratic dream of managing an "affluent" capitalism, as in post-1945 Germany, up to the 1980's; the Stalinist dream of total bureaucratic regimentation; the Maoist dream of the peasant commune; the Third Worldist dreams of independent national development in a capitalist world market. The statist elite in China peddles the "Chi-

nese dream” of an affluent but regimented society still dominated by the party.

Let’s not be too pessimistic about the current situation, especially from a narrow “Eurocentric” (Europe plus the U.S.) viewpoint. The situation in China, with 150,000 “incidents” a year [...] is hardly settled. And if we look at the “arc” of struggle from China to Vietnam (three or four general strikes in the past decade) to Cambodia to Bangladesh (militant actions, often led by women workers in textiles) to India (the Maruti Suzuki strike) there are many “points of light”. It may be premature to call this “arc” a contemporary equivalent of the German-Polish-Russian corridor from the 1890’s till the 1920’s. What the two phases have in common is the inability of capital to rein in struggles that point beyond the existing order. Clearly China is the most vulnerable zone of struggle, with the struggles there putting a question mark over the ruling group’s strategy for further integration into the world market, and the nightmare of setting off a new “Solidarność”.

What seems clear is the success of world capital in its extreme fragmentation of the working class over the past 45 years, beginning with the worker defeats in Argentina, Uruguay and Chile in 1973. We hardly need to point out the role of telecommunications and improvements in transportation in this fragmentation. This, combined with the fluidity that seems to undermine any stable working class, has created what some have called the “era of the riot”, in which the marginalized and uprooted parts of the class have risen up, beyond the point of production. The non-reproduction of most stable working-class populations at the point of production has laid the groundwork for something approaching proto-”class-wide” responses that pose directly the non-reproduction of labor power. I do not wish to glorify “riots” as such, except to point to them as a symptom of a class-wide search for adequate forms of struggle in this era of extreme fragmentation.

In the midst of these realities, there has been a significant “renaissance” of Marxism since 2008, even if it is restricted, at present, to “middle class” (student and intellectual) strata. I think of it as analogous to the often-observed erratic behavior of birds in the twelve hours before a major earthquake. As late as 2006, Marxism was derided in bourgeois ideology as dead and buried; after 2008–2009, no one talks that way today. After eight years of “recovery”, first all of stock markets in Europe and the U.S., even bourgeois ideologues caution that a new “correction” is inevitable, and such caution does not even begin to analyze the real contraction of social reproduction in most “advanced” economies.

We should not forget that the now-disappeared dominance of “Marxism” in the classical workers’ movement was for the most part an ideology in the transition from the formal to the real domination of capital. There is nothing to regret in the disappearance of Social Democracy, Stalinism, Third Worldism and welfare statism. They were so many false starts and false utopias that concealed the real questions of what capitalism actually is. They were all rooted in the framework of different nation states. The proletariat now scattered in the kinds of fragmentation which capital developed from (roughly) 1970 onward may find it difficult to grasp itself, not to mention to act as a “class for itself”, but at least a certain number of mystifications are no longer in the way.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE13 3702 0500 0001 4225 00, BIC: BFSW DE33 XXX,
Bank für Sozialwirtschaft

Detlef Siegfried

Gerd Callesen (1940–2023)

Gerd Callesen war ein ebenso hingebungsvoller Historiker wie er Sozialist war, beides gehörte für ihn geradezu existenziell zusammen. Man könnte ihn mit Gramsci als einen organischen Intellektuellen betrachten, der im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie zwischen verschiedenen Sphären vermittelt. Vielleicht hätte er die Zuschreibung als Intellektueller nicht gern gehört, denn seine Ehefrau Lena Flugger erinnerte sich:

Gerd war ja mit der Arbeiterbewegung verknüpft, nicht mit den Intellektuellen. [...] Wir haben immer gemeint, dass die Intellektuellen ja abspringen können, die haben immer eine andere Möglichkeit gehabt, die können alles werden. So ist es gekommen. Selbstverständlich. Die Arbeiterklasse kann nicht aufhören, Arbeiterklasse zu sein. Diejenigen, die das können, tun das natürlich, die gehen auch weg.¹

Nicht so der Forschungsbibliothekar und Leiter der Bibliotheksabteilung des Archivs der Arbeiterbewegung (ABA) in Kopenhagen, der dort in seinen Jahren von 1970 bis 2002 tiefe Spuren hinterlassen hat.² Und das nicht nur, weil er der Bibliothek seine Privatsammlungen von Zeitschriften wie *Konkret* oder *Neue Kritik* einverleibte und damit deutsche Periodika zur Verfügung stellte, die in Dänemark nicht leicht zu erhalten waren. Gerd Callesen kam aus Aabenraa (Apenrade), aus einem deutschnationalen und sozialkonservativen Elternhaus der deutschen Minderheit Dänemarks und hat sich aus eigener Kraft seinen Weg hin zu sozialistischen und internationalistischen Überzeugungen gebahnt. Während seines 1961 begonnenen Geschichtsstudiums in

¹ Interview mit Gerd Callesen und Lena Flugger, Wien, 11. Dezember 2021, Archiv d. Verf.

² Vgl. Nekrolog von Jesper Jørgensen im Social History Portal: [<https://socialhistoryportal.org/news/articles/311512>].

Marburg, Tübingen und Kiel gehörte er dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an – ein Studienjahr verbrachte er in Kopenhagen, wo er als studentische Hilfskraft im Archiv der dänischen Sozialdemokratie tätig war. Callesen promovierte 1970 an der Kieler Universität mit einer Arbeit zur Haltung der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie zur Schleswig-Frage zwischen 1912 und 1924 – eine Studie, die er als „Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus“ verstanden wissen wollte.³ Marxismus und Internationalismus waren aus seiner Sicht die Grundpfeiler der Geschichte der Arbeiterbewegung und sie definierten auch die Weite seines eigenen Horizonts. Gerd Callesen war in der International Association of Labour History Institutions (IALHI) seit ihrer Gründung 1970 aktiv und ebenso bei den blockübergreifenden Internationalen Tagungen der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz.

Seine Vermittlerrolle zwischen Deutschland auf der einen – BRD und DDR gleichermaßen – und Dänemark auf der anderen Seite beruhte nicht auf nationalen oder ethnischen, sondern auf selbstgewählten politischen und fachlichen Bestimmungsfaktoren. Zunächst bezog sie sich auf die dänische und westdeutsche Linke, und sie begann nicht erst in Kopenhagen, sondern bereits in Kiel, wo dieser entgegenkommende und sanfte Mensch Anfang 1965 Vorsitzender des SDS an der Universität wurde. Dort pflegte der Verband schon seit einiger Zeit Kontakte mit skandinavischen, insbesondere dänischen sozialistischen Studierendenverbänden – ein für Callesen, der über intime Kenntnisse der linken Szenen in beiden Ländern verfügte, ideales Betätigungsfeld. Er initiierte gemeinsame Seminare von SDS und dänischen Organisationen auf beiden Seiten der Grenze, vermittelte Texte dänischer Autoren in der deutschen linken Presse, darunter mehrfach die

³ Gerd Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912–1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus, Apenrade 1970.

Zeitschrift *Arbeiterpolitik*, aber auch umgekehrt Texte deutscher Autorinnen in Skandinavien.⁴

Gerd Callesens Mitstreiterin beim Transfer sozialistischer Ideen und Initiativen zwischen der Bundesrepublik und Skandinavien war seit Mitte der 1960er bis in die frühen 1970er Jahre Ursula Schmiederer, die als Politologin aus der Schule Wolfgang Abendroths – ab 1975 Professorin für Internationale Politik in Osnabrück – die Aufgabe der Wissenschaft darin sah, nicht nur zu analysieren, sondern auch einzugreifen.⁵ In ihrer 1969 erschienen Dissertation untersuchte Schmiederer Aufstieg und Krise der 1959 gegründeten Socialistisk Folkeparti, der es als einer der ersten Parteien der neuen Linken in Europa schwerfiel, sich vom Ballast der Kommunistischen Partei (KP), aus der sie entstanden war, zu befreien. Callesen und Schmiederer nahmen etwa zeitgleich die Arbeit an ihren Dissertationen auf, beide arbeiteten zur dänischen Linken – Callesen aus historischer, Schmiederer aus politologischer Perspektive –, beide waren Marxist:innen, die die Aufgabe der Intelligenz in der Unterstützung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen sahen. Hingegen teilten sie nicht die Politik der „Antiautoritären“ im SDS, die die Arbeiterklasse für verbürgerlicht hielten und auf die Intelligenz und die Jugend setzten. Im Jahr 1974 erschien Schmiederers Dissertation, übersetzt von Lena und Lilian Fluger, als erster Band der Schriftenreihe der dänischen Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung.⁶ Nach ihrem frühen Tod 1989 brachte Callesen ihren Nachlass ins ABA.

Als sich im SDS die „Antiautoritären“ durchgesetzt hatten, suchten „Traditionalisten“ wie Gerd Callesen, die nach wie vor die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt betrachteten und auch am Bündnis mit den Gewerkschaften festhielten, nach neuen, nicht-stalinistischen Organisationsformen. Callesen fand sie in der Gruppe Arbeiterpoli-

⁴ So z. B. [Kjeld Schmidt], Die Krise der dänischen Gewerkschaftsbewegung, in: *Arbeiterpolitik* 3 (1969), S. 10–13.

⁵ Vgl. Detlef Siegfried, *Alternative Dänemark. Kosmopolitismus im westdeutschen Alternativmilieu 1965–1985*, Göttingen 2023, S. 75–120.

⁶ Ursula Schmiederer, *SF og den „tredie vej“ til socialisme*, Kopenhagen 1974.

tik (ArPo), die sich auf die Tradition der Kommunistischen Partei-
Opposition (KPO) der Weimarer Republik berief. 1968 kamen ArPo-
Leute, darunter ihr Vorkämpfer Josef Bergmann, aus Hamburg nach
Kiel, die Gerd Callesen, so erinnerte er sich später, „irgendwie bewun-
derswert“ fand, denn sie „wollten revolutionieren und wollten auch
Taten“.⁷ Er fühlte sich dieser Gruppe zugehörig und sorgte später da-
für, dass der in seinem Kopenhagener Archiv gesicherte KPO-Bestand
an die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg kam, wo er ver-
zeichnet und der Forschung zugänglich gemacht wurde.

Der internationalistische Hintergrund der Familie Callesen-Fluger
brachte sie nach dem Ende der Kopenhagener Erwerbstätigkeit nach
Wien, dem Geburtsort des Vaters von Lena Fluger, der als Sozialist
nach den Februarkämpfen 1934 nach Dänemark gegangen war. Gerd
Callesens Mutter kam ebenfalls aus Österreich, aus der Untersteier-
mark, dem heutigen Slowenien. Lena Fluger, im Hauptberuf Englisch-
Lektorin an der früheren Kopenhagener Handelshochschule, arbeitete
freiberuflich als Dolmetscherin bei der Europäischen Union. Nach
der Pensionierung wohnte das Ehepaar zeitweise in Brüssel, seit 2014
in Wien, wo die Tochter Louise lebt und Callesen sich ehrenamtlich
im Archiv zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung betätigte. Vom
Handwerk konnte er einfach nicht lassen.

Gerd Callesen hat nach der Dissertation einige kleinere Monogra-
fien – darunter Biografien über Persönlichkeiten der dänischen und
österreichischen Arbeiterbewegung – und zahlreiche Aufsätze ver-
fasst, Sammelbände herausgegeben und sich als eifriger Rezensent und
Berichterstatter um die fachliche Kommunikation unter den Histori-
kerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung verdient gemacht.⁸
Unzählige Lexikon- und Zeitungsartikel aus seiner Feder brachten die
Geschichte dieser Bewegung einer größeren Öffentlichkeit nahe. Als
wesentliche Triebkraft der 1970 gebildeten dänischen Gesellschaft zur

⁷ Interview mit Gerd Callesen und Lena Fluger (wie Anm. 1).

⁸ Darunter Gerd Callesen, *Den sidste landsfader?*, Kopenhagen 1994; Gerd Callesen, *Socialist
Internationals. A Bibliography of Publications of the Social-Democratic and Socialist Internationals,
1914–2000*, Bonn / Gent 2001.

Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung gab er die Sammelbände zu deren zehnjährigen und zwanzigjährigen Jubiläen heraus und begründete die Geschichte der Arbeiterbewegung als eigenständigen Zweig der Geschichtsforschung.⁹ Callesens anhaltendes Interesse am Marxismus stellt seine langjährige Mitarbeit an der MEGA² unter Beweis, der 1990 vom Amsterdamer Internationalen Institut für Sozialgeschichte initiierten Fortführung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe – ein wahrhaft internationales Langzeitprojekt, betrieben von Fachleuten aus zahlreichen Ländern.¹⁰ Das war ein Umfeld, in dem er sich als Beiträger und Herausgeber wohlfühlte.

Am 9. November 2023 ist Gerd Callesen in Wien verstorben.

⁹ Gerd Callesen, Arbejderbevægelsens historie som selvstændig forskningsgren, in: Gerd Callesen / Anne-Lise Walsted / Niels Ole Højstrup Jensen (Hg.), Fremad – ad nye veje. Bidrag til diskussionen om arbejderhistorien i 1990'erne, Kopenhagen 1990, S. 37–52.

¹⁰ Gerd Callesen, MEGA². Stand und Perspektiven der Arbeiten an der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe, in: Sozial.Geschichte Online, 4 (2010), S. 165-171, [https://duepublico2.uni-due.de/receive/dupublico_mods_00023702].

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

sgo-verein [at] sozialgeschichte-online.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE13 3702 0500 0001 4225 00, BIC: BFSW DE33 XXX,
Bank für Sozialwirtschaft

Abstracts

Lisa Gmeiner, Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus: der Verein „Lebensborn“

This text analyses the role of “Lebensborn e. V.”, a Third Reich institution founded by Heinrich Himmler in 1935 to serve National Socialist population policy. Its aim was to promote “racially valuable” offspring. The essay analyses the effects of “Lebensborn e. V.” on the individuals associated with it in three main categories: Vergemeinschaftung, Kinderraub and “Ausmerze”. By analysing sources from the Arolsen Archives and the archives of the district of Upper Bavaria, the practice of Lebensborn and the reactions of the people involved are illuminated. From a micro-historical perspective, the text reflects on the leeway of the staff and the population. Overall, it shows how Lebensborn tried to shape the National Socialist “Volksgemeinschaft” and how it influenced the lives of those concerned.

Engelbert Tacke, Die Barmer Ersatzkasse und der Nationalsozialismus. Öffentliche Äußerungen vor und nach 1945. Erste Archivbefunde

Barmer Ersatzkasse is one of the largest companies in Germany’s statutory health insurance. Yet, apart from their own commemorative brochures published for anniversaries, little is still known about its history. An initial exploration of the available sources shows the extent to which Barmer was involved in the National Socialist politics of forced sterilisation and in the persecution of “enemies of the state“, Jews and members who disagreed. While Barmer supported forced sterilisation in the early phase of National Socialist rule in terms of propaganda, it played an active role with regard to Jewish doctors and members: It was more consistent than other health insurance funds

when it came to exclusion and harassment. The regime could rely on a National Socialist management and a corresponding company organisation. The proximity to National Socialism was disguised in commemorative publications in the post-war period until 1984. Since then, the fund has remained silent about its National Socialist past.

Christiane Mende, Den Betrieb übernehmen. Belegschaftsinitiativen in der Mundglasbranche nach „1968“

Workers' takeovers and workers' self-management of companies have usually taken place in times of crisis, as in many Western European countries in the 1970s. West Germany saw fewer takeovers than Italy, France or Spain. In this article, the workers' initiatives in the German glassblowing industry are analysed not only as a crisis phenomenon, but also as an offshoot of the grass roots democratic awakening in the world of work around 1968. Common assumptions about the passivity of workers saturated with prosperity or structurally determined from the outside are being challenged. Five case studies from the glassblowing industry are used to analyse the reasons why workers' takeovers were so rare and so seldom successful in the West German context. Finally, the implications of these historical experiences are discussed for current disputes, for the intensifying struggles around distribution and about workers' takeovers' potential as an emancipatory means of industrial action.

John Holloway, Freiheit, eine Reflexion

The author argues that the terror of the economy, which sees the progress of capitalist development as inevitable, creates one kind of totality. Orthodox Marxism attempted to abolish this totality – the negation of freedom – by replacing it with another totality. The approaches of autonomous Marxism, on the other hand, sought to negate the totality itself, i.e. to combine liberation from the totality with the construction of a different society. This text shows that freedom can

only really exist in the de-totalisation and the creation of a world in which there is room for many worlds.

Urs Lindner, Dringlicher denn je: Was ist Antisemitismus?

The article reviews the volume “Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft” edited by Peter Ullrich, Sina Arnold, Anna Danilina, Klaus Holz, Uffa Jensen, Ingolf Seidel and Jan Weyand (Göttingen 2024). The book is lauded for its innovativeness and comprehensiveness: This is the first German volume on the epistemology and politics of defining antisemitism. It covers basic concepts, topics and approaches in the conceptualisation of anti-Jewish enmity followed by an in-depth theorisation by one of the editors. Although the volume by and large has a clear inclination towards the Jerusalem Declaration on Antisemitism, it also highlights the blind spots of this definition. Its sole weakness is an entry on “postcolonial antisemitism”, where typically German prejudices about postcolonialism are reproduced.

Gerhard Hanloser, Ideologische Leinwand? Die Präsentation jüdischer Erfahrung mit dem Nationalsozialismus im DEFA-Spielfilm

This review essay on the presentation of Jewishness, antisemitism and the Holocaust in DEFA films examines the results of a monograph by Lisa Schoß. By discussing a selection of well-known and rather unknown GDR films on the subject, the author concludes that antisemitism, the persecution of Jews in the Third Reich and Jewish ways of life and existence were portrayed and honoured in a remarkable way in various DEFA films. Some negative portrayals and interpretations as well as Schoß’ storytelling are criticised.

Kolja Lindner, Rassismus und Hegemonie. Die lange Normalisierung der extremen Rechten in Frankreich

France's political landscape is characterised by a constant electoral rise of the far right. This shift has often been attributed to increased unemployment. In his much-discussed book "Des électeurs ordinaires", sociologist Félicien Faury dives into the social representations of right-wing voters and observes that things are much more complicated: race is the modality in which a comprehensive crisis of capitalist society is lived. Hence the importance of antiracism in struggles against the far right, a conclusion that also speaks to the current German situation.

Autor:innen / Contributors

Lisa Gmeiner, Master's student at the Fernuniversität in Hagen (History of Europe), specialising in National Socialism and contemporary history. Further publications: Verliebt und verachtet. „Deutschenmädchen“ und „Lebensbornkinder“ im kollektiven Gedächtnis Norwegens, in: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, 2 (2022), S. 227-252.

Engelbert Tacke, sociologist and journalist. He worked as an editor and programmer at a public broadcasting company. Today he is retired and a freelance author.

Christiane Mende, Dr. phil., historian and editor, latest publication: Spur der Scherben. Die Selbstverwaltung der Glashütte Süßmuth und der Niedergang der bundesdeutschen Mundglasbranche 1969–1989, Bielefeld 2023.

John Holloway is an Irish-Mexican political scientist. He teaches at the Benemérita Universidad Autónoma de Puebla (BUAP) in Puebla (Mexico) since 1993.

Urs Linder is a philosopher and currently a senior fellow at the Centre for Global Cooperation Research of the University of Duisburg-Essen. His main research interests include egalitarianism, affirmative action, realism and materialism, Marx(ism), racism and memory politics. Recently he published: Deconstructing a National Hero: The Changing Represen-

tation of the Prussian Sailor and Slave Trader Joachim Nettelbeck, 1807 to Present, in: *History & Memory*, 36(2) (2024) (with Sarah Lentz), and: *Begründung und Konsequenz: Was heißt Singularität der Shoah?*, in: *Widersprüche* 44(1) (2024).

Gerhard Hanloser is a sociologist, historian and educationalist. He works in Berlin as a publicist and teacher.

Kolja Lindner is Associate Professor of Political Theory at the University of Paris and Maurice Halbwachs Visiting Professor at the University of Wuppertal in 2024/25. Publications include: *Marx, Marxism and the Question of Eurocentrism* (Palgrave, 2022), *Le dernier Marx* (L'asymétrie, 2019) and *Die Hegemoniekämpfe in Frankreich. Secularism, Political Representation and Sarkozyism* (Argument, 2017).

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub

universitäts-
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/82537

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20241029-072121-5



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.